

**Presidential Advisory Commission on
Holocaust Assets in the United States**

PCHA

Box 17

Gold Team Documents

Folders 28 — 30

Documents 212722 — 214454



**PRESIDENTIAL
ADVISORY COMMISSION
ON HOLOCAUST ASSETS
IN THE UNITED STATES**

Edgar M. Bronfman
Chairman

Kenneth L. Klofchen
Executive Director

PRESIDENTIAL ADVISORY COMMISSION ON HOLOCAUST ASSETS IN THE UNITED STATES

ATTENTION NARA:

THIS IS A COPY SET OF DOCUMENTS AVAILABLE TO THE PUBLIC.

DECLASSIFIED
Authority: N785006
By: WPA Date: 10/22/93

RG 7 260
Entry USACA - Of. of Dir.
File Files of the Directory 451
Box 36

~~HEGER~~ 28

ÖSTERREICHISCHES FORSCHUNGSINSTITUT FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK

Berichte und Informationen

80

AUS DEM INHALT:

- Das Notleben in Deutschland
- Deutsche Stellungnahme
zu den polnischen Ansprüchen
- Das System unseres Schwarzhandels
- Zahlen über die Viehhaltung
- Die europäische Holzversorgung
- Dichter sprechen zu Zeitproblemen:
Ernst Waldinger, New York

DECLASSIFIED
 AUTHORITY: N785006
 DATE: 10/27/2011

RG 7 260
 Entry USACA - Of. of Dir.
 File Files of The Director 455
 Box 36

biete waren, die man in Polen heute die wiedereingegliederten nennt.

Die ganze Argumentation von Herrn Mak, Deutschland habe die Ostgebiete vernachlässigt, sie industriell verkommen lassen, der Deutsche habe sie sozusagen geflohen, und schließ-

lich der versuchte Nachweis ihres Unwertes ebenso in landwirtschaftlicher Beziehung wie in Hinsicht auf die ostdeutschen Bodenschätze bricht gegenüber den genauen statistischen Ziffern zusammen. (Schluß folgt.)

Das System, nach dem unser Schwarzhandel arbeitet

Wie wertvollste Güter ins Ausland verschwinden

Den entscheidenden großen Betriebsvorrat erhielt der „Schwarze Markt“ im Frühjahr 1945 aus dem Zusammenbruch.

Osterreich war, zusammen mit Bayern, der letzte Verlagerungsort für Wehrmachtsgut, Wirtschaftsvorrat und Privatbesitz geworden. Ein herrenloses Grundkapital von Milliarden im Wert konnte „in Besitz genommen“ werden: Lastautos, Personewagen, Maschinen, Motoren, Kugellager, Kabel; Fertigerwaren und Rohstoffe jeder Art; Lederwaren, Gummiartikel; Eßwaren, Genußmittel; Arzneien; Gold, Kunstwerke, Büchereien usw. Die provisorische Regierung Osterreichs war zu schwach, die Werte zu erfassen und sicherzustellen. Güter blieben am Wege liegen und verderben. Magazine wurden geplündert. Die Plünderer verkauften unter dem Wert und über dem Wert — sie verstanden die Güter ja weder richtig einzuschätzen noch sie sachgemäß aufzubewahren. Der Weiterverkäufer machte aus dem Zufall des Anfangs eine „Existenz“. Der Schwarzhandel — bis dahin ein Gelegenheitsgeschäft mit kleinen Mengen — wurde zur Einrichtung erhoben. Angebot und Nachfrage spielten sich ein. Die Risikoquote konnte ziemlich genau kalkuliert werden. Ein hoher Teil der laufenden Erzeugung floß und fließt ihm regelmäßig zu. (In dieser Hinsicht ist der Bericht „Vorarlbergs Lieferungen an Innerösterreich“ in Folge 79 besonders bemerkenswert.)

Eine besondere Versorgungsquelle sind *Liebesgabenpakete* geworden. Ein Fall von Großbetrieb (wo ein Wiener an Hunderte amerikanische Bürgermeister schrieb und seine Wohnung als Warenlager für Gaben einrichten konnte) ist unlängst durch Gerichtssaalnotizen bekannt geworden. Aber auch die kleinen Importe dieser Art sind in ihrer Summe bedeutsam.

Die neuesten Preislisten

Im folgenden werden einige Übersichten über gegenwärtige Schwarzmarktpreise in *Salzburg* und in *Wien* geboten. Nicht etwa den „Interessenten“ zulieb; diese sind ohnedies sehr wohl informiert. Aber es geht um die Darstellung eines Marktes und seiner kommerziellen Gesetzmäßigkeiten. Man sieht das ungehinderte Wirken von Angebot und Nachfrage, sieht die Übereinstimmung zwischen Wien und den Bundesländern (bis auf wenige Ausnahmen, Zigaretten z. B. sind in Wien zur Zeit billiger als in Salzburg, doch kommt Wiener Ware nach dem Westen und drückt den Preis; Lebensmittel sind in Wien teurer, was durch die Transportschwierigkeiten für die sperrigen Güter zu erklären ist).

Die *Entwicklung* war so: Von Mai 1945 angefangen stiegen die Preise. In Zeiten irregulärer Versorgung im Wien der ersten Besatzungszeit gab es auch besondere Liebhaberpreise, besser gesagt Hungertod-Bewahrungskurse, die nicht in eine „Markt Betrachtung“ gehören. Die Geldflüssigkeiten allenthalben, die Erwartung der Banknoteneinziehung brachten im November 1945 die höchsten Preise. Die Schillingpreise waren dann billiger, hielten sich und folgten im Prinzipiellen den schwarzen Kursen für Auslandswährungen. Mitte 1946 war aus nicht ganz geklärten Ursachen ein *Rückgang des Dollarkurses* bis auf 50 S in Wien (47 in Salzburg) das Ereignis. Die wichtigsten Schwarzhandelsgüter folgten der Entwicklung, nur Zucker, der vorher immer bei einem Dollar je Kilo gewertet worden war, sank wegen des großen Zuckermangels nicht in gleichem Maße und kam bis auf 2 Schwarzdollar je Kilo zu stehen. — Ein neuer Kurseinbruch für den Dollar erfolgte vor kurzem (bis auf 88 S in Wien) aus einer besonderen Ursache: Es lagen große Verkaufsabschlüsse vor, für welche sofort flüssige Mittel benötigt wurden — zur Zeit der jüdischen Feiertage, während welcher Zeit orthodoxe Juden bekanntlich kein Geld in die Hand nehmen dürfen.

Zur Zeit liegt der schwarze Preis für den Dollar bei 115 bis 120 S.

Die Preisschwankungen für Valuten und für Waren zeigen, daß es ein echter Markt mit Hausse und Baisse — also auch mit einem kommerziellen neben dem kriminellen Risiko ist.

Das Preis-Lohn-Abkommen hat auf dem Schwarzen Markt wenig Veränderungen gebracht. Es muß das Geld (aus Sonderquellen, Ersparnissen usw.) doch seltener werden, und der (wenn auch erhöhte) *Normallohn* selbst wird nur in kleinerem Ausmaß für Schwarzmarktkäufe herangezogen werden können. Eine Ausnahme bildet Fleisch, das höher bezahlt wird, und wo auch der offizielle Preis sehr stark gestiegen ist.

Wir zeigen nun eine Reihe von bezeichnenden Preisen (Durchschnitte nach einer Reihe beobachteter Abschlüsse):

Salzburg 1947	Mitte Juni	Mitte August	1. November
1 kg Schwarzbrot (Marken)	10	7	8
1 kg Weißbrot (Marken)	30	20	25
1 kg Kartoffel	2	1.50	1.50
1 kg Weizenmehl	28	25	27/30
1 kg Schweinefett	150	150	160/180
1 kg Butter	135	120	135/140
1 kg Zucker	140	120	110/120
1 kg Rindfleisch (natura)	25	30/40	40
1 kg Rindfleisch (Marken)	25/30	45	40
1 Ei	3	3	3
1 kg Bohnenkaffee	200	220	220/250
100 Tabletten Saccharin	10/12	10/12	10
1 kleine Tafel Schokolade	15	12	15
1 Schachtel portug. Ölsardinen	30	30	25
1 Stück Toiletteseife	20	20	20
40 dkg Waschseife	25	35	35
Amerikanische Zigaretten:			
im Großen (ab 10 Kartons)	35	35	32
im Kleinen	38	40	35
1 Meter englischer Stoff	1000	1000	1000
1 m Stoff heimischer Erzeug.	300	300	300/500
1 Paar Schuhe handgearb.	500/600	500/600	500/600
Auslandswährungen, Gold:			
1 Reichsmark	-.55/-60	-.55/-60	—,50
1 Schweizer Franken	40	40	27
1 Dollar	132	165	115
1 Gramm Gold 14 Karat	90	100	80

Wien	Ende Oktober
Nahrungsmittel:	S
Schwarzbrot, Marken für 1 Kilo	9.—
Weißbrot, Marken für 1 Kilo	12.—
1 Kilo Kartoffeln	8.—
1 Kilo Weizenmehl	35.—
1 Kilo Schweinefett	210.—
1 Kilo Butter	180.—
1 Kilo Rindfleisch	70.—
1 Ei	4.—
1 Kilo Bohnenkaffee	320.—
Gebrauchsgüter:	
1 Stück Toiletteseife	35.—
40-Deka-Stück Waschseife	45.—
Anzugstoffe 3.20 m Coupon English	3.500.—
Anzugstoffe österr. Erzeugnis Coupon	1.900.—
1 Dollar	120.—

Autos:
Personenwagen: Gebrauchte Wagen mit Papieren, kleine und mittlere Typen wie DKW, Steyr 50-200 etwa 45.000 S; Mercedes V 170 etwa 90.000 S; BMW Sportwagen mit drei Vergasern bringen etwa 225.000 S.

DECLASSIFIED
 AUTHORITY: NND 785006
 BY: WBA Date: 10/22/2014

RG 7 260
 Entry USACA - Of. of Dir.
 File Files of the Director's
 Box 36

Lastwagen: etwa 70.000 S; gebrauchte Wagen, etwa drei Tonnen Nutzlast, Diesel oder Benzin mit Papieren; Preise für Diesel etwas höher, da die Versorgung mit Brennstoff leichter möglich ist.

Die Nachfrage aus dem armen Inland ist jedenfalls nicht mehr kaufkräftig genug. Viele Schwarzhändler, die im Besitz von Reisepapieren sind, wissen *jede Ware auf Schleichwegen in jedes Kaufland* zu bringen. Sie arbeiten zum größten Teil sozusagen im offiziellen Auftrag der Abnehmerländer. Der ausländische Einkäufer, der von seinem Auftragsland zum amtlichen Kurs über seine Nationalbank Dollar erhält, verkauft sie hier zu den erwähnten schwarzen Kursen; wenn er die mitgebrachten Devisen ausgegeben hat, erhält er von der österreichischen Nationalbank Dollar zum festen Kurs über seine politische Mission.

Die von der Besatzungsmacht selbst geleitete Fabrikation ist unmittelbar beteiligt, wie der aufgedeckte Schleichhandel mit **OROP-Benzin** beweist.

Für den Erlös an Schillingen aus diesen Verkäufen werden andere Waren eingekauft, die dann wieder schwarz über die Grenze gebracht werden. Die Polizeiaufsicht ist gerade dem größten Einkäufer gegenüber machtlos, weil er exterritorial und dadurch unantastbar ist.

Es gehen auch *hochwertige Güter in natura ins Ausland*: die besten Fotoapparate, Feldstecher, Mikroskope, Gold, Schmuck usw. Als Gegenwert werden von den Angehörigen der alliierten Truppen Lebensmittel, Zigaretten, Seife u. a. Gebrauchsgüter geliefert und sind bald verzehrt.

Auch die „*zivile Nachfrage*“ nach diesen Dingen ist groß. Die *Schleichhändler legen ihren Ertrag wertbeständig an*. So ist ein Teil der leicht transportablen Dauergüter, ist viel Gold und Schmuck zwar noch im Lande, *aber er hat den Besitzer gewechselt* und gehört nun einigen wenigen Menschen, die damit bei passender Gelegenheit ins Ausland gehen werden.

Besondere Beachtung verdient die illegale Einfuhr von **Zigaretten und Tabak**. Für amerikanische Zigaretten, die schwarz über Triest ins Land kommen, werden hochwertige Maschinen, Apparate, Gold, Bilder und andere Kunstschatze usw. schwarz exportiert. (Wenn sich die Regierung zur Einfuhr eines „Grauen Marktes“ entschlossen hätte, würde nach überschlägigen Berechnungen die amerikanische Zigarette offiziell und ohne Mengenbegrenzung auf etwa 80 Groschen gekommen sein — allerdings hätte sie dann ihre A-Zigarette auch der freien Preisbildung überlassen müssen. Schwarz gekaufte Zigaretten sind heute ein peinlicher Posten in den meisten Familienbudgets.)

Die Mitwirkung unterbezahlter Beamter

Viele dunkle Geschäfte werden durch Kauf von Papieren „legalisiert“.

Auch die leitenden Beamten können heute nicht mehr von ihren Gehältern leben. Viele verzehren ihre Ersparnisse, verkaufen Generationenerbe, Pelz und besten Hausrat und bleiben fest. Manche aber finden in der Ausstellung von falschen Papieren mit offiziellen Stempeln und Unterschriften einen Nebenverdienst. — Es muß eine Verwaltung zu dem führen, was man früher Balkanzustände nannte, wenn der Gendarmeposten in der Entlohnungsliste der Volkswirtschaft an der letzten Stelle steht.

Es sind z. B. **Kraftfahrzeugbriefe** für LKW oder PKW für 3000 S bis 6000 S zu haben. UNRRA-Elektrolyt-Kupfer 99,8% kostet für den Inlandsverbrauch 23,50 S je kg; wenn es schwarz ins Ausland ausgeführt werden soll, erhält man die Bestätigung, daß es im Inland verbraucht wurde, für 5 S je kg, so daß es also dem ausländischen Einkäufer von 28,50 S an je kg angeboten werden kann. Bei einem schwarzen Kurs von 138 S für den Dollar sind das 20 Dollarcent Kurs von 138 S für den Dollar, wie wir dies an einem konkreten Fall beobachten konnten, waren das 20 Dollarcent ist 21,50 je Pfund.

Auf den schon oft besprochenen kleinen Einkauf unter der Hand beim Bauern u. ä. soll hier nur der Vollständigkeit wegen nochmals verwiesen werden. Er stellt im einzelnen nach allgemeinem Rechtsempfinden kein Delikt mehr dar und umfaßt in der Summe natürlich gleichfalls sehr bedeutende Mengen.

Wo ist der Ausweg? Wir haben ihn wiederholt gezeigt. *Der Staat ist nicht in der Lage, den zweiten Markt zu verhindern*. Er kann jede Woche hundert Straffälle herstellen,

in der Regel an kleinen Objekten, aber er bringt damit der Öffentlichkeit nur Beispiele für einen Zustand, den er 1947 und 1948 ebensowenig meistern wird, wie er ihn 1946 und 1945 (im Entstehen) gemeistert hat. Man kann das Warenverkehrsgesetz noch öfter reformieren, man wird gegen die elementaren Kräfte, die hier wirksam werden, vergebens ankämpfen. Man könnte auch, wie in Bayern, „**Anti-Korruptions-Dezernate**“ bei den Staatsanwaltschaften errichten (sie sollen dort Korruption, Schwarzhandel und Schiebertum behandeln) und wird doch wieder nur *Schauprozesse* hervorbringen und nicht einmal ein Prozent der Vorfälle fassen.

Die Regierung muß die Politik des „*als ob*“ aufgeben, den „**Grauen Markt**“ — bei Vorkehrungen zur Sicherung des Existenzminimums mit Mindestpreisen — als *wirklich freien Markt* gestatten, beobachten — und besteuern. Auf einem solchen Markt müßten auch die „**Exterritorialen**“ ihre Preislisten auslegen und in offenen Wettbewerb treten. — Eine Währungsreform in der begrenzten Art, wie sie zur Zeit möglich ist, macht diese Einrichtung nicht überflüssig. Es gibt aber ernst zu nehmende Stimmen, die gerade eine Währungsänderung als *Stichtag* für die Freigabe von Warenverkehr und Preis für alles mit Ausnahme des Lebensnotwendigsten ansehen.

Heimlichkeit korrumpiert und veranlaßt kraftverzehrende Umwege. Es ist Zeit, realistisch zu werden. Man muß gegebene Tatsachen sehen und nicht mit *Illusionsforderungen*, an die im Grund keiner glaubt, die nur Redestoff für donnernde Gewerkschaftsversammlungen sind, an der *Wirklichkeit vorbeiregieren*.
 Hazet, Wien.

Zahlen über die Viehhaltung

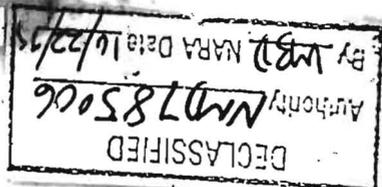
Die Unterschiede zwischen den Bundesländern

Der normale Verlauf der Viehhaltung wurde durch Kriegseinwirkungen, durch Beschlagnahmen (Besatzungsmächte), durch unregelmäßige Schlachtungen in der ersten Zeit nach dem Kriege wesentlich gestört. Der Abgang war besonders in Niederösterreich, Steiermark und im Burgenland sehr groß, wurde allerdings seither durch Lieferungen aus den westlichen Bundesländern zum Teil wieder ausgeglichen. Die Trockenheit dieses Jahres zwingt zu Schlachtungen. Diese besonderen Vorkommnisse werden bei Beurteilung der folgenden Statistik zu berücksichtigen sein, die für die einzelnen Bundesländer den Viehbestand im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zeigt. (Zahlen für 1946, Durchschnitt.) Gewiß ist diese, wie jede statistische Darstellung, mißdeutbar und nur ein Anhaltspunkt unter vielen anderen für Schlußfolgerungen.

Die Aufstellung (Ziffern unter Verwendung von Material von Doktor Wilhelm Müller) bezieht sich auf je 1000 Einwohner. Hierbei ist von Wichtigkeit die Errechnung von „Einheiten Rindvieh“, in welche, um einen gewogenen Durchschnitt des Gesamtviehbestandes zu erhalten, die einzelnen Haustierarten umgerechnet werden. Diese Umrechnung ist nach folgendem Verhältnis erfolgt: 1 Rind = 0,5 Pferde = 5 Schweine = 5 Schafe = 5 Ziegen = 30 Hühner. Eine solche Umrechnung entbehrt natürlich nicht der Angriffsmöglichkeiten, bietet aber immerhin eine gewisse Brauchbarkeit.

Bundesland	Pferde	Rinder gesamt	davon Kühe	Schweine	Hühner	Schafe	Ziegen	Einheiten Rindvieh	% vom Durchschnitt
Wien	10	10	6	10	134	—	11	37	7
Niederösterreich	55	357	176	295	840	37	77	566	98
Burgenland	66	411	244	441	1030	7	26	658	114
Oberösterreich	58	441	254	267	797	42	31	640	111
Salzburg	42	370	194	80	300	114	42	507	88
Steiermark	30	391	183	330	650	67	22	547	96
Kärnten	65	400	185	281	537	180	48	643	111
Tirol	22	422	212	82	405	147	55	540	93
Vorarlberg	16	342	192	69	476	91	48	426	74
Durchschn. Öster- reich ohne Wien	48	393	204	265	695	72	46	579	100

Wie die Tabelle zeigt, gibt es Bundesländer wie Tirol, Vorarlberg und Steiermark, die man als „*agrarisches*“ bezeichnet und es, unter dem Gesichtspunkt der Viehwirtschaft betrachtet, keineswegs sind. Bei der Steiermark spielen allerdings auch die großen Verluste während der ersten Monate nach dem Zusammenbruch Deutschlands eine erhebliche Rolle, obwohl gerade dorthin später bedeutende Zulieferungen erfolgten (Zuchtvieh aus Vorarlberg gegen — dann praktisch nicht gelieferte — Eisenwaren). Doch ist Steiermark ein stark industrialisiertes Land, was in der Ziffer ebenfalls mit enthalten ist. Die hohe Industrialisierung Vorarlbergs zeigt sich darin, daß mit Ausnahme von Wien dieses Bundesland den gering-



RG 7 260
 Entry USACA - Of. of Dir.
 File Files of The Director '55
 Box 36

sten Prozentsatz an Vieh (74 Einheiten-Prozente vom Bundesdurchschnitt) aufweist, obwohl seine Viehwirtschaft als muster-gültig anzusehen ist und auch die höchsten Erträge an Milch und Milchprodukten von ganz Österreich (je Kuh) liefert. Daß Tirol relativ wenig Vieh aufweist, hängt mit der Kargheit des Hochgebirges zusammen, wie dies auch von Salzburg gelten mag. Bei Niederösterreich wirken sich die Nachkriegsverluste sehr stark aus.

Der Bestand an Pferden ist im Osten Österreichs wesentlich größer als im Westen entsprechend der Oberflächengestaltung

des Landes und der Futterverhältnisse. In Tirol gibt es ganze Täler (Pitztal, Paznaun, Stanzertal), wo Pferde überhaupt kaum vorhanden sind. Dafür haben die westlichen Bundesländer bedeutend mehr Schafe, die ja im Hochgebirge lohnend gezüchtet werden. Die beste Wolle liefern die Kärntner Schafe.

Wien muß im wesentlichen außer Betracht bleiben. Es ist ja keine Stadt mit nennenswerter Landwirtschaft. Immerhin wurden die wichtigsten Angaben auch hierfür erhoben.

Virgener.

Holz aus dem Osten fehlt für den Aufbau im Westen

Ein besonders schwieriger Abschnitt des Marshall-Planes

Bei den Pariser Beratungen über den Marshall-Plan hatte der Holzausschuß eine besonders schwierige Aufgabe; er sollte schätzen und hatte keine festen Grundlagen. So nahm man hypothetisch die Lieferungen aus Osteuropa mit 50 v. H. der Vorkriegsmengen an (von den Nutzholzkontingenten im geplanten, aber nicht zustande gekommenen Abkommen London-Moskau ausgehend), aber auch so blieb eine wesentliche Lieferaufgabe für Amerika (vor allem Kanada), das bis 1951 31% von der Einfuhr der beteiligten Länder decken soll, wobei mit einem Rückgang der absoluten Zufuhrmenge während der Planungszeit gerechnet wird.

Mehr noch als in anderen Bereichen bleiben aber die im Plan genannten 16 Länder und Westdeutschland auf die eigene Produktion und auf die Hilfe auf Übersee angewiesen. Die Eigenerzeugung wird aber schwer gehemmt durch unmittelbare Kriegsschäden und mehr noch durch die kriegswirtschaftlich bedingten Überschlagerungen. Ein besonders starker Raubbau ist in Frankreich und Dänemark getrieben worden, wo der Einschlag das Zwölf- bzw. das Zehnfache des Jahreszuwachses betragen hat. Auch Großbritannien hat seinen an sich nicht sehr großen Waldbestand für Weichholz und Grubenholz stark vermindert. Dagegen hat — nach Ansicht der Pariser Experten — der Wald in Deutschland weniger stark gelitten und soll während der Planungszeit, angeblich ohne Gefahr dauernder Schädigung, sehr starke Eingriffe auf sich nehmen können. In solchem Sinne hatte sich schon die internationale Holzkonferenz der Food and Agriculture Organization (FAO) in Marienbad im April/Mai ausgesprochen, so daß sich die Überschlagerung des Waldes in Deutschland noch mindestens bis 1951 fortsetzen wird. Deutschland ist somit notgedrungen und zwangsläufig zu einem *Holzausfuhrland* geworden. Aber auch in anderen Ländern, z. B. in Frankreich und Norwegen, hält sich die Holzherzeugung über dem Vorkriegsstand, während in anderen Gebieten wiederum der sehr große Brennholzbedarf die Werkholzerzeugung einschränkt, z. B. in Schweden und in Österreich. Dementsprechend wurde durch die Marienbader Konferenz allen Ländern eine *Produktionssteigerung* von 10% nahegelegt.

Es ist aber nicht gelungen, für den Zeitraum 1948/51 das Gleichgewicht zwischen dem Bedarf und Eigenerzeugung plus Einfuhr herzustellen. In wichtigen Positionen mußte die Holzbilanz der Marshallplan-Länder mit einem ansehnlichen Defizit belastet werden, das beispielsweise beim *Nadelschnittholz* auf 1,15 Mill. Standards*), d. i. 15% des Gesamtbedarfes berechnet wurde — eine unmittelbare Auswirkung der Exportausfälle Osteuropas. Ähnlich ist es bei der *Grubenholzerzeugung*; im Kriege und auch jetzt noch ist die Kohlenherzeugung durch den Mangel an Grubenholz gehemmt, während die Holzherzeugungsländer infolge Kohlenmangels potentiell Grubenholz als Brennholz verwenden müssen!

Auch hier fehlt die Einfuhr aus Osteuropa; waren doch Finnland und die Sowjetunion die wichtigsten Ausfuhrländer. Der Marshall-Plan will eine höhere Kohlenförderung. Aber Westeuropa kann die Erzeugung von Grubenholz nur wenig steigern, zumal der größere Bedarf an Schleifholz dagegen wirkt. So muß viel Grubenholz aus anderen Ländern ein-

geführt werden, und doch wird es nach den Vorschätzungen der Planungskommission nicht zu einer Sättigung des westeuropäischen Bedarfes kommen. So ergibt sich auch für Grubenholz ein ansehnliches und überdies von Jahr zu Jahr steigendes Defizit. Da der Ersatz des Minierholzes durch Stahl oder Zement naturgemäß nur in engen Grenzen möglich ist, bedeutet der Grubenholzmangel weitere Eingriffe in die eigenen Holzreserven Europas.

Auch der Voranschlag für *Schleifholz* zeigt ein Defizit. Dieses soll sich zwar im Verlaufe der Planungszeit verringern, doch ist das Zahlenbild auf die recht optimistischen Schätzungen der Einfuhrmengen aus den Nichtteilnehmerländern der Alten Welt zurückzuführen. Die USA liefern weder Grubenholz noch Schleifholz; das übrige Amerika wird nur bescheidene Mengen exportieren können.

Die Versorgung mit *Hartholz* ist besonders schwierig abzuschätzen, weil hier auch die Liefermöglichkeiten der tropischen Länder mitberücksichtigt werden müssen. Im ganzen wurde hier kein absolutes Defizit errechnet. Die Einfuhrquote aus Amerika, besonders auch aus den USA, ist beträchtlich, da bestimmte Hartholzsorten (z. B. Hickory, Persimmon u. a.) in Europa nicht vorkommen und sich nicht durch andere Hölzer ersetzen lassen.

Für *Eisenbahnschwellen* wird teils Hartholz, teils Weichholz verwendet. Weichholzwellen wurden vor dem Krieg hauptsächlich aus Rußland und Polen eingeführt; nun will man sie aus Übersee beziehen. Trotzdem bleibt ein Defizit. Die Hartholzwellen wurden vor dem Krieg durch Eigenerzeugung aufgebracht. Arbeitermangel und die Konkurrenz des Bauholzes verursachen jetzt schweren Mangel, der nur zum Teil durch Einfuhren ausgeglichen werden kann. Da aber nach Behebung der unmittelbaren Kriegsschäden der Bedarf etwas nachlassen wird, ist bis 1951 mit einem Verschwinden des absoluten Defizits zu rechnen.

Gesamteuropa erzeugte vor dem Krieg 90% seines *Sperrholzbedarfs*, wovon aber der Hauptanteil auf Rußland und Finnland entfiel. Seit 1940 sind Kanada, die Vereinigten Staaten und Brasilien die wichtigsten Lieferländer geworden. Man rechnet aber mit einem Rückgang der überseeischen Einfuhr, weil eine Wiederaufnahme der finnischen Lieferungen und erhöhte Produktionsleistungen in Großbritannien und Holland wahrscheinlich sind.

MARKTFORSCHUNG

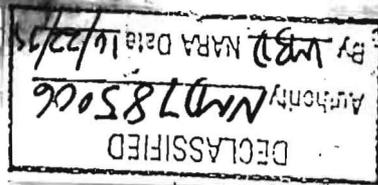
nach dem Gallup-System
 verschafft Ihnen Gewissheit
 über den Erfolg jeder Neuplanung
 IM VORHINEIN
 verhindert somit

Enttäuschungen
 Verfehlte Investitionen
 Vergeudung von Arbeitskraft

Schreiben Sie unverbindlich an unsere
 ABTEILUNG B

Osterreichisches Forschungs-Institut für Wirtschaft
 und Politik, Salzburg, Schwarzstraße 21

*) 1 Standard = 2,7 t bzw. 4,67 m³.



RG 7 260
 Entry USACA - Ofc. of Dir.
 File Files of the Director
 Box 36

Am *Auslandsbesitz* sollte der Alpenverein sich desinteressieren (Hütten in Deutschland, Jugoslawien), ausgenommen seine beiden Hütten in der Schweiz und in Liechtenstein, von denen die letztere übrigens 1946/47 Rekordbesuch aufwies (Pfälzerhütte am Bettlerjoch), obwohl ein Zutritt für Österreicher nicht möglich ist. Die Hütte wird vom liechtensteinischen Alpenvereinszweig betreut. Die auf Schweizer Boden

gelegene Heidelbergerhütte (Silvretta) ist von Österreich aus beaufsichtigt, aber nicht geöffnet. Eine Sonderfrage sind die Hütten in *Südtirol*. Sie fielen 1919 an den Italienischen Alpenklub. Wenn die Autonomie Südtirols Wirklichkeit werden sollte, müßte auf eine Neuregelung dieser Frage gedungen werden.
 Vr.

Dichter sprechen zu Zeitproblemen

Ernst Waldinger, New York

„Sie stellen sehr gewichtige Fragen an mich, und es wäre außerordentlich unbescheiden, wenn ich auch nur versuchen wollte, sie zu beantworten. Ich teile allerdings nicht die Meinung, der Dichter solle sich vom aktiven Leben zurückziehen und in einem Wolkenkuckucksheim leben. Die böse Verachtung der Politik und der wirtschaftlichen Dinge, die die Geistigen drüben in ihre Isolierung trieb, hat ihnen selbst und der Allgemeinheit genug geschadet. Als ob sie nicht selber unter ihrer ökonomischen Erniedrigung zu leiden gehabt hätten! Der unsinnige und fast kriminelle Vergleich, der nach dem ersten Weltkrieg in der „A. Z.“ angestellt wurde, in dem man der Bedienerin größere Rechte als dem Universitätsdozenten einräumte, kommt mir ins Gedächtnis. Solche Dinge haben sich die Intellektuellen selbst zuzuschreiben.

Was soll aber eines Dichters Stimme für ein Gewicht haben in einer Zeit, in der wenigstens hier drüben alles nach der Marktgängigkeit gewertet wird? Dem einzigen, der seine Gesetze nicht von dem „ehernen“ Gesetz von Nachfrage und Angebot erhält? Im Trubel der Vergnügungsindustrie und im Lärm des Rundfunks, die dem erschöpften Zeitgenossen alles, wofür er noch aufnahmefähig ist, fertig servieren, verhallt seine Stimme, und wenn er mit Engelszungen redete.

Der Dichter ist ein Exponent der Gesellschaft, die nicht mehr besteht oder erst zu schaffen ist. Thomas

Mann hat jüngst in einem Interview in Mailand erklärt, das Bürgertum sei tot und es sei darum nicht schade, da es sein Los verdient habe. Wenn ein so bürgerlicher Mensch wie Mann solche Worte gebraucht, was hat ein so unbürgerlicher wie ich hinzuzufügen?

Ich habe mir vorgestellt, daß in Österreich, wo die Dinge noch in Fluß sind und wo die gesellschaftliche Nivellierung, mag sie auch von anderen höhnisch mit Verarmung gleichgesetzt werden, so weit fortgeschritten ist, ein wesentlicher Beistand zur Formung einer neuen Gesellschaft geleistet werden könnte, für die der Dichter dann sprechen würde, deren Ausdruck er wäre. Die ihn nicht zu fürchten hatte als einen unangenehmen Mahner wie die bürgerliche — deshalb verdrängt sie ihn ja — und spießrisch lächerlich macht als ein Uding, als ein Fossil, einen nicht zu entschuldigenden Bajazzo, der kein Geld verdienen kann.

Statt dessen setzt man in Österreich unbekümmert dort fort, wo man im Jahre 1938 stehen geblieben war, als ob nicht, wie sich einer meiner Wiener Freunde ausdrückte, ein Weltuntergang mittlerer Ordnung stattgefunden hätte. In allen Dingen will man einen Strich unter die böse Rechnung machen und die Sintflutperiode ausradieren.

Aber ich verlange wahrscheinlich zu viel und bin ungerecht. Obwohl die Dinge heute im Raketentempo vor sich gehen, geht die Geburt einer neuen Zeit doch nicht so rasch.“

Die Linie unserer Verlage

Amalthea-Verlag, Wien

Mitten im ersten Weltkrieg gründete der Schweizer Dr. Heinrich Studer in Leipzig den Amalthea-Verlag, den er auch in Wien und Zürich protokollieren ließ. Der Hauptsitz des Verlages befindet sich seit Ende 1917 in Wien, von wo im Laufe der Jahre eine Reihe kostbarer Standard-Werke herausgebracht wurden.

Wir erinnern an die Prachtausgaben Anton Reichel: „Die Clair-obscur-Schnitte.“ Heinrich Glück: „Die indischen Miniaturen des Haemzae-Romanes“, an Rudolf Payer von Thurn: „Der Orden vom goldenen Vlies“, die beiden „Lavater-Mappen“, die illustrierten Werke der Weltliteratur, wie Dantes „Die göttliche Komödie“, die der Verlag zum 600. Todestag Dantes herausbrachte; die selten gewordene zweibändige La Fontaine-Ausgabe: „Contes et Nouvelles“, französisch, von Füllöp-Miller/Gregor; „Das russische Theater“, ferner Richard Ernst: „Wiener Porzellan des Klassizismus“, Jean de Bourgoing: „Miniaturen von Friedrich Füger und anderen Meistern“, sowie Franz Kieslinger: „Göttliche Glasmalerei in Österreich bis 1940“, und das zweibändige Werk W. von Wurzbach-Tannenbergs: „Katalog meiner Sammlungen von Medaillen, Plaketten und Jetons“. Mit Hermann Bahrs „Adalbert Stifter“ (1919) begann die Stifter-Renaissance. Unter den militärischen resp. politischen Werken sei nur Churchill: „Die Weltkrisis 1916–18“ und „Nach dem Krieg“ genannt.

Besonders wertvoll wäre es, wenn die „Neue Österreichische Biographie 1815–1918“, die es bisher auf neun Bände brachte, fortgesetzt und abgeschlossen werden könnte. Auf der Wiener Universität liegen seit vielen Jahren umfangreiche Vorarbeiten, mit dem der alte Wurzbach ergänzt würde.

Die Reihe der Musikerbiographien bringt von Karl Kobald: „Beethoven“, auf Weihnachten 1947 die „Alt-Wiener

Musikstätten“ und im Frühjahr 1948 „Franz Schubert“. Max Auer: „Anton Bruckner“ erscheint im 17.–27. Tausend in neuer Ausstattung ebenfalls auf Weihnachten 1947. Weitere Musik-Bücher von Joseph Marx, Leopold Nowak, Erwin Rieger, Erich Schenk u. a. m. sind in Vorbereitung, was um so erfreulicher ist, als bisher wenig wertvolle Musikkritik erschienen. Oskar von Wertheimer's brillant geschriebene Biographie „Kleopatra“, bisher in zwölf Sprachen übersetzt, erscheint wieder auf dem Büchermarkt. Die im 13. Jahrgang stehende internationale Kunstzeitschrift „Belvedere“ hingegen kann erst ab 1948 vierteljährlich wieder erscheinen.

Johann Leon sen., Klagenfurt

Nach hundertdreißigjährigem Bestehen ist der Verlag Joh. Leon sen. in Klagenfurt in den letzten Jahren über seine bis dahin auf die Provinz beschränkt gebliebene Bedeutung hinausgewachsen. 1934 fand der Verlag in Direktor Prebil den Mann, mit dessen Hilfe er an die Verwirklichung seiner weitgreifenden Pläne gehen konnte. Es wurde eine Chemigraphie eingerichtet, deren erste Erzeugnisse die „Kärntner Trachtenbilder“ waren, die dann wiederum mittelbar Anlaß zur Entdeckung des neuen und entscheidenden Arbeitsgebietes wurden.

Auf einer Fahrt, die der Trachtenaufnahme diente, entdeckte Leon in einem gotischen Fresko auf einem Bildstock in Kirchbach die alte Kunst Kärntens für seine Publikationen, die die Geltung dieser Kunst sodann in großzügiger Weise gefördert haben. Es erschienen mit Farb Bildern von Walter Frodl: „Die Romanische Wandmalerei

RG

Entry

File

Box

CLASSIFIED

REF ID: A66785068

EX SR 10-21-99

SECRET

REPORT
of the
U.S. HIGH
COMMISSIONER
for AUSTRIA

FINAL REPORT
VOLUME I

1 OCTOBER 1950

SECRET

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

Nazi rule in Austria in 1945 were hailed with relief, and the reestablishment of an independent Austria was greeted with hopes born from adversity.

2. Occupation Directives and Objectives

The cornerstone of Allied policy towards Austria was laid in Moscow on 1 November 1943 when the U.S., British, and Soviet foreign ministers proclaimed to the world their consideration that the annexation imposed upon Austria by Germany was null and void.

Declaring that Austria, the first free country to fall a victim to Hitlerite aggression, would be liberated from German domination, they stated their desire to see reestablished a free and independent state. Austria was reminded, however, of her responsibility for participation in the war on the side of Germany, and that in the final settlement account would be taken of her own contribution to her liberation. Needless to point out, nearly seven years have passed and this announced objective now appears farther from achievement than in the difficult days of 1943.

Throughout 1944 and the first half of 1945, planning for the joint occupation of Austria was conducted through the European Advisory Commission then established in London. On 23 March 1945 the State-War-Navy Co-ordinating Committee (SWNCC) agreed upon a U.S. draft of a Control Agreement for the Allied governing body to be established in Austria. Meanwhile, it became apparent that the successes of the Allied armies in Germany would in all probability find them occupying Austria from the north and northwest, rather than initial entry by the Mediterranean armies as planned. In message FX 57679, British General Alexander agreed with U.S. General Dwight D. Eisenhower that the latter's forces should establish temporary control in Austria and AFHQ (Allied Forces Headquarters in the Mediterranean area) dispatched military government representatives, who had long been trained in Austrian affairs, to accompany the SHAFF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces in London) forces.

On 4 July 1945 the European Advisory Commission signed the agreement on control machinery for the Allied occupation of Austria. The later "New Control Agreement" of 28 June 1946 was patterned closely on the preceding model except, of course, for its more liberal provisions. On 9 July 1945 the EAC, after extensive negotiation, achieved agreement upon the division of Austria into occupation zones and upon the joint occupation of Vienna. This latter agreement is still effective and is one of the documents most vitally affecting the High Commissioner's jurisdictional and administrative authority.

The President of the U.S. approved the EAC Agreement on 21 July with the other governments' ratifications occurring concurrently. In WARX 23672, of 28 June 1945, the Joint Chiefs of Staff designated General Mark W. Clark as Commander-in-Chief of U.S. Forces of occupation in Austria and, as such, appointed him the U.S. member of the governing body of the Allied administration for Austria. He was entrusted with the responsibility for political matters pertaining to Austria and for the administration of the military government of the U.S. Zones of occupation. In these matters it was stipulated that he should report directly to the Joint Chiefs of Staff. The same instructions governed his successor, Lieutenant General Geoffrey Keyes.

A U.S. and British reconnaissance mission entered Vienna from 3 to 13 June 1945 for the purpose of making preliminary arrangements for the forthcoming occupation of the city. Little was accomplished, however, because of the Soviet attitude restricting their activities and deny-

212728

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 73

DECLASSIFIED

Authority UND 785008
 BY SR NARA Date 10-21-99

SECRET

ing their access to vital installations such as the adjoining airfields. The Chiefs of Staff of the Allied Forces met again in Vienna on 16 and 17 July, where preliminary discussions were carried out with the Soviets. Lacking final ratification of the EAC Agreement above, the Soviets declined to enter into any binding commitments. Although the western representatives were anxious to get on with the quadripartite administration of Austria, the organization of the Allied Commission, and the occupation of Vienna, the trying delays instituted by the Soviets were probably attributable to the fact that they had not fully completed their stripping of Vienna of industrial machinery and other war booty.

Finally the Allied Deputy Commanders met again in Vienna on 24 and 25 July 1945 and drew up a quadripartitely agreed protocol covering the rights of entry of the western powers, the allocation of air fields, communications, and other administrative matters. It might well be that the existence of this document, formulated prior to Allied entry, was primarily responsible for the failure of the Soviets to initiate a blockade of Vienna in 1948 as they did in Berlin.

The U.S. High Commissioner received his basic directive regarding the Austrian occupation from the Joint Chiefs of Staff on 1 August 1945 (JCS 1369/6). Although its provisions extensively covered all fields of economic, strategic, and political activity, the U.S. High Commissioner was left considerable latitude in their application. Two other agreements which indirectly bore on the Austrian situation were the Declaration on the Defeat of Germany, concluded on 5 July 1945, and the Potsdam Agreement on 2 August 1945 -- the terms of which were later to prove so disastrous to the final Austrian settlement.

The immediate objectives of the U.S. High Commissioner, and of the Allied Commission, were to disarm the German forces remaining in Austria, and to demilitarize the country; to achieve the separation of Austria from Germany; to prepare the way for the establishment of a freely elected Austrian government; and, meanwhile, to carry on an effective and efficient administrative control of the country.

In keeping with the Moscow Declaration of 1943, the policy of the United States was to regard Austria as a liberated country and to strive for its early independence as a free and sovereign state. This was given emphasis by the State Department Declaration on 30 October 1946 regarding Austria as a country liberated from forcible domination by Nazi Germany, and not as an ex-enemy state, nor a state at war with the United States during World War II. The first Allied Council meeting took place on 11 September 1945, and the first post-war national elections on 25 November 1945. A freely elected government was subsequently seated and, on 7 January 1946, recognized by the four occupying powers.

On 25 April 1946 the U.S. High Commissioner placed before the Allied Council an important statement of the United States policy in Austria. Reiterating the U.S. desire for the establishment of a free and independent country, the major objectives as set forth in the document were the promotion of democratic self-government, the elimination of remaining Nazi influences, and the rehabilitation of a self-supporting Austrian economy. The U.S. also sought establishment of friendly and co-operative relations between Austria and other peaceful nations. In implementation of its policy, the U.S. Element suggested the return to the Austrian government of the conduct of its administrative, internal, and political affairs; the enactment of a denazification law; the promulgation of a new Control Agreement; the early conclusion of a State Treaty; a reduction of occupation forces; settlement of the German external assets issue locally; the provision of relief through the UNRRA (United Nations Relief and Re-

212729

4

SECRET

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

habilitation Administration) program; the stimulation of trade; and the stabilization of the currency. Although no immediate action was taken by the Allied Council, this pronouncement continued to guide U.S. quadripartite policies in the future months.

The process of restoring sovereignty to Austria was slowed somewhat by Soviet hostility following the severe defeat of the Communist Party in the 1945 elections, but sufficient unity of purpose remained to make possible the conclusion of the present Control Agreement in June 1946. This statute, which stands out as one of the most successful international agreements of the postwar era, was certainly the most important event in the history of the Second Republic. Its terms need not be analyzed here, but its effect was to provide Austria with an interim treaty which may have to suffice for an indefinite period. The Control Agreement certainly represented the maximum concessions to be expected of the Soviet Element, and it is fairly certain that the liberality of its terms could not be duplicated today.

With the heightening of East-West tensions during the intervening years, the role of the U.S. and other western occupational forces has necessarily changed. The initial purposes of the occupation having been fulfilled, the U.S. position in Austria must be considered as a check against further Communist expansion in Central Europe. The struggle against Communism, or Soviet imperialism in which the U.S. has assumed world leadership -- particularly since the Korean aggression -- will continue for sometime to require U.S. presence in the Central European area to combat aggressive Soviet economic and political penetration of western Europe. If political and economic considerations should lead to the necessity of an Austrian Treaty settlement on Soviet terms, a contingency considered unlikely under present Soviet policy, it is essential that the occupation forces of the western powers remain in Austria until Austrian army and gendarmerie units are organized, trained, and equipped to assume responsibility for the mission of internal security and local defense of frontiers.

While there are a number of factors which promote Soviet reluctance to accept an Austrian treaty now, the unsatisfactory repercussions which would arise from a military withdrawal are foremost. The potency of Titoist elements in lands under Soviet domination may be difficult to evaluate, but they could be given no greater encouragement than the sight of Soviet troops marching eastward. The Soviets have subjugated eastern Germany only with difficulty, and an evacuation of their forces from Austria would give fresh hope to resistant elements now dormant there. Of course, there are other reasons for the Soviets to remain in Austria. Their activities are economically rewarding; Vienna comprises a lucrative intelligence base; a legal basis exists for the presence of their troops; and there is the strategic importance of Soviet control of this vital Danubian hub of communications. She would have to withdraw her troops from Hungary, etc. in accordance with satellite treaties.

Having witnessed the overthrow of the satellite governments from this outpost, it has been deeply impressed upon the U.S. Forces in Austria that Austrian traditional aversion to Communism would be no shield nor guarantee against success of the same tactics if she were unprotected by the presence of western arms. While Austria's professed neutrality must be respected until the western nations are in a position to promise and deliver genuine defense of Austria's soil in the event of major conflict, in actuality the strategic importance of U.S. troops here, bolstered by the subsequent development of Austrian security forces, will become increasingly important with the progress of European rearmament. It should be noted that the Austrian government finds itself in the peculiar situ-

212730⁵

SECRET

RG

260

Entry USACA Files of DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 22

DECLASSIFIED

Authority AND 785008By SR NARA Date 10-21-99**SECRET**

ation of not being a member of the North Atlantic Pact but, by virtue of U.S., British, and French pledges, having three-quarters of its territory subject to guarantees of the Pact.

The possibility of Soviet partition of Austria has been, and is now, constantly open. While exercising reasonable judgment in U.S. operations here, abiding by U.S. international agreements, and avoiding undue gravitation of retaliatory effort to this scene, USFA has never deferred to Soviet threats to lower the Iron Curtain. Although a decision to do so will certainly be reserved to Moscow, and carried out only when such a step fits Soviet world strategy, USFA has constantly kept in mind that an aggravation of local events may well contribute to such a decision. In order to maintain the integrity of Austria, it has been of the first order of importance that the Allied Commission be retained in working order. Occasional agreements reached by the Allied Council contribute to the welfare of the Austrian state, which is consistent with the U.S. mission, but U.S. policy has increasingly regarded the functioning of the Allied Commission as being actually of greater importance than its accomplishments.

The U.S. Element considers that the objectives set forth in the Control Agreement have now been largely achieved -- or that their final realization is obstructed by continuation of the occupation and primarily the attitude of the Soviet Element. Treaty discussions were begun in January 1947 and have unsuccessfully continued to this date. Following each successive interruption of treaty talks, the U.S. Element, supported by the British and French, have made fresh efforts to compensate by further relinquishment of occupational controls -- both unilateral and quadripartite.

By the middle of 1950 the possibilities of further amelioration of the occupation burden have been practically exhausted; such measures as can be devised are either of minor consequence or face obstruction by the Soviet Element in the Allied Council. Revision of the Control Agreement has been repeatedly considered, but on each occasion dropped as presenting little chance of achieving a more successful statute than that drawn in 1946. The U.S. Element has sought to avoid to the extent considered advisable the stresses and strains induced by the "Cold War." Inasmuch as the Allied Commission is virtually the sole remaining East-West body in the world which still negotiates on a substantive basis, the U.S. Element has endeavored to avoid undue provocation which might react to the detriment of the U.S. mission in Austria. Nevertheless, the attitude of the U.S. Element towards its Soviet counterpart has been firm -- holding the Soviets responsible for the execution of their quadripartite commitments.

212731

RG

260

Entry USACA Files of DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 23

DECLASSIFIED

Authority UND 785008By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

as a request for Allied Commission consent to action proposed to be taken under a law;

(3) The proposed law would not jeopardize Allied claims to German property in Austria, since it expressly contemplates payment of fair compensation to the owners of all property to be nationalized.

The law finally became effective by virtue of the 31-day rule. Since, however, the Soviet Element, and possibly also the French Element, would not have permitted application of the law in their zones, the Austrians have made no effort to enforce it. For this reason the necessary legislation providing for payment of compensation to the owners of the nationalized enterprises has not been implemented to date. The Austrian government has declared that, in view of the Soviet attitude, it does not intend to apply the law to those enterprises in the British and U.S. Zones, the nationalization of which would affect Allied interests. The enactment of the second Nationalization Law on 26 March 1947 had had a similar history.

The problem of restitution was first considered by the provisional government which passed Law No. 10/1945. This required the registration of all property and property rights which had been seized after 13 March 1938, whether arbitrarily or under sanction of law, and where the seizure was a result of the Nazi philosophy of racial and religious discrimination or similar doctrine. The registration was in accordance with the Inter-Allied London Declaration of 5 January 1943, which warned all beneficiaries of illegal transfers of property. Law No. 10 was implemented by the so-called Nullification Law, passed by the Austrian government on 15 May 1946, invalidating all acts committed after 13 March 1938 which were designed to deprive persons of their property illegally. Since passage of the Nullification law, the Austrian government has enacted seven other restitution laws including 30 by-laws and implementing ordinances. Most of these enactments were passed since February 1947. *why?*

Restitution legislation was of necessity a gradual process. *☆* The immediate enactment of a complete and unified law was impossible because of lack of Allied agreement. Thus, when the Nullification Law was discussed by the Allied Council, the Soviet Element objected to it on the ground that it violated Article 5/IV of the Control Agreement (German External Assets). This position they have not changed, and they have frequently announced that they would not permit the implementation of these laws in the Soviet Zone of Austria and the Soviet sector of Vienna. In some instances they have even issued orders to the Provincial Register Court not to register any transfer of property to the former rightful owner without prior written approval of the Soviet Element.

Since the initial period of the Austrian occupation, the Legal Division of USACA has maintained constant and close liaison with the Austrian Ministry of Justice, the former Austrian Ministry of Property Control and Economic Planning, the Federal Chancellery and the Ministry of Interior. This resulted in a broad understanding of the problems confronting these ministries.

The U.S. Element has had substantial influence upon the Austrian government, especially in the preparation of drafts of proposed legislation. The U.S. Element, in using this influence, has not only supported the Austrian government in every possible respect in the rendering of legal advice, but at the same time has reminded the Austrian government of its duties. This has been particularly true in the matter of restitution legislation. The Austrian government was not inclined to favor the

212732 200

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

enactment of restitution legislation, especially the Third Restitution Law, which concerned restitution of private property and private property rights which had passed into the hands of private citizens and corporations. Remedial legislation was required by the London Declaration of 1943 and the Austrian government was accordingly advised to comply with its provisions. A number of drafts were prepared on the subject, all of which were undesirable in one respect or another. Many discussions resulted in the formulation of a draft which was in accordance with the U.S. policy on restitution.

Notwithstanding the influence of the U.S. Element, the Austrian government has failed to date to enact a law concerning restitution of apartments and shops and a law providing for disposition of heirless property. In addition, the Austrian government did not comply with the request of the U.S. Element to pass the 7th Restitution Law in a form that would result in correcting the injustice done to the many victims of the Nazi regime. (See para 2 above).

Valuable assistance was rendered to the Austrian government when the draft of the new Denazification Law (Law No. 25/1947) was being prepared. As this was a constitutional law, it could not be passed without approval of all Four Elements and consequently their respective wishes had to be taken into consideration. The Soviet and the French Elements wanted a law which would do to the Nazis precisely that which they had done to their victims. This would have meant that a democratic Austrian government would be passing legislation "in violation of" democratic principles.

As a result of much effort by the U.S. Element, supported by the British Element, this result was in large measures prevented and the attempts of the Soviets in this matter were to a great extent defeated. Their principal defeat was in connection with Article 18k of Law No. 25 which would have established concentration camps for implicated Nazis. The Soviet Element insisted upon this Article and was unwilling to approve the law without its inclusion. The Soviet Element argued that the proposed concentration camps were to effect the re-education of the Nazis, and it proposed that the Austrian police be vested with authority to determine who were to be sent to concentration camps -- shades of the police state!

The U.S. Element stated that it would not tolerate an incarceration procedure which was not founded upon legal principles. The Soviet proposal was clearly in opposition to the provisions of the democratic Constitution of Austria. The U.S. Element submitted a counter-proposal whereby the People's Court, upon application of the police authorities, would render a decision in the matter. The U.S. draft was approved and amended by the inclusion of a provision for further implementation of the law by the enactment of ordinary laws. At the same time the Austrian authorities agreed that the implementation laws would not be enacted.

As a result, the efforts of the Soviets to establish concentration camps and a police state in Austria were defeated. They have, however, repeatedly brought the issue before the Legal Directorate and the Allied Council, requesting the other Elements to sign an order requiring the Austrian government to implement Para 18k of Law No. 25/1947. The U.S. and British Elements have continued to maintain that it is an Austrian affair to determine whether such a law should be passed.

Another instance where the U.S. Element rendered valuable legal assistance was in connection with the drafting of the Election Law

212733

201

SECRET

RG
Entry
File
Box

CLASSIFIED
BY: D785018
SR: 10-2-99

SECRET

REPORT
of the
U.S. HIGH
COMMISSIONER
for AUSTRIA

FINAL REPORT
VOLUME II

1 OCTOBER 1950

SECRET

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

G. REPARATIONS AND RESTITUTION

1. Soviet Exploitation of "German Assets"

Because of racial and language similarities, geographic location, and exchange of economic and commercial raw products, manufactured goods, and services, the Austrian economy had always been closely tied to the German economy. Through stock participations in Austrian firms, branch offices of German enterprises in Austria and ownership of lands, estates and business enterprises in Austria by resident and non-resident Germans, a substantial amount of real and personal property located in Austria was owned by German firms or individuals prior to 1938.

Previous to the 1938 Anschluss, the Nazi government of Germany formulated plans for the penetration of the Austrian economy and in some cases these plans had been worked out in minute details, as example, the take-over of the Creditanstalt Bankverein and the Laenderbank A. G. (the largest banking institutions in Austria), the Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) (Danube Shipping Company), the Alpine Montan Iron and Steel complex, the Steyr-Daimler-Puch A. G. (manufacturer of Steyr automobiles and other heavy industrial vehicles). These plans for the penetration of the Austrian economy were put into effect immediately after Anschluss.

During Anschluss, the German government, German financial and industrial enterprises, and German individuals acquired approximately 70 percent of all heavy industry and financial enterprises in Austria. According to statistics compiled from investigation conducted by the German External Assets Branch of RD&R Division, German participation in such industries as steel, aluminum, machinery-, automobile- and aircraft manufacture, synthetic textiles, chemicals and other basic industries (but excluding retail distribution and small self-owned shops) in the U. S. Zone of occupation of Austria amounted to 72 percent as of 8 May 1945. An estimate of the Austrian government for the same industries, which stands at 65 percent for all of Austria, indicates that the degree of German participation may have been somewhat smaller in areas other than the U. S. Zone. The existence of such large new enterprises in the U. S. Zone as the Reichswerke Hermann Goering (United Austrian Iron & Steel) at Linz, the Vereinigte Aluminium Werke A. G. at Braunau, the Lenzinger Zellwolle A.G. and the Stickstoffwerke at Linz, however, accounts for the somewhat larger percentage figure for the U. S. Zone of occupation.

The estimated investment in trade and industry in the U. S. Zone of Austria as of 8 May 1945 was somewhat under 9 billion schillings while German ownership amounted to slightly under 6.5 billion schillings. The investment in trade and industry for all of Austria at the same date is estimated at slightly more than 44 billion schillings. Based on a 72 percent German penetration figure, the German investment in Austria at the end of the war would have amounted to more than 31.5 billion schillings. The 72 percent figure is based on a detailed investigation of 17.06 percent of all financial, industrial, and trade investments in the U. S. Zone of Austria. Since such investigations did not include examination of the multitude of small individual enterprises and home workshops, which were generally not affected by the German occu-

212735

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

pation, the figure 72 percent cannot be taken as correct when all trade and commerce is considered. It is, however, indicative of the extensive German activity in heavy industry in Austria up to 8 May 1945.

The types of property and methods of acquisition varied. There were, for example, those interests acquired and held by German nationals and enterprises prior to Anschluss. Such holdings were acquired without duress or racial persecution except in cases where they had been acquired in Germany from German Jews, under duress, from the time of the rise to power of Hitler to the Anschluss, 1933-1938. In general, however, these acquisitions were bona fide and the properties acquired in a free market. Thus the problems of restitution and racial persecution are generally not involved in such cases.

Prior to Anschluss, the Austrian government owned public buildings, roads, parks, and similar holdings, as well as large interests in many industrial activities which in the United States are not governmental activities. The entire telephone and telegraph network, almost 100 percent of all rail lines and rolling stock, large amounts of hydro-electric facilities, the manufacture and distribution of tobacco products, salt mining and production, and a considerable amount of large-scale housing were owned and operated by governmental agencies. Title to such properties, along with title to all properties used in normal governmental activities (in the U. S. concept) such as post office, government buildings, prisons, national forests, and parks was taken over by the German Reich as succeeding sovereign. The U. S. has always considered that title to these properties returned to the Republic of Austria automatically at the end of the war. This view, with only occasional differences, has been supported by the other occupying powers. In cases where large improvements to public properties were made by the Germans, such as construction of roads, new post offices, and work on the autobahns, the improvements to the premises are considered by the U. S. as falling to the Austrian government without raising the question whether the improvement constituted a German External Asset. This approach is supported not only by the fact that such improvements are normally governmental functions but also by the fact that they are presumed to have been financed through taxes collected from the population of Austria.

In addition to these properties, considerable industrial participations were held by the Austrian government directly or indirectly through the Austrian National Bank. While the extent of participations held in this manner has not been thoroughly examined, the extensive degree of such holdings is illustrated by the fact that through a 51.53 percent participation in Creditanstalt-Bankverein, the Austrian government controlled 76 percent of Steyr-Dainler-Puch A.G., 25 percent of DBSG, and more than 10 percent of 116 other enterprises (not including their subsidiaries) in all fields of industry and commerce. Thus the German government became owner of a considerable participation in many of the largest Austrian industrial and financial enterprises, as succeeding sovereign at the time of Anschluss. In general these industrial holdings are held by the U. S., to revert to the Austrian government.

The planned program of the German government which was put into effect immediately after Anschluss included as one of its primary points the acquisition of control of the major Aus-

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED

Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

trian financial institutions by German financial institutions, mainly by the Dresdner Bank A. G., the Deutsche Bank A. G., and various re-insurance institutions. The importance of this move is illustrated by the fact that the Austrian Creditanstalt directly owned a controlling interest in more than 75 enterprises in Austria, while the Austrian Laenderbank's stock participations were valued at S 14,000,000. Thus, control of financial institutions also secured control of most of the large industrial enterprises. Interests so acquired involve restitution claims (in the case of the Laenderbank, a claim by the former home office, a French bank; and in the case of Creditanstalt, a claim by the Austrian government) as well as problems arising from the compulsory purchase by all financial institutions of large amounts of German governmental securities.

Pursuant to the Nurnberg Racial Laws and the well-known anti-Jewish campaign conducted by the Nazi government, all Jewish participations in Austria--and they were numerous and extensive--were immediately subject to seizure. A procedure for the acquisition of such interest was set up, whereby an administrator for the Jewish interest was appointed by the German government, and the owner barred from any access or control. All foreign holdings were turned over to the German government and a sales contract, legal only on its face, was concluded to dispose of the remaining assets to selected German enterprises or individuals. The proceeds from such sales, in almost all cases, were barely adequate to meet back taxes, outstanding mortgages, Judonsteuer (Jow tax) and Reichsfluchtsteuer (Fleeing Reich Tax) leaving none of the proceeds to the free disposition of the former owner. Along with the elimination of all Jewish participations, large holdings of the Catholic Church were seized, either under eminent domain, for use as military installations, or under a program of liquidating or breaking up large holdings of the Catholic Church in order to reduce its economic power and control. In such cases of seizure of Jewish and Catholic Church property, numerous problems involving restitution proceedings, adequacy of compensation, discriminatory taxes, and fees arise. In these cases, few if any of the German participations can be considered as bona fide. Therefore problems of evaluation of German participations are extremely difficult. In many cases properties falling in this category underwent extensive improvements, such as construction of the Vereinigte Aluminiumwerke A. G. at Braunau, a RM 40,000,000 investment on property valued at roughly RM 1,000,000, further complicating the valuation and restitution problems.

In addition to acquisitions of property, the Anschluss provided a large free-trade area, as well as industrial sites located near raw material sources, and markets for the expansion of German enterprises into Austria. As a result, numerous German firms established branches or subsidiaries in Austria or transplanted their actual installations to Austria. While many of these new enterprises took advantage of the "cut-rate prices" offered on Aryanized property, a number of enterprises established installations in Austria on a legally sound business basis. While some of these later cases involved real property occupied only on a lease basis, many enterprises purchased real property and established their installations through transactions and purchases not involving duress. Few problems arise as regards restitution and other matters in the latter cases.

212737

226

SECRET

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

Also falling within this category are a number of German enterprises which expanded into Austria or established separate enterprises as a part, either directly or indirectly, of the German war effort. Within this group would be included Stickstoffwerke (a subsidiary of I. G. Farben, manufacturing nitrogen and nitrogen products); the Vereinigte Aluminiumwerke A.G. (a branch of a Berlin enterprise of the same name, manufacturing aluminum for aircraft); Lonzingen Zellwolle (a new enterprise established to produce synthetic wool for use in uniforms with a rated capacity of 104 tons daily); the Flugmotorenwerke Ostmark A.G. (with large factories in the suburbs of Vienna and Czechoslovakia, building aircraft engines); and the Flugzeug und Metallbauwerke A. G. at Wels (originally established in 1937 to build washing machines, but converted to aircraft engine manufacture). These enterprises run the gamut of restitution, aryazation, and evaluation problems in the U. S. Zone of Austria. Also falling within this group are actual military installations and establishments, such as Tulln aerodrome, MUNA (an extensive shell loading depot at Lambach), and Camp McCaully aerodrome. These installations involve the issue of captured enemy war installations versus German External Assets, as well as restitution problems.

An additional group of German assets located in Austria on 8 May 1945 originated from the re-location of German firms in Austria to achieve industrial dispersal and protection against bomb and war damage. These were moved during the years 1941-1945. The bulk of these firms occupied leased (temporary) premises, and transferred only machines and tools, having in mind temporary operation in Austria. A large number of these firms operated in Austria under "blind" names to conceal their identity and the nature of their participation in the German war effort. Such firms as Rotax Werke A. G., at Wels, Aluminum Steeg A. G., at Steeg, and the Bayerische Motorenwerke (BMW) equipment used by the Eugen Grill Werke at Hallein, fall into this category. In all of these cases rented premises were occupied, the bookkeeping and office records were maintained at the German home office and only machines, tools, and inventories existed in Austria on 8 May 1945. In these cases, except for problems of lease-termination, valuation, and utilization of machine tools and inventories, few problems of internal restitution or other difficulties arose.

The primary tasks of the occupying powers were set forth in numerous international agreements, including the London Agreement of 4 July 1945, the Control Agreement of 28 June 1946, and the Potsdam Agreement. Set forth in these documents as a primary task was the separation of Austria from Germany, both politically and economically, and the establishment of an independent Austria. The London Declaration of 4 July 1945 was based, according to its introduction, on the Moscow Declaration of 1 November 1943 in which the USSR, the U. S., and the UK announced their intention to liberate Austria from German domination. Thus the initial concept under which German assets in Austria were approached was to seek them out, establish their bona fide German ownership, and eliminate such German ownership from the Austrian economy. A secondary purpose was to analyze the nature of such German investments and determine which assets were appropriate for reparations, by certification to the Brussels Reparation Commission, allocation under the Paris Agreement, or turn-over to the USSR under the Potsdam Agreement, whereby the Soviet government was to receive reparations from German assets in eastern Austria.

RG

260Entry USACA Files of DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 23

DECLASSIFIED

Authority NND 785008By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

The initial approach of the Austrian Treaty Commission toward the elimination of German investment in Austria and the disposition of German assets, was aimed at a piece-meal disposition of German enterprises. Following the treaty negotiations at the meetings of the Austrian Treaty Commission in Vienna in mid-1947, it became clear that a "settlement in kind on an individual allocation basis" was impractical and, under the Soviet approach, impossible. At the renewed discussions in London, a French proposal was made for a lump sum settlement in dollars to the USSR in satisfaction of all of its claims for reparations from German assets in the eastern sector of Austria.

The Soviet deputies, in response to a request for their terms, submitted a seven-point proposal which provided for a payment of \$ 250,000,000, plus certain other rights including oil exploration and drilling rights; a major interest in the DDISG (the Danube Shipping Company), and title to that property which had already come into the possession of the USSR. The latter point was intended to cover acquisition of title to properties looted and removed from numerous industrial sites which had been occupied by Soviet forces in Austria.

Continued treaty discussions, using the Soviet demands as basis for negotiations, have resulted in a reduction of the cash settlement claim to \$ 150,000,000, but have not effected any substantial reduction of the other Soviet demands. Meanwhile the USSR has put forth a further request for reimbursement for food and other supplies given to Austria in 1945 and 1946, and for payment for technical services supplied by the USSR to Austria. No liquidated sum evaluating these claims has been announced, the Soviet delegates in treaty negotiations insisting that the claims be approved in principle before a need to state their value arises.

The treatment of the German-owned enterprises located in the Soviet zone of Austria has been drastically different from that accorded such enterprises in the other zones of occupation in restitution matters, in concept of ownership, and in method of operation and removals.

Whereas the U. S. holds that only in cases where the German title to the property was acquired through legally valid contracts, involving no fraud or duress, does actual German ownership exist, the Soviet view held that only in cases of duress (which is defined as the application of actual physical force, thereby disregarding all threats, inadequate payment, and economic and social pressure) is any questioning of the recorded German ownership permitted.

Likewise, the U. S. view holds that, while title to such German properties has been withdrawn from the German owner, the U. S. is acting only as a custodian to preserve and maintain the property from deterioration. The Soviet view holds that title to such property was transferred by the Potsdam Agreement to the Soviet government and that the Soviet government acts as sole owner of the property. In this capacity the Soviet government has treated as war booty all machines, tools, and inventories, of which it has taken possession, in which any degree of German ownership exists, regardless of the manner in which such ownership arose. The Soviets operate and manage these factories and real estates as Soviet-owned.

212739

228

SECRET

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

As opposed to the Soviet approach, the U. S. policy has been to release, as rapidly as possible, control and management of German assets to the Austrian government as trustee. A Trusteeship Agreement between the U. S. and the Austrian government was approved on 16 July 1946. Under it, management of German enterprises was turned over to the Austrian Ministry for Property Control and Economic Planning as trustee. Since that date, industrial and other real property, inventories of material, machines, and equipment belonging to enterprises and individuals--owned in part or totally by German interests--have been transferred to the Austrian government as trustee. The powers of the Austrian government under the trusteeship agreement include the appointment of administrators, supervision of the activities of such administrators in all normal business functions, and acting as intermediary between the public administrators and the U. S. Military Government in all non-normal business matters. The Austrian government procures periodic financial and operational reports, forwards recommendations for extraordinary changes or activities to U. S. Military Government for approval, and handles other matters pertaining to the business. This procedure is in accordance with the declared intention of the occupying powers to establish as rapidly as possible a free and independent Austria under an Austrian government capable of governing the Republic after withdrawal of the occupation forces.

The claims of the Soviet government in the Austrian treaty discussions referred to above indicate the intention of the Soviets to retain control or title to some so-called German assets in Austria, as well as to require a cash settlement for the remaining assets. As opposed to the Soviet approach, the three western occupying powers announced their intentions in London, on 8 April 1949, to demand no reparations involving German assets in Austria. The steady progress made during the last three years toward a transfer of control and management of such property in the U. S. Zone to the Austrian government has, to a large extent, prepared the Austrian government for the assumption of such title and control.

In the Soviet Zone, the Austrian government has neither control nor participation in management even of those enterprises and installations which, under the present terms of the draft treaty, will be released to the Austrian government. It is clear, therefore, that the western Allies' approach differs drastically from the Soviets in every matter regarding German assets in Austria.

The London Agreement of 9 July 1945, agreed to by representatives of the four occupying powers, divided Austria into four zones of occupation--and the City of Vienna into five sectors. In Vienna, one sector fell to each of the occupying powers for administration, while the Innere Stadt (center of the city) was established as an area under four-power control. A separate quadripartite authority, the Vienna Inter-Allied Command (VIAC), was established for the government and control of the Innere Stadt.

When it was found impossible to reconcile the policies of the four occupying powers as to the disposition of German property in Austria as a whole, each power was empowered by the Control Agreement to treat such German property in its own zone of occupation, and its own sector of Vienna, according to its own de-

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

sires. Thus the very lack of agreement on a four-power basis provided the opportunity for the U. S. to put into effect its own policy in the U. S. occupied areas.

In the Innere Stadt of Vienna, however, individual policies could not be followed. Unanimous approval of any action involving German property in the Innere Stadt was required by the regulations governing the VIIC. Since unanimous agreement on matters involving German assets could not be secured on any appreciable number of issues, little affirmative action regarding such assets has been taken in the Innere Stadt. In view of the fact that most of the large financial institutions of Austria, and many large manufacturing and commercial enterprises, have their home offices in the Innere Stadt, it is clear that a large proportion of enterprises, recorded in the commercial and land registers as German-owned, have undergone little change in the methods of control since 1945.

Thus control of such properties in the Innere Stadt, including appointment of administrators, still rests to a large degree in the Austrian government. Each of the powers has been somewhat thwarted. The Soviet Element has been unable to investigate and seize German assets; the French Element has been unable to regain control of enterprises located there which were formerly French; while the U. S. Element has been unable to complete investigations of German property, and to invest in the Austrian government the supervision over, and control of, German properties in a manner similar to the activities carried out in the U. S. Zone of Occupation.

The British and the U. S. Elements have succeeded in blocking the USSR from confiscating, as war booty, German assets in the Innere Stadt, and from conducting detailed investigations into the activities and operation of such enterprises. Since control of these enterprises still lies in the Austrian Ministry--because the occupying powers were unable to agree to methods of taking over such controls--the U. S. has to a large degree succeeded in effecting its policy of transferring to the Austrian government control and responsibility over German assets in Austria. Internal restitutions within the Innere Stadt have been virtually non-existent due to USSR refusal to permit the Restitution Commissions to adjudicate any cases in which a German interest is recorded.

The Potsdam Agreement, and particularly its Moscow interpretation, thus left the Soviets with what was then approximately 30 percent of the industrial capacity of Vienna, Lower Austria, and Burgenland. While the relative importance of USIA, during the first years of the occupation, seemed pretty formidable, the postwar revival experienced by the Austrian economy, mainly through ECA, has considerably diminished the impact and power of USIA.

The principal danger from the east to the Austrian economy has shifted from USIA to the as-yet-ineffective attempts by the Soviets to integrate Austria more and more into the eastern orbit. This last-mentioned danger can, however, only become acute in the event of sudden setbacks or reversals in the present trend of Austria's economic rehabilitation and progress.

212711

RG

260

Entry USACA Files of DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 23

DECLASSIFIED

Authority UND 785008By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

The best indication of the relatively static status of USIA enterprises may be gained by an analysis of the propaganda blast, issued last October by USIA headquarters, in which the Director-General announced that USIA had invested \$ 250,000,000 in new machinery and equipment. Impressive as this statement may have appeared in the Austrian press, it still boils down to the fact that in an industrial combine, which controls some 7 or 8 percent of the total Austrian industrial capacity, an investment of only about \$ 10,000,000 was made during the postwar years.

This figure ceases to be impressive particularly when it is realized that the origin of the funds for such investments came from large, earlier acquired Soviet schilling holdings, originally squeezed out of the Austrian economy; that very little new machinery was imported; and that the USIA Administration never permitted its various plants to assume legal ownership of this "Soviet-donated" equipment. If it has not been exaggerated altogether, this sum becomes even less impressive if one compares it with the investments made in Austrian industry by ECA, by Import-Export Bank credits, by British assistance to Austrian industries, and, last but not least, by Austria's own official and private efforts. It should be further pointed out that whatever Soviet investments were made in USIA enterprises were made only because these plants are engaged in producing for export to the USSR. Included in such investments were the installation of a 9-meter-diameter turbine drilling machine, Swiss rayon machines for the Glanzstoff, and Czechoslovak machine tools for the USIA electro-technical industry.

The important exception to the USIA pattern so far discussed is the Soviet performance in Zistersdorf. Here the Soviets have extended their exploration activities beyond the confines of the originally defined fields. They have unscrupulously dissipated the assets on hand, overexploited the wells by numerous methods, such as the use of over-sized drilling jets, insufficient preventions against seepage, and wasteful refining. Thus, production has fallen off at least 30 percent during the last year.

This loss was, however, made up in 1950 by substantial new strikes in the Matzen-Aderklaa areas, which are expected to increase yearly oil production from the current 1,250,000 tons to a total of 1,500,000 tons yearly. The equipment necessary to conduct these large-scale exploration and exploitation activities originated partly from the Soviet Union and lately even more so from acquisitions by clandestine means from western Germany. Parallel with this development, the Soviets have also invested substantial sums in the building up of the refining facilities now in their hands, both to increase overall output and to improve the octane rating of the gasoline produced.

No changes can be reported in the status of the DDSG. Although certain attempts have been made by Austrian personnel of the DDSG to bring about a working agreement between the Soviet DDSG and the Austrian government, negotiations have never left the proposal stage, and have left the company, as before, in the state of near-inactivity.

While U. S. intelligence coverage concerning USIA has been continuous and most extensive, despite the fact that it generally evolved from a maze of often small and insignificant do-

RG 260
 Entry USACA Files of Directw
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority AND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

tails; and while much of such knowledge has been passed to the Austrians; the Austrian government has shown great reluctance to deal aggressively with the problems of the former German assets.

This may perhaps be explained by the fact that the security screen thrown around all Soviet activities in Austria would automatically bring any Austrian official trying to gather data about the present or potential future disposition of Soviet-run enterprise under the suspicion of being a western spy. Furthermore, the non-payment of most of the Austrian taxes, the non-compliance with Austrian trade union regulations, the refusal to submit periodic reports to the various chambers of labor and commerce, makes the observation of Soviet-controlled enterprises extremely difficult. Particularly in financial matters, this screening-off has been almost complete as a result of the important part played by the Soviet Military Bank which, carrying only inconsiderable cash accounts at the Austrian National Bank and the two largest Austrian banks, has been able to shroud its financial status in complete secrecy. Thus, if and when the situation should arise in which the Austrian government would gain control over the former German assets, it will find itself faced with problems involving for the most part almost unknown quantities.

The effects of the former German assets now held by the Soviets on the Austrian economy on or after a settlement under the terms of Article 35 of the state treaty draft, can therefore not be assessed. At this time the treaty seems far off in the light of the prevailing world situation. It is impossible to state even with a hope of being accurate exactly in what condition USIA properties would be returned to the Austrians, if at all. Finally, no true picture of current values of the USIA bloc can be gained, let alone one of value at an unknown date in the future. The loss to the Austrian economy of most, if not all, of its oil fields and refining facilities and Danubian river traffic through Soviet ownership of the DDSG, already conceded in Article 35, would, in the event a treaty is signed, have far-reaching results. It would deprive this country of a primary asset and of a guarantee of a certain independence in a basic commodity. It would leave in Austria Russians who would quite possibly insist upon and make use of continued extra-territorial status. It would continue to leave in Soviet hands forceful economic means with which to exert pressure upon the Austrian government.

Parallel with her political resistance against Communism, Austria has, however, also shown some signs of growing touchiness in her efforts to prevent Soviet and satellite economic infiltration, and attempts at disruption or ultimate domination. This is the more remarkable because, as recently as 1947, the Soviets maintained a dangerous grip upon the stability of Austrian currency.

This hold had originated from a number of factors, mainly:

(1) The confiscation and capture of large stocks of raw materials, which permitted USIA plants to produce long before the Austrian economy got back on its feet.

(2) Unscrupulous black marketing of early USIA output and large-scale engagement and partnership in further black

212743

RG

260

Entry USACA Files of DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 23

DECLASSIFIED

Authority UND 785008By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

market deals, for which the Russians provided extra-territorial immunity, cover, transport channels and smuggling routes.

(3) Soviet and other eastern assistance given to the importation into Austria of prodigious quantities of luxury foods, cigarettes, cars, and other things, mostly from or via the eastern countries in exchange for exports of hard goods, causing a continuous drain on Austria's economic substance.

(4) Political propaganda, pointing out that until 1949, wages of workers in USIA enterprises were higher than corresponding wages of workers in non-USIA factories, which resulted in demands for wage increases and threatened Austria's wage-price stability.

During 1948 and 1949, this picture gradually changed. With the resumption of Austrian production, the vital monopolies which USIA had maintained in some of the most important branches of the Austrian economy were gradually broken. At present, the only real Soviet hold on the Austrian economy consists of the complete Soviet control of the Zistersdorf oil wells, oil refining establishments in Austria, and the possession of a very efficient distributing organization for oil and oil products, the OROP, a monopoly in Vienna and eastern Austria. Other monopolies on raw materials within the Austrian economic body, retained by the Soviets, are hard coal and graphite. However, the quantities gained are inconsiderable if compared with the many times larger importations.

Industrially, the Soviet threat has been met by the development of new industries in both the Soviet and the western zones, and by a skillful import policy of the Austrian government, which has compelled the Soviets to reduce the black market prices for USIA products and their contraband to a competitive level. This pertained, for instance, to windowglass, of which the USIA-run Brunner glass factory had formerly been the only supplier in Austria; to electric light bulbs, formerly marketed only by the USIA Osren factory; to turbines, once exclusively handled by the USIA Voith works; to rayon, a one-time monopoly of the St. Poelten Glanzstoff plant; and to colors and dyes, handled originally only by the Chemical Department of the USIA Administration. In the case of steam locomotives, produced by the USIA Floridsdorfer Lokomotivfabrik, the Soviet hold upon the Austrian industry was broken by the decision of the Austrian government to speed up the electrification of the Austrian Federal Railways.

Potentially more dangerous, because harder to combat, is the hold which USIA maintains over USIA's ESTAG, the official steel marketing organization of the nationalized Austrian Alpin-Montan-Gesellschaft, Austria's largest steel producer, located in the western zones. Through an indirect relation, intentionally kept flexible, the Soviets are still able not only to influence the development of the Austrian steel industry, but to use ESTAG, an outwardly uncontrolled organization, both as a marketing agency for large quantities of illegally imported German steel products, and as a forwarding address for strategically important materials, such as drilling pipe), whose direct passage from the western to the eastern orbit could otherwise be prevented. A similar double game is played by the Soviets in the administration of their Berndorfer and Enzesfelder plants for semi-finished non-ferrous metal, and the Boehler works for steel products. Their integration into the Austrian

RG

260

DECLASSIFIED

Entry USACA Files of DirectorAuthority UND 785008File Decimal Files 1945-51By SR NARA Date 10-21-99Box 23

SECRET

economy permits the Soviets to syphon off a considerable quantity of ferrous and non-ferrous metals urgently required by the USSR.

Direct Soviet penetration exists also in the contacts which the USIA-administered branches of German and allegedly German firms maintain with their parent or filial concerns in the western zones of Austria and elsewhere in the west. Thus, the USIA components of Brown-Boveri, Boehler, Elin A. G., Siemens-Schuckert, Schmidthuette, Steyr-Diener-Puch, and Porr A. G. still maintain close associations with the west, sharing in orders, participating in public work, profiting from research and new developments.

The Commercial Bureau of USIA has not failed to maintain close relations with some of the Austrian key industries throughout the country and both of the two major Austrian nationalized banks. This becomes particularly apparent in the Soviet participation in a large percentage of the international marketing of pig iron, produced by the United Steel Works in Linz. In this case, Soviet extra-territoriality has permitted the illegal dissipation of thousands of tons of pig iron, obtained at inexpensive schilling inland prices against compensation and cash payments, which assured a tidy profit for the management of this nationalized enterprise but sapped its own and Austria's economic strength. (An investigation of these practices by the Austrian government is presently underway).

By and large, however, the commercial importance of USIA has by now diminished. The former considerable capital surplus, obtained through large-scale black market operations and other commercial practices, has apparently shrunk. What is still gained by USIA extra-territorial imports, the non-payment of Austrian duties, license fees, taxes, and dividends by the Soviets and the right to waive accountability for depreciation, is counter-balanced by the necessity of USIA financing large-scale exports to the USSR, for which apparently no other compensation is being received. Thus, USIA, instead of directing the trend of the Austrian economy, seems to be affected by the general state of affairs prevailing in Austria. As with the rest of the Austrian economic establishment, USIA has also become sensitive to periods of dull business and is affected as well by generally increased activity in Austrian industry and commerce. Thus, while USIA has in general lost much of its former importance, it still profits from the impetus gained by Austria's economy as a whole through the implementation of the Marshall Plan.

Throughout the existence of USIA, great efforts were undertaken by the U. S. Element to keep the Austrian government informed of the implications and dangers inherent in USIA. By pointing out and exposing some of the worst aspects of USIA's business practices, a certain customers' sales resistance was developed which, in many instances, has compelled USIA to conform with Austrian trade regulations and practices. It was also upon U.S. insistence that the Austrian government, by charging Section 14 of the Ministry for Economic Planning and Property Control with the study of the problem, took initial steps to prepare for an eventual transfer of USIA in the event the Soviets finally agree to sign a state treaty. It was specifically pointed out to Austrian leaders that the unprepared taking over of 300-odd enterprises, a good number of which have been geared for some time to almost exclusive operation for the Soviets, would confront the Austrian government

RG 260
 Entry USACA Files of Directw
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

with innumerable labor and managerial problems which could hardly be solved without painful dislocations and considerable losses.

The German and allegedly German assets now in the Soviet domain in Austria and administered by USIA, the SMIV, OROP, and DDSG, continue to represent a foreign body in the Austrian economic establishment. They thus can cause friction and disparities. They can deprive this country of values which rightfully should be Austria's. They also are of material assistance in building up Soviet and satellite war potential. They can exert a certain limited influence upon segments of east-west trade, the domestic market in some commodities, the labor they employ, and general demands for wage increases. Under existing conditions, and as long as U.S. assistance is given to the Austrian economy at large, however, it is not likely that they are capable of affecting permanently the newly gained stability of the Austrian Republic.

2. Other Soviet Claims

Initially the USSR recognized the provisional government of Austria in April 1945 and permitted the enforcement in Vienna and eastern Austria of decrees requiring registration of "aryanized" property. This decree did not cover all German-owned property, and was directed at identifying properties which could not be considered as bona fide German owned. Its aim was the correction of wrongful seizure, and the initial Soviet acceptance of this decree indicated a willingness to cooperate in the aims of the western Allies of righting the wrongs done by the German Reich. At the same time that the USSR recognized this decree, and another decree authorizing the provisional government to appoint public administrators, a branch of the Red Army known as the "Booty Department" was actively removing any German property it chose as loot of war. Those two activities were somewhat in opposition to each other.

On 27 June 1946, the day before the issuing of the New Control Agreement, Soviet Military Order #17 was published. It stated that those German assets in eastern Austria which had passed into the possession of the Soviet Union were to be held as reparations. Under this regulation, management of German properties was turned over to the "Administration of Soviet property in Eastern Austria" (USIVA, later called USIA). The administrators of such properties were ordered to transfer titles to the properties to USIA. Any stock certificates or other evidences of ownership not turned over were declared void. By this action it became clear that the USSR intended to negate any binding effect that the new Control Agreement might have upon German assets in the Soviet Zone.

Subsequent to the publishing of Order #17, the Soviet approach to the German assets question crystallized; since remaining constant. While the USSR announced that should duress or insufficient compensation be proved by the former owner, the Soviet could return the asset in kind or pay compensation therefor, few if any claimants have been able to prove sufficient duress to satisfy Soviet requirements. While the western powers recognized the ultimate beneficial ownership (which might include stockholders of any nationality) of German enterprises registered as German firms, the USSR consistently maintained that assets owned by a Ger-

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED

Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

men corporation were German assets, regardless of the ownership of that corporation. Such properties, particularly oil fields, were seized and held by the USSR as German assets in Austria "appropriate for reparations" under the Potsdam Agreement. As mentioned earlier, this interpretation has been a primary source of contention at the various conferences discussing an Austrian state treaty.

Since mid-1946, USIA has operated a large number of commercial and manufacturing enterprises as owner, whether recorded as such or not. Profit from certain successful operations has been used to bolster weak ones, export of large quantities of goods to both east and west has been made, domestic distribution of products was made on a "grey" market (above legal price), and the overall profit from USIA operation has been considered as reparation from German assets. This latter amount is estimated at \$20,000,000 to \$30,000,000 a year. Although reports are in conflict, dismantling of machines and equipment is reported to have hampered the operation of several enterprises, and reports of attempts to sell non-profitable factories again suggest that the overall financial results have not been too satisfactory. Clearly in the days when the domestic and foreign demand for products was great, disposition of USIA products at rates even in excess of fixed prices was not difficult. As other industries became able to supply demand, the USIA advantage dwindled so that it is possible despite freedom from various Austrian taxes and import-export regulations, that USIA enterprises have not returned the net profit initially realized.

The Soviets managed to commit virtually all USIA enterprises in Austria to complete financial dependency by artificially indebting them to USIA headquarters. These enterprises were compelled to pay arbitrarily set and unreasonably high "administration fees"; they could resell their products exclusively to USIA headquarters at rates which permitted no profits; and they had to restrict their banking almost exclusively to the Soviet Military Bank. As a result, the Austrian directors of one USIA enterprise after another were compelled to turn to the Soviet Military Bank for commercial and industrial loans, which at first were granted to them readily, but at high rates of interest. This move was precipitated by Soviet expectations of an imminent state treaty, which would have left all former German assets deeply indebted to the Soviets and would have thus given the Soviets reasons for claims additional to the initially demanded \$150,000,000 settlement.

As no state treaty was concluded, and as the limit of financial exploitation was soon reached, the financial position of most USIA enterprises has remained rather static. Their financial and organizational dependency upon USIA headquarters is always assured. In the case of some of the lesser enterprises, these are normally far less handicapped than the productive mainstays of USIA.

In the case of the more important USIA enterprises, their financial commitments to the Soviet Military Bank have been the reason for USIA headquarters and the Bank maintaining complete control over all their operations to the present.

212747

236

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 BY SR NARA Date 10-21-99

SECRET

The total indebtedness of USIA, or of the various USIA enterprises, to the Soviet Military Bank is not known. Together with current schilling cash holdings by the Soviets, it appears to be one of the best-kept secrets of the Imperial Hotel (Vienna) and Baden (Zone) headquarters of the Soviet occupation.

In negotiations on the Austrian state treaty, the Soviet Union has made a point of its claim for repayment for the postwar relief advanced by the Soviet Element to Austria in early days of the occupation.

When the Soviets captured the eastern portion of Austria, and all of Vienna, there was a drastic shortage of food. The Soviets distributed unknown quantities of beans and dried peas to the population and submitted a bill in the amount of \$51,300,000. The Austrian government reimbursed the Soviets to the extent of \$ 2,500,000. This left the balance of \$ 48,800,000 which the Soviets still claim as their due.

3. Internal Restitution

The approach of the U. S. to internal restitution problems in Austria differs drastically from the Soviet approach. Whereas the U. S. has approved and recognized the validity of the seven Restitution Laws enacted by the Austrian Parliament to date, the Soviet Element has not. These laws became effective after a 31-day waiting period, despite the USSR veto as provided in the Control Agreement. As a result the U. S. approach to internal restitution problems has consistently held that adjudication of restitution claims, even though filed against properties owned (wholly or in part) by Germans has been a proper function of the Austrian Restitution Commissions. The USSR approach has been consistent in denying the Restitution Commission's rights to adjudicate any restitution claim filed against properties containing German interests.

The initial approach adopted by the U. S. toward such cases was to grant permission on a case by case basis to the Austrian Restitution Commissions to adjudicate and execute judgments, provided the German investment actually accruing to the benefit of the claimant either through purchase price payment, satisfaction of pre-existing obligations, or improvement to the assets, was protected. On 22 March 1949 a limited license permitting the Austrian Restitution Commissions to adjudicate all such cases, but not permitting execution of judgment prior to U.S. approval, was issued.

Restitution proceedings involving certain categories of German-owned properties, such as properties under direct U. S. control, Wehrmacht properties, or properties under Austrian Trusteeship administration, still require specific approval by the U. S. Element. So far the U. S. Element has granted approximately 1300 approvals empowering the Austrian courts to adjudicate claims of this nature.

At present a general license is pending, permitting adjudication and execution of all judgments. This release of control and supervision is in accordance with U. S. policy to permit the Austrian government a maximum of control and responsibility.

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED

Authority AND 785008
 BY SR NARA Date 10-21-99

SECRET

This approach to restitution matters differs drastically from the Soviet approach. The Soviets define duress in a much more limited sense than the normal legal connotation applied by Anglo-American law. Therefore the number of cases in which restitution, based on a claim of duress, can be supported, is considerable lower in the Soviet Zone. In addition, USIA administers all property in the Soviet Zone claimed by the Russians to be German assets. Against such enterprises no restitution claims are permitted, regardless of the circumstances under which the German participation was acquired.

The Austrian Federal authorities have established a series of restitution commissions in the various provincial capitals, and in Vienna, to adjudicate restitution claims within the framework of the Allied-approved Austrian restitution legislation. The Austrian Restitution Laws, seven of which have been enacted to date, provide the claimant with the opportunity to file his claim with the Restitution Commission in whose jurisdiction the property is located.

The U. S. Element, in its endeavor to bring about a measure of economic stability and a normalization of trade and industry, gave full support to the Austrian restitution legislation aimed at restoring property rights to thousands of claimants. In its watch over the application of this legislation, it has succeeded in eliminating points of friction and keeping to a minimum complaints on the part of claimants.

The First Restitution Law, enacted by the Austrian Parliament on 26 July 1946, provides for the restitution of properties acquired by the German Reich for racial or national reasons, and which are now being administered by the Austrian Federal or provincial authorities by virtue of the Austrian Authorities Transfer Law. The Second Restitution Law deals with properties acquired by the German Reich for the same reasons as under the First Restitution Law, but which through Austrian law are now owned by the Republic of Austria. In this category falls property formerly held by Nazi war criminals.

The bulk of the restitution claims fall under the Third Restitution Law. It deals with properties acquired through agreements concluded under political pressure or duress, and includes the category of aryanizations.

The Fourth Restitution Law enables claimants to restore the names of firms which were lost or altered as a result of the Nazi seizure or power. The Fifth Restitution Law affords juridical persons (corporations) dissolved by the Nazi regime the opportunity to act as existing entities, provided they represent a certain percentage of the stockholders, in order to file and actively pursue restitution claims. The Sixth Restitution Law provides for the restitution of patent, design, and trademark rights alienated under pressure during the German occupation. The Seventh Law deals with claims arising from private employment interrupted as a result of the Nazi hiatus.

With respect to the progress in the Austrian courts of the restitution program as a whole, the following figures as of 30 April 1950 are available:

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

Out of 10,727 claims filed under the First Restitution Law, 7970 cases have been adjudicated, while 2277 cases are still pending. Some 480 have not yet been acted upon.

Under the Second Restitution Law, 1096 claims were filed, of which 378 cases are still pending, and 100 have not yet been acted upon.

Under the Third Restitution Law, 25,386 claims have been filed. Out of this number, 9157 were pending before the Restitution Commissions, and 448 cases were being appealed. The Restitution Commissions had granted 4364 claims, rejected 2007, while in 5596 cases, settlements were reached between the contesting parties, 1096 cases were transferred to the attention of other agencies of the Austrian government, and 3166 applications were withdrawn.

During the last six months a large number of letters were received by the Allied Commission from the Austrian Federal Chancellor concerning restitution cases. The letters usually transmitted a petition of the restitution claimant or the court, requesting approval of the Allied Council to proceed with the adjudication of a restitution claim against property recorded in the name of a German. The Chancellor transmitted such applications to the Allied Commission with reference to Articles 1(b) and 5(IV) of the Control Agreement. Article 5(IV) provides that the Allied Council may act directly in matters involving the disposal of German property in accordance with the existing agreements between the Allies.

These letters were discussed in the RD&R (Reparations, Deliveries, and Restitutions) Directorate. It was the view of the three western Elements that property which was acquired by force and duress is not actually German property, and that the Austrian courts should be permitted to hear and determine the restitution claims. The Soviet Element has taken the position that under the terms of the Potsdam Declaration the USSR acquired title to all the German property in eastern Austria, and that the question as to restitution should be determined by the Commander-in-Chief of the zone in which the property is located. The Soviet Element has refused to recognize the jurisdiction of the Austrian courts in restitution cases involving German property in the Russian Zone. If the Soviet Element permitted such restitution, it is possible that the entire USIA complex might be jeopardized. Many of the properties now held by the Soviets or operated by USIA are subject to claims for restitution.

Since the first district of Vienna (the principal finance section) comes under four power control, the Soviets were compelled to take a different position as to internal restitution of property located in this district. They again consistently refused to recognize authority of the Austrian courts to decide cases involving German property. The Soviet Element proposes to investigate each case and to have the Commanders of the Vienna Inter-Allied Command (VIAC) make the restitution. The western powers have consistently opposed this position and insisted that the Austrian courts should be notified that there is no objection to the adjudication of such cases in accordance with Austrian law.

No agreement has been reached in principle, although many compromises have been offered by the western powers. It is not anticipated that agreement will be reached on this problem.

RG

260

Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED

Authority UND 785008By SR NASA Date 10-21-99

SECRET

4. External Restitution

The early postwar U. S. external restitution policy was broad in its scope to the point that restitution of looted property was not to be held up even for the purpose of meeting military or civilian requirements in occupied areas. Only transport equipment was excepted, and was not to be restituted beyond a level needed for military and occupational operations. Countries to whom restitutions were to be made specifically included Soviet Russia and its present satellite nations formerly occupied by Germany. Between 1945 and 1947, properties valued at approximately \$ 188,000,000 were restituted. They were to a large degree art and cultural objects, but also included more than 1100 freight carloads of industrial equipment.

In step with changes in U. S. foreign policy, and international relations, this early broad policy was repeatedly revised. The primary considerations determining subsequent changes were the objectives to actively promote the rehabilitation and economic recovery of Austria by curbing removals, and to prevent the movement of strategic equipment to the east.

By the end of 1947 restitutions, particularly in the field of industrial equipment, threatened to strip major industries in the U. S. Zone of Austria to the point where further removals would inevitably jeopardize their existence and adversely affect the reconstruction of the Austrian economy. To counter this threat, restitutions of vital equipment found to be subject to restitution were delayed for periods of 90 days and longer. This permitted possible replacement, or enabled the Austrian government and affected holders of the properties to negotiate with the claimant nations for the retention of the equipment through purchases or compensation deals. Numerous claims were subsequently settled in that manner under USFA sponsorship.

The afore-mentioned threat was moreover alleviated by the decision in 1948 to turn over all unsettled claims of enemy nations affecting properties located in the U. S. Zone to the Austrian government. This affected a large number of claims of particularly the Hungarian and Italian governments. The transfer of functions strengthened the hand of the Austrian government not only in preventing further removals from the country but also in negotiating Austria's own property claims with these nations.

USFA took further steps to minimize other harmful and disturbing effects of restitutions on Austria by establishing a cut-off date for the acceptance of new claims. The expiration date was set as of 19 January 1949 and only occasional meritorious claims consisting principally of art objects have been accepted since that time. This act of termination by USFA has from time to time produced protests from eastern nations, particularly Czechoslovakia, which challenge the authority of the U. S. on the basis that the London Declaration of 5 January 1943 does not provide for such termination. USFA has not altered its position or procedure.

Although the three western powers have similar views on the principles of external restitution, all four powers have actually pursued their individual policies in their respective zones. In December 1945 the Allied Commission for Austria took steps to develop an agreed plan to put into operation an effective common

212751

240

SECRET

RG 260
 Entry USACA Files of Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 23

DECLASSIFIED

Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

SECRET

procedure, but the position of the Soviet Element on definitions of properties and capital goods--as well as its interpretation of the Potsdam Agreement--prevented an agreed program for all four zones. In all specific issues on external restitution which were brought before the Allied Council, and which usually consisted of accusations against one or the other occupying power of not carrying out its obligations, the claimant nations were informed by agreement in the Allied Council that such matters should be directed to the Commander-in-Chief in whose zone the property was located.

The only general agreement concerning external restitution was reached in the Allied Council on the principle of permitting Restitution Missions of claimant nations to enter occupied zones with the permission of, and after clearance with, the Commander-in-Chief of the respective zone. Early attempts, particularly by Missions of eastern Nations thus admitted to the U.S. Zone, to extend their trips into general searching expeditions, were prevented through close supervision by accompanying U. S. personnel. Similarly, repeated Soviet demands for complete lists of looted UN properties reported by the people of the U. S. Zone of Austria to the U. S. authorities under the provisions of an Allied Commission Proclamation issued on 25 May 1946, were denied.

Deviating from the procedure of restituting looted properties from the four zones of Austria by the respective occupying Element, restitution and other claims affecting properties located in the International District of Vienna have been handled by a Joint Property Control and Restitution Commission of the Allied Kommandatura of the City of Vienna, which was established by the Allied Commission for Austria in November 1946. Effectiveness of operations of this Commission has of necessity and by comparison been retarded because decisions usually require compromises in policies by all four powers. Of a total of 270 claims submitted to the Commission, only approximately half can be considered as having definitely been settled.

Restitutions from the U. S. Zone of Austria and the U. S. Sector of Vienna have been largely completed. However, settlement of the relatively small number of remaining claims is in most instances a particularly delicate matter in view of the nature of the property and in view of the political and economic effects of either restitution or denial of the claim. *what prob*

USFA has received a total of 3989 claims. Of this total 2940 claims were dropped, denied or otherwise closed, while restitution of the claimed property was effected in 999 cases. This leaves 25 claims pending.

Completed restitutions had an estimated volume of 66,300 metric tons, requiring 3270 freight cars, and an estimated value of \$ 198,000,000. Among the more significant objects returned to the country of their origin were the Crown Jewels of the Holy Roman Empire, extremely valuable paintings, libraries and scientific archives, whole industrial plants such as nitrate plants to the Netherlands and Poland, and thousands of machine tools.

212752

241

SECRET

DECLASSIFIED

Authority IND 785008By SR NARA Date 10-21-99

RG

260Entry USACA - Files of the Dir.File Terminal Files 1945-51Box 1~~CONFIDENTIAL~~

Education Division continued

e. More American books be made available to Austrians in their own bookshops and at prices which they are able to pay.

f. The increasing aggressiveness of American propoganda is encouraging and should never be defensive.

g. The effectiveness of the Wiener Kurier seems to be increasing.

h. Greater emphasis should be placed upon attention to youth movements. The possibilities of strengthening America's position among the youth groups are limited.

5. REPARATIONS, DELIVERIES AND RESTITUTION DIVISION

a. It is the opinion of this Division that any propoganda of a defensive nature is futile and that to accomplish any beneficial purpose, propoganda should be unbiased, constructive and aggressive.

b. Stress the US attitude toward, and consideration given to, ultimate beneficial owners of property rights within Austria. We are not confused by the artificiality of corporate ownership but actually go into the beneficial owner behind the corporate structure and ascertain who is the real owner of corporate assets in Austria. After determining the real ownership, we adhere to the policy of attempting to restore to such ultimate beneficial owner the value of his property rights in Austria regardless of whether or not these property rights are held through the medium of a German corporation or otherwise.

c. Stress fact that the Trusteeship Agreement of 16 July 1946 has provided for the transfer of German assets to the management of Austrian authorities. As distinguished from the Soviet practice of monopolizing or taking over German assets for their own purposes, USFA made available 350 former German enterprises for productive use in the recovery of Austria, until the ultimate disposition of these properties will be decided. The 350 enterprises include major industries, such as former Herman Goering Werke, Aluminum Werke, power plants, lumber mills, and construction firms. Point up juxtaposition of US reconciling obligations to preserve assets with constructive use for Austria's economy pending decisions on disposition, as distinguished from Soviet indiscriminate exploitation through USIVA, a company established by Russians.

6. CIVILIAN SUPPLY DIVISION

a. After nearly two years of observation it is my opinion that the U.S. propoganda agencies spend most of their time denying Soviet charges. It is my firm opinion that while our propoganda should be factual, it should be more aggressive. In other words "attack" and "continue attacking" and make the Soviets do the denying. Due to the clumsiness of their efforts they are constantly doing things which opens them to attack. Recent examples, (1) Ousting of Police Chiefs in Lower Austria, (2) Attempts by Communists to steal farm land, (3) their attempt to collect the charges on oil shipped out of Austria through Hungary (which by the way in an index of how much oil has been shipped out of Austria), (4) the recent mass murder in the Russian Zone and (5) the recent accidental bombing of a farm house by Russian Troops on maneuvers, (6) seizure of a large apartment house in Vienna (a wonderful "sob" story).

b. The Nazi question should be removed from the newspapers.

212753

DECLASSIFIED
 Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Terminal Files 945-51
 Box 1

[Handwritten Signature]
 CONFIDENTIAL

Civilian Supply Division continued

The Austrians are "sick and tired" of reading it and regard it as a "dead issue". The only "worthwhile" Nazis have become "good communist". The Russian attitude on this subject is to stir up the other three Powers to act against the Nazis and the Soviets either do nothing or "kowitz" to them. This item should be eliminated from the newspapers and this applies to newspapers written in English as well as to the ones written in German. The most crying need is a good cartoonist for the Wiener Kurier. There is no defense against attacks by cartoons, particularly if they are humorous - pointed and clever

c. Austria's efforts to help themselves should be stressed much more, i.e., that they are increasing indigenous production, the increase of rail traffic, the Kaprun Dam, etc.

7. LEGAL DIVISION

a. More aggressive character desired.

b. Arrests and trials of Austrians in camera by Russian authorities (the disappearance or kidnapping of Austrians), and the failure to publish findings or sentences imposed by Russian courts.

c. It is suggested that instructions be issued to Legal Officers, respecting trials by Military Government Courts of political and semi-political cases involving Communists, to reveal any pertinent facts concerning participation by the Communist Party. Such participation, when shown, should make excellent copy for the press friendly to the U.S.

8. INTERNAL AFFAIRS DIVISION

a. It is believed that US news and propaganda presentations should be unbiased and constructive. They may at the same time be aggressive, in the sense that no punches are pulled, without being offensively so or making charges which cannot be fully substantiated. A restrained, factual presentation of our international policy and occupational objectives is believed desirable. Reports of Soviet actions reflecting discredit upon their policies or occupational practices should be used only after careful investigation of the facts. Care should be exercised in drawing conclusions as to Soviet motives or intentions (viz, stick to facts).

b. Most individual Austrians want to know how they are affected by US policies and actions. Information regarding the former should indicate how an ordinary Austrian citizen's future would be affected by these policies; information regarding the latter should show how he is being affected at present, e.g., how much of the ration he gets each month comes from US sources.

c. The only suggestion as to additional agencies or media that might be used is that, in general, an attempt should be made to influence Austrian thinking through strictly Austria media. Such a media already at hand is the large group of USFA indigenous employees. Since many of them read the Basic News, a section of especial interest to them might well be developed and circulation arranged so as to cover this group.

9. DISPLACED PERSONS DIVISION

a. In the matter of Displaced Persons, it is believed that the counter-propaganda policy should be unbiased and constructive, for the following reasons:

212754

DECLASSIFIED

Authority AND 785008By SR NARA Date 10-21-99

RG

260Entry USACA - Files of the Dir.File Decimal Files 1945-51

Box

1~~CONFIDENTIAL~~

DP Division continued

(1) The propaganda stressed by the Communistic press is that Displaced Persons are a burden on the Austrian Government and that they are a threat to the security of the Austrian Government and her neighboring states.

b. Although it cannot be denied that the DPs do give the Austrians some trouble and do use their share of food, fuel and clothing, most DPs also support themselves in the Austrian economy and contribute materially to the reconstruction of Austria.

c. Further it cannot be denied that some categories of DPs are a security threat to Yugoslavia, Poland or the USSR. This is the real reason the Soviet dominated countries desire their nationals back.

d. The position of the U.S. in harboring DPs will improve, because it is planned that DP expenses will be paid for by funds from IRO and others that the Austrian Government does not now have access to; the Jews have recently been made eligible for work under the Austrian Labor Laws and soon should be required to support themselves as the other DPs do. In addition, resettlement is increasing. Further, the U.S. and the Austrian Governments are in the humane position of disposing of DPs only after a proper home is found for them, and the facts speak louder than any other propaganda.

e. Present counter propaganda has not amounted to much but this has not hurt the U.S. position, as the people understand pretty well why the DPs don't care to repatriate and why there is no room in Germany for expellees.

f. It is recommended that:

(1) The employment statistics on DPs be compared with that of the Austrians.

(2) The fact that DPs will be paid for in part by IRO and from other funds be publicized when this becomes an actuality.

(3) Resettlement activities of PCIRO and other agencies be publicized after the DPs have been resettled.

10. ECONOMICS AND FINANCE DIVISIONS

a. I continue to believe that the most effective counter propaganda is factual correction of misstatements of fact, factual statements with respect to American contribution to Austria's recovery, and factual description of the constructive aspects of American life. In general, I have no criticism on grounds of lack of aggressiveness, the adoption of a defensive position when defense is called for (this does not mean, of course, a refusal to counter-attack) or the presence of "bias". On the last point I think any pretense that our propaganda is "unbiased" is nonsense. What really matters is that the "bias" should not take the form of misstatement of facts which would merely expose us to a counter-attack. On the whole, it is my impression that the present operations by informational media at the disposal of this Headquarters are effective. The main line to be stressed, so far as the Economics and Finance Divisions are concerned, continues to be the matter of extraterritorial practices by the Soviets.

212755

DECLASSIFIED
Authority UNID 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Terminal Files 1945-51
Box 1

~~CONFIDENTIAL~~

Economics and Finance Divisions continued.

b. The foregoing is based on the assumption that the Austrian people are intelligent, as a people, well educated. This applies to the working population, which, under present Socialistic leadership, has shown a degree of discipline which commands admiration. In my opinion, it is perfectly possible to appeal to this population by a vigorous program of truth-telling which, without losing its aggressive and vigorous character, should at the same time lose none of its dignity.

11. SOCIAL ADMINISTRATION DIVISION

a. It is believed that US informational activities had been based too largely on a passive and defensive attitude which has placed us in the position of answering attacks made by certain political and informational segments in Austria or of remaining silent. Bearing in mind that the average Austrian is already convinced of the general truth and accuracy of U.S. sponsored reports and information, it is further believed that our propaganda policy should begin to take the form of aggressive presentations of the US stand and of initiating factual information regarding the destructive policies and activities of the opposing ideology.

b. It is felt that the effectiveness of our present propaganda operations can be improved by following the technic mentioned in sub-paragraph (a) above. In addition to the present program of informing the Austrian public as to the nature and extent of US assistance, it is believed our position can be strengthened by concentrating more effort on showing the effects of the policies and activities of the opposing power. In other words, information services should be constructive in so far as the US position is concerned and aggressively destructive for the opposing element.

c. Topics which could be more effectively stressed could be:

- (1) Constant flow of information showing how the opposing power is attempting to control the economy of Austria thereby handicapping the rehabilitation of the nation.
- (2) Factual stories showing the disregard of the authority of the Austrian Government and its subordinate units.
- (3) Factual stories showing the disregard of human rights of Austrians.
- (4) Both (2) and (3) above could be implemented by showing factually by way of contrast the acceptance on the part of US personnel of the Austrian Government and the Austrian people as equals.
- (5) Factual stories showing conditions in neighboring and Soviet dominated countries in order to let the Austrian public be fully aware of the dangers of Communism and its controls.

d. One additional media which might be utilized effectively would be graphic presentations of the difference in living and in freedom as between US and USSR.

DECLASSIFIED

Authority NND 785008By SR NARA Date: 10-21-99RG 260Entry USACA - Files of the DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 15COPY 459COMMITTEE FOR RESTITUTION
IN AUSTRIA

M e m o r a n d u m .

A group of American citizens of Austrian origin, victims of Nazi persecution, are taking the liberty to ask in their own names and in the name of thousands of former Austrians for your help and assistance to get restitution and/or indemnification for all acts of injustices they had fallen victims to during the Nazi occupation of Austria and afterwards.

After many years of futile waiting for the promised compensations we are recalling now the London Declaration of January 5, 1943, in which all acts of Nazi-robberies and confiscations committed in occupied (and "annexed") territories as well as all legal restrictions against minorities had been stated null and void and full restoration of all such violated rights had been demanded and promised by the Allied Signatories.

Austria having been liberated by the Allies in the spring of 1945, and complying with the London Declaration, enacted a basic Restitution Law on May 15, 1946, designed to return all property taken away from rightful owners for political and racial reasons by the Nazis. However, despite the clear assurances of the legislators the Austrian Republic has failed to give restitution or compensation to the Nazi victims and their heirs, except in a few cases.

On the contrary, the great majority of these persecutees were prevented from receiving indemnification by decrees and amendments which went into effect afterwards. Moreover, many court decisions favored the aryanizers. Likewise, business enterprises, apartments and real estate couldn't be retransferred to the original owners for incredible objections, pretexts and delays, particularly in instances of present-day ownership of third parties. There is no restitution for lost bank deposits and stocks, neither for insurance policies or copyrights etc. Retirement- and other pensions, premiums for which had been paid for many years are still suspended and of no value to those who had purchased such protection for themselves or for their beneficiaries, for the widows and orphans. Houses destroyed or damaged before or during the war hostilities are not being rebuilt. Additional Restitution bills were promised by the Austrian Government repeatedly, but their passing in Parliament postponed time and again and the Austrian Government as well as the Representatives in the constitutional bodies of the Republic have failed to solve the problem in a satisfactory manner.

Thus, it seems the discriminating methods of the Nazis are still continuing, right under the very eyes of the Allied Occupation Authorities in Austria. Even a recent report by the Austrian Federal Ministry of Property Protection and Economic Planning indicates that by the end of 1948 only 7282 out of a total of 28,949 requests filed in accordance with the first three Restitution Acts were settled. This is a very small number, indeed, considering the vast amount of damage done by the Fascists and Nazis in Austria to some 70,000 to 80,000 owners of homes and some 30,000 to 40,000 owners of enterprises to a very large number of employees.

212757

DECLASSIFIED

Authority NWD 785008By SR NARA Date: 10-21-99RG 260Entry USACA - Files of the DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 15

459

Protesting against this untenable situation, which means defiance of inalienable human rights and of principles for which the victorious Allies went to war, we are submitting the following demands.

May we ask for your kind assistance. We would appreciate it very much, if you could do something to help us getting fulfillment of our just claims. Many of us approaching old age face a dark future and will be an unnecessary burden upon the American public, unless the Government of Austria starts rursing the long promised remedies at last.

We demand:

1. Recognition, in principle, of the responsibility of the Austrian Republic to compensate in an appropriate manner for all damages inflicted during the Nazi occupation upon the Nazi victims regardless of race, religion, citizenship and residence; likewise for damages to health and personal property of whatever kind if nature and for deprivation of personal freedom.
2. Restitution of all leasehold property, in particular of business and other enterprises which have been taken from their lawful owners by aryanization or any other type of confiscation since March 11, 1938, to their lawful owners or their heirs. Where these leaseholds or other business enterprises cannot be restituted indemnification shall take place in all instances.
3. Recognition of the personal liability of the so called "commissars" and all other agents appointed under the Nazi regime.
4. Accountability of said commissars, administrators or aryanizers as to all business income derived since the transfer of the enterprises and payment of said business income to the lawful owners within a year.
5. Refund of the Reichs-Escape-Tax as well as all special levies the Nazi-victims had been subjected to (such as the discriminatory Jewish property tax) by the Austrian Republic. Moreover indemnification for all securities, cash, jewelry and other personal property which had been taken away from the lawful owners upon the arrests and raids made by the Nazi police, SS, SA and other Nazi followers.
6. Indemnification for householdgoods robbed, destroyed or looted. Return of the apartments from which the rightful tenants had been illegally evicted, or compensation.
7. Exemptions from the statute of limitations of all claims of Nazi-victims in existence on or after March 11, 1938 against Austrian debtors.
8. Payment of pensions in Austria to persons entitled to such pensions even if living outside of Austria. Recognition of the fact that victims of Nazi oppression had to leave their homeland forcibly and are therefore entitled to their pensions.
9. Reestablishment of the privilege of former Nazi persecutees now residing in foreign countries to dispose freely of their Schilling balances within Austria.

212758

DECLASSIFIED
 Authority UND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Director
 File Decimal Files 1945-51
 Box 15

459

10. The law of inheritance of the Austrian Civil Code shall be freely applicable in cases of restitution.

11. Institution of procedures to effect amortization of stolen, looted, seized or confiscated securities.

12. Owners of Life Insurance policies in effect on March 11, 1938, shall be reinstated into their rights.

13. The victims of Nazi oppression are to receive indemnification for losses due to change in or devaluation of currency.

14. Termination of law suits pending before Austrian Restitution Commissions or other Law Enforcement Agencies within the time limit of one year.

15. Enactment of the promised Restitution laws and of the promised special Indemnification Law until December 31, 1949.

16. Enactment of a general War-Damage-Law.

17. Nazi victims shall be entitled to free legal counsel in Restitution or Indemnity matters.

18. Right to appeal against unsatisfactory decisions of Austrian Restitution Commissions or other Austrian Agencies to an Allied Council or to another special mixed commission of the United Nations or a commission to be provided for in the State Treaty.

gescheh - U 24025

DECLASSIFIED
Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Director
File Decimal Files 1945-51
Box 15

19 October 1948

General M. E. Bethouart
High Commissioner
French Republic in Austria
Vienna, Austria

Dear General Bethouart:

Since the end of the war the United States Forces in Austria have carried on a program of restituting looted property found in the American Zone of Austria to the Governments of the rightful owners. During this time every effort has been made to locate, identify, and return all such property in the Zone. The program is now substantially completed as is confirmed by the small and steadily decreasing volume of claims received during recent months.

I am directed, therefore, to inform you that after ninety (90) days from this date, the United States will no longer accept claims for restitution of looted property located in the American Zone of Austria. This action is without prejudice to such rights as may be given to claimants under a future treaty with Austria, and represents merely a termination of the responsibility of the United States with respect to claims for looted property in the American Zone of Austria.

Sincerely,

GEOFFREY KEYES
Lieutenant General, USA
High Commissioner

RETURN TO USACA FILE

212760

DECLASSIFIED
Authority UND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 2

CONFIDENTIAL

SCE 7/4 - Restitution from Austria

1 Dir AG 12 Mar
UBAGA ATTN: 1948
Col.
Urbach

1. Attached was hand carried to your section for air mailing on 4 March 1948 and actually dispatched 10 March 1948.

2. This is for your information as I expect you will want to check the delay.

Incl
Cy let ind to CAD, Washington
dtd 10 Mar 48

G. G. DODGE
Colonel, GSC
Director, USACA

CGD/OMB/oa
Tel: Vienna B-48103

CONFIDENTIAL

212761

[Faint, illegible text at the bottom of the page]

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 7

CONFIDENTIAL

Return of their property to their former nation would be to disregard private property rights. However, their property can be classified as Nazi Property in Austria and can be released to the Austrian Government for application of the Austrian denazification laws regarding property.

None of the above type cases is adequately covered in the proposed directive. This proposed additional paragraph is designed to provide for such cases and give the U.S. High Commissioner the latitude necessary to be just and fair in disposing of the innumerable cases not already provided for.

2. Recommend that, if possible, any directive eventually published be published as non-classified matter. Since each United Nation and ex-enemy nation, as well as the Austrian Government will be notified of the contents of this directive through diplomatic channels, the chances of its remaining classified in fact are very small. Though WARK 85965 and WARK 99226 were marked "Secret," as early as the Summer of 1946, all missions were thoroughly familiar with the contents of these directives, and upon occasion, certain portions of these directives have appeared in various European newspapers.

Also, non-classification will mean that we can publish pertinent portions of the new directive for the orientation and guidance of our own personnel at operational level as well as local Austrian officials.

3. The USFA Political Adviser concurs in all of the above comments, with one exception which will be explained by Chief, Reparations, Delivery & Restitution Division, this headquarters, who is expected to arrive in Washington on or about 10 March 1948.

FOR THE COMMANDING GENERAL:

2 Incls
No Change

W URBACH
Colonel AGD
Adjutant General



PAIR 660

212762

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
Authority LIND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 2

CONFIDENTIAL

Ltr, AGAO-S 387.6 Austria, md 1C-868 Pentagon, 9 Feb 48, CSCAD, Subj:
"SCE 7/4 - Restitution from Austria"

AG 014 ACA/R

1st Ind

HEADQUARTERS UNITED STATES FORCES IN AUSTRIA, APO 777, U.S. ARMY
10 March 1948

TO: The Adjutant General, Department of the Army, Washington 25, D.C.
ATTENTION: Civil Affairs Division

Comments and discussions are made by paragraphs as specified using
"Memorandum to Secretary SCE, Subject SCE 7/4, Appendices C (Revised)
and D" as basis.

Memorandum to Secretary SCE, Subject SCE 7/4, Restitution from Austria

Paragraph 1. Comments: Concur

Paragraph 2. Comments: Concur

Discussion: SCE 7/4 is too restricted. U.S. policy must be clearly stated for all categories of nations. General restitution policy to United Nations is already operating and recognized by the Austrian Government, by the Allied Commission, and known by all claimant United Nations. However, resistance by the Austrian Government to restitution to ex-enemy nations as well as ex-enemy pressure for restitution should give this problem priority in stating a definite policy.

Paragraph 3. No comments.

Paragraph 4. Comments: We concur with the points of difference between Appendix C and Appendices C (Revised) and D.

Discussion: We especially concur with 4k. We prefer a definite cut-off date. In early 1947, we questioned all United Nations missions on this point. None of them were desirous for a cut-off date, but all stated their ability to enter all claims for looted property in Austria within a four month period after notification of any cut-off date. The proposed six months is ample.

Paragraph 5. Comments: Concur.

Discussion: We prefer a comprehensive directive as proposed by CAD to the collection of piecemeal directives heretofore received.

Paragraph 6. No comments.

Appendix C (Revised)

Paragraph 1. No comments.

Paragraph 2. Comments: Can be deleted.

Discussion: Since July 1947, sufficient personnel have been requisitioned, allocated and all positions filled.

Paragraph 3. Comments: Transportation and POL requirements are still very critical.

Discussion: Situation will be treated locally.

Paragraph 4. Comments: Concur.

RETURN TO USACA FILE

DECLASSIFIED
 Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Decimal Files M45-51
 Box 2

Paragraph 5. Comments: "Treaties of peace with countries concerned and question of privileges of Austria as liberated nation" are relevant to the general question of restitution.

Discussion: Satellite treaties do not provide that subject nations can receive restitution from Austria. Neither does proposed Austrian Treaty provide for restitution from Austria to satellite nations, or mention Austrian privilege to enjoy any restitution from satellite nations.

Also, WAFX 99226 classifies Austria as an ex-enemy nation as far as restitutions from Germany are concerned. This point is pertinent to the Austrian economy, not only for that property taken to Germany by the Germans, but also that property which was removed by U.S. troops in their withdrawal from Austria to Germany.

Although we concur in your attitude toward Italy, Italy will be the big loser among the ex-enemy nations if proposed policy towards ex-enemy nations becomes official. Italy has been slower than the other nations in submitting claims. Except for vehicle claims, most Italian claims to date have been satisfied. Vehicle restitution to Italy has been delayed because of extreme resistance of the Austrian Government. However, we believe the Italians can be prodded into submitting a reasonable percentage of all their valid claims prior to receipt of the published proposed directive.

Paragraph 6. Comments: Can be deleted.

Discussion: There is no more confusion in this matter, so the above paragraph is considered unnecessary.

Paragraph 7. Comments: If paragraph 6a, Appendix D is accepted literally, paragraph 7 is not necessarily applicable. If paragraph 6a, Appendix D is amended as we propose below, we concur with your paragraph 7.

Paragraph 8. Comments: Concur.

Paragraph 9. Comments: Concur, provided an additional sentence is included which should read:

"Identifiable securities brought to Austria by either United Nations nationals or ex-enemy nationals, which persons fled their countries for racial, religious, or political reasons and do not desire to return, may be disposed at the discretion of the U.S. High Commissioner."

Discussion: The above sentence is considered necessary to protect these persons mentioned. Return of these securities to either the claimant government or the Austrian Government would result in complete loss to the owners concerned.

Paragraph 10. Comments: Do not concur. See comments on paragraph 3, Appendix D.

Paragraph 11. Comments: Concur.

Paragraph 12. Comments: Concur, provided the last sentence thereof is amended to read: ". . . actual restitution may be delayed within reasonable limits pending either, a. . . . b. . . ."

Discussion: The U.S. High Commissioner should set a time limit for delay of any restitution either as a set time for all

DECLASSIFIED
Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA-Files of the Dir.
File Decimal Files 145-51
Box 2

restitutions, or depending upon existing circumstances in each individual case. This paragraph merely makes official what we have been doing for some time, but unless a time limit is set, the Austrians will carry out neither 12a nor b. Example: Delay of restitution of Polish copper cable from the United Iron & Steel Works. We authorized the Austrians to negotiate with the Poles to avoid disastrous effect on operation of the United Iron & Steel Works by an early restitution. However, "negotiations" have been under way between the Austrians and Poles for over one year, with no visible effort or intent on the part of the Austrians to reach an agreement or provide replacement.

Appendix D.

Paragraph 1. Comments: Tencur.

Paragraph 2. Comments: Tencur.

Paragraph 3. Comments: Tencur, as written, in full.

Paragraph 4. Comments: Tencur.

Discussion: The provisions of this paragraph are already in operation.

Paragraph 5. Comments: Tencur.

Discussion, WARI 99226 as amended includes Albania and Bulgaria among countries eligible for restitution. The proposed paragraph omits these two countries. This is a technical point as far as Austria is concerned, since no claims have been received from Albania, and only one claim from Bulgaria, which was satisfied by special directive (Danube Ships).

Paragraph 6. Comments: Tencur, provided one word is amended so as to read:

"Restitution of identifiable looted property to United Nations Governments, except if otherwise described below, will be made when claimant government certifies that property is urgently needed for rehabilitation and reconstruction of that country, AND

(a) furnishes adequate proof of force or duress exercised by German forces or authorities as well as Nazi Puppet Government or without adequate compensation or;

(b) furnishes adequate proof that property was removed under orders for general evacuation of property in face of the Allied advance."

The provisions of proposed paragraph 6a, Appendix D, are included in every restitution made from Austria and is no criterion for determining restitution. If a claimant government has the alternatives of proving only (a) or (b) or (c) for restitution, property that left those countries under any conditions whatsoever would have to be returned.

Paragraph 7. Comments: Tencur.

DECLASSIFIED
Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 145-51
Box 2

Paragraph 8. Comments: Same as comments for paragraph 9, Appendix 7 (Revised) above.

Paragraph 9. Comments: Same as comments for paragraph 12, Appendix 7 (Revised) above.

Paragraph 10. Comments: Concur.

Paragraph 11. Comments: Concur.

Discussion: The provisions of this paragraph are already in operation.

Paragraph 12. Comments: Concur, with slight amendments.

Discussion: The practical provisions of this paragraph are already in operation. However, the procedure outlined has been simplified because the nations receiving restitution have permanent restitution missions assigned as part of their respective Legations.

To avoid an interpretation of 12b which could approach admission of searching missions, recommend the following words be added to paragraph 12b:

"b. receiving information from you regarding"

Also, the last sentence of paragraph 12 should have a small addition so as to read:

"You will furnish such missions facilities, at their own expense, necessary to the proper discharge of their functions in your zone."

This procedure is now in operation in our zone, and is necessary because of considerations expressed in "Comments," paragraph 16 below.

Paragraph 13. Comments: Concur, with a minor amendment.

Discussion: The provisions of this paragraph are already in operation. However, if our proposed amendments are included in the final directive, the last part of paragraph 13 should be amended to read:

...and to restore such property to the government of the country from which it was taken, excepting that property falling within the provisions of other paragraphs of this directive."

Paragraph 14. Comments: Concur.

Discussion: The provisions of this paragraph are already in operation.

Paragraph 15. Comments: Concur.

DECLASSIFIED
 Authority NND 785008
 67 SR NARA Date: 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Decimal Files 145-51
 Box 2

Discussion: The provisions of this paragraph are already in operation.

Paragraph 16. Comments: Should be deleted.

Discussion: Existing policy is that all personal expenses of missions within our zone, including messing, billeting, etc., are borne by the missions themselves and paid in U.S. occupational currency. The costs of packing, crating, and shipping restitutable property are covered in EK10/P (46) 68,29 April 46, which reads:

RESTITUTION COSTS

Agreed to adopt the paper and instructed the Chairman to inform the Austrian Government on behalf of the Allied Commission of this decision.

"The paper" was a Joint Resolution by RD&R and Finance Divisions, as follows:

1. The cost of transportation within the frontiers of Austria, as well as the cost of necessary repairs for transportation, including labor, material and organization, necessary for the restitution of property removed from countries occupied by the German army and which has been uncovered in Austria, must be borne by Austria. Expenses incurred outside of Austria, with the exception of Germany, must be borne by the recipient countries.

2. The Austrian Ministry of Finance will issue the necessary instructions so that it be sent the bills representing the expenditures anticipated in par. 1, and so that these may be handled with the least delay."

Since July 1, 1947, the U.S. has been paying its own occupational expenses in Austria. If paragraph 16 is maintained, this would throw additional financial burden on the U.S.-- in dollars--for restitution from Austria.

Paragraph 17. Comments: Concur, provided the following clause is added:

"except that those monuments, fine arts, and archives uncovered in Austria and transported under your supervision to the Munich Art Collecting Center, and which are classified as being of Austrian or unidentified origin, will be returned to Austria."

Discussion: The Monuments, Fine Arts, and Archives Branch of RD&R, USAIA, was deactivated in February 1946. Since that time all monuments, fine arts, and archives work has been handled by R&R Branch, RD&R, without any suitably qualified art experts. In July 1946, a working agreement with OMOUS was made whereby unidentified art uncovered in Austria was transported to Munich for classification and identification by the art

DECLASSIFIED
 Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Decimal Files 1945-51
 Box 2

restitutions, or developing new existing circumstances in each individual case. This proposal merely makes official what we have been doing for experts there. All costs of this transportation were borne by the Austrian Government. This action was considered purely as an administrative move, and the Head of the Munich Art Collecting Center was given the authority to act as an agent for the Commanding General, USFA for this purpose. As such, art works of this category have actually never left the jurisdiction of the Commanding General, USFA. However, we have reason to believe that OMBUE is considering reneging on this agreement and maintaining all unidentified art in Germany which was uncovered in Austria and moved to Germany under our supervision. This belief is based on the formation of a German administrative unit in the Art Collecting Center as a part of the newly formed German Government operating in the U.S. Zone, and extreme resistance is expected therefrom. Loss of these fine arts would be a great blow to the Austrian Denkmalmat, which is the only Austrian governmental agency which has given its full cooperation to the U.S. restitution program in Austria. We do not care who gets the credit for restitutions made in Germany, as long as the art that we sent to Munich, that remains unidentifiable or is Austrian is returned to Austria.

GENERAL COMMENTS

1. We propose that an additional paragraph be added to this directive which reads:

"Property and interests which were looted by the Germans and brought into Austria, or property and interests brought into Austria for safekeeping, the owners of which fled their countries for racial, religious or political reasons and do not desire to return thereto, may be disposed of at the discretion of the U.S. High Commissioner."

Discussion: Volksdeutsche left certain European countries, primarily Czechoslovakia and Yugoslavia, in mass evacuation on German orders during their retreat to the West in 1945. The Volksdeutsche left these countries bringing their own property and interests with them. They have now been denied the privilege of returning to the countries of exodus. Although Czechoslovakia and Yugoslavia do not want the Volksdeutsche themselves, those countries want the private property and interests which the Volksdeutsche removed. Where the Volksdeutsche can show proper legal ownership for property and interests thus removed, it should not be restituted to claimant country unless the individuals concerned are indicted extra-territorially as war criminals.

Likewise, Jews fled their countries to avoid persecution, and their property was looted by the Germans and brought into Austria. These Jews, many of whom are now citizens of different nations, do not desire to have their property returned to the country from which it was removed. This group also includes those persons who fled their countries because of their anti-communist tendencies, and return of whose property from Austria, would cause instant confiscation by the Russians. Examples of such property are the Manfred Weiss properties and the Hungarian Optical Works now in Austria.

At the same time, many persons who were Nazis fled to the West with their own property, and have now acquired Austrian citizenship.

DECLASSIFIED
 Authority KIND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Decimal Files 1945-51
 Box 2

restitutions, or depending upon existing circumstances in each individual case. This paragraph merely makes official what we have been doing for some time, but unless a time limit is set, the Austrians will carry out neither 12a nor b. Example; Delay of restitution of Polish copper cable from the United Iron and Steel Works. We authorized the Austrians to negotiate with the Poles to avoid disastrous effect on operation of the United Iron & Steel Works by an early restitution. However, "negotiations" have been under way between the Austrians and Poles for over one year, with no visible effort or intent on the part of the Austrians to reach an agreement or provide replacement.

Appendix D:

Paragraph 1. Comments; Concur.

Paragraph 2. Comments; Concur.

Paragraph 3. Comments; Concur, provided a few words are added, as follows;

"All properties, enumerated in paragraph 4 below, looted by Germany from ex-enemy nations will be turned over to the Austrian Government for settlement through diplomatic channels, provided that claims previously filed with U.S. authorities will be acted upon by U.S. authorities unless in the judgement of the U.S. High Commissioner the circumstances warrant turning any such claim over to the Austrian Government for settlement, and provided, further, that it does not prejudice any provision of a future Austrian treaty."

Discussion; This language would place it at the discretion of the U.S. High Commissioner to decide, in the case of ex-enemy property, whether claims already filed on the date when the directive was issued should be processed by the U.S. authorities or by the Austrians. As a practical matter, when claims are turned over to the Austrians for action, the Austrians will probably either delay restitution indefinitely or carry out restitution on the basis of some quid pro quo in which Austria will gain something in exchange.

In deciding in each case whether or not to turn a claim over to the Austrians for action, the U.S. High Commissioner would be guided by any specific desires of the U.S. Government. For example, he could retain U.S. control over the final disposition of the Manfred Weiss properties claimed by Hungary; he could either have the U.S. authorities carry out the restitution of the Hungarian horses or turn this matter over to the Austrians for bi-lateral negotiations with the Hungarians, depending upon Washington's final decision on that question; and he could have the U.S. authorities themselves carry out restitution of Italian motor vehicles and other property. The great bulk of its claims for looted property has already been filed by the Hungarian Government, and it is believed that the Italian Government can have the great bulk of its claims filed by the time the proposed directive is issued; other ex-enemy property in Austria is of very minor importance, and to a large extent has already been claimed and restituted.

Paragraph 4. Comments; Concur.

Discussion; The provisions of this paragraph are already in operation.

DECLASSIFIED

Authority AND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG

260Entry USACA - Files of the Dir.File Terminal Files 1945-51Box 2

Paragraph 5. Comments: Concur.

Discussion: WARX 99226 as amended includes Albania and Bulgaria among countries eligible for restitution. The proposed paragraph omits these two countries. This is a technical point as far as Austria is concerned, since no claims have been received from Albania, and only one claim from Bulgaria, which was satisfied by special directive (Danube Ships).

Paragraph 6. Comments: Concur, provided one word is amended so as to read;

"Restitution of identifiable looted property to United Nations Governments, except if otherwise described below, will be made when claimant government certifies that property is urgently needed for rehabilitation and reconstruction of that country, AND

(a) furnishes adequate proof of force or duress exercised by German forces or authorities as well as Nazi Puppet Government or without adequate compensation or;

(b) furnishes adequate proof that property was removed under orders for general evacuation of property in face of the Allied advance."

The provisions of proposed paragraph 6a, Appendix D, are included in every restitution made from Austria and is no criterion for determining restitution. If a claimant government has the alternatives of proving only (a) or (b) or (c) for restitution, property that left those countries under any conditions whatsoever would have to be returned.

Paragraph 7. Comments: Concur.

RG 260
Entry USACA-Files of the Direct
File Decima! 1946-51
Box 1

DECLASSIFIED

Authority NND 785008
By SR NASA Date 10-21-99

Mission, Policies and Functions of U.S. Forces in Austria (1947)

b. Austria must be reestablished as a free and independent country and the authority of its government must be made to extend throughout Austria and to all affairs of state, subject only to the exceptions specified in the Control Agreement or imposed by unanimous decision of the occupying powers. The U.S., in accordance with its basic policy toward Austria, will not participate in, and thereby will prevent the imposition of, additional restrictive decisions except as this may be required by existing U.S. agreement with, or policies toward other countries.

c. Austria's government must be assisted, by advice and if requested by the government, through active help, in the recreation and preservation of a sound and democratic national life, efficient administration, favorable economic and financial conditions, and progressive education.

d. Austria's government must be assisted, by advice and, if deemed necessary, by active help, in maintaining the independent existence and integrity of the Austrian state and in insuring respect for its frontiers.

e. The U.S. must protect the security of its forces and assure the fulfillment of its military needs in Austria; and must protect United Nations property in Austria and the interests of possible claimants for reparations from German assets in western Austria. All this must be done with the least possible interference with the authority and functions of the Austrian Government and the freedom and rehabilitation of the Austrian economy.

5. In application of the broad principles given in 2 above, our remaining mission in Austria will include the following functions:

a. The U.S. and its zone will hand over to the Austrian Government all functions not yet so transferred and not specifically reserved to us, regardless of whether or not the Austrian authorities are equipped to perform these functions with maximum efficiency.

212771

RG

Entry
File
Box260
USACA-Files of the Direct
Decimal 1946-51
"

DECLASSIFIED

Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

Mission, Policies and Functions of U.S. Forces in Austria (1947)

b. The U.S. will strive to reduce progressively the functions and powers still reserved to us - to a point where these functions will be limited to observation and advice.

c. In general the U.S. will strive to help in making the Austrian Government's authority fully effective subject only to such modifications as are authorized and required by the Control Agreement, by our function as trustees for possible reparations claims against German assets, and for the protection of our military establishment. The U.S. considers that in matters not expressly reserved to the Allied Commission the Austrian Government is free to act or not to act except as required by unanimous four power decision.

d. The U.S. will remove unilaterally, and strive to have removed quadripartitely, any and all limitations on Austrian production, except as contemplated in the U.S. draft treaty. Even within these exceptions, limitation (and supervision to this end) will only be with reference to the end-use of the products concerned, not with reference to earlier stages of production.

e. The U.S. will seek and effect removal of all residual Allied or unilateral restrictions in the path of free movement of persons, goods, or other traffic within, to, and from Austria, so far as consistent with other principles of U.S. policies or U.S. obligations. Foreign trade will be encouraged and trade with Germany will be permitted, either being considered as trade with the respective occupying power(s) not subject to AC control, or - preferably - as subject only to control by AC through unanimous veto. Remaining Allied controls over travel within Austria should be eliminated except insofar as they apply to members of the Allied forces. The U.S. will assist in the speedy reestablishment of Austrian frontier control service and in the return to the Austrians of all control of travel to and from Austria, except for travel by nationals of the four powers, by DP's, PW's, and persons officially sponsored by one or more of the four powers.

f. The U.S. will observe developments and tender advice to the Austrian Government regarding public finance, especially expenditure that may involve or affect U.S. funds and loans granted or projected. The U.S. High Commissioner or other

212772

RG 260
 Entry USACA-Files of the Direct
 File Decimal 1946-51
 Box 21

DECLASSIFIED
Authority <u>NND 785008</u>
By <u>SR</u> NARA Date <u>10-21-99</u>

Mission, Policies and Functions of U.S. Forces in Austria
 (1947)

appropriate U.S. authority in Austria will advise on and supervise the utilization of loans granted by the U.S. The U.S. will press for further reductions in occupation cost demands by the occupying powers - fair payment to be made, from the allocations of indigenous occupation cost funds, for all supplies and services requisitioned.

g. The U.S. will carry out, or facilitate the execution of, programs or relief, rehabilitation, and reconstruction for the benefit of Austria as a whole. Funds necessary for such assistance will be dispensed in accordance with authorizations by the U.S. Congress or U.S. credit agencies.

h. The U.S. will continue to retain responsibility in the U.S. Zone for the preservation of properties that may be subject to reparations claims against German external assets, but will delegate to the Austrian Government as trustee as much as possible of the responsibility for the preservation and operation of such properties so that these can be re-integrated into, and used for the benefit of, the Austrian economy. The U.S. will permit transfers of such properties or parts of properties throughout Austria, or other disposition, in such cases where adequate safeguards for their preservation and availability for disposition, or adequate compensation can be secured.

i. ~~The U.S. will retain the functions necessary to protect United Nations property in the U.S. Zone and generally of properties subject to restitution, and to assist in effecting restitution - with the proviso that such responsibility be left with the Austrian Government whenever the restitution laws approved by the Allied Council apply.~~

j. Repatriation of DP's will be continued so far as compatible with U.S. policies and assistance will be given to the settlement of DP's outside and within Austria. The return of all PW's will be expedited.

k. The U.S. Forces in Austria will, if necessary, take measures to maintain law and order in the US. Zone if the Austrian authorities are unable to do so. They will also insure the execution in the zone of the decisions by the Allied Commission

RG 260
 Entry USACA-Files of the Direct
 File Decimal 1946-51
 Box 21

DECLASSIFIED

Authority UUD 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

**Mission, Policies and Functions of U.S. Forces in Austria
 (1947)**

if the Austrian authorities were to be reluctant or unable to do so. The U.S. Forces will further implement decisions by the Allied Commission, if any, of a nature requiring such implementation.

1. The U.S. will give basic technical advice and assistance to the Austrian Government in such fields where Austria requires help and where, at the same time, our staff is qualified to render it. The consolidation of such a basic fund of technical advisory information, as the outgrowth of the U.S. work and experience in Austria during the period of occupation, will be geared to providing technical advice for the benefit of Austria's long-range economic rehabilitation.

GRC:hh
 VIENNA: B-48305

G. R. CAREY
 Colonel, GAC
 Asst Executive Officer

DECLASSIFIED	RG <u>260</u>
Authority <u>NND 785008</u>	Entry <u>USACA - Files of the Director</u>
By <u>SR</u> NARA Date <u>10-21-99</u>	File <u>Decimal Files 1945-51</u>
	Box <u>15</u>

459

10 Sept 49

Honorable Jacob K. Javits
House of Representatives
Washington 25, D. C.

Dear Mr. Javits:

I should like to refer to your letter of 20 June 1949, with which you forwarded to me a memorandum of the Committee for Restitution in Austria, and to my reply of 5 July. A detailed study of the Committee's proposals has been made by my staff and comments based on this analysis are set forth below.

Regarding the proposal under point 15 that the promised restitution laws be enacted, it should be noted that, except for certain necessary pieces of legislation which have been called to the attention of the Federal Chancellor, a large part of the program is already in effect. The first step was taken in 1945 with the passage of a statute requiring the registration with the Austrian authorities of all property rights which had been "aryanized" or confiscated after 13 March 1938. The so-called First Restitution Law - Law No. 156 of 26 July 1946 - opened the way to restitution of alienated property which had been confiscated by the German Reich and was then administered by the Austrian Federal, or by local Governments. The corollary Second Restitution Law - Law No. 53 of 27 March 1947 - dealt with the restitution of alienated property title to which had passed to the Austrian Federal Government. The statute of most importance to your constituents, the Third Restitution Law - Law No. 54 of 27 March 1947 - provided for restitution of real and personal property held by private persons and corporations. Under the Fourth Restitution Law - Law No. 143 of 8 August 1947 - the names of Austrian firms which had been changed or deleted under Nazi pressure were authorized to be re-registered provided that the new undertaking be a continuation of the old and that at least some of its shareholders are the dispossessed original owners. The Fifth Restitution Law - Law No. 164 of 22 June 1949 - provides for restitution of the property of juridical persons. The recently enacted Sixth Restitution Law - Law No. 199 of 3 September 1949 (not yet promulgated) - is the legal foundation for restoration of patents and trademarks.

RETURN TO USACA FILE

212775

DECLASSIFIED

Authority UND 785008
By SR NARA Date 10-21-99RG 260
Entry USACA - Files of the Director
File Decimal Files 1945-51
Box 15

459

I am impressed with the justness of the proposal under point 8 for pension payments to those whose private employment contracts were broken under Nazi pressure and who now live abroad. In my letter to the Chancellor, a copy of which was sent you on 5 July, the elimination of certain sections of the then proposed pension law which would not have improved the status of pension and wage claimants but actually have reduced their legal rights was recommended. The most objectionable paragraph of the original bill - that making pension payments retroactive only to 1 May 1945 - was subsequently stricken out, but the Seventh Restitution Law as passed by the Austrian Parliament on 14 July 1949 was still in several important respects inadequate. The U. S. Element pointed out during Allied Council consideration of this measure that it would operate in favor of those persons who were retained in employment as against persecutees whose employment contracts were abrogated. Its most discriminatory aspect, to my mind, is that it will allow former employers to deduct from pensions the amount which would be contributed towards them by the public social insurance institute. Since the present law governing social insurance limits its payments to persons residing in Austria, it must be concluded that the pensions for which your constituents may be eligible will be reduced by whatever sum they paid into the social insurance fund during their employment in Austria. Despite the opposition of our representative, no objection to this unsatisfactory version was made by Great Britain and the Soviet Union and it has become law.

The demand for restitution of lease-hold property (point 2) and that for return of apartments (point 6) have already had the endorsement of the U. S. Element. I refer you to the second paragraph in the copy of my recent letter to the Federal Chancellor. I therein expressed my concern over the postponement of the long overdue legislation to restore tenancy rights of victims of Nazi oppression and urged early action to rectify this situation.

I am in wholehearted sympathy with the Committee's fourteenth point and have already called upon the Chancellor to overcome the obstacles in the way of speedier administration.

The proposal in point 10 that the Law of Inheritance of the Civil Code be made applicable to restitutable property will be, I believe, satisfactorily met by the plan now in advanced discussion to set up a fund for the administration of heirless property of Nazi victims which would otherwise, under Austrian law, escheat to the Government.

As to the proposal in point 7 that claims of Nazi victims against Austrian debtors be exempted from the statute of limitations, the time for filing such claims has been extended to 31 January 1950 by Law No. 131 (1949).

DECLASSIFIED

Authority UND 785008By SR NARA Date 10-21-99RG 260Entry USACA - Files of the DirectorFile Decimal Files 1945-51Box 15

459

The privilege of former Nazi persecutees now residing abroad to dispose freely of schilling balances within Austria, as proposed in point 9, may be expected to be restored when the condition of the Austrian economy permits. At present, such schilling balances are not in all cases completely frozen insofar as, with permission of the Austrian National Bank, they can be used for support of relatives residing in Austria, travel within Austria and payment of expenses in connection with the blocked accounts.

Amortization of stolen, looted or confiscated securities, as called for in point 11, can be effected only if the securities in question can not be located. In such case, the victim of confiscation has merely to request the issuing corporation to cancel the stock share or bond and to issue a new one in its stead. Where the securities can be found, the former owner may get them back under the Third Restitution Law.

Proposal 12 - the reinstatement to their rights of life insurance policy owners - I understand to mean enabling the policy holders to retain full insurance rights by resuming premium payments. If this is the intent, I must tell you that the prospects are most unpromising. In some cases the cash surrender value was paid to the German Government. In other cases, no payment was made, and the policyholder whose policy was declared forfeit without compensation may now surrender it for 40% of its cash surrender value as of 8 May 1945, 60% remaining blocked. Even should it be made possible for the insured to reinstate a policy, it seems that accrued back payments would be too high, in relation to the return that could be expected, to make reinstatement advisable. It must be considered, too, that not merely refugees but all Austrian holders of life insurance policies in existence on 8 May 1945 are affected by the 60% reduction in the cash surrender value of their policies. The weakened state of the insurance business in Austria, caused in part by heavy holdings in German bonds, necessitates drastic modifications in commitments to policy holders. Until reconstruction is accomplished, there is good reason to think that the blanket reinstatement of persecutee's policies without regard to present insurability would not merely be of dubious value to the insured but would constitute an excessive burden on the insurance companies.

With regard to the suggestion under point 13 that Nazi persecutees be indemnified for losses due to change in or devaluation of currency, we must bear in mind that the hardships attendant upon the several currency conversions in Austria since 11 March 1938 have hit not refugees alone, but all residents of Austria. It must be apparent that the enactment of the complicated legislation that would be required to protect persecutees against the consequences of currency laws enacted in the course of the last eleven years would go beyond the proper purpose of restoring to them the rights and privileges of other classes holding assets in Austria. Such legislation, insofar as it would grant refugees a preferential status to which they would not have been entitled had they

212777

DECLASSIFIED	RG <u>260</u>
Authority <u>UND 785008</u>	Entry <u>USACA - Files of the Director</u>
By <u>SR</u> NARA Date <u>10-21-99</u>	File <u>Decimal Files 1945-51</u>
	Box <u>15</u>

459

not been subject to persecution, would, in my opinion, not help but rather impair the moral strength of the persecutes' position.

The personal liability of the so-called "commissars" or administrators appointed under the national socialist regime (point 3) is already recognized not only in the general civil and criminal law but in the War Criminals Act. These persons are subject to prosecution for fraud and embezzlement if they used their position for such purposes. Convictions for either of these offenses are, under Austrian practice, binding on the Civil Courts in a subsequent suit by the victim for recovery of the fraudulently acquired or embezzled property. That administrators will be held to account for abuse of their position is doubly assured by the War Criminals Act which makes them liable to confiscation of property upon a finding that they had enriched themselves by virtue of the Nazi system. Thus, not only the personal accountability of Nazi-appointed administrators but also their financial liability (as called for by point 4) is enforced by present Austrian law. The accountability of "aryanizers", or owners, as distinguished from administrators is set out in paragraph 338 of the Third Restitution Law. Under that provision, the "aryanizer" may be required to return not only the business itself but also the income derived from it (with certain deductions, in the cases of bona fide purchasers for value, of necessary business expenses and contributions to the business enterprise).

Regarding the proposal of free legal counsel in restitution and indemnity matters - point 17 - it must be borne in mind that a successful claimant under a restitution statute as under other Austrian laws is entitled to reimbursement by his opponent for all expenses, including lawyer's fees.

I should like, finally, to consider together a group of proposals in the Committee's memorandum which I could not support without violating the principle of Austrian sovereignty to which our Government is committed. I refer to the opening demand that the present Austrian Government be held liable to compensate for all damages inflicted upon Nazi victims during the German occupation; to proposal Number 5 - that the Reichs Escape Tax be refunded and indemnification for Nazi expropriated personal property be made; to the suggestion under point 16 that a general war damage law be enacted; and to the demand in point 18 for right of appeal from decisions of restitution commissions or other Austrian agencies to an Allied or United Nations body. To charge Austria, a liberated country, financially or morally with the acts of the regime from which it had been liberated would be in contradiction to the policy maintained not only by our Government but also by Great Britain, France and the Soviet Union. Right of appeal in matters of

DECLASSIFIED	RG <u>260</u>
Authority <u>NWD 785008</u>	Entry <u>USACA - Files of the Director</u>
By <u>SR</u> NASA Date: <u>10-21-99</u>	File <u>Decimal Files 1945-51</u>
	Box <u>15</u>

459

restitution to a non-Austrian agency would just as clearly be incompatible with well-recognized principles of sovereignty.

Trusting that the matter set out above answers in a large measure the points raised by the committee, I am,

Sincerely,

GEOFFREY KEYES
Lieutenant General, USA
Commanding

DECLASSIFIED

Authority UND 785008
By SR NARA Date 10-21-99RG 260
Entry USACA - Files of the Director
File Decimal Files 1945-51
Box 15

459

C O P YJacob K. Javits
21st District New York(Columbia University
Manhattanville
Hamilton Grange
Washington Heights
Inwood and Marble Hill)

CONGRESS OF THE UNITED STATES

House of Representatives

Washington, D. C.

June 20, 1949

Lt. General Geoffrey Keyes
United States High Commissioner to Austria
Vienna, Austria

Dear General Keyes:

The Committee for Restitution in Austria, consisting of Messrs. Eugene Marc Hofmann, Simon Jacob, and Fred Reiss, is located in my district and represents a great many citizens there. I am impressed with the sincerity of this Committee and also with the need for being sure that the Austrian Government is treating justly claimants who suffered under Nazi brutality.

I am enclosing herewith a memorandum prepared by the Committee for Restitution in Austria and would appreciate your comments. I have made a similar request of Secretary of State Acheson.

Sincerely,

s/
t/ J. K. Javits, M. C.

JKJ:ejc

C O P Y

Committee on Foreign Affairs

New York Office:
Suite 2130
165 Broadway
New York 6, N.Y.
Telephone:
Worth 3-1656

212780

DECLASSIFIED
Authority UND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 7

CONFIDENTIAL

SUBJECT: Questions on Restitution Which May Arise.

As noted with reference, in such, the U.S. cannot expect

that the Austrian Government will carry over the U.S.

1. Question:

Should the U.S. turn over to the Austrian Government all
pending restitution claims of ex-enemy nations, except where
as the part of the U.S. of the Government will cause strong
U.S., UK or French interests are concerned?

Discussion:

If all such pending claims are turned over to the
will for the U.S. up words in the Austrian countries. If
Austrian Government, the Austrian Government will acquire
is doubtful if the gain for the Austrian Government, in the
bargaining power with the ex-enemy nations to secure the
of bargaining power. In such the loss of property and
return of Austrian property located in those ex-enemy
and will which the U.S. will lose by such a move. As a
countries.

since over half of all restitution claims have been processed

The U.S. Element in Austria would not save on time,
and staffed by U.S. staffs and special investigations
labor, or personnel by such a move. All pending claims
only on the remaining claims, it would seem expedient that they
would have to be investigated by U.S. authorities for U.S.,
UK, or French interests before any turnover to the Austrian

Government. Once these claims and the claimed properties
national, they be given preferential treatment. If all
are turned over to the Austrian Government, they are lost
pending ex-enemy claims are turned over to the Austrian
to the U.S. as far as U.S. bargaining power is concerned
Government, the Italian will receive preferential treatment even
with other nations.

any other ex-enemy nation. The Italian will have

Such a move will be a reversal of the commitments made
year later in submitting any volume of claims and in sending
by the U.S. Government regarding restitution to ex-enemy
of Italian restitution claims to Austria. As a result,
nations. We have reason to believe that the Austrian Govern-
and Italian have not been claims investigated and loss
ment will not make restitution to ex-enemy nations if these
restitutions were made any other ex-enemy nations. In
properties are turned over to them. But the Austrian Govern-
ment will dispose of these properties as they see fit,
particularly since the Austrian Government did not sign the
any preferential treatment to Italy for restitution if the
London Declaration, nor is it bound by an existing agreement
Austrian Government has control of Italian claims and

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA-Files of the Dir.
File Decimal Files 145-51
Box 2

CONFIDENTIAL

to make such restitution. As such, the U.S. cannot expect that the Austrian Government will carry out the U.S. commitments of restitution to ex-enemy nations. A reversal on the part of the U.S. of its commitments will cause strong adverse propaganda by the communists and will lose what good will for the U.S. may remain in the ex-enemy countries. It is doubtful if the gains for the Austrian Government, in the way of bargaining power, is worth the loss of prestige and good will which the U.S. will lose by such a move. Also, since over half of all restitution claims have been processed and settled by U.S. authorities and partial investigations made on the remaining claims, it would seem expedient for the U.S. authorities to finish what they have started.

The U.S. has expressed a desire that among the ex-enemy nations, Italy be given preferential treatment. If all pending ex-enemy claims are turned over to the Austrian Government, the Italians will receive worse treatment than any other ex-enemy nation. The Italians were almost one year late in submitting any volume of claims and in sending an Italian Restitution Mission to Austria. As a result, the Italians have had less claims investigated and less restitutions made than any other ex-enemy nations. As long as Italy remains in the same category with other ex-enemy nations, the U.S. Government would be unable to grant any preferential treatment to Italy for restitution if the Austrian Government has control of Italian claims and

2 **CONFIDENTIAL**

DECLASSIFIED
Authority NND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA-Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 2

CONFIDENTIAL

Italian property.

Turnover to the Austrian Government of pending ex-enemy claims, except where U.S., UK and French interests are involved, completely ignores the commitments of the U.S. regarding the interest of any other allied nation to those ex-enemy claims. Such countries as Belgium, the Netherlands, Greece, Luxemburg, and Norway will suffer from turning over to the Austrian Government any interest they might have in ex-enemy claims for disposition. Such a move would tend to create ill will among those nations whom are considered our best friends.

In view of recent political developments in Central Europe, it is believed more advisable that the U.S. maintain control of ex-enemy property so that the U.S. will have an additional bargaining point at its disposal to exert directly a certain amount of U.S. influence within those ex-enemy countries.

Recommendations: Recommend that;

- (a) the U.S. establish a cut-off date for receipt of restitution claims from ex-enemy nations;
- (b) that the U.S. authorities process all ex-enemy claims received prior to such a cut-off date;
- (c) any subsequent claims be submitted to the Austrian Government.

done 4/99

done

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
Authority KIND 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 2

CONFIDENTIAL

2. Question: Should restitution be continued to nations, both allied and ex-enemy, which are situated behind the Iron Curtain?

Discussion: Unless the U.S. wishes to renege on its commitments to allied nations, it is not believed that restitution to these nations can be completely stopped. The loss of prestige and good will, as well as the subject matter for communist propaganda, would not make such a move advisable.

However, the allied nations behind the Iron Curtain, i.e., Poland, Yugoslavia, and Czechoslovakia, likewise committed themselves to make restitution to other allied nations of property and interests, which property and interests lie within Poland, Yugoslavia and Czechoslovakia. From the scant information available, it is not believed that Poland, Yugoslavia, and Czechoslovakia are carrying out these commitments but are otherwise holding or disposing of property of other allied nations. To safeguard U.S. as well as other allied interests that exist in these three countries, some pressure should be used to release those allied interests which are being held within Poland, Yugoslavia, and Czechoslovakia.

*Carrying of
item Iron Curtain
to date*

Recommendations: Recommend that,
(a) all property within the U.S. Zone of Austria subject to restitution to countries behind the Iron Curtain be suspended;

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
 Authority UJD 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Decimal Files 1945-51
 Box 2

CONFIDENTIAL

- (b) that all such property be retained under the control of the U.S. Forces in Austria;
- (c) that those nations concerned be notified of this suspension and the reasons therefor;
- (d) when any nation behind the Iron Curtain shows, by deeds, the respect and satisfaction for United Nations claims and interests within their territories, restitution be resumed to that country from the U.S. Zone of Austria.

3. Question Should nations eligible to receive restitution continue to be classified as allied or ex-enemy?

Discussion:

The present classification of nations is inconsistent with other U.S. policies. Restitution to allied nations by existing policy is mandatory. At the same time, we make restitutions to Poland, Yugoslavia, and Czechoslovakia, which properties are immediately geared into their nations' respective economies and become available as war potential for use by the USSR.

On the other hand, the U.S. desires to build up Italy and Italian economy. Yet the proposed policy for ex-enemy nations will be detrimental to Italy and the Italian economy. Also, those nations who are to benefit from the Marshall Plan should have equal treatment as far as restitution is concerned, because what is restituted to

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
 Authority NND 785008
 By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
 Entry USACA - Files of the Dir.
 File Decimal Files 1945-51
 Box 2

CONFIDENTIAL

these countries will be in conformance with the ideas
 of the Marshall Plan.
 of the Marshall Plan.

Recommendations:

Recommend that:

- (a) instead of classifying nations as allied or
 ex-enemy, reclassify as nations before the
 Iron Curtain and nations behind the Iron
 Curtain;
- (b) countries before the Iron Curtain be given
 preferential treatment of restitution;
- (c) countries behind the Iron Curtain be awarded
 restitution under conditions outlined in
 Recommendations, Question 2 above.

4. Question:

Should the U.S. High Commissioner be given authority to
 turn over to the Austrian Government any pending restitution
 claims of ex-enemy nations at his discretion?

Discussion:

Such a move would give the U.S. High Commissioner
 wide latitude in determining the volume and type of properties
 which should be turned over to the Austrian Government for
 settlement. Likewise, it would allow the U.S. High Commissioner
 to retain under U.S. control such ex-enemy property as he
 desired.

At the same time, the U.S. High Commissioner would
 become the direct target of intense pressure from the Austrian
 Government to turn over all ex-enemy property either
 individually or collectively to the Austrian Government.

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
Authority UWD 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 2

CONFIDENTIAL

While on the other hand, the U.S. High Commissioner would become an equal target for intense pressure from the ex-enemy nations to retain all such property under U.S. control and not hand it over to Austrian Government. This situation would place the U.S. High Commissioner unnecessarily in the center of political controversy and would be an unnecessary responsibility not desired by the U.S. High Commissioner. Either he should have the authority to:

- (a) turn over all ex-enemy property to the Austrian Government;
- (b) retain all ex-enemy property under U.S. control, or
- (c) retain under U.S. control all property claimed by ex-enemy nations before a certain date and to turn over to the Austrian Government all claims received subsequent to that date.

Recommendation: Recommend that:

~~Discretionary authority not be given the U.S. High Commissioner at this time regarding disposition of pending restitution claims of ex-enemy nations.~~

CONFIDENTIAL

DECLASSIFIED
Authority UJD 785008
By SR NARA Date 10-21-99

RG 260
Entry USACA - Files of the Dir.
File Decimal Files 1945-51
Box 7

CONFIDENTIAL

5. Question: Why should unidentified Austrian art uncovered in Austria and moved under USFA supervision to Munich Art Collecting Center be returned to Austria?
- Discussion: See Discussion under para. 17, Appendix D of proposed new directive.
- Recommendations: See Recommendations under para. 17, Appendix D of proposed new directive.

CONFIDENTIAL

RG	260
Entry	A1B1C1
File	USACA files of the Direct
Box	45

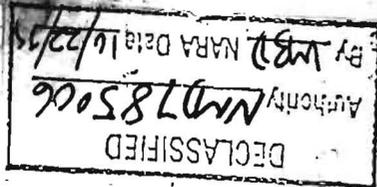
Headquarters Division

POSITION	RANK	PRESENT ASSIGNMENT
<u>Director</u>		
Acting Deputy Director	General Officer	Brig.Gen. Lester D. Flory
Acting Asst. Deputy Dir.	" "	
Aide & PA	Captain	1st Lt. Robert C. Ruske
Aide & PA	Lieutenant	
<u>Executive</u>		
Executive Officer	Colonel	Col. George R. Carey
<u>Administration</u>		
Adjutant General	Lt. Colonel	
Asst. Adjutant General	Captain	
Asst. Adjutant General	Lieutenant	
Message Center Officer	Captain	
Supply Officer	Captain	
Motor Pool Officer	Captain	
Headquarters Commandant	Captain	Capt. John Krupa
Asst. " "	Lieutenant	
Secretary	Lt. Colonel	Maj. H.E. Pomeroy
Asst. Secretary & Hist.	Major	Maj. J.D. Ball
Asst. Secretary	Captain	
Asst. Secretary	Lieutenant	
Personnel Officer	Major	
<u>Planning Coordination</u>		
Chief Planning Coordinator	Colonel	Col. G.H. McCaffrey
Planning Coordinator	Lt. Colonel	Maj. G.P. Howard
Planning Coordinator	Lt. Colonel	Maj. A.M. Schaffler
Planning Coordinator	Major	
<u>Intelligence Coordination</u>		
Chief Intelligence Coordinator	Colonel	Maj. C.R. Agnew
Intelligence Coordinator	Major	Capt. H.A. Mackenzie
<u>WAC Officers</u>		
Secretary		
"		
"		
"		
"		

ARMY GROUND DIVISION

Division Chief	General Officer or Col	Col. A.D. Custis
Deputy	Colonel	Lt. Col. R.M. Huff
Chief Disarmament Branch	Lt. Colonel	Lt. Col. H.G. McFeely
Chief Demobilization Br.	Lt. Colonel	Lt. Col. D.M. Pearson
Chief Intelligence Br.	Lt. Colonel	Maj. E.M.J. Kretzmann
Chief Administrative Section	Major	

212942



RG	260
Entry	USACA - Files of
File	the Director 1945-5
Box	29

-15-

II. Restitution

26. The word "Restitution" is not found in the Potsdam Communiqué and although no specific declarations of policy on restitution appear to have been agreed on the governmental level, it seems fair to assume that from the beginning it has been the intent of the Allied Nations to restore to the lawful owner nations as much of the property located by Germans or other enemy nations as can be clearly identified and is capable of restitution; furthermore, that steps for such restitution should be undertaken as promptly as circumstances permit. *interpret. of "circum."*

* 27. The fundamental basis for such restitution stems from the Declaration of London, 5 January 1943, (See Paragraph 1), in which 19 United Nations reserved the right to invalidate forced transfers.

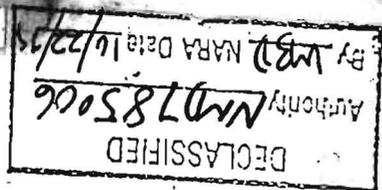
28. The U.S. policy on restitution as developed to date is contained in two directives; WARX 85965, 30 November 1945 covering the case of Allied Nations property, and WARX 99226, 5 March 1946, copies of which are attached as Annex "C" and "D" respectively. These directives specify the types of property subject to restitution, the requirements applicable to Allied Nations on the one hand, and those applicable to ex-enemy nations on the other hand. They also outline in general the procedure to be followed in working out the mechanics of return of property.

29. In the case of Allied Nations, the following categories of property are subject to restitution:*

a. A whole range of cultural, religious, and artistic works, museum collections, libraries, archives, etc. Restitution in this case

*All currencies of United Nations occupied by Germany were originally included, but later eliminated by WARX 98923, 1 March 1946, attached as Annex "E".

212961



RG	260
Entry	USACA - Files of
File	the Director A45-5
Box	29

-16-

requires only that the goods be identified as having been looted or acquired by Germans in any way (through commercial transactions or otherwise) during occupation.

b. Heavy power driven industrial and agricultural machinery and equipment, rolling stock, locomotives, barges** (other than sea-going vessels) and communication and power equipment.

c. Other goods, valuables, (excluding gold, securities and foreign currencies) materials, equipment, livestock and other property found in storage or otherwise in bulk form. *wieso gold?*

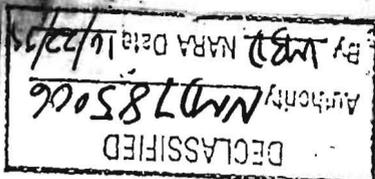
With regard to the latter two categories, the basic qualification for return is that they shall be identified as having been looted or acquired in any way by Germans from United Nations during German occupation except that in the case of goods produced during occupation, the claimant government must also submit proof that German acquisition was by an act of force. Also in the case of transportation equipment, it is provided that "restitution may be so phased as not to return available transportation below that required for military deployment and for purposes of the occupation".

30. The procedure set up for effecting return contemplates that lists of property claimed to have been removed by Germans during invasion or occupation shall be submitted through diplomatic channels by the claimant nations to the U.S., and that after examination the claimant countries will be invited to send missions for the purpose of:

- a. Substantiating claims
- b. Receiving information regarding location of the property
- c. Identifying and receiving the property

**Restoration of Danube barges suspended by WARK 82436, 30 March 1946, attached as Annex "F".

212962



RG	260
Entry	USACA - Files of
File	the Director 1945-5
Box	29

-17-

31. As indicated above, the foregoing directive applies only to United Nations, and under it the following nations have been invited to prepare and submit lists: USSR, France, Belgium, Luxembourg, The Netherlands, Norway, Denmark, Poland, Czechoslovakia, Yugoslavia, and Greece. The directive provides that restitution "shall not be delayed on the ground that items...are needed to meet military or civilian requirements in any zone of occupation". It is therefore mandatory and takes precedence over both the needs of the Austrian population and the occupation forces. The only exception is the case of transportation equipment, which "may be so phased as not to return available transportation below that required for military deployment and for purposes of the occupation".

shows that
occ. could
use as
wünscht.

32. In practice lists are submitted by the claimant nations to the U.S. Ambassador in the claimant's country. The latter forwards the list to the appropriate Political Adviser; Mr. ERHARDT for Austria, and Mr. MURPHY for Germany. Copies of lists should be supplied through military channels to the RD&R Division, who can then proceed with the identification and location of the property.

The RD&R Division forwards the claim list to the appropriate Property Control Officer in the Zone or the Vienna Area. After investigation the Property Control Officer reports his findings to the RD&R Division after taking appropriate action in the field.

When sufficient property has been located and investigated, the representatives of the military mission of the claimant nation in Austria are contacted by RD&R and arrangements instituted for the return of the property if sufficient proof of ownership is furnished.

212963



RG	260
Entry	USACA - Files of
File	the Director 1945-5
Box	29

-18-

33. WARX 99226, 5 March 1946, covers the case of certain ex-enemy nations: Austria, Italy, Hungary, Romania, and Finland. The categories subject to restitution are the same as those provided for Allied Nations, except that currencies are not included. Claimant nations must prove:

a. That the property in question was acquired by Germany "as a result of an act of force or was removed into Germany or Austria without compensation".

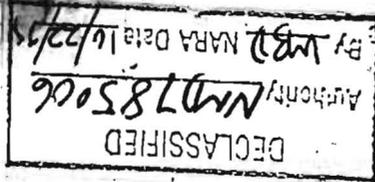
b. That the removal occurred between specified dates varying in the case of each country:

ITALY	Between	3 September 1943	to	15 May 1945
HUNGARY	Between	20 January 1945	to	15 May 1945
AUSTRIA	Between	12 March 1938	to	15 May 1945
ROMANIA	Between	12 September 1944	to	15 May 1945
FINLAND	Between	19 September 1944	to	15 May 1945

34. In the case of rolling stock; locomotives, barges,* transportation, etc., restitution may be deferred until completion of an overall program phased so as not to reduce available transportation below that required for military deployment and purposes of the occupation. Preparation of such a program is directed for submission to JCS for approval. This has been charged to the Transportation Division.

*Restitution of Danube barges suspended by WARX 82436, 30 March 1946 (Annex "F")

212964



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director P45-9</u>
Box	<u>29</u>

-19-

35. In the case of other property found in storage or bulk form, restitution need not be made if the Commanding General considers restitution would jeopardize minimum requirements of Austrian economy or require additional U.S. assistance or expenditures.** *Does incl. AU?*

36. Each of these directives provides that quadripartite approval shall be secured if possible. Failing that, an effort will be made to secure tri-partite agreement; in other words, tri-partite agreement applicable to the three western zones and that prior to agreement, the directive shall be applied in the U.S. Zone. Efforts to obtain quadripartite agreement have, to date, proved futile. Both Great Britain and France have substantially similar restitution directives, but each vary considerably as to procedural detail. It has therefore been agreed that in the western zones, each occupying power will proceed under its own directives, inasmuch as a substantially uniform result will be produced.

37. Further light on the application of restitution to ex-enemy nations as affected by Austrian economy appears in SECSTATE Cable 393, 22 April 1946, which states that "The proviso of minimum economic requirements is not a general escape clause. Only in connection with paragraph (c) can it be invoked and also only where the removal of any items would clearly endanger the explicitly defined maximum economy. . . . Therefore in the Department's view the bulk of the restitution program

**By cable GC 1929 OMCUS requested reconsideration of entire subject of restitution to ex-enemy nations, with special provisions for Austria. USFA concurred in P5687 and suggested that the restrictive provisions now limited to other property be applied to all classes of goods except fine arts. No reply yet received from JCS.

212965

DECLASSIFIED
Authority: NND 785006
By: WBT/MLN
NARA Date: 10/22/93

RG 260
Entry USACA - Files of
File the Director 1945-9
Box 29

is not conditional. However, as the program progresses, the facts will appear. Before considering revision directive the Department desires restitution program proceed."

DECLASSIFIED
 AUTHORITY: NND 785006
 BY: WBT/MLA Date: 10/22/03

RG 260
 Entry USACA - Files of
 File the Director 1945-9
 Box 29

-21-

III. General

38. The combined effect of such restitution and reparation directives may be summarized as follows:

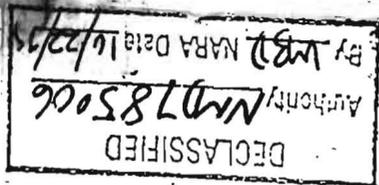
a. Return of Allied Nations property is mandatory, subject only to proof of identity and acquisition by Germany, except that in the case of goods produced during the occupation an act of force must also be proved and transportation equipment may be phased.

b. Return to ex-enemy nations is subject to needs of occupying forces, and in certain cases to needs of Austrian economy. The whole program, however, is still under review.

c. Removal of German external assets by way of reparation should not be such as to reduce the overall economy of Austria below the 1938 level.

39. In arriving at the ultimate basis for disposition of property, subject either to reparation or restitution, it is essential that the question of property ownership be definitely determined. The Potsdam Agreement and other directives apparently assume that ownership (past and present) is a simple question of fact either well-known or easily ascertained. While this may be true to a considerable extent of property in Germany, the situation in Austria is quite different and highly complicated. Due to the integration of Austrian industry, commerce, and finance into the Reich system after the Anschluss, a very high percentage of Austrian properties (particularly the more substantial ones) passed to a greater or lesser degree into some form of German ownership. During the war a large amount of property was moved into Austria either voluntarily or involuntarily from all parts of Europe. The circumstances surrounding each transaction must be analyzed and a decision reached in each as to true ownership. This in many cases will be a highly involved proceeding including complex legal questions and requiring technical expert testimony.

212967



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director 1945-9</u>
Box	<u>29</u>

-22-

40. In cases involving only the rights of Austrians, or Austrians and Germans, or other ex-enemy nations or nationals, it would seem that the determination of title and adjudication of the respective rights are questions which can well be settled in the Austrian courts.

41. Where, however, the rights of Allied nations or nationals are involved, the Austrian courts would hardly seem to be the appropriate tribunal, particularly since in many instances Allied rights will conflict with the interests of the Austrian Government, whose servants the Austrian courts are. To a lesser degree the same would apply to the rights of neutrals and former enemies entitled to restitution.

42. As an initial step in this direction, it has been suggested that each occupying power appoint an impartial observer (preferably a man of recognized ability and reputation whose opinion would carry weight of itself). The appropriate observer would sit with the Austrian court in each case where rights involving his nation were concerned. If he was satisfied that a fair trial had been had and justice administered, he should approve the findings of the Austrian court and the case would be ended. If the observer was not satisfied that the rights of his nation had been adequately protected, he would certify the case for appeal. The appellate tribunal might consist of the four allied observers (with one member of the Austrian court sitting as an observer this time). Its decision would be final. Such procedure would have the advantage of placing the maximum amount of work upon the Austrians and requiring a minimum of allied personnel. It is to be hoped that with practice, the Austrian courts should develop the ability to satisfactorily dispose of the majority of cases.

43. Another suggestion along the same line is that a court or commission be established by UNO to pass upon titles and adjudicate cases in which rights of more than one nation or national are involved.

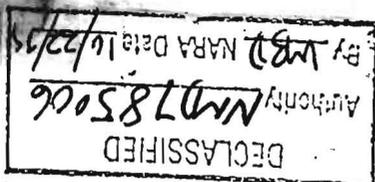
212968

DECLASSIFIED
Authority: NND 785006
By: WBT
Date: 10/22/99

RG 260
Entry USACA - Files of
File the Director 945-5
Box 29

44. The reparations situation is necessarily in abeyance until a governmental agreement is reached, either via the Allied Council, the Inter-Allied Reparations Agency, or Peace Treaty; following which appropriate machinery to adjudicate cases will have to be established.

45. With regard to restitution, this matter will probably be handled unilaterally by each of the four occupying powers within the facilities of such staff as they have on hand, on a catch as catch can basis, as is being done at the present time. The possibility should not be overlooked, however, of important or complicated cases which would require reference to a superior tribunal.



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director 945-9</u>
Box	<u>29</u>

TSP/hr

30 April 1946

SUBJECT: Reparation and Restitution Policy (Austria)

I. Reparation

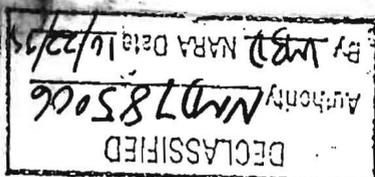
1. The United Nations Declaration (London) regarding forced transfers of property in enemy controlled territory of January 1943 signed by the US, UK and USSR as well as by most of the other United Nations, contains the following statement on property rights:

"Accordingly the Governments making this declaration and the French National Committee reserve all their rights to declare invalid any transfers of or dealings with property rights and interests of any description whatsoever which are or have been situated in the territories which have come under the occupation or control, direct or indirect, of the Governments with which they are at war or which belong or have belonged to persons including juridical persons resident in such territories. This warning applies whether such transfers or dealings have taken the form of open looting or plunder or of transactions apparently legal in form even when they purport to be voluntarily effected. The Governments making this declaration and the French National Committee record their solidarity in this matter."

2. In the Moscow Declaration signed November 1943, the U.S., Great Britain and USSR declared that:

"They regard the annexation imposed on Austria by Germany on 15 March 1938 as null and void. They consider themselves as in no way bound by any changes effected in Austria since that date. They declare that they wish to see re-established a free and independent Austria and thereby to open the way for the Austrian people themselves, as well as those neighbouring States which will be faced with similar problems, to find that political and economic security which is the only basis for lasting peace."

212970



RG	260
Entry	USACA - files of
File	the Director 945-9
Box	29

-2-

3. The first specific mention of reparations occurs in the Potsdam Declaration. As respects Austria, Article VIII, paragraph 3 provides:

"it was agreed that reparations should not be exacted from Austria."

This paragraph does not appear in the official communique as published.

It is understood that it was omitted at the special request of the Russian delegates to the conference.

4. With regard to Germany, Article III, paragraph 19, states:

"Payment of reparations should leave enough resources to enable the German people to subsist without external assistance."

Article IV, Reparations from Germany, provides:

"In accordance with the Crimea decision that Germany be compelled to compensate to the greatest possible extent for the loss and suffering that she has caused to the United Nations and for which the German people cannot escape responsibility, the following agreement on reparations was reached:

"1. Reparation claims of the USSR shall be met by removals from the zone of Germany occupied by the USSR and from appropriate German external assets.

"2. The USSR undertakes to settle the reparation claims of Poland from its own share of reparations.

"3. The reparation claims of the United States, the United Kingdom and other countries entitled to reparations shall be met from the western zones and from appropriate German external assets."

5. Paragraph 4 provides:

"In addition to the reparations to be taken by the USSR from its own zone of occupation, the USSR shall receive additionally from the western zones: 25% usable "industrial capital equipment... unnecessary for German peace economy," 15% in exchange for certain commodities, and 10% without payment.

212971



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director 1945-9</u>
Box	<u>29</u>

-3-

The remainder of paragraph 4 and paragraphs 5, 6 and 7 specify terms and conditions under which removal and delivery of such equipment shall take place. It is believed that in any sound interpretation the 25% bonus does not apply to Austria or German external assets located in Austria. Up to this point there had been no mention of Austria in the Declaration. The zones under discussion in the preceding paragraphs are specifically the zones of occupation in Germany, and the immediately preceding paragraph draws a distinction between "the western zones" and "appropriate German external assets". It will therefore be assumed for the rest of this study that the 25% bonus does not apply to anything located in Austria, even though German-owned.

6. Article IV, paragraph 8 provides:

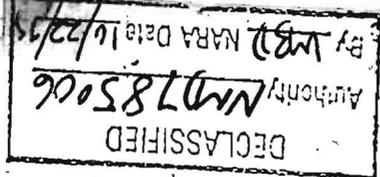
"The Soviet Government renounces all claims in respect of reparations to shares of German enterprises which are located in the western zones of occupation in Germany as well as to German foreign assets in all countries except those specified in paragraph 9 below."

Article IV, paragraph 9 provides:

"The Governments of the United Kingdom and the United States of America renounce their claims in respect of reparations to shares of German enterprises which are located in the eastern zone of occupation in Germany, as well as to German foreign assets in Bulgaria, Finland, Hungary, Rumania and Eastern Austria."

7. The effect of these paragraphs is to limit the application of the principle of reparation as applied to Austria to appropriate German external assets in Austria, and further, to divide Austria geographically on an undefined basis and limit Russian reparation claims against Austria

212972



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director 1945-9</u>
Box	<u>29</u>

to appropriate German external assets in eastern Austria. Conversely, reparation claims of the United States and Great Britain are limited to appropriate German external assets located in Austria, but outside of eastern Austria. There is apparently no such geographical limitation on claims of other United Nations.

8. The foregoing constitute the only references to Austrian reparations in the entire declaration and since they are couched in negative language — restrictions and limitations — any positive policy must be arrived at by way of deduction and interpretation. This is difficult of definition and still more difficult of application because of the vague and loose language of the instrument. But until these fundamental questions of policy have been settled on a governmental level, or at least the U.S. position is defined, it is impossible to issue specific implementing instructions.

9. Previous instructions from the War Department (JCS 1369 series, paragraphs 39 and 55) covered only the earlier phases of MG and properly left open questions of both reparation and restitution until a definitive policy has been developed and are limited to a general directive to implement whatever policy is later formulated, with an interim directive to cooperate with the Control Council in Germany and that in the meantime: (paragraph 39)

- "a. no removals should be permitted on reparation account; and
- b. restitution to other countries should be confined to identifiable looted works of art, books, archives and other cultural property."

212973

AUTHORITY 905876 DECLASSIFIED 10/22/91	BY WRT NARA DATE 10/22/91
---	------------------------------

RG	260
Entry	USACA - files of
File	the Director 1945-9
Box	29

-5-

A further provision in paragraph 55 directed that property taken from Austrians under duress or wrongful acts of confiscation, disposition, or spoliation, whether pursuant to legislation or by procedures purporting to follow forms of law or otherwise:

"should be restored as promptly as possible, subject to appropriate safeguards to prevent the cloaking of Nazi, German or militaristic influence."

10. Among the points requiring clarification are the following:

- a. What is the boundary of eastern Austria? Is Vienna included in eastern Austria? What is the situation with respect to the zones in Vienna?
- b. What is meant by appropriate German external assets (Article VIII, paragraphs 1 and 3), and German foreign assets (Article VIII, paragraphs 8 and 9)? Do the words "foreign" or "external" refer to location of securities or location of the properties represented by them?

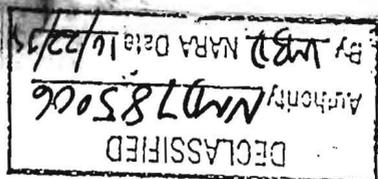
It is assumed the terms "foreign assets" and "external assets" are used interchangeably and that the use of the two phrases is mere loose draftsmanship and lack of coordination.

It is not necessary to consider the term "shares of German enterprises" which is used only in connection with enterprises or shares located in western or eastern Germany.

It is understood, however, that the purpose of including the words "shares of German enterprises" was to prevent Russian penetration into Western Zones through means of corporate holdings.

- c. Will the United States and Great Britain exact reparation claims from German external assets in Austria?
- d. What are the rights of France and other Allied Nations respecting reparation claims against German foreign assets in Austria?

212974



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director 1945-9</u>
Box	<u>29</u>

-6-

- e. At Potsdam, did the United States and Great Britain merely renounce their own claims to German foreign assets in eastern Austria or did they in addition acknowledge Soviet claims to them?
- f. Does ostensible German ownership acquired after the Anschluss render property in Austria subject to reparations?
- g. Are Allied reparation claims in Austria limited to:
 - (1) Properties acquired by German government agencies or German nationals before the Anschluss?
 - (2) Properties acquired by such agencies after the Anschluss from German nationals?
 - (3) Properties acquired by them after the Anschluss where acquisitions involved no duress?
- h. In the case of corporations or associations involving German and other ownership, is the test of ownership 51 per cent of capital interest?
- i. Are private Allied interests in Austria, if confiscated or appropriated by the Germans after the Anschluss, subject to restoration or are they only a basis for a reparation claim?

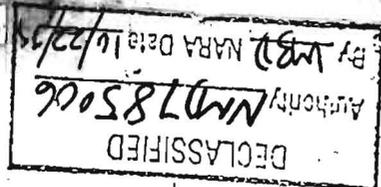
11. The answers to many of the foregoing questions, particularly insofar as the American view is concerned, are suggested in SECSTATE Cable 316 to AUSPOLAD, 29 November 1945, a copy of which is attached as Annex "A". In general this cable proposed:

a. The basis for Allied reparations claims against Austria must be established from the Potsdam Protocol "as defined and amplified by relevant parts of other agreements...which concern Austria".

b. German assets appropriate for reparation should be defined in reference to the "Allied aim to re-establish a free and independent Austria and to insure its political and economic security".

- (1) Removals "must be related to a higher standard of post-war welfare within Austria than Germany" and "should leave capacity and conditions...capable...of yielding in the immediate post-war years a standard of living at least equal to the Austrian standard of 1938".

212975



RG	260
Entry	USACA - Files of
File	the Director 1945-9
Box	29

-7-

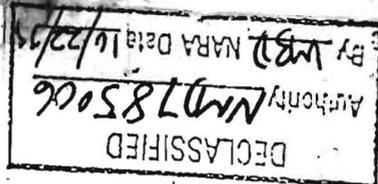
- (2) The forced transfer clause should be applied "to transfers from Austrian, Allied, and neutral ownership to German ownership after March 15, 1938".
- (3) Determination of the amount and character of the removals "should be the function of the occupying authorities jointly".

c. Determination of German ownership must be based on the Moscow Declaration. The U.N. Declaration on forced transfer of property "is applicable to transfers of property from Allied or Austrian ownership to German ownership after 15 March 1938". Such property should "revert to Allied or Austrian ownership and not be subject to reparation claims by the occupying authority". Compensation received from Germans to be returned to a fund available "for the most part in settlement of Austrian claims against Germany".

d. Allied, neutral, and Austrian property includes movable and immovable property owned by governments or nationals individually, or through partnerships, associations or corporations, directly "or through intermediate corporations, including German corporations". Similarly, German foreign assets include properties owned by German government or nationals individually or through partnerships, associations or corporations, directly or through intermediate corporations.

- e. (1) Reparation claims should be limited to assets physically located within the respective zones of occupation of the Russians on the one hand, and the Western powers on the other hand. Eastern Austria is defined as "The Russian Zone of Occupation in Eastern Austria, including the Russian Zone of Vienna". (Inferentially excluding the US, French, British, and International Zones in Vienna). The German interest in any physical property is determined by the extent to which Germans "owned the stocks or held an equity interest in the company which holds the physical property".
- (2) German owned banks, insurance companies, and similar financial institutions can not be treated on a zonal basis. A large part of such assets constitutes security against liabilities held by nationals of Austria, Allied or Neutral nations; "such assets are therefore not available for reparations". It is the "US view that German claims and non-physical assets of this type be transferred to the Austrian Government to be applied towards claims against the German Government or German companies or individuals". "Reparations...should not be such as to effect substitution of Allied or German penetration" of Austria.

212976



RG	<i>260</i>
Entry	<i>USACA - Files of</i>
File	<i>the Director 1945-9</i>
Box	<i>29</i>

-8-

f. A board should be established within the Allied Commission Austria to determine:

- (1) Physical property located in Austria by zones owned by the:
 - (a) German nationals or the German Government.
 - (b) Nationals or corporations of the United Nations.
- (2) The appropriateness for reparations purposes of such assets as are deemed to be German.
- (3) Decision as to "disposition of German property and claims not subject to reparation".

The Board is also charged in paragraph 3 with establishing the element of duress in cases of alleged forced transfer.

g. Following types of disposition may be chosen (presumably by the board):

- (1) Removal of physical property, completely German owned, subject to compensation for Austria, Allied, or Neutral claims against such property.
- (2) Retention in Austria "with the claimant power assuming for itself or its nationals German interest in such property". Where German interest is substantial, removal might be effected if desired and Allied, Austrian, or Neutral interest exercised through agreed compensation or by continuing minority interest as agreed.

Foreign property not physically restored would remain as part of Austrian economic resources; profits to be subject to the same foreign exchange restrictions as applied to any other property owned in whole or part by foreign interests.

h. Substantial interest defined as ownership of 50% or more. Other interests include not only minority ownership and equity, but legitimate claims in the forms of mortgages, loans, or other liens.

i. State Department would prefer this matter be dealt with in the Allied Council.

DECLASSIFIED
 Authority: NND 785006
 By: WBT/AG
 NARA Date: 10/22/93

RG 260
 Entry USACA - Files of
 File the Director 1945-9
 Box 29

-9-

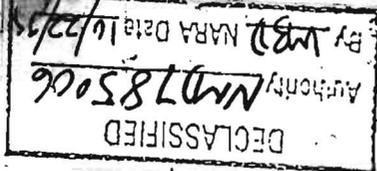
12. The note was sent to the Governments of Great Britain, France, and USSR. British comments on the note were transmitted through Ambassador Winant and SECSTATE 7 January 1946, copy attached as Annex "B". The British comments are mainly technical and procedural, but they would prefer that in the case of corporations, reparations should be effected through transfer of shares rather than distribution of physical assets based on location. Their position is predicated on the theory that German ownership of shares did not give the shareholder immediate right to possession of physical assets.

Copies of the US note were also transmitted by General CLARK to General McCREERY, General BETHOUART, and Marshal KONEV. He requested that the matter be discussed at the Allied Council meeting 10 January 1946. However, Marshal KONEV refused to discuss the subject, and said that:

"he was not empowered to revise the decisions taken at the Berlin Conference and that in the letters exchanged between the US and Soviet Foreign Ministers, no agreement had been reached that the question of German property should be reconsidered by the Allied Council. However, the Soviet Government did envisage the possibility of the Allied Council examining concrete cases involving the origin of particular types of German assets in Austria, if parts of them were situated in different zones of occupation in Austria, and if doubt arose as to their origin."

13. Following this an effort was made (Allied Council Meeting of 11 February 1946) to discuss the question of the Danube Shipping Company (DDSG). This case was raised because in the opinion of both the US and British Elements, it was obviously a doubtful case involving assets in different zones. Marshal KONEV took the position that while he was prepared to discuss doubtful cases involving assets in different zones, this was not such a case. The Soviet Member stated that "he based his position in this matter on the decisions of the Berlin Conference, the decisions of which he was not authorized to criticize,

212978



RG	<i>260</i>
Entry	<i>USACA - Files of</i>
File	<i>the Director A45-9</i>
Box	<i>29</i>

-10-

and that he was acting in accordance with instructions from his Government."

Under these circumstances, it was deemed useless to press the matter.

Further attempts to elicit any discussion of the questions involved have met with no greater success either at the Council, Executive Committee, or division levels.

14. The definition of "eastern Austria" suggested by the United States is acceptable to the British and the French, but no specific answer has been received from the Soviets, although they are apparently acquiescent in the proposed definition and it is being generally accepted in practice.

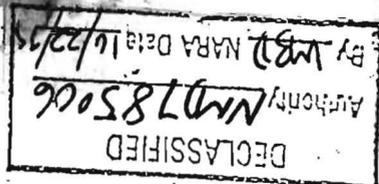
15. With regard to question 10b, there is still no precise definition of "appropriate German external assets". The U.S. proposals suggest certain rules for determining them as well as their appropriateness, but merely leaves the question to the decision of a board not yet appointed. Suggested tests are:

a. Where there are physical assets, the actual location of the physical assets and not the location of securities or other evidences of ownership. (5A)

b. Where the assets are primarily intangible, such as banks, insurance companies and similar financial institutions, the test of physical location does not provide a working rule, and such institutions cannot be treated on a zonal basis and should not be used for reparations, but should be transferred to the Austrian Government to be applied to Austrian claims against Germany. (5B)

16. With regard to question 10c SECSTATE cable indicates that the U.S. is not disposed to enforce any reparation claims against German external assets in western zones in Austria when removals are of a

212979



RG	260
Entry	USACA - Files of
File	the Director 1945-9
Box	29

-11-

nature to hinder "the speedy revival of the economy of Austria". This, however, does not provide a positive answer to the question,

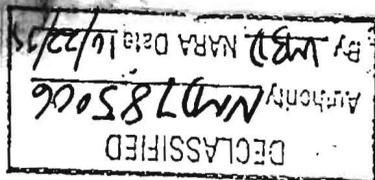
18. In determining the standard of Austrian welfare, Austria must be considered as a whole, and removals from any particular zone should be related to the effect on the overall economy of the Austrian nation. As a result of removals already effected from the Russian Zone, Austria has suffered losses which materially affect the economy in the other zones and of the country as a whole.

19. The answer to 10e is that the U.S. has now acknowledged Soviet claims to German assets in eastern Austria.

20. 10f is answered in the negative. In view of the statement that the U.S. does not recognize "forced transfers on or after the 13th of March 1938 to German ownership" it would appear that all tests of ownership must be related back to that date and that it may now be assumed properties subject to reparation are limited to those specified in 10g(1), (2), and (3).

As a practical matter it may be well to eliminate category (3) due to the difficulty of proving the bona fides of any transaction with Germany or Germans after the Anschluss. Any such transaction is prima facie suspect. Where substantial property and/or economic interests were involved the effect was to enhance German wealth and economy at the expense of Austria even though cast in the most approved legal form. This is a material factor when it is considered that even at best Austria has never been economically self sufficient. It has been estimated that prior to 1938 Germany had approximately 18% participation in Austrian economy, which by 1943 had risen to more than 70%, and today is roughly estimated between 70% and 90%. If this is so and if 70% to 90% of all Austrian wealth is to be subjected to reparations

212980



RG	260
Entry	USACA - files of
File	the Director 1945-9
Box	29

-12-

under the guise of being German external assets the result will have the effect of completely nullifying the prohibition in the Potsdam agreement against exaction of reparations from Austria.

21. The foregoing would also indicate that Allied interests, confiscated or appropriated by Germans after the Anschluss, are subject to restoration rather than as a basis for compensation by way of reparation claims.

22. The difficult question of determination of corporate ownership is left to the determination of a board yet to be appointed, with the following suggestions:

- a. "In general "substantial interest" shall be defined as ownership of fifty percent or more of the ownership equity individually or through business enterprises subject to modification in specific cases as may be jointly agreed. As interest other than "a substantial interest" shall include not only minority ownership of equity but also legitimate claims in the form of mortgages, loans or other liens on the assets of the affected property."
- b. "Thus if a company in which Germans have a 50% interest owns a plant in the US Zone and other plants in the USSR Zone of Austria, the Western Powers as a whole would be entitled to claim a half interest in the plant in the American Zone and the USSR would be entitled to claim a half interest in plants in the Russian Zone."

23. The Allied Reparations Commission, at its meeting in Paris, November 1945, avoided the question of German external assets in Austria* and the matter deferred for consideration by the council of foreign ministers now sitting, but it is still undecided whether it will receive a place on the agenda.

*(it is understood that the final Act was written with the specific thought in mind that nothing in it applied to Austria.)



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - files of</u>
File	<u>the Director #45-9</u>
Box	<u>29</u>

-13-

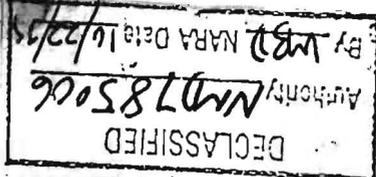
24. The situation is further complicated by the approval in the German Control Council of Law No 5 which creates a German External Property Commission and purports to vest in it "all rights, title and interests in respect of any property outside of Germany which is owned or controlled by any person of German nationality inside of Germany". The conflict in jurisdiction with that of the Allied Commission, Austria, was immediately called to the attention of the War Department. War Department in turn advised by WARX 94250, 25 Jan 46, that "pending further guidance, ACC Germany should take no action re German owned assets in Austria". Mr KRAMER, the American member of GEPC however, still takes the position that GEPC is charged with eventual disposition of such assets and should therefore control them in the meantime. A further cable from SECSTATE W83842, 3 April 1946, indicates a disposition to limit GEPC activities. It specifically exempts German holdings in Italy from jurisdiction of GEPC, and the reasons given should apply with equal force to Austria.

The situation will be clarified somewhat with the signing of the Italian Peace Treaty, which is presently under consideration. Once it has become an accomplished fact, it is probable that substantially the same consideration will be given to Austria.

25. In view of the unsatisfactory progress which has been made in the whole problem, a counter proposal has been under discussion between Great Britain and the U.S. with a view to seeking a practical solution without the necessity of solving the difficult questions arising out of the Potsdam Protocol. This suggestion involves the following propositions:

- a. That the four occupying powers cease all removals and abandon all claims to German assets in Austria.
- b. That there will be no review of past removals of physical

212982



RG	<u>260</u>
Entry	<u>USACA - Files of</u>
File	<u>the Director 1945-9</u>
Box	<u>29</u>

-14-

assets except in cases involving allied or neutral interests.

e. Claims to German or allegedly German assets, which have not been removed (or which are not removable i.e., real estate) will be reviewed by an appropriate quadripartite body in Vienna responsible to the Allied Council.

d. To regard removals already effected as in full satisfaction of claims of the occupying powers in respect to reparation of German foreign assets in Austria.

e. To claim no extra-territorial rights with regard to German property acquired under a or d as a result of Potsdam, or negotiations under above provisions.

f. To require the Austrian Government:

- (1) To undertake a detailed examination of title and ownership for all remaining German assets in Austria.
- (2) Destroy or permit destruction of property not susceptible to civilian use (i.e., industrial disarmament)
- (3) Restore to former non-German owners assets acquired by Germany as a result of the Anschluss (excluding property confiscated under Austrian anti-Nazi legislation.)
- (4) To dispose of other German assets in such a manner as to eliminate all German interest or control.

MAR 5 1947

LAW LIBRARY

Staatsgesetzblatt und Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich

Jahrgang 1945

St. G. Bl.: Stück 1 bis 54 und 58 bis 61, Nr. 1 bis 212 und 229 bis 237.

B. G. Bl.: Stück 1, Nr. 1.

Stück 118
2-212
229-237

Aus
110

Wien 1945

Osterreichische Staatsdruckerei

212789

annimmt. Wenn die Genehmigung nicht erteilt ist, ist der Rechtsweg unzulässig.

§ 11. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf sonstige Vermögensschaften und Vermögensrechte sinngemäß Anwendung, die nicht Gegenstand einer Unternehmung sind.

§ 12. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft. Mit der Durchführung ist die Staatsregierung betraut.

			Renner	
	Schärf	Figl	Koplenig	
Honner	Fischer	Gerö	Zimmermann	
Buchinger	Heinl	Korp	Böhm	Raab

10. Gesetz über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften vom 10. Mai 1945.

Die Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. Den Gegenstand dieses Gesetzes bildet die Erfassung der Vermögensschaften und Vermögensrechte, die nach dem 13. März 1938, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen aus sogenannten rassischen, aus nationalen oder aus anderen Gründen den Eigentümern im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogen worden sind.

§ 2. Zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen einer Wiedergutmachung dieser Vermögensentziehungen wird ein Amt mit dem Sitz in Wien errichtet. Die Organisation der Aufgabenkreise dieses Amtes wird durch ein eigenes Statut geregelt.

§ 3. Die Inhaber der im § 1 genannten Vermögensschaften und Vermögensrechte haben diese innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei dem nach § 2 zu errichtenden Amte in Wien anzumelden. Bis zur endgültigen Entscheidung über diese Vermögensschaften und Vermögensrechte sind die Inhaber, sofern nicht öffentliche Verwalter bestellt wurden, verpflichtet, diese Vermögensschaften und Vermögensrechte mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes weiter zu verwalten. Jede Veränderung (Vermehrung oder Verminderung) der Vermögensschaften und Vermögensrechte, die über den Rahmen der laufenden Geschäftsführung hinausgeht, ist dem Amte (§ 2) anzuzeigen.

§ 4. Alle Inhaber der nach § 3 anzumeldenden Vermögensschaften und Vermögensrechte sind vom Tage der Kundmachung dieses Gesetzes für jede schuldhaft Minderung des Vermögens haftbar.

§ 5. Ist eine ordnungsmäßige Verwaltung durch den Inhaber einer der unter dieses Gesetz fallenden Vermögensschaften und Vermögensrechte nicht gewährleistet, so kann das zuständige Staatsamt einen öffentlichen Verwalter (Gesetz über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen) bestellen.

§ 6. (1) Die vorsätzliche Unterlassung der Anmeldung oder Anzeige (§ 3) wird als Verbrechen mit Kerker in der Dauer von 1 bis 5 Jahren bestraft. Wenn es sich jedoch um Vermögensschaften und Vermögensrechte von beträchtlichem Umfange oder von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung handelt, ist die Strafe mit schwerem Kerker in der Dauer von 5 bis 10 Jahren zu bemessen.

(2) Wer fahrlässig die Anmeldung oder Anzeige (§ 3) unterläßt, wird wegen Übertretung mit Arrest von 1 bis 6 Monaten, bei Vorliegen der in Abs. (1) genannten erschwerenden Umstände mit strengem Arrest in der Dauer von 1 bis 6 Monaten bestraft.

(3) Neben einer Freiheitsstrafe nach Abs. (1) oder (2) kann eine Geldstrafe in unbegrenzter Höhe verhängt werden.

§ 7. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist die Staatsregierung betraut.

			Renner	
	Schärf	Figl	Koplenig	
Honner	Fischer	Gerö	Zimmermann	
Buchinger	Heinl	Korp	Böhm	Raab

11. Gesetz über die Repatriierung öffentlichen Vermögens (Repatriierungsgesetz) vom 10. Mai 1945.

Die Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. Alles auf dem Gebiete der Republik Österreich befindliche Vermögen samt Zubehör und Zuwachs, das am 13. März 1938 im Eigentum des Bundesstaates Österreich, der österreichischen Gebietskörperschaften, der Körperschaften öffentlichen Rechtes sowie der Anstalten und Einrichtungen dieser Körperschaften gestanden und seither unter die Verfügung und Verwaltung des Deutschen Reiches oder einer seiner Gebietsteile gekommen ist, ist als österreichisches Gut sicherzustellen.

Das gleiche gilt für derartiges Vermögen, das inzwischen aus dem Eigentum des Deutschen Reiches oder eines seiner Gebietsteile in das Eigentum Dritter übergegangen ist.

Desgleichen ist sicherzustellen das Eigentum natürlicher oder juristischer Personen, die am 13. März 1938 ihren Wohnsitz (Sitz) im Gebiet des Bundesstaates Österreich gehabt haben, insoweit es in der Zwischenzeit in das Eigentum des

Deutschen Reiches oder eines seiner Gebietsteile oder in das Eigentum von Unternehmungen oder Körperschaften übergegangen ist, die unter dem maßgeblichen Einfluß des Deutschen Reiches oder eines seiner Gebietsteile stehen.

§ 2. Die Erfassung und Sicherstellung der im § 1 bezeichneten Vermögensschaften obliegt der Repatriierungskommission. Ihre Zusammensetzung und ihr Wirkungskreis werden durch Verordnung geregelt.

Die Repatriierungskommission hat die nach diesem Gesetz zu erfassenden Vermögensschaften zu verzeichnen. Soweit erforderlich, sind für solche Vermögensschaften öffentliche Verwalter (Gesetz über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen) durch die zuständigen Staatsämter zu bestellen.

§ 3. Jedermann, jede Behörde und jede Körperschaft öffentlichen Rechtes ist zur Auskunftserteilung an die Repatriierungskommission verpflichtet.

§ 4. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist die Staatsregierung betraut.

		Renner		
	Schärf	Figl	Koplenig	
Honner	Fischer	Gerö	Zimmermann	
Buchinger	Heinl	Korp	Böhm	Raab

12. Gesetz vom 8. Mai 1945 über die Anwendung der Vorschriften über die öffentlichen Abgaben.

Die Provisorische Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. Bis zur Schaffung eines österreichischen Abgabenrechtes sind vorläufig die bisher auf dem

Gebiete der öffentlichen Abgaben in Geltung gestandenen Vorschriften des deutschen Reichsrechtes anzuwenden, soweit diese Vorschriften nicht aufgehoben oder abgeändert werden.

§ 2. Mit sofortiger Wirkung werden aufgehoben:

- a) § 1 und § 2, Abs. (3), des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934, Deutsches R. G. Bl. I S. 925,
- b) die in den einzelnen Abgabenvorschriften enthaltenen Sonderbestimmungen über die steuerliche Behandlung der Juden, Polen und Zigeuner,
- c) die Vorschriften über die Erhebung der Sozialausgleichsabgabe.

§ 3. Die Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer sind vom Monat April 1945 angefangen und von allen Steuerpflichtigen spätestens am zehnten Tage nach Ablauf eines jeden Kalendermonats zu entrichten.

Die von den Arbeitgebern einbehaltene Lohnsteuer ist vom Monat April 1945 angefangen spätestens am zehnten Tage nach Ablauf eines jeden Kalendermonats abzuführen.

§ 4. Das Staatsamt für Finanzen wird ermächtigt, mit Verordnung die in einzelnen Abgabenvorschriften enthaltenen Bestimmungen, die mit der Verfassung der demokratischen Republik Österreich in Widerspruch stehen, aufzuheben oder abzuändern.

§ 5. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist das Staatsamt für Finanzen betraut.

		Renner		
	Schärf	Figl	Koplenig	
Honner	Fischer	Gerö	Zimmermann	
Buchinger	Heinl	Korp	Böhm	Raab

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich

Jahrgang 1946

Stück 1 bis 67, Nr. 1 bis 213

Wien 1946

Österreichische Staatsdruckerei

212792

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1946

Ausgegeben am 16. September 1946

49. Stück

166. Verordnung: Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung.

167. Verordnung: Durchführung des Ersten Rückstellungsgesetzes.

166. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien vom 15. September 1946 zur Durchführung des Gesetzes über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10 (Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung).

Auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10, über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften in der geltenden Fassung wird im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien verordnet:

§ 1. (1) Anzumelden sind Vermögensschaften und Vermögensrechte, die nach dem 13. März 1938, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund gesetzlicher oder anderer Anordnungen aus sogenannten rassistischen, nationalen oder anderen Gründen den Eigentümern (Berechtigten) — im folgenden „geschädigter Eigentümer“ genannt — im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogen worden sind.

(2) Jede Vermögensschaft, die nach dem 13. März 1938 — sei es entgeltlich, sei es unentgeltlich — auf eine dritte Person (im folgenden „Erwerber“ genannt) übergegangen ist, unterliegt der Anmeldepflicht auf Grund dieser Verordnung, falls nicht angenommen werden kann, daß die Übertragung auf Grund einer freien Willensübereinstimmung zwischen dem „geschädigten Eigentümer“ und dem ersten Erwerber erfolgt ist. Eine solche freie Willensübereinstimmung kann für den Zweck der Anmeldung insbesondere dann nicht angenommen werden, wenn die Veräußerung nicht von dem geschädigten Eigentümer selbst oder seinem Bevollmächtigten vorgenommen wurde oder zwischen dem Erlös und dem Werte ein Mißverhältnis bestand oder sonst angenommen werden kann, daß sich der geschädigte Eigentümer zum Abschlusse des Vertrages infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme entschlossen hat.

(3) Die Anmeldung ist auch dann zu erstatten, wenn Zweifel über die Anmeldepflicht bestehen. Die Zweifelsgründe sind anzugeben.

(4) Von der Anmeldung ist Hausrat ausgenommen, dessen Schätzwert im März 1938 insgesamt 1000 S nicht überschritten hat; hierbei sind die Werte der für einen Haushalt erworbenen Gegenstände auch dann zusammenzurechnen, wenn sie sich derzeit an verschiedenen Orten befinden.

§ 2. (1) Die Anmeldungen sind innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung zu erstatten.

(2) Wenn der Anmeldepflichtige erst nach Ablauf dieser Frist von anzumeldenden Vermögensschaften Kenntnis erhalten hat, hat er die Anmeldung innerhalb eines Monats nach Kenntnisnahme nachzuholen.

§ 3. (1) Die Anmeldung hat folgende Angaben zu enthalten:

1. Bezeichnung der Vermögensschaft und Wert am 13. März 1938.

2. Name, Staatsbürgerschaft und Anschrift des geschädigten Eigentümers (Berechtigten)

a) am 13. März 1938, ferner, wenn in seiner Person diesbezügliche Änderungen vorgekommen sind, noch

b) am Tage des Eigentumsüberganges,

c) im Zeitpunkte der Erstattung der Anmeldung.

Falls derartige Änderungen in der Person des geschädigten Eigentümers (Berechtigten) nicht vorgekommen sind, genügt die Erklärung, daß Name, Staatsbürgerschaft und Anschrift gegenüber dem 13. März 1938 unverändert geblieben sind.

3. Name, Staatsbürgerschaft und Anschrift des Erwerbers

a) am 13. März 1938, ferner, wenn in seiner Person diesbezügliche Änderungen vorgekommen sind, noch

b) am Tage des Eigentumsüberganges,

c) am 29. Mai 1945,

d) im Zeitpunkte der Erstattung der Anmeldung.

Falls derartige Änderungen der Person des Erwerbers nicht vorgekommen sind, genügt die Erklärung, daß Name, Staatsbürgerschaft und Anschrift gegenüber dem 13. März 1938 unverändert geblieben sind.

4. a) Genaue Bezeichnung des Rechtsgrundes des Eigentumsüberganges,
- b) Wert der Vermögenschaft im Zeitpunkte des Eigentumsüberganges,
- c) allfällige Gegenleistungen unter genauer Angabe, in welcher Weise diese erbracht wurden.

5. Veränderungen der Vermögenschaft in der Zeit zwischen dem anmeldepflichtigen Eigentumsübergang und dem 29. Mai 1945; hiebei sind insbesondere Investitionen, Belastungen und allfällige Rechtsstreitigkeiten anzugeben.

6. Veränderungen nach dem 29. Mai 1945, die über den Rahmen der laufenden Geschäftsführung hinausgehen (§ 3, letzter Satz des Gesetzes).

7. Wert am Tage der Erstattung der Anmeldung.

(2) Insoweit einzelne der verlangten Angaben nicht gemacht werden können, sind die Gründe hiefür anzugeben.

(3) Die in den Punkten 3 und 4 des Abs. (1) verlangten Angaben sind auch für jeden weiteren Eigentumsübergang derartiger Vermögensschaften zu machen.

§ 4. (1) Die Anmeldung obliegt jedem Inhaber, und zwar auch dann, wenn er in einem früheren Zeitpunkte Eigentümer (Berechtigter) gewesen ist. Würde demnach die Anmeldepflicht mehrere Personen treffen, genügt die Anmeldung durch eine dieser Personen.

(2) Ist ein öffentlicher Verwalter bestellt, obliegt diesem die Anmeldung. Bei den in Verwaltung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft stehenden Vermögensschaften obliegt die Anmeldung der mit der unmittelbaren Verwaltung befaßten natürlichen Person.

§ 5. (1) Die Anmeldungen sind bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde in dreifacher Ausfertigung einzubringen. Wenn auf Seite des geschädigten Eigentümers oder auf Seite des Erwerbers mehr als eine Person beteiligt waren, so ist für jede dieser Personen eine weitere Gleichschrift vorzulegen.

(2) Zuständig ist die Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Zuständigkeitsbereich die anzumeldende Vermögenschaft gelegen war oder der geschädigte Eigentümer seinen letzten ordentlichen Wohnsitz hatte. Wenn keine dieser beiden Voraussetzungen zutreffen, hat die Anmeldung bei der für den Wohnort des Erwerbers zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde zu erfolgen.

(3) Die Anmeldungen sind mittels Schreibmaschine oder handschriftlich mit Tinte zu schreiben und von dem Anmeldepflichtigen (§ 4) eigenhändig mit Tinte zu unterfertigen.

§ 6. Es steht auch den geschädigten Eigentümern sowie deren Vertretern frei, gleichartige Anmeldungen zu erstatten; diese Anmeldungen sind an die Frist des § 2 nicht gebunden.

§ 7. In einer Anmeldung sind nur solche Vermögensschaften zusammenzufassen, die eine wirtschaftliche Einheit gebildet haben und auch derzeit noch bilden. Insoweit es sich um Liegenschaften handelt, die in verschiedenen Gerichtsbezirken gelegen sind, sind jedenfalls gesonderte Anmeldungen vorzulegen.

§ 8. Anmeldungen, die außerhalb der Frist des § 2, bei anderen Stellen oder in anderer Form eingebracht wurden, gelten nicht als Anmeldung im Sinne des Gesetzes.

§ 9. Die für Vermögensschaften getroffenen Anordnungen gelten sinngemäß auch für Vermögensrechte.

Krauland

167. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien vom 15. September 1946 zur Durchführung des Ersten Rückstellungsgesetzes.

Auf Grund des § 7 des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (Erstes Rückstellungsgesetz) — im folgenden kurz Gesetz genannt — wird einvernehmlich mit den beteiligten Bundesministerien verordnet:

§ 1. Anlässlich der Rückstellung sind nicht nur die nach dem 27. April 1945 aufgelaufenen, sondern auch die aus früherer Zeit herrührenden Erträge (entstandene Guthaben) auszufolgen, soweit sie noch im Inland vorhanden sind. Dies gilt auch für Beträge, die nach dem 27. April 1945 an eine öffentliche Kasse abgeführt wurden.

§ 2. (1) Wenn der Antrag von einem gesetzlichen Vertreter des Anspruchswerbers gestellt wird, ist der gegenwärtige Aufenthaltsort des Anspruchswerbers anzugeben und die Vertretungsbefugnis nachzuweisen.

(2) Falls der geschädigte Eigentümer verstorben ist, können seine Erben den Anspruch auf Rückstattung nur dann erheben, wenn ihnen die Verlassenschaft gerichtlich eingeworben worden ist. Ist der geschädigte Eigentümer verstorben und wurde die Verlassenschaft noch nicht

gerichtlich eingewortet, so ist der Antrag vom Verlassenschaftskurator oder demjenigen zu stellen, dem die Verwaltung der Verlassenschaft gerichtlich anvertraut wurde.

(3) In die Hausgemeinschaft im Sinne des § 2, Abs. (2), des Gesetzes war eine Person dann aufgenommen, wenn sie mit dem geschädigten Eigentümer die Wohnung geteilt hat.

(4) Ist der Anspruchswerber eine juristische Person, ist der Antrag von den gesetzlichen oder satzungsmäßig befugten Vertretungsorganen in der zur Fertigung von Verpflichtungserklärungen vorgeschriebenen Form zu zeichnen. Vereine haben bei der Antragstellung ihren ordnungsmäßigen Bestand nachzuweisen.

§ 3. (1) Der Rückstellungsantrag hat folgende Angaben zu enthalten:

1. Möglichst genaue Bezeichnung der rückzustellenden Vermögensschaft,

2. Name und Anschrift des Eigentümers am 13. März 1938, am Tage der Einziehung (des

Verfalles), sowie am Tage der Anspruchserhebung.

3. Die gleichen Angaben sind für den Antragsteller anzuführen, falls dieser an einem der vorgenannten Stichtage nicht Eigentümer war.

(2) Zum Nachweis des Anspruches dienliche Urkunden sind dem Antrage anzuschließen; bei unbeweglichen Gütern ist insbesondere ein Grundbuchsatzug vorzulegen, der alle Veränderungen des Eigentums- und des Lastenstandes ab 1. Jänner 1938 zu enthalten hat.

§ 4. Wenn der Rückstellungsantrag nicht bei der Finanzlandesdirektion, sondern bei der Behörde eingereicht wurde, in deren Verwaltung das Vermögen steht, hat diese nach Klärung des Sachverhaltes ihre Akten ehestens unter ausdrücklichem Hinweis auf den Tag der Einbringung der zuständigen Finanzlandesdirektion [§ 2, Abs. (1), und § 3, Abs. (1), des Gesetzes] zur zuständigen Erledigung abzutreten.

Krauland

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1946

Ausgegeben am 13. September 1946

47. Stück

- 149.** Bundesgesetz: Aufhebung der Rechtsvorschriften für die Gewährung von Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Einrichtungsdarlehen und Einrichtungszuschüssen.
150. Bundesgesetz: 4. Vermögensentziehungs-Erfassungsnovelle — 4. VEE-Nov.
151. Bundesgesetz: Rechtsanwaltsordnung 1945 — RAO. 1945.
152. Bundesgesetz: Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über vorläufige Maßnahmen zur Entschädigung der Kriegsofoper.
153. Bundesgesetz: Kleinrentnergesetznovelle 1946.
154. Bundesgesetz: Aufnahme von Anleihen in fremder Währung.
155. Bundesgesetz: Garantiesgesetz-Novelle.
156. Bundesgesetz: Erstes Rückstellungsgesetz.
157. Bundesgesetz: Verwaltergesetz.

149. Bundesgesetz vom 5. Juli 1946 über die Aufhebung der Rechtsvorschriften für die Gewährung von Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Einrichtungsdarlehen und Einrichtungszuschüssen.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Alle die Gewährung von Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Einrichtungsdarlehen und Einrichtungszuschüssen betreffenden Gesetze, Verordnungen und Erlässe des Deutschen Reiches treten rückwirkend vom 27. April 1945 außer Kraft.

(2) Die gesetzlichen Vorschriften, mit denen Dienststrēmern Kinderzulagen gewährt werden, werden nicht berührt.

§ 2. Insbesondere sind daher aufgehoben:

die Verordnung über die Einführung von Vorschriften auf dem Gebiet der Förderung der Eheschließungen und der Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien im Land Österreich vom 30. März 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 341,

die Achten Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien (Achte KfVDB.) vom 1. Juni 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 616,

die Verordnung zur Förderung der Landbevölkerung vom 7. Juli 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 835,

die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung zur Förderung der Landbevölkerung vom 31. August 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 1174,

die Kinderbeihilfen-Verordnung (KBV.) vom 9. Dezember 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 1571.

§ 3. (1) Die Ehegatten haften als Gesamtschuldner für die Rückzahlung des Ehestandsdarlehens.

(2) Auf die Erhebung und Beitreibung der Tilgungsbeiträge finden die Vorschriften der Reichsabgabenordnung Anwendung.

(3) Das Bundesministerium für Finanzen ist ermächtigt, die hinsichtlich der Tilgung der noch aushaftenden Beträge an Ehestandsdarlehen und Einrichtungsdarlehen nötigen Anordnungen zu treffen.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Renner

Figl

Zimmermann

150. Bundesgesetz vom 24. Juli 1946, womit das Gesetz vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10, abgeändert wird (4. Vermögensentziehungs-Erfassungsnovelle — 4. VEE-Nov.).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Gesetz vom 10. Mai 1945 über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften, St. G. Bl. Nr. 10, in der Fassung der Gesetze vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 23, vom 7. August 1945, St. G. Bl. Nr. 135, und vom 3. Oktober 1945, St. G. Bl. Nr. 201, wird abgeändert wie folgt:

1. § 2 hat zu lauten:

„Die Inhaber der in § 1 genannten Vermögensschaften und Vermögensrechte haben diese innerhalb einer durch Verordnung zu bestimmenden Frist beim Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung anzumelden.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Der 1. Satz ist zu streichen.

b) Der letzte Satz hat zu lauten:

„Jede Veränderung (Vermehrung oder Verminderung) der Vermögensschaften und Ver-

3. § 3, lit. c, hat zu lauten:

„c) die nach den Bestimmungen über die Versorgung der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS und ihrer Hinterbliebenen Versorgten mit Ausnahme jener Personen, deren Entschädigungsanspruch sich auf eine Dienstbeschädigung gründet, die mit der Heranziehung zur Dienstleistung auf Grund der Notdienstverordnung vom 15. Oktober 1938 (Deutsches R. G. Bl. I S. 1441) in ursächlichem Zusammenhange steht;“

4. Dem § 3 ist eine Bestimmung folgenden Wortlautes als lit. d anzufügen:

„d) Personen, die wegen eines Kriegsverbrechens oder anderer nationalsozialistischer Untaten auf Grund des Kriegsverbrechergesetzes vom 26. Juni 1945, St. G. Bl. Nr. 32, verurteilt worden sind, sowie deren Hinterbliebene.“

5. Im § 5 entfallen die Worte: „mit der Staatskanzlei (Heerwesen) und“.

Artikel II

Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen betraut.

	Renner	
Figl	Maisel	Zimmermann

153. Bundesgesetz vom 25. Juli 1946, betreffend Beihilfen zu den Unterstützungen nach dem Kleinrentnergesetz (Kleinrentnergesetznovelle 1946).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Österreichischen Staatsbürgern mit dem Wohnsitz im Inlande, die auf Grund der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1929, B. G. Bl. Nr. 251, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 11. Juli 1930, B. G. Bl. Nr. 239 (Kleinrentnergesetz), und der hiezu erlassenen Durchführungsverordnungen, im Bezüge einer Kleinrentnerunterstützung stehen, werden Beihilfen im Ausmaße von 50 v. H. der bisher bezogenen Unterstützungen gewährt.

(2) Die Beihilfen werden rückwirkend vom 1. Juli 1946 gewährt.

§ 2. Die aus der Gewährung der Beihilfen erwachsenden Kosten trägt der Bund.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen betraut.

	Renner	
Figl	Maisel	Zimmermann

154. Bundesgesetz vom 25. Juli 1946 über die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, Anleihen in ausländischer Währung bis zu einem Höchstausmaß von 100 Millionen USA-Dollar und 15 Millionen englische Pfund aufzunehmen oder für solche Kredite an österreichische Geldanstalten bis zu diesem Höchstausmaß die Ausfallhaftung zu übernehmen.

(2) Die Bundesregierung hat dem Hauptausschuß des Nationalrates über die auf Grund dieses Bundesgesetzes aufgenommenen Anleihen und übernommenen Garantien zu berichten.

§ 2. Die Erlöse der nach diesem Bundesgesetz aufgenommenen Anleihen und der unter Bundeshaftung aufgenommenen Kredite sind zur teilweisen Deckung des österreichischen Importbedarfs zu verwenden.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

	Renner	
Figl	Schärf	Helmer
Maisel	Zimmermann	Kraus
Krauland	Uebeis	Altmann
	Gerö	Hurdus
	Heinl	Frenzel
	Gruber	Weinberger

155. Bundesgesetz vom 25. Juli 1946 über eine Änderung des Garantieggesetzes (Garantieggesetz-Novelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Im § 1 des Gesetzes vom 7. August 1945, betreffend die Übernahme von Ausfallhaftungen durch die Republik Österreich (Garantieggesetz), hat es statt „50 Millionen Reichsmark“ zu lauten „100 Millionen Schilling“.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

	Renner	
Figl	Zimmermann	

156. Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (Erstes Rückstellungsgesetz).

§ 1. (1) Die vom Deutschen Reich auf Grund von aufgehobenen reichsrechtlichen Vorschriften [§ 1, Abs. (2), Rechtsüberleitungsgesetz] oder durch verwaltungsbehördliche Verfügung aus den in § 1 des Gesetzes vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10, genannten Gründen entzogenen und derzeit von Dienststellen des Bundes oder der Bundesländer auf Grund der Bestimmungen des Behörden-Überleitungsgesetzes verwalteten Vermögen sind den Eigen-

tümern, denen sie entzogen worden sind, oder ihren Erben (Legatären) — im folgenden kurz geschädigter Eigentümer genannt — nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Grunde der Nichtigkeit des seinerzeitigen Vermögensüberganges zurückzustellen.

(2) Die Vermögen sind in dem Zustand zurückzustellen, in dem sie sich befinden; hiebei sind auch jene Erträgnisse auszufolgen, die in der Zwischenzeit aufgelaufen und noch im Inlande vorhanden sind.

(3) Die nach der Entziehung erworbenen dinglichen Rechte Dritter sind wirkungslos, soweit sie nicht vom geschädigten Eigentümer im Zuge des Verfahrens anerkannt werden. Bestandverträge von unbestimmter Dauer bleiben aufrecht. Bestandverträge von bestimmter Dauer gehen in solche von unbestimmter Dauer über.

(4) Der geschädigte Eigentümer kann bei Eigenbedarf Bestandverhältnisse an Wohn- und Geschäftsräumen, die dem Eigentümer entzogen worden sind, vorzeitig auflösen.

(5) Die auf den in Abs. (1) genannten Vermögen grundbücherlich zur Sicherstellung für Rückstände an Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe eingetragenen dinglichen Rechte sind von Amts wegen oder auf Antrag zu löschen.

§ 2. (1) Der Rückstellungsanspruch ist innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom geschädigten Eigentümer bei der Finanzlandesdirektion, in deren Amtsbereich das Vermögen gelegen ist, oder bei der Behörde, in deren Verwaltung das Vermögen steht, anzumelden und glaubhaft zu machen. Diese Frist kann durch Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung allgemein verlängert werden. Nach Ablauf dieser Frist sind die Vermögen, bezüglich deren keine Rückstellungsansprüche geltend gemacht wurden, vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung in abgesonderte Verwaltung zu nehmen.

(2) Von den gesetzlichen Erben sind nur Ehegatten, Vorfahren und Nachkommen des Verstorbenen sowie dessen Geschwister und deren Kinder, sonstige gesetzliche Erben aber nur dann zur Erhebung des Rückstellungsanspruches berufen, wenn sie in Hausgemeinschaft mit dem Erblasser gelebt haben.

(3) Bevollmächtigte Vertreter können Rückstellungsansprüche nur auf Grund einer Vollmacht anmelden, die nach dem 27. April 1945 ausgestellt worden ist. Die Echtheit der Unterschrift muß beglaubigt sein.

(4) Durch ein besonderes Gesetz wird geregelt, wer zur Erhebung von Rückstellungsansprüchen in den Fällen berechtigt ist, in denen der geschädigte Eigentümer eine juristische Person war, die ihre Rechtspersönlichkeit auf Grund einer

Verfügung der in § 1, Abs. (1), genannten Art verloren und nicht wieder erlangt hat.

§ 3. (1) Über die angemeldeten Ansprüche wird durch Bescheid der zuständigen Finanzlandesdirektion (§ 2, Abs. (1)) entschieden. Wenn das Vermögen in Verwaltung anderer Behörden steht, haben diese ihre Akten zur Entscheidung der Finanzlandesdirektion zu übermitteln.

(2) Wenn das Vermögen im Amtsbereich mehrerer Finanzlandesdirektionen gelegen ist, bestimmt das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, welche von ihnen zur Behandlung der Angelegenheit und Ausfertigung des Bescheides [Abs. (1)] zuständig ist.

(3) Bei bürgerlichen Rechten hat der Bescheid auszusprechen, welche Lasten als wirkungslos (§ 1, Abs. (3)) zu löschen sind.

(4) Auf die Ersatzansprüche für Aufwendungen sind die allgemeinen zivilrechtlichen Bestimmungen über Geschäftsführung ohne Auftrag anzuwenden. Die Ansprüche sind im Bescheide nach Möglichkeit festzustellen. Im Falle der Geltendmachung solcher Ansprüche können die Erträgnisse des Vermögens (§ 1, Abs. (2)) bis zur Höhe dieser Ansprüche zurückbehalten werden. Darüber hinaus kann zugunsten der Republik Österreich das Pfandrecht für einen Höchstbetrag zur Sicherstellung der aus der Abrechnung sich ergebenden Ansprüche einverleibt werden.

(5) Der Rückstellungsbescheid gilt als öffentliche Urkunde, auf Grund deren bürgerliche Einverleibungen und Vormerkungen vollzogen werden können.

§ 4. (1) Für das Verfahren nach diesem Bundesgesetz gelten die Bestimmungen des AVG.

(2) Gegen einen Bescheid der Finanzlandesdirektion (§ 3) ist die Berufung an das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung zulässig; diese kann auch von der Finanzprokurator erhoben werden, die im Verfahren Parteienstellung hat.

§ 5. Ansprüche auf einen über die Rückstellung (§ 1, Abs. (1) und (2)) hinausgehenden Ersatz können bis zur weiteren gesetzlichen Regelung nicht geltend gemacht werden.

§ 6. Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Rechtsvorgänge, Amtshandlungen, amtlichen Ausfertigungen, Eingaben, Protokolle, Urkunden und Zeugnisse unterliegen keiner öffentlichen Abgabe.

§ 7. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Renner

Figl

Krauland

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1948

Ausgegeben am 30. Dezember 1948

51. Stück

- 241.** Bundesverfassungsgesetz: Weitere Maßnahmen zur Sicherung des Personalbedarfes der Rechtspflege.
242. Bundesverfassungsgesetz: Erlassung ergänzender Bestimmungen zum Wohnungsanforderungsgesetz.
243. Bundesgesetz: Lebensversicherungen mit Auslosung.
244. Bundesgesetz: Zweite Verwaltungsverfahrensgesetz-Novelle 1948.
245. Bundesgesetz: Sicherstellung der für den Erlag des Schillinggegenwertes amerikanischer Hilfslieferungen erforderlichen Beträge.
246. Bundesgesetz: Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses für 1947.
247. Bundesgesetz: 2. Lohnpfändungsanpassungsgesetz.
248. Bundesgesetz: Wohnungsanforderungsgesetznovelle 1948.
249. Bundesgesetz: Notarversicherungs-Anpassungsgesetz.
250. Bundesgesetz: Abänderung des Arbeitslosenfürsorgegesetzes.
251. Bundesgesetz: Außenhandelsverkehrsgesetz 1948.
252. Bundesgesetz: Anbaugesetz-Novelle.
253. Bundesgesetz: Abänderung des Bundesgesetzes über prozeß- und exekutionsrechtliche Sonderbestimmungen für schutzwürdige Unternehmungen.
254. Verordnung: Wiederherstellung von Zuständigkeiten auf gewerblichem Gebiet.
255. Verordnung: Aufhebung der Bewirtschaftung von Seilergarn aus Hanf sowie nichtwollhaltigen alten und neuen Hadern und Reißspinnstoffen daraus.
256. Verordnung: Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bundesgesetzes, betreffend eine Ergänzung des Bundesgesetzes über die Erweiterung des Wirkungsbereiches der Berufsvormundschaften.
257. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten und Zweiten Rückstellungsgesetz.
258. Verordnung: Ausdehnung der Preisregelung auf Bier.
259. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.
260. Kundmachung: Teilweise Aufhebung des Bundesgesetzes, womit das Wohnungsanforderungsgesetz verlängert wird, durch den Verfassungsgerichtshof.

241. Bundesverfassungsgesetz vom 17. November 1948, womit weitere Maßnahmen zur Sicherung des Personalbedarfes der Rechtspflege getroffen werden.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

In § 1 des Bundesverfassungsgesetzes vom 12. Dezember 1946, B. G. Bl. Nr. 9/1947, zur Sicherung des Personalbedarfes der Rechtspflege in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes vom 22. Oktober 1947, B. G. Bl. Nr. 242, ist die Jahreszahl „1948“ durch „1949“ zu ersetzen:

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz betraut.

Figl	Renner	Gerö
------	--------	------

242. Bundesverfassungsgesetz vom 24. November 1948, womit ergänzende Bestimmungen zum Wohnungsanforderungsgesetz erlassen werden.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Die Verfassungsbestimmungen des Gesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 138, betref-

send die Anforderung und Vergebung von Wohn- und Geschäftsräumen (Wohnungsanforderungsgesetz) in seiner jeweils geltenden Fassung mit Ausnahme der des § 21, Abs. (2), in der Fassung des Bundesgesetzes vom 19. November 1947, B. G. Bl. Nr. 255, sind für die jeweilige Dauer der Geltung des Wohnungsanforderungsgesetzes wirksam.

(2) Die Einschränkungen, die § 5, Punkt 7, des Wohnungsanforderungsgesetzes in der Fassung des XIV. Hauptstückes des Nationalsozialisten-Gesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 25, durch das Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948, B. G. Bl. Nr. 99, über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialisten-Gesetz vorgesehenen Sühnefolgen für minderbelastete Personen und durch das Bundesverfassungsgesetz vom 22. April 1948, B. G. Bl. Nr. 70, über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialisten-Gesetz vorgesehenen Sühnefolgen für jugendliche Personen erfahren hat, werden durch die Bestimmungen des Abs. (1) nicht berührt.

Artikel II.

(1) Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt rückwirkend mit 1. Jänner 1948 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

Figl	Renner	Maisel
------	--------	--------

256. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 11. November 1948 über eine Änderung der Verordnung vom 28. Juni 1932, B. G. Bl. Nr. 178, zur Durchführung des Bundesgesetzes vom 10. Juni 1932, B. G. Bl. Nr. 166, betreffend eine Ergänzung des Bundesgesetzes über die Erweiterung des Wirkungsbereiches der Berufsvormundschaften.

Auf Grund des § 1 des Bundesgesetzes vom 10. Juni 1932, B. G. Bl. Nr. 166, wird verordnet:

Der Abs. (2), der Verordnung vom 28. Juni 1932, B. G. Bl. Nr. 178, hat zu lauten:

„In den Fällen des Abs. (1), Z. 2 und 3, darf der Bauschbetrag 30 S nicht übersteigen.“

Gerö

257. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 12. November 1948 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten und Zweiten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (Erstes Rückstellungsgesetz), des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 43, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden (Zweites Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem Ersten und dem Zweiten Rückstellungsgesetz wird bis 31. Dezember 1949 verlängert.

Krauland

258. Verordnung des Bundesministeriums für Inneres im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Handel und Wiederaufbau und für Volksernährung vom 20. November 1948, betreffend die Ausdehnung der Preisregelung auf Bier.

Gemäß § 1, Abs. (4), des Bundesgesetzes vom 21. April 1948, B. G. Bl. Nr. 87, mit dem grundsätzliche Bestimmungen über die Preisregelung

erlassen werden (Preisregelungsgesetz 1948) wird verordnet:

Die Preisregelung wird auf Bier ausgedehnt.

Helmer

259. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 24. November 1948 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 5, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 21. Mai 1947, B. G. Bl. Nr. 143, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen (Viertes Rückstellungsgesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der fortzuführenden Firmen zur Registrierung gemäß § 5, Abs. (1), des Vierten Rückstellungsgesetzes wird bis 31. Dezember 1949 verlängert.

Gerö

260. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 22. November 1948, betreffend die teilweise Aufhebung des Bundesgesetzes vom 19. November 1947, B. G. Bl. Nr. 254, womit das Wohnungsanforderungsgesetz verlängert wird, durch den Verfassungsgerichtshof.

Gemäß Artikel 140, Abs. (3), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und des § 64, Abs. (2), des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1930, B. G. Bl. Nr. 127, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 5. Oktober 1948, Zl. G 3/48, das Bundesgesetz vom 19. November 1947, B. G. Bl. Nr. 254, womit das Wohnungsanforderungsgesetz verlängert wird, insoweit als verfassungswidrig aufgehoben, als es durch die neue Fassung des § 24, Abs. (1), des Wohnungsanforderungsgesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 138, auch die in diesem Gesetz enthaltene Verfassungsbestimmung des § 21, Abs. (2), in ihrer rechtlichen Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1948 erstreckt hat.

(2) Die Aufhebung tritt mit dem Ablauf des 31. Dezember 1948 in Wirksamkeit.

Figl

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1948

Ausgegeben am 4. Juni 1948

21. Stück

88. Bundesverfassungsgesetz: Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz.
 89. Bundesgesetz: Gast- und Schankgewerbegesetz.
 90. Bundesgesetz: 2. Novelle zum Maßen- und Freischurfgebührengesetz.
 91. Bundesgesetz: Anerkennung von Verlusten an Betriebsvermögen, die durch Währungsschutzmaßnahmen entstanden sind.
 92. Bundesgesetz: Teilweise Steuerfreiheit von geleisteten Überstunden.
 93. Bundesgesetz: Abänderung des Bundesgesetzes über die Geschäftsordnung des Nationalrates.
 94. Verordnung: 3. Prokuraturverordnung.
 95. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.
 96. Verordnung: Zuweisung der Riede „In der Frein“, „Hundsgeschwand“ und „Heunreith“ zum Bezirksgerichte Mürzzuschlag.
 97. Verordnung: Änderung des örtlichen Wirkungsbereichs von Trägern der Krankenversicherung anlässlich der verwaltungsmäßigen Rückgliederung des Gerichtsbezirkes Aussee an Steiermark.
 98. Kundmachung: Rückgliederung des Gerichtsbezirkes Bad Aussee in den Sprengel des Kreisgerichtes Leoben.

88. Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948, betreffend den Wirkungsbereich des Bundes und der Länder auf dem Gebiete des Dienstrechtes der Schulaufsichtsbeamten sowie der Lehrer öffentlicher Schulen (Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Gesetzgebung und Vollziehung.

§ 1. (1) Die Gesetzgebung in den Angelegenheiten des Dienstrechtes einschließlich des Besoldungs- und des Disziplinarrechtes der Beamten der Schulaufsicht sowie der Lehrer an den öffentlichen Schulen aller Kategorien ist, soweit in diesem Bundesverfassungsgesetz nichts anderes bestimmt wird, Bundessache.

(2) In den nach Abs. (1) ergehenden Bundesgesetzen kann die Landesgesetzgebung durch Verwaltungsbestimmung ermächtigt werden, zu genau bezeichnenden einzelnen Bestimmungen, welche die der Diensthoheit der Länder unterstehenden Lehrer betreffen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Hierbei finden die Bestimmungen des Artikels 15, Abs. (6), des Bundesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 dem Sinne nach Anwendung.

(3) Die Durchführungsverordnungen zu den nach Abs. (1) ergehenden Bundesgesetzen werden vom Bunde erlassen, soweit es sich um Schulen handelt, die den Landesschulbehörden unterstehen, nach Anhörung dieser.

(4) Im übrigen steht die Vollziehung der gemäß Abs. (1) ergehenden Bundesgesetze und der erlassenen Durchführungsverordnungen (Abs. (3)) hinsichtlich der Beamten der Schulauf-

sicht dem Bunde als Träger der Diensthoheit zu, hinsichtlich der Lehrer aber jenen Gebietskörperschaften, die über sie die Diensthoheit ausüben (§ 2).

Diensthoheit über die Lehrer.

§ 2. Die Diensthoheit über die Lehrer öffentlicher Schulen wird ausgeübt:

- a) vom Bunde: über die Lehrer der Hochschulen, der Mittelschulen, der mittleren Lehranstalten aller Art und der sonst vom Bunde erhaltenen Schulen;
- b) von den Ländern: über die Lehrer (Kindergärtnerinnen) der Volks-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen und der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen sowie der Kindergärten, soweit diese Anstalten nicht vom Bunde erhalten werden. Berufsschulen im Sinne dieses Bundesverfassungsgesetzes sind auch die ehemals „Fortbildungsschulen“ genannten Anstalten.

§ 3. Die Zuständigkeit zur Ausübung der Diensthoheit der Bundesländer (§ 2, lit. b) wird durch Landesgesetz geregelt. Soweit die Schulaufsichtsbehörden des Bundes [Artikel 102 a, Abs. (1), 2. Satz, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929] die Schulaufsicht über die in § 2 genannten Schulen ausüben, ist in den Landesgesetzen zu bestimmen, daß diese Behörden zur Mitwirkung an der provisorischen und definitiven Anstellung, der Versetzung, der Beförderung und Auszeichnung von Lehrern sowie zur Mitwirkung an den Qualifikations- und Disziplinarverfahren heranzuziehen sind [Artikel 97, Abs. (2), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929].

94. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 15. April 1948 über die Erweiterung der Vertretungsbefugnis der Finanzprokurator (3. Prokuratorsverordnung).

Auf Grund des § 2, Abs. (2), des Gesetzes vom 12. September 1945, St. G. Bl. Nr. 172, über die Finanzprokurator in Wien wird verordnet:

Der Finanzprokurator wird übertragen,

1. die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration, zu deutsch Hilfs- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinigten Nationen, auch „Verwaltung“ genannt),

2. die Theresianische Akademie,

3. den Wiederaufbau fond „Staatsoper“,

4. den Wiederaufbau fond „Burgtheater“

auf deren Verlangen zu beraten und vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden zu vertreten.

Zimmermann

95. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 23. April 1948 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 5, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 21. Mai 1947, B. G. Bl. Nr. 143, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen (Viertes Rückstellungsgesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der fortzuführenden Firmen zur Registrierung gemäß § 5, Abs. (1), des Vierten Rückstellungsgesetzes wird bis 31. Dezember 1948 verlängert.

Gerö

96. Verordnung der Bundesregierung vom 27. April 1948, betreffend die Zuweisung der Riede „In der Frein“, „Hundsgeschwand“ und „Heunreith“ zum Bezirksgerichte Mürzzuschlag.

Auf Grund des § 8, Abs. (5), lit. d, des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des B. G. Bl. Nr. 368 vom Jahre 1925 wird mit Zustimmung der Steiermärkischen Landesregierung verordnet:

Die Riede „In der Frein“, „Hundsgeschwand“ und „Heunreith“, welche gemäß der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. September 1947 aus der Katastral- und politischen Gemeinde Hallthal im Verwaltungsbezirk Bruck an der Mur ausgeschieden und in die Katastral- und politische

Gemeinde Mürzsteg im politischen Bezirk Mürzzuschlag eingereiht wurden, werden aus dem Gerichtsbezirk Mariazell ausgeschieden und dem Gerichtsbezirk Mürzzuschlag zugewiesen.

Figl	Schärf	Helmer	Gerö	Hall
Maisel	Zimmermann	Kraus	Kolb	Sagmeister
Krauland	Übeleis	Migsch	Gruber	Altenburger

97. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 21. Mai 1948, womit der örtliche Wirkungsbereich der Trägern der Krankenversicherung anlässlich der verwaltungsmäßigen Rückgliederung des Gerichtsbezirkes Aussee an Steiermark ändert wird.

Auf Grund des § 5, Abs. (6), und des § 1, Abs. (3), des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1947, B. G. Bl. Nr. 142, über die Überleitung des österreichischen Sozialversicherungsrecht (Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz — SVÜG) wird verordnet:

§ 1. Der örtliche Wirkungsbereich der Gebietskrankenkasse für Steiermark, der Landwirtschaftskrankenkasse für Steiermark und der Metallkrankenkasse des Handwerks für Steiermark wird auf den Gerichtsbezirk Aussee erstreckt.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1948 in Kraft.

Maisel

98. Kundmachung des Bundesministeriums für Justiz vom 22. Mai 1948, betreffend die Rückgliederung des Gerichtsbezirkes Bad Aussee in den Sprengel des Kreisgerichtes Leoben.

In Durchführung der Bestimmungen der §§ 2 und 3 des Verfassungsgesetzes vom 1. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 5, über die vorläufige Einrichtung der Republik Österreich (vorläufige Verfassung) in Verbindung mit §§ 70, Abs. (1), und 71, Abs. (1), des Gesetzes vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 94, über die Überleitung der Verwaltungs- und Justizeinrichtungen des Deutschen Reichs in die Rechtsordnung der Republik Österreich (Behörden-Überleitungsgesetz — BehördenÜG) wird bekannt gemacht:

(1) Der Gerichtsbezirk Bad Aussee ist aus dem Sprengel des Kreisgerichtes Wels ausgeschieden und dem Sprengel des Kreisgerichtes Leoben zugewiesen.

(2) Diese Kundmachung tritt mit 1. Juli 1948 in Wirksamkeit.

Gerö

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1948

Ausgegeben am 26. Februar 1948

9. Stück

- 39.** Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem 1., 2. und 3. Rückstellungsgesetz.
- 40.** Verordnung: Abänderung der Verordnung, betreffend die Satzungen des Beirates für die Statistik des Außenhandels.
- 41.** Verordnung: Katastralvermessungs- und Umschreibgebühren.
- 42.** Verordnung: Zuweisung des als „Inneres Kaltenegg“ bezeichneten Teiles der Katastralgemeinde Kaltenegg in Gerichtsbezirke Birkfeld.
- 43.** Kundmachung: Berichtigung von Druckfehlern im Bundesgesetzblatt.
- 44.** Kundmachung: Ermächtigung des Stadtjugendamtes Salzburg und des Bezirksjugendamtes Salzburg zur Einrichtung der erweiterten Vormundschaft für die Sprengel der Bezirksgerichte Salzburg, Oberndorf, Thalgau, St. Gilgen und Neumarkt bei Salzburg.

39. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 15. Jänner 1948 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem 1., 2. und 3. Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (1. Rückstellungsgesetz), des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 53, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden (2. Rückstellungsgesetz), und des § 14, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (3. Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem 1., 2. und dem 3. Rückstellungsgesetz wird bis 31. Dezember 1948 verlängert.

Krauland

40. Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 16. Jänner 1948, durch die die Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 24. Jänner 1947, B. G. Bl. Nr. 21, betreffend die Satzungen des Beirates für die Statistik des Außenhandels abgeändert wird.

Auf Grund des § 6 des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1946, B. G. Bl. Nr. 11/1947, über den Beirat für die Statistik des Außenhandels beim Österreichischen Statistischen Zentralamt wird

Im § 1, lit. c, der mit Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 24. Jänner 1947, B. G. Bl. Nr. 21, festgesetzten Satzungen des Beirates für die Statistik des Außenhandels beim Österreichischen Statistischen Zentralamt hat der Punkt 4 zu entfallen.

Figl

41. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 26. Jänner 1948 über die Katastralvermessungs- und Umschreibgebühren.

Auf Grund des Gesetzes über die Evidenzhaltung des Grundkatasters, R. G. Bl. Nr. 83/1883 (§ 54, in der Fassung des Art. I des Gesetzes B. G. Bl. Nr. 86/1921), wird verordnet:

§ 1. (1) Die Gebühr für eine Vermessung oder eine nach § 23 des Gesetzes über die Evidenzhaltung des Grundkatasters, R. G. Bl. Nr. 83/1883, vorzunehmende Vermarkung beträgt S 8— je eine auch nur begonnene Stunde. Bei der Bemessung der Arbeitsdauer ist lediglich die reine Arbeitszeit ohne Einrechnung der für die Zurücklegung der Wegstrecken benötigten Zeit zugrunde zu legen.

(2) Die Kosten des Vermarkungstoffes trägt der Grundbesitzer.

(3) Für Vermessungen aus Anlaß von Zubauten und dauernden Kulturänderungen ist die halbe Gebühr zu entrichten.

(4) Die halbe Gebühr ist auch für Erhebungen auf dem Felde zu entrichten, bei denen keine Vermessung vorgenommen wurde, und zwar ist für ihre Bemessung bei allen denselben Besitzer und denselben Ried betreffenden Erhebungen deren Gesamtdauer maßgebend.

212803

zember 1948 nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zu verfahren.“

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1948 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz betraut.

Figl

Renner

Gerö

254. Bundesgesetz vom 19. November 1947, womit das Wohnungsanforderungsgesetz verlängert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. In § 24, Abs. (1), des Gesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 138, betreffend die Anforderung und Vergebung von Wohn- und Geschäftsräumen, werden die Worte „31. Dezember 1947“ durch die Worte „31. Dezember 1948“ ersetzt.

§ 2. Dieses Bundesgesetz tritt am 31. Dezember 1947 in Kraft.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Figl

Renner

Maisel

255. Bundesgesetz vom 19. November 1947, womit das Wohnungsanforderungsgesetz abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Abs. (2) des § 21 des Gesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 138, betreffend die Anforderung und Vergebung von Wohn- und Geschäftsräumen (Wohnungsanforderungsgesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 16. November 1945, B. G. Bl. Nr. 1/1946, hat zu lauten:

„(2) (Verfassungsbestimmung.) Über Berufungen entscheidet für den Bereich des Landes Wien das Bundesministerium für soziale Verwaltung (Art. 109 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929), für den Bereich der übrigen Bundesländer der Landeshauptmann in zweiter und letzter Instanz. Eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ist nicht zulässig.“

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Figl

Renner

Maisel

256. Bundesgesetz vom 19. November 1947, über die Geltendmachung der Rückstellungsansprüche der aufgelösten österreichischen Verbrauchergenossenschaften.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Die „Allgemeine österreichische Konsumgenossenschaft, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung“ ist zur Geltendmachung der Ansprüche auf Rückstellung des Vermögens berechtigt, das den österreichischen Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereinen) und verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen, die auf Grund der Verordnung zur Anpassung der verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse vom 18. Februar 1941, Deutsches R. G. Bl. I S. 106, und der zu ihrer Durchführung erlassenen Anordnungen aufgelöst worden waren, entzogen worden ist; ihr kommen alle Rechte des geschädigten Eigentümers zu.

(2) Die Allgemeine österreichische Konsumgenossenschaft erwirbt an dem rückgestellten Vermögen Eigentum; sie hat dieses an jene Verbrauchergenossenschaften und verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen zu übertragen, die die Aufgabe der seinerzeitigen Eigentümer übernehmen und fortführen, soweit sie spätestens am 31. Dezember 1948 errichtet sind.

(3) Die Allgemeine österreichische Konsumgenossenschaft hat für die Übertragung nach Abs. (2) einen Verteilungsplan aufzustellen. Die Übertragung kann an die Bedingung geknüpft werden, daß innerhalb eines bestimmten räumlichen Gebietes einer bestimmten Gruppe von Konsumenten ein entsprechender Einfluß zur Wahrung ihrer besonderen Interessen eingeräumt wird.

(4) Nähere Bestimmungen, so insbesondere über die bei der Aufstellung des Verteilungsplanes anzuwendenden Richtlinien und eine allfällige Genehmigung des Verteilungsplanes können durch Verordnung getroffen werden.

§ 2. Diejenigen Genossenschaften und verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen, denen ein Anteil an diesem Vermögen zukommt, dürfen ungeachtet entgegenstehender Satzungsbestimmungen die Aufnahme früherer Genossenschaftler aufgelöster Genossenschaften nicht ablehnen, wenn die Beitrittserklärung vor dem 1. Jänner 1949 abgegeben wird.

§ 3. (1) Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Rechtsvorgänge, Amtshandlungen, amtlichen Ausfertigungen, Eingaben und Protokolle, Urkunden und Zeugnisse unterliegen keiner öffentlichen Abgabe.

(2) Für die in diesem Bundesgesetz im § 1, Abs. (2), genannten Genossenschaften (Verbraucher-genossenschaften und verbraucher-genossenschaftlichen Einrichtungen) ist der Vertrag

über die Errichtung und über jede Erhöhung des Nennbetrages der Geschäftsanteile sowie die Erklärung des Beitrittes eines Genossenschafters und die Erklärung eines Genossenschafters über die Beteiligung auf einen weiteren Geschäftsanteil bis 31. Dezember 1948 gebührenfrei.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Figl Renner Krauland

257. Verordnung der Bundesministerien für Justiz, für Land- und Forstwirtschaft und für Finanzen vom 24. Oktober 1947 über den Gebührenanspruch der Mitglieder der Bäuerlichen Schlichtungsstellen.

Auf Grund der §§ 23, 24 und 31 des Bundesgesetzes vom 21. März 1947, B. G. Bl. Nr. 85, zur Ausführung des Gesetzes vom 19. September 1945, St. G. Bl. Nr. 174, über die Aufhebung des Erbhofrechtes und des Landbewirtschaftungsrechtes wird verordnet:

§ 1. (1) Die Mitglieder der Bäuerlichen Schlichtungsstellen und der Bäuerlichen Oberschlichtungsstelle, die nicht im öffentlichen Dienst stehen, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen Reise- und Aufenthaltsgebühren nach den jeweils für die Schöffen geltenden Bestimmungen. Für die Gebühren der Schöffen aufgestellte Tarife finden nicht Anwendung. Die Höchstgrenze für die Aufenthaltsgebühren bilden die Beträge, die einem Bundesbediensteten der Dienstpostengruppe IV der allgemeinen Verwaltung als Tages- und Nächtigungsgebühr zukommen.

(2) Die Mitglieder der Bäuerlichen Schlichtungsstellen und der Bäuerlichen Oberschlichtungsstelle, die im öffentlichen Dienst stehen, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen Reise- und Aufenthaltsgebühren nach den jeweils für Dienstreisen geltenden Vorschriften.

§ 2. Die im § 1 vorgesehenen Gebühren sind vom Vorsitzenden endgültig zu bestimmen.

Gerö Kraus Zimmermann

258. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 28. Oktober 1947, betreffend die Durchführung des Wohnungsanforderungsgesetzes in Niederösterreich.

Auf Grund des § 1, Abs. (2), des Gesetzes vom 22. August 1945, betreffend die Anforderung und Vergabe von Wohn- und Geschäftsräumen (Wohnungsanforderungsgesetz), St. G. Bl. Nr. 138,

in der Fassung des Gesetzes vom 16. November 1945, B. G. Bl. Nr. 1/1946, wird verordnet:

Die Bezirkshauptmannschaften Amstetten, Baden, Bruck a. d. Leitha, Gänserndorf, Gmünd, Hollabrunn, Horn, Korneuburg, Krems, Lilienfeld, Melk, Mistelbach, Neunkirchen, St. Pölten, Scheibbs, Tulln, Waidhofen a. d. Thaya, Wiener Neustadt, Zwettl werden ermächtigt, in jenen Gemeinden ihres Verwaltungsbezirkes, denen das Recht zur Wohnungsanforderung durch die Landeshauptmannschaft nicht zuerkannt wurde, dieses Recht selbst auszuüben.

Maisel

259. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 31. Oktober 1947 über den Rechtsanwaltsstarif.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1923, B. G. Bl. Nr. 305, wird verordnet:

Artikel I.

Gegenstand des Tarifs.

§ 1. (1) Die Leistungen der Rechtsanwälte und ihrer Kanzleien im gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Verfahren, die eine durchschnittliche Bewertung zulassen, sind nach den Bestimmungen dieser Verordnung und des angeschlossenen Tarifs zu entlohnen.

(2) Auf Leistungen im Strafverfahren finden die Tarifposten der Abteilung B (Reisekosten und Entfernungsgebühren) und der Abteilung C (Kanzleigeühren) Anwendung. Die Tarifposten der Abteilung A (Geschäftsgebühren) gelten jedoch nur für die Vertretung des Privatbeteiligten und für das Verfahren über Privatanklagen.

Einschränkung der Geltung des Tarifs.

§ 2. (1) Durch den Tarif wird das Recht der freien Vereinbarung nicht berührt.

(2) Auch wenn eine Entlohnung nicht vereinbart wurde, bleibt dem Rechtsanwalt vorbehalten, einen durch besondere Umstände oder durch besondere Inanspruchnahme seitens seiner Partei gerechtfertigten Mehranspruch gegen diese geltend zu machen.

Berechnung des Wertes für die Anwendung der einzelnen Tarifsätze.

§ 3. (1) Der für die Anwendung eines bestimmten Tarifsatzes maßgebende Wertbetrag ist im streitigen Verfahren nach dem Werte des Streitgegenstandes, im Exekutions(Sicherungs-)verfahren nach dem Werte des Anspruches samt Nebengebühren (§ 15), im außerstreitigen Verfahren nach dem Werte des Gegenstandes zu berechnen, auf den sich die Leistung bezieht.

(5) Die Ausgabe und Abrechnung der Bestellscheine obliegt der Bewirtschaftungsstelle oder der von ihr beauftragten Stelle (§ 2, Abs. (2)) nach den Weisungen des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau.

(6) Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau kann nach Anhörung des Beirates für Leder Ausnahmen von den Bestimmungen der Abs. (1) bis (4) zulassen.

(7) Der handelsübliche Umtausch von gegen Bezugschein bezogenen Schuhen gegen solche gleicher Gattung bedarf keiner Genehmigung.

§ 10. (1) Die im § 8 bezeichneten Schuhe dürfen an Letztverbraucher weder im Wege der Versteigerung noch des Zwangsverkaufes abgegeben werden.

(2) Die Abgabe dieser Schuhe an Händler im Wege von Versteigerungen oder Zwangsverkäufen ist nur gegen die vorgeschriebene Bezugsberechtigung (Bestellschein) zulässig. Solche Versteigerungen und Zwangsverkäufe sind spätestens acht Tage vorher bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde (in Wien beim Hauptwirtschaftsamt) anzumelden.

§ 11. (1) Schuhreparaturen, die keinen besonderen Materialaufwand erfordern, unterliegen keinen Bezugsbeschränkungen.

(2) Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau kann nach Anhörung des Beirates für Leder die Führung von Kundenlisten in den Schuhreparaturwerkstätten anordnen und die Ausführung von Reparaturen von der Eintragung in diese Kundenlisten abhängig machen.

(3) Das Bundesministerium kann ferner nach Anhörung des Beirates für Leder die Ausgabe von Schuhreparaturkarten mit Abschnitten für bestimmte Ledermengen anordnen und die Ausführung von Reparaturen sowie den Bezug von Reparaturmaterial durch die Schuhreparaturwerkstätten von der Abgabe von Abschnitten dieser Karte abhängig machen.

(4) Die Bestimmungen der Abs. (2) und (3) gelten nicht für die Reparaturen von Gummischuhen.

§ 12. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden nach § 8 des Warenverkehrsgesetzes vom 24. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 172, und nach den Bestimmungen des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes vom 24. Oktober 1945, B. G. Bl. Nr. 44/1946, in der Fassung der Bedarfsdeckungsstrafgesetznovelle vom 28. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 69, bestraft.

§ 13. (1) Diese Verordnung verliert mit Ablauf der Geltungsdauer der dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau durch § 1 des Warenverkehrsgesetzes vom 24. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 172, erteilten Ermächtigung ihre Wirksamkeit.

(2) Mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung treten die bisherigen Bestimmungen über die Bewirtschaftung von Schuhen außer Kraft.

Heinl

189. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 9. Juli 1947 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem 1. Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (1. Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem 1. Rückstellungsgesetz wird bis 30. März 1948 verlängert.

Krausland

190. Verordnung der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft und für Inneres vom 23. Juli 1947 über den Verkehr mit Zucht- und Nutzpferden (2. Pferdeverkehrsverordnung).

Auf Grund des Gesetzes vom 5. September 1945, St. G. Bl. Nr. 158, über das Verwaltungsrecht des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Zucht- und Nutztiere, und des Preisregelungsgesetzes vom 17. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 89, in seiner derzeit geltenden Fassung, wird verordnet:

§ 1. (1) Zucht- und Nutzpferde im Sinne dieser Verordnung sind sämtliche Pferde und Fohlen, soweit sie nicht unter die Bestimmungen der Abs. (2) fallen.

(2) Diese Verordnung findet keine Anwendung auf:

- a) Pferde, die unmittelbar durch die staatliche Gestütverwaltung angekauft oder verkauft werden;
- b) Vollblutpferde und Traber-Vollblutpferde, soweit sie für Renn- oder Zuchtzwecke veräußert werden;
- c) Pferde und Fohlen, die von den zum Ankauf von Schlachtpferden berechtigten Personen oder Betrieben für Schlachtzwecke angekauft werden und nach den bestehenden Vorschriften als Schlachtpferde gelten.

§ 2. (1) Fohlen und Jährlinge dürfen in Bundesländern, in denen von den Landwirtschaftskammern Absatzveranstaltungen (Märkte) für

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1947

Ausgegeben am 21. August 1947

35. Stück

148. Bundesgesetz: Abänderung des Dritten Rückstellungsgesetzes.
 149. Bundesgesetz: Abänderung des Zollüberleitungsgesetzes.
 150. Bundesgesetz: Abänderung des Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetzes.
 151. Bundesgesetz: Wiederherstellung des österreichischen Rechtes auf dem Gebiete des Gesundheitswesens.
 152. Bundesgesetz: Apothekerkammergesetz.
 153. Bundesgesetz: Abänderung des Arbeitslosenfürsorgegesetzes.
 154. Bundesgesetz: 2. Paßgesetz-Novelle.
 155. Bundesgesetz: Familienunterhaltsgesetz-Novelle 1947.
 156. Bundesgesetz: Weinsteuernovelle 1947.
 157. Bundesgesetz: Änderung des Aufbauschlages zur Biersteuer und die Ertragsbeteiligung der Länder und der Stadt Wien.
 158. Bundesgesetz: Entgeltanspruch bei Dienstverhinderung.
 159. Bundesgesetz: Verlängerung des Urlaubes für Jugendliche.
 160. Bundesgesetz: Wiedereinstellungsgesetz.

148. Bundesgesetz vom 18. Juni 1947, womit das Dritte Rückstellungsgesetz abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Bundesgesetz vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), wird abgeändert wie folgt:

- a) § 16, Abs. (3), hat zu lauten:
 „(3) Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter müssen Richter sein“.
 b) Der zweite Satz des § 18, Abs. (1), hat zu lauten:
 „Sämtliche müssen Richter sein“.
 c) § 21, Abs. (1), hat zu lauten:
 „Gegen die Entscheidung der Rückstellungskommission steht binnen 14 Tagen die Beschwerde an die Rückstellungsoberkommission zu“.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind die Bundesministerien für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung und für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

	Renner	
Figl	Krauland	Gerö

149. Bundesgesetz vom 18. Juni 1947, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 18. Juni 1946, B. G. Bl. Nr. 127, über die Wiederinkraftsetzung der österreichischen Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Zölle (Zollüberleitungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 18. Juni 1946, B. G. Bl. Nr. 127, über die Wiederinkraftsetzung der

österreichischen Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Zölle (Zollüberleitungsgesetz) wird abgeändert wie folgt:

In § 5 ist die Zahl „1947“ durch die Zahl „1948“ zu ersetzen.

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes, das am 30. Juni 1947 in Kraft tritt, ist das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

	Renner	
Figl	Zimmermann	

150. Bundesgesetz vom 18. Juni 1947, womit das Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetz vom 12. Dezember 1946, B. G. Bl. Nr. 47/1947, abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Artikel 10, Abs. (4), lit. b, des Bundesgesetzes über die Wiederherstellung der österreichischen Kraftfahrvorschriften (Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetz) vom 12. Dezember 1946, B. G. Bl. Nr. 47/1947, wird aufgehoben.

(2) Die Bestimmung der lit. c des Artikels 10, Abs. (4), des Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetzes erhält die Bezeichnung lit. „b“.

§ 2. Dieses Bundesgesetz tritt rückwirkend mit dem 24. April 1947 in Kraft. Mit der Vollziehung ist das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau betraut.

	Renner	
Figl	Heinl	

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1947

Ausgegeben am 8. August 1947

34. Stück

143. Bundesgesetz: Viertes Rückstellungsgesetz.
 144. Bundesgesetz: Wasserrechtsnovelle 1947.
 145. Bundesgesetz: Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz, W-ÜG.
 146. Verordnung: Wiederverlautbarung des Gesetzes zur Sicherung der Deckung lebenswichtigen Bedarfes (Bedarfsdeckungsstrafgesetz).
 147. Verordnung: Ingenieurkammer für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck (Kammerstatut).

143. Bundesgesetz vom 21. Mai 1947, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen (Viertes Rückstellungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind Firmen, deren Wortlaut während der deutschen Besetzung Österreichs, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen mittelbar oder unmittelbar unter nationalsozialistischem Zwang geändert oder gelöscht worden ist.

(2) Wenn die Änderung oder Löschung der Firma nur durch eine vorangegangene Entziehung [§ 1, Abs. (1), des Dritten Rückstellungsgesetzes] von Beteiligungen ermöglicht worden ist, ist sie als unter nationalsozialistischem Zwang erfolgt anzusehen.

§ 2. Geänderte Firmen können mit dem früheren Wortlaut fortgeführt und wieder in das Handelsregister eingetragen werden. Die Vorschriften der §§ 18, 19 und 30 H. G. B., § 4, Abs. (1), Satz 1, Aktiengesetz, § 5, Abs. (1), Satz 1 und 2, des Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, und § 4 des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften finden in diesem Falle keine Anwendung.

§ 3. (1) Gelöschte Firmen können ungeachtet der im § 2 angeführten Vorschriften mit dem früheren Wortlaut fortgeführt werden, wenn sich das neue Unternehmen wirtschaftlich als Fortsetzung des von der gelöschten Firma betriebenen darstellt und daran Personen beteiligt sind, die selbst oder deren Rechtsvorgänger Inhaber des Unternehmens der gelöschten Firma waren oder ihm als Gesellschafter angehörten, denen aber dieses Vermögensrecht entzogen [§ 1, Abs. (1), des Dritten Rückstellungsgesetzes] worden ist. Über die Voraussetzung der wirtschaftlichen Fortsetzung und der Beteiligung ist ein Gutachten der zuständigen Landeskammer der gewerblichen Wirtschaft vorzulegen.

(2) Die Fortführung des Wortlautes einer gelöschten Firma bewirkt keine Nachfolge in die Rechte und Pflichten des von der gelöschten Firma betriebenen Unternehmens.

§ 4. Ist in der Firma der Name einer Person enthalten, die zur Zeit der Änderung oder der Löschung der Firma (§ 1) Inhaber oder Gesellschafter des von ihr betriebenen Unternehmens war, nicht aber auch Inhaber oder Gesellschafter des von der neuen Firma betriebenen ist, so bedarf es zur Fortführung der Firma der Einwilligung dieses Gesellschafters oder seiner Erben.

§ 5. (1) Die Begünstigung nach § 2 oder § 3 kann nur in Anspruch genommen werden, wenn die fortzuführende Firma innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Registrierung angemeldet wird. Das Bundesministerium für Justiz kann die Frist durch Verordnung verlängern.

(2) Besteht im Zeitpunkt der Registrierung der fortzuführenden Firma in derselben Gemeinde eine gleiche Firma, so muß ihr, falls sie nach der Änderung oder Löschung der Firma (§ 1) eingetragen worden ist, ein Zusatz beigefügt werden, durch den sie sich von der fortzuführenden Firma deutlich unterscheidet.

§ 6. Amtshandlungen, Eingaben, Protokolle, Abschriften, amtliche Ausfertigungen und Zeugnisse, die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes erforderlich sind, unterliegen weder den Stempel- und Rechtsgebühren noch den Gerichtsgebühren.

§ 7. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Renner

Figl

Gerö

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1947

Ausgegeben am 27. März 1947

14. Stück

53. Bundesgesetz: Zweites Rückstellungsgesetz.
 54. Bundesgesetz: Drittes Rückstellungsgesetz.
 55. Bundesgesetz: Rückgabegesetz.

53. Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden (Zweites Rückstellungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Vermögen, welche aus den im § 1 des Gesetzes vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10, genannten Gründen auf die dort genannte Art entzogen worden sind und zufolge Verfall im Eigentum der Republik Österreich stehen, sind den Eigentümern, denen sie entzogen worden sind, oder ihren Erben (Legatären) — im folgenden kurz geschädigter Eigentümer genannt — nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen wegen Nichtigkeit der seinerzeitigen Vermögensentziehung rückzustellen.

(2) Die Rückstellung von Vermögen, die in den Jahren 1933 bis 1938 ihren Eigentümern entzogen worden sind, wird bundesgesetzlich besonders geregelt.

(3) Bei mehrmaliger Entziehung von Vermögen der in Abs. (1) und (2) genannten Art geht der Rückstellungsanspruch des geschädigten Eigentümers vor, gegen den sich die erste Vermögensentziehung gerichtet hat.

(4) Die Vermögen sind in dem Zustande zurückzustellen, in dem sie sich befinden; hiebei sind auch jene Erträgnisse auszufolgen, die in der Zwischenzeit aufgelaufen und noch im Inlande vorhanden sind.

(5) Der geschädigte Eigentümer kann bei Eigenbedarf Bestandverhältnisse an Wohn- und Geschäftsräumen, die dem Eigentümer entzogen worden sind, vorzeitig auflösen.

(6) Die auf den in Abs. (1) genannten Vermögen grundbücherlich zur Sicherstellung für Rückstände an Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe eingetragenen dinglichen Rechte sind von Amts wegen oder auf Antrag zu löschen.

§ 2. (1) Der Rückstellungsanspruch ist innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom geschädigten Eigentümer bei der Finanzlandesdirektion, in deren Amtsbereich das Vermögen gelegen ist, oder bei der

Behörde, in deren Verwaltung das Vermögen steht, anzumelden und glaubhaft zu machen. Diese Frist kann durch Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung verlängert werden.

(2) Von den gesetzlichen Erben sind nur Ehegatten, Vorfahren und Nachkommen des Verstorbenen sowie dessen Geschwister und deren Kinder, sonstige gesetzliche Erben aber nur dann zur Erhebung des Rückstellungsanspruches berufen, wenn sie in Hausgemeinschaft mit dem Erblasser gelebt haben.

(3) Bevollmächtigte Vertreter können Rückstellungsansprüche nur auf Grund einer Vollmacht anmelden, die nach dem 27. April 1945 ausgestellt worden ist. Die Echtheit der Unterschrift muß beglaubigt sein.

(4) Durch ein besonderes Gesetz wird geregelt, wer zur Erhebung von Rückstellungsansprüchen in den Fällen berechtigt ist, in denen der geschädigte Eigentümer eine juristische Person war, die ihre Rechtspersönlichkeit auf Grund einer Verfügung der in § 1, Abs. (1), des Ersten Rückstellungsgesetzes genannten Art verloren und nicht wieder erlangt hat.

§ 3. (1) Über die angemeldeten Ansprüche wird durch Bescheid der zuständigen Finanzlandesdirektion [§ 2, Abs. (1)] entschieden. Wenn das Vermögen in Verwaltung anderer Behörden steht, haben diese ihre Akten zur Entscheidung der Finanzlandesdirektion zu übermitteln.

(2) Wenn das Vermögen im Amtsbereich mehrerer Finanzlandesdirektionen gelegen ist, bestimmt das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, welche von ihnen zur Behandlung der Angelegenheit und Ausfertigung des Bescheides [Abs. (1)] zuständig ist.

(3) Der Rückstellungsbescheid gilt als öffentliche Urkunde, auf Grund deren bücherliche Einverleibungen und Vormerkungen vollzogen werden können.

§ 4. (1) Für das Verfahren nach diesem Bundesgesetze gelten die Bestimmungen des AVG.

(2) Gegen einen Bescheid der Finanzlandesdirektion (§ 3) ist die Berufung an das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung zulässig; diese kann auch von der Finanzprokuratur erhoben werden, die im Verfahren Parteienstellung hat.

§ 5. Ansprüche auf einen über die Rückstellung (§ 1, Abs. (1) und (4)) hinausgehenden Ersatz bleiben einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten.

§ 6. Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Rechtsvorgänge, Amtshandlungen, amtlichen Ausfertigungen, Eingaben, Protokolle, Urkunden und Zeugnisse unterliegen keiner öffentlichen Abgabe.

§ 7. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Renner

Figl

Krauland

54. Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Gegenstand dieses Bundesgesetzes ist Vermögen, das während der deutschen Besetzung Österreichs, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen, insbesondere auch durch Rechtsgeschäfte und sonstige Rechtshandlungen, dem Eigentümer (Berechtigten) — im folgenden Eigentümer genannt — im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogen worden ist.

(2) Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gelten für Ansprüche aus der Entziehung von Vermögen, deren Rückstellung durch das Erste oder das Zweite Rückstellungsgesetz geregelt ist, nur insoweit, als in diesen keine abweichenden Bestimmungen getroffen sind.

§ 2. (1) Eine Vermögensentziehung im Sinne des § 1, Abs. (1), liegt insbesondere vor, wenn der Eigentümer politischer Verfolgung durch den Nationalsozialismus unterworfen war und der Erwerber des Vermögens nicht dartut, daß die Vermögensübertragung auch unabhängig von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre.

(2) In anderen Fällen liegt eine Vermögensentziehung insbesondere nicht vor, wenn der Erwerber dartut, daß der Eigentümer die Person des Käufers frei ausgewählt und eine angemessene

Gegenleistung erhalten hat oder daß die Vermögensübertragung auch unabhängig von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre.

(3) Als Erwerber gilt jeder Besitzer nach der Entziehung.

(4) Durch ein besonderes Bundesgesetz wird geregelt, wer zur Erhebung von Ansprüchen in den Fällen berechtigt ist, in denen der Eigentümer eine juristische Person war, die ihre Rechtspersönlichkeit auf Grund einer Verfügung der in § 1, Abs. (1), genannten Art verloren und nicht wieder erlangt hat.

§ 3. (1) Vermögensentziehungen (§ 1, Abs. (1)) sind nichtig. Soweit dieses Bundesgesetz nicht etwas anderes bestimmt, sind die Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes, insbesondere über die Nichtigkeit von Verträgen wegen ungerechter und begründeter Furcht, anzuwenden.

(2) Auf eine nach gesetzlichen Vorschriften etwa eingetretene Verjährung und Ersitzung sowie beim Rückgriff zwischen mehreren Erwerbern auf den Ablauf der Gewährleistungsfristen ist kein Bedacht zu nehmen.

§ 4. (1) Wurden bewegliche Sachen in einer öffentlichen Versteigerung oder außer einer solchen im Zuge eines Exekutions- oder Konkursverfahrens oder von einem zu diesem Verkehr befugten Gewerbsmann oder gegen Entgelt von jemandem erworben, dem sie der Eigentümer selbst zum Gebrauche, zur Verwahrung oder in was immer für einer Absicht anvertraut hat, so gelten sie nur dann als im Sinne des § 1, Abs. (1), entzogen, wenn der Erwerber wußte oder wissen mußte, daß es sich um entzogenes Vermögen gehandelt hat.

(2) Wurden bewegliche Sachen im gewerbsmäßigen Betriebe des Eigentümers erworben, so gelten sie nur dann als im Sinne des § 1, Abs. (1), entzogen, wenn die Gegenleistung nicht als angemessen anzusehen ist.

§ 5. (1) Der rückstellungspflichtige Erwerber kann gegen den Eigentümer (§ 1, Abs. (1)) und dessen Erben (Legatäre) — im folgenden geschädigter Eigentümer genannt — die gegen diesen bestehenden Rechte aller Erwerber (§ 2, Abs. (3)) geltend machen, bei entgeltlichem Erwerb jedoch nur bis zum Betrage, den er selbst bezahlt hat.

(2) Wurden bei einer Vermögensentziehung im übrigen die Regeln des redlichen Verkehrs eingehalten, so hat der Erwerber zwar das entzogene Vermögen zurückzustellen, zur Leistung von Ersatz ist er jedoch nur bei Verschulden verpflichtet. Im übrigen finden auf ihn die Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes über den redlichen Besitzer Anwendung. § 338 ABGB. ist sinngemäß anzuwenden.

(3) Gegen die Erträgnisse kann der Erwerber aufrechnen:

1. Eine angemessene Vergütung seiner Tätigkeit,

2. die von ihm bezahlten, auf das entzogene Vermögen und dessen Erträgnisse entfallenden Abgaben aller Art,

3. alle sonstigen mit der ordentlichen Bewirtschaftung und Erhaltung verbundenen Auslagen.

(1) Wenn die Rückstellung von Erträgnissen eine unbillige Härte für den rückstellungspflichtigen Erwerber bedeutet, kann die Rückstellungskommission (§ 15) in Berücksichtigung aller Umstände des Falles die Höhe der rückzustellenden Erträgnisse nach billigem Ermessen festsetzen.

§ 6. (1) Der geschädigte Eigentümer hat als Gegenleistung nur das rückzustellen, was er zu seiner freien Verfügung erhalten hat. Falls aber die in § 5, Abs. (2), erster Satz, bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, kann die Rückstellungskommission nach billigem Ermessen, insbesondere in Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse und gegenseitigen Beziehungen der Parteien, bestimmen, ob und welcher Teil des vom Erwerber bezahlten, vom Eigentümer aber nicht zur freien Verfügung erhaltenen Kaufpreises dem Erwerber vom geschädigten Eigentümer zu ersetzen ist.

(2) Ob und inwieweit der geschädigte Eigentümer die Gegenleistung zu verzinsen hat, entscheidet die Rückstellungskommission nach billigem Ermessen.

(3) Das entzogene Vermögen ist unbeschadet der Bestimmungen des § 5, Abs. (2), mindestens in jenem Ausmaß und Zustand rückzustellen, in dem es sich am 31. Juli 1946 befunden hat.

§ 7. Die auf Grund dieses Bundesgesetzes an den geschädigten Eigentümer rückgestellten Erträgnisse unterliegen bei ihm weder der Einkommen- noch der Gewerbesteuer. Für Abgabenrückstände des Erwerbers, die für die Zeit vor dem 27. April 1945 auf das entzogene Vermögen und dessen Erträgnisse entfallen, haftet der geschädigte Eigentümer bis zum Werte der rückgestellten Erträgnisse; für die Abgabenrückstände, die auf die Zeit seit dem 27. April 1945 entfallen, haftet er bis zum Werte des rückgestellten Vermögens und der Erträgnisse.

§ 8. Zur Sicherstellung von Ersatzansprüchen für Aufwendungen auf das entzogene Vermögen besteht ein Rückbehaltungsrecht nur an den Erträgnissen bis zur Höhe dieser Ansprüche.

§ 9. (1) Die auf den in § 1, Abs. (1), genannten Vermögen für Rückstände an Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe im Grundbuch eingetragenen Pfandrechte sind von Amts wegen oder auf Antrag zu löschen.

(2) Hinsichtlich anderer bücherlich sichergestellter öffentlicher Abgaben oder Steuerstrafen, die

während der deutschen Besetzung Österreichs vorgeschrieben worden sind, ist auf Antrag die Wiederaufnahme des Verfahrens zu bewilligen. Dem Antrag kommt aufschiebende Wirkung zu. Anhängige Exekutionen sind aufzuschieben.

§ 10. (1) Von den in § 9 nicht genannten, im Grundbuch mit einem Range nach der Entziehung eingetragenen dinglichen Rechten bleiben bestehen:

a) Pfandrechte für Beträge, die für notwendige oder nützliche Aufwendungen oder zugunsten des Eigentümers oder seiner nahen Angehörigen (§ 32 Konkursordnung) verwendet worden sind, sowie darauf eingetragene Rechte,

b) Pfandrechte für Forderungen in der Höhe der vom geschädigten Eigentümer dem Erwerber geschuldeten Leistungen,

c) Grunddienstbarkeiten und Reallasten.

(2) Alle anderen mit einem Range zwischen Entziehung und Rückstellung eingetragenen dinglichen Rechte Dritter erlöschen.

(3) Soweit nach Abs. (1) Pfandrechte bestehen bleiben, tritt der geschädigte Eigentümer an Stelle des bisherigen persönlichen Schuldners in das Schuldverhältnis ein. Der auf diese Weise übernommene Betrag ist auf die Forderungen des Erwerbers gegenüber dem geschädigten Eigentümer anzurechnen. Der geschädigte Eigentümer ist berechtigt, auf diese Art übernommene Schulden ohne Rücksicht auf ihre Fälligkeit zurückzuzahlen.

(4) Liegt eine Vermögensentziehung vor, ohne daß der Eigentümer politischer Verfolgung durch den Nationalsozialismus unterworfen war, hat die Rückstellungskommission unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere des Zweckes der Belastung und der Verwendung der Leistung, zu entscheiden, ob und welche außer den in Abs. (1) angeführten Belastungen aufrecht bleiben.

§ 11. Die Bestimmungen des § 10 sind sinngemäß auf dingliche Rechte an beweglichen Sachen und Rechten anzuwenden.

§ 12. (1) Bestandverträge von unbestimmter Dauer bleiben aufrecht. Bestandverträge von bestimmter Dauer gehen in solche von unbestimmter Dauer über, sofern sie nicht vom geschädigten Eigentümer abgeschlossen worden sind. Der geschädigte Eigentümer kann jedoch Pachtverträge, die land- oder forstwirtschaftliche Betriebe zum Gegenstand haben, dann auflösen, wenn er die fachliche Eignung zur Führung einer Land- oder Forstwirtschaft besitzt und sie nach der Rückstellung selbst betreiben wird.

(2) Der geschädigte Eigentümer kann bei Eigenbedarf Bestandverhältnisse an Wohn- und Geschäftsräumen, die der Eigentümer in seinem

Hause bis zur Entziehung dieser Räume berührt hat, vorzeitig auflösen.

§ 13. (1) Vergleiche über Verpflichtungen nach diesem Bundesgesetz sind gültig, wenn sie nach dem 27. April 1945 abgeschlossen worden sind.

(2) Solche Vergleiche sind unverzüglich der zur Entgegennahme der Anmeldungen von Vermögensentziehungen zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde (§ 5 VEAV. B. G. Bl. Nr. 166/46) mitzuteilen. Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes abgeschlossene Vergleiche sind binnen vier Wochen nach dessen Inkrafttreten der vorbezeichneten Stelle mitzuteilen.

(3) Die Bestimmungen der Abs. (1) und (2) finden auch auf Verzichte und Anerkenntnisse Anwendung.

§ 14. (1) Der geschädigte Eigentümer geht der Ansprüche, die sich aus der Nichtigkeit der Vermögensentziehung ergeben, verlustig, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes ein Verfahren gemäß § 15 dieses Gesetzes anhängig macht. Diese Frist kann durch Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung verlängert werden.

(2) Von den gesetzlichen Erben sind nur Ehegatten, Vorfahren und Nachkommen des Verstorbenen sowie dessen Geschwister und deren Kinder, sonstige gesetzliche Erben nur dann zur Erhebung eines Anspruches nach Maßgabe der Einantwortung berechtigt, wenn sie in Hausgemeinschaft mit dem Erblasser gelebt haben.

(3) Bevollmächtigte Vertreter können solche Ansprüche nur auf Grund einer Vollmacht anmelden, die nach dem 27. April 1945 ausgestellt worden ist. Die Echtheit der Unterschrift muß beglaubigt sein.

(4) Abwesenheitskuratoren sind zur Geltendmachung von Ansprüchen aus diesem Gesetze [Abs. (1)] nur dann berechtigt, wenn sie auf Antrag eines Testamentserben (Legatärs) oder eines in Abs. (2) bezeichneten nahen Angehörigen oder eines Bevollmächtigten [Abs. (3)] einer solchen Person bestellt worden sind. Zur Bestellung solcher Abwesenheitskuratoren ist auch der Vorsitzende der Rückstellungskommission [§ 15, Abs. (2)] berechtigt, vor der das Verfahren anhängig gemacht werden kann [§ 20, Abs. (1)]. Ist der Antrag auf Bestellung eines Abwesenheitskurators innerhalb der in Abs. (1) bezeichneten Frist gestellt worden, kann jedoch der Abwesenheitskurator nicht mehr so rechtzeitig bestellt werden, daß er das Verfahren nach § 15 innerhalb der in Abs. (1) bezeichneten Frist anhängig machen kann, so hat der Vorsitzende eine angemessene Frist zu bestimmen, innerhalb der das Verfahren als rechtzeitig anhängig gemacht zu gelten hat.

(5) Sonstige Personen, insbesondere Zessionare, sind zur Erhebung des Rückstellungsanspruches nicht berechtigt. Inwieweit Ansprüche, die nach den vorstehenden Bestimmungen nicht geltend gemacht wurden oder werden konnten, von einem Fonds geltend gemacht werden können, wird ein besonderes Bundesgesetz regeln.

§ 15. (1) Über Ansprüche, die sich aus der Nichtigkeit von Vermögensentziehungen nach diesem Bundesgesetz ergeben, einschließlich der Rückgriffsansprüche zwischen mehreren Erwerbern, entscheiden ausschließlich Rückstellungskommissionen.

(2) Eine Rückstellungskommission wird bei jedem mit der Ausübung der Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen betrauten Landesgericht errichtet. Ihr Sprengel erstreckt sich auf das Bundesland, in dem sich das Landesgericht befindet. Für Wien, Niederösterreich und Burgenland wird die Kommission beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien errichtet. Die Zuständigkeit der beim Landesgerichte Linz-Nord errichteten Kommission erstreckt sich auf den Sprengel dieses Landesgerichtes.

(3) In zweiter Instanz entscheiden Rückstellungsoberkommissionen, die bei jedem Oberlandesgericht errichtet werden. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich auf den Sprengel des Oberlandesgerichtes, bei dem sie errichtet sind.

(4) In dritter Instanz entscheidet die Oberste Rückstellungskommission beim Obersten Gerichtshof.

§ 16. (1) Die Rückstellungskommissionen und die Rückstellungsoberkommissionen bestehen aus einem Vorsitzenden und der erforderlichen Zahl von Stellvertretern des Vorsitzenden und den Beisitzern.

(2) Die Mitglieder der Kommissionen und Oberkommissionen werden von dem Oberlandesgerichtspräsidenten bestellt.

(3) Die Vorsitzenden und deren Stellvertreter müssen zum Richteramt geeignet sein, hiebei bleibt die Altersgrenze außer Betracht.

(4) Die Beisitzer werden aus dem Kreise der zu fachmännischen Laienrichtern des Landesgerichtes (Handelsgerichtes Wien) und der zu Beisitzern bei den Arbeitsgerichten ernannten Personen bestellt. Weiters sind auf Grund gutachtlicher Vorschläge der Landwirtschaftskammern zu Beisitzern Personen zu bestellen, die infolge ihres Berufes über genaue Kenntnisse auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft verfügen. Für ihre Bestellung gelten sinngemäß die Vorschriften über die Ernennung der fachmännischen Laienrichter.

(5) Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Mitglieder der Kommissionen und Oberkommissionen, die nicht Richter sind, sinngemäß die Bestimmungen über die fachmännischen Laienrichter aus dem Handelsstande.

§ 17. (1) Die Rückstellungskommissionen und Oberkommissionen entscheiden in Senaten, die aus dem Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter und zwei Beisitzern bestehen, von denen einer die Amtsbescheinigung gemäß § 4, Abs. (3), des Opferfürsorgegesetzes (St. G. Bl. Nr. 90) besitzen soll. Soweit es sich um vorwiegend land- oder forstwirtschaftliche Güter handelt, sind die Beisitzer dem Kreise der von den Landwirtschaftskammern vorgeschlagenen, bei Vermögen von Arbeitnehmerorganisationen dem Kreise der von den Arbeiterkammern vorgeschlagenen Personen zu entnehmen.

(2) Dem Vorsitzenden steht die Leitung und Einteilung der Geschäfte der Kommissionen und die Auswahl der Beisitzer zu.

(3) Über Ansprüche mit einem Streitwerte, der 500 S nicht übersteigt, entscheidet der Vorsitzende der Rückstellungskommission oder sein Stellvertreter ohne Beisitzer. Der Oberlandesgerichtspräsident kann insbesondere auch Richter bei Bezirksgerichten zu Stellvertretern des Vorsitzenden bestellen; diesen soll die Entscheidung zugewiesen werden, wenn eine der Parteien im Sprengel des Bezirksgerichtes wohnt.

§ 18. (1) Die Oberste Rückstellungskommission besteht aus dem Vorsitzenden, der erforderlichen Zahl von Stellvertretern des Vorsitzenden und den Beisitzern. Sämtliche müssen die Eignung zum Richteramt besitzen, hiebei bleibt die Altersgrenze außer Betracht.

(2) Die Mitglieder der Obersten Rückstellungskommission werden vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes bestellt.

(3) Die Oberste Rückstellungskommission entscheidet in Senaten, bestehend aus dem Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter und zwei Beisitzern. Die Bestimmungen des § 17, Abs. (2), gelten sinngemäß.

§ 19. (1) Das Amt eines Mitgliedes einer Kommission ist ein Ehrenamt. Durch Verordnung können Vorschriften über eine Entschädigung der Mitglieder getroffen werden.

(2) Die Mitglieder aller Kommissionen sind in der Ausübung ihres Amtes unabhängig und an keine Weisung gebunden.

(3) Die Kommissionen fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen. Der Vorsitzende gibt seine Stimme zuletzt ab.

§ 20. (1) Für die Kommissionen gelten sinngemäß die Bestimmungen der Jurisdiktionsnorm über Beratung, Abstimmung, Ablehnung, Delegation und über Streitigkeiten zwischen den Gerichten und zwischen den Gerichten mit ausländischen Behörden über die Zuständigkeit sowie für die örtliche Zuständigkeit der Rückstellungskommissionen die §§ 65 bis 75, 81 und 99 der Jurisdiktionsnorm.

(2) Über Beschwerden gegen Entscheidungen der Rückstellungskommissionen entscheidet die übergeordnete Rückstellungsoberkommission. Über Beschwerden gegen Entscheidungen der Oberkommissionen entscheidet die Oberste Rückstellungskommission.

§ 21. (1) Gegen die Entscheidung der Rückstellungskommission steht binnen 14 Tagen die Beschwerde an die Rückstellungsoberkommission zu, wenn der Streitwert mehr als 1000 S beträgt.

(2) Gegen die Entscheidung der Rückstellungsoberkommission steht binnen 14 Tagen wegen unrichtiger rechtlicher Beurteilung die Beschwerde an die Oberste Rückstellungskommission zu, wenn der Streitwert mehr als 15.000 S beträgt. Eine Beschwerde gegen ein bestätigendes Erkenntnis der Rückstellungsoberkommission kann nur dann erhoben werden, wenn die Oberkommission sie für zulässig erklärt.

§ 22. (1) Wurde die Unzulässigkeit des Rechtsweges und damit die sachliche Zuständigkeit der Rückstellungskommission von einem Gerichte rechtskräftig ausgesprochen, so ist die Entscheidung für die Rückstellungskommission bindend, bei der der Anspruch in der Folge anhängig wird.

(2) Hat eine Kommission ihre sachliche Unzuständigkeit rechtskräftig ausgesprochen, so ist das Gericht an die Entscheidung der Kommission gebunden.

§ 23. (1) Für das Verfahren vor den Kommissionen gelten sinngemäß die Bestimmungen des Verfahrens außer Streitsachen mit der Maßgabe, daß die Verhandlungen öffentlich sind. Jedoch sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über den Beweis sinngemäß anzuwenden.

(2) Die Kommissionen können den Parteien für ihre Leistungen nach billigem Ermessen Fristen gewähren und Sicherstellungen anordnen. Zur Sicherstellung von Forderungen des Erwerbers kann die Kommission auch die privatrechtlichen Befugnisse des geschädigten Eigentümers auf jene eines öffentlichen Verwalters einschränken. In besonders dringenden Fällen kann der Vorsitzende der Rückstellungskommission über Anträge auf Anordnung einer Sicherstellung entscheiden.

(3) Ist die Rückstellung des entzogenen Vermögens infolge seiner wirtschaftlichen Umgestaltung nicht tunlich, so kann die Kommission, falls dies den Grundsätzen der Billigkeit entspricht, dem Erwerber die Leistung eines anderen ihm gehörigen Vermögens auftragen, das dem entzogenen Vermögen nach seiner wirtschaftlichen Zweckbestimmung gleichartig, ähnlich oder gleichwertig ist, oder aber auch dem geschädigten Eigentümer eine seinem Schaden entsprechende Beteiligung zusprechen. Gegen

den Willen des geschädigten Eigentümers kann aber nur auf Vergütung des Schätzwertes erkannt werden.

(4) Stehen der Rückstellung von land- oder forstwirtschaftlich genutztem Grund und Boden, der vor der Entziehung Bestandteil eines land- oder forstwirtschaftlichen Großbetriebes gewesen ist, infolge seiner bereits erfolgten Heranziehung für landwirtschaftliche Siedlungszwecke überwiegende öffentliche Interessen entgegen, so hat sich der Ausspruch der Rückstellungskommission auf die grundsätzliche Anerkennung eines Anspruches auf Entschädigung zu beschränken. Umfang und Art der Entschädigung werden durch ein besonderes Bundesgesetz geregelt.

(5) Inwiefern die Kosten des Verfahrens von einer der Parteien zu ersetzen oder unter die Parteien zu teilen sind, entscheidet die Kommission nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung über den Kostenersatz.

§ 24. (1) Der Vorsitzende der Rückstellungskommission hat die Anmerkung der Einleitung des Rückstellungsverfahrens im Grundbuche zu veranlassen.

(2) Diese Anmerkung hat zur Folge, daß die rechtskräftige Entscheidung der Kommission auch gegen diejenigen Personen, die erst nach dem Zeitpunkt, in dem das Ersuchen um Anmerkung an das Grundbuchgericht gelangt ist, bürgerliche Rechte erlangt haben, wirksam ist.

(3) Die Anmerkung ist nach rechtskräftiger Beendigung des Verfahrens auf Antrag des im Verfahren festgestellten Eigentümers zu löschen.

§ 25. (1) Ist für eine bei einem Gericht abhängige Rechtssache nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes nunmehr die Rückstellungskommission ausschließlich zuständig, so hat das Gericht in jeder Lage des Verfahrens die Unzulässigkeit des Rechtsweges auszusprechen. Nach Rechtskraft dieses Beschlusses hat es, sofern ihm die Bestimmung der zuständigen Rückstellungskommission nach den Verhältnissen des einzelnen Falles möglich ist, die Rechtssache an die örtlich zuständige Kommission zu überweisen. Die Rückstellungskommission hat das Verfahren unter Benützung der Akten des Gerichtes durchzuführen.

(2) Die Rückstellungskommission hat bei ihrer Entscheidung im Kostenpunkte die im Verfahren vor dem Gerichte aufgelaufenen Kosten zu berücksichtigen.

§ 26. (1) Rechtskräftige Erkenntnisse der Rückstellungskommissionen gelten als öffentliche Urkunden, auf Grund deren bürgerliche Eintragungen vollzogen werden können, und als Exekutionstitel im Sinne der Exekutionsordnung. Die für die Exekution zur Sicherstellung auf

Grund von Endurteilen inländischer Zivilgerichte geltenden Bestimmungen der Exekutionsordnung sind auf die noch nicht vollziehbaren Erkenntnisse der Rückstellungskommissionen anzuwenden.

(2) Vor einer Rückstellungskommission zu Protokoll gegebenen Vergleichen, Verzichten und Anerkenntnissen kommt die gleiche Wirkung zu.

§ 27. Vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gefällte Urteile und erlassene Bescheide stehen der Geltendmachung von Ansprüchen nach diesem Bundesgesetz nicht entgegen.

§ 28. Wer ein entzogenes Vermögen in seiner Macht oder Gewahrsame hatte, ist verpflichtet, dem geschädigten Eigentümer Auskunft über dessen Verbleib zu geben. Im Falle der Weigerung hat ihm die nach seinem Wohnsitze zuständige Rückstellungskommission (§ 15, Abs. (2)) die Ablegung eines Eides darüber, was ihm über den Verbleib des Vermögens bekannt ist, aufzutragen, sofern der geschädigte Eigentümer das Vorliegen der Voraussetzungen der Auskunftspflicht glaubhaft macht. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen der §§ 47 ff. Exekutionsordnung sinngemäß Anwendung.

§ 29. (1) Alle durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Schriften und Amtshandlungen sind von öffentlichen Abgaben befreit.

(2) Das Gleiche gilt für Vermögensübertragungen und sonstige Rechtsakte nach diesem Bundesgesetz, wenn über die Verpflichtung zur Rückstellung im Verfahren vor der Rückstellungskommission entschieden oder ein Vergleich, Verzicht oder ein Anerkenntnis zu Protokoll gegeben worden ist.

(3) Die Abgabefreiheit erstreckt sich auch auf gerichtliche oder außergerichtliche Vergleiche, Verzichte und Anerkenntnisse gemäß § 13, falls diese rechtzeitig angezeigt wurden und die zur Entgegennahme der Anzeige berufene Bezirksverwaltungsbehörde bestätigt, daß über das den Gegenstand des Vergleiches bildende Vermögen eine Vermögensanmeldung nach § 4 Vermögensentziehungs-Anmeldeverordnung, B. G. Bl. Nr. 166/46, vorliegt.

(4) Die Verpflichtung zur Gebührenanzeige der in den Abs. (2) und (3) angeführten Rechtsgeschäfte gemäß § 31 Gebührengesetz 1946, B. G. Bl. Nr. 184/46, bleibt unberührt.

§ 30. Besonderer Regelung bleiben vorbehalten:

1. Ansprüche der Dienstnehmer,
2. Ansprüche der Mieter (Pächter) von Wohn- und Geschäftsräumen und der Pächter von Kleingärten,
3. Ansprüche wegen Entziehung oder Behinderung der Ausübung von Urheber- oder Patent-

rechten sowie sonstiger gewerblicher Schutz- oder anderer immaterieller Güterrechte,

4. Ansprüche öffentlich-rechtlicher Natur, die in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden fallen.

§ 31. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind die Bundesministerien für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung und für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

	Renner	
Figl	Krauland	Gerö

55. Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückgabe des Vermögens aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen (Rückgabegesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Die Inhaber von Vermögen, das demokratische Organisationen auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiete in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 13. März 1938 auf Grund von Maßnahmen, die mit den am 5. März 1933 geltenden Rechtsvorschriften nicht vereinbar waren, verloren oder das sie ohne Entschädigung abgegeben haben, sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu deren Rückgabe verpflichtet.

(2) Zur Erhebung der Anträge auf Rückgabe sind die in den §§ 2 bis 5 genannten oder durch ein besonderes Gesetz bestimmten Vermögenssträger berechtigt. Diese sind auch berechtigt, Rückstellungsanträge nach den Bestimmungen der Rückstellungsgesetze geltend zu machen.

(3) Die Vermögensträger [Abs. (2)] sind Einrichtungen des öffentlichen Rechtes mit eigener Rechtspersönlichkeit; sie erwerben an dem rückgestellten oder rückgegebenen Vermögen Eigentum und können es sodann an jene Organisationen übertragen, die die Aufgabe der seinerzeitigen Eigentümer übernehmen und fortführen.

§ 2. (1) Vermögen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und aller ihrer Organisationen, Einrichtungen und Unternehmungen ist, soweit es nicht nach § 3 zu behandeln ist, an einen „Restitutionsfonds der Sozialdemokratischen Organisationen“ zu übertragen. Die Statuten werden vom Vorstand der Sozialistischen Partei Österreichs aufgestellt.

(2) Vermögen der Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Aktien-Gesellschaft und der Sozialdemokratischen Verlag Gesellschaft m. b. H. fällt in diesen Fonds.

§ 3. (1) Vermögen der auf Grund des Verbots der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgelösten Berufsvereinigungen von Arbeitern

und Angestellten sowie deren Organisationen, Einrichtungen und Unternehmungen ist an einen „Restitutionsfonds der Freien Gewerkschaften“ zu übertragen. Die Statuten werden vom Vorstand der Sozialistischen Partei Österreichs aufgestellt.

(2) Vermögen der ehemaligen Arbeiterbank A. G. in Wien fällt in diesen Fonds.

§ 4. Vermögen der Organisationen der christlichen Arbeiter und Angestellten sowie deren Einrichtungen und Unternehmungen ist an einen „Restitutionsfonds der Zentralkommission der christlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Österreichs“ zu übertragen. Die Statuten werden vom Vorstand des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes aufgestellt.

§ 5. Vermögen der Kommunistischen Partei und der vom Verbot derselben betroffenen Organisationen, Einrichtungen und Unternehmungen ist an einen „Restitutionsfonds der Kommunistischen Organisationen“ zu übertragen. Die Statuten werden vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei aufgestellt.

§ 6. (1) Für die Durchführung des Verfahrens auf Rückgabe sowie für die Rechte und Pflichten der Beteiligten sind mit nachstehenden Ausnahmen die Bestimmungen des Dritten Rückstellungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

(2) Nach dem Verbot oder nach der Auflösung erworbene dingliche Rechte Dritter an Vermögen, das Gegenstand der Rückgabe bildet, sind von Amts wegen oder auf Antrag zu löschen, sofern sie nicht von den in den §§ 2 bis 5 genannten Vermögensträgern im Zuge des Verfahrens anerkannt werden, jedoch bleiben von den im Grundbuch mit einem Range nach dem Verbot oder nach der Auflösung eingetragenen dinglichen Rechten die folgenden bestehen:

- a) Pfandrechte für Beträge, die für notwendige oder nützliche Aufwendungen (§ 1037 ABGB.) verwendet worden sind,
- b) Grunddienstbarkeiten und Reallasten, ausgenommen Ausgedinge.

(3) Eigenbedarf im Sinne dieses Rückgabegesetzes ist anzunehmen, wenn das Bestandverhältnis mit der Zweckbestimmung des Hauses nicht mehr vereinbar ist.

(4) Zur Entscheidung über Rückgabeansprüche sind gemäß den Bestimmungen des Dritten Rückstellungsgesetzes Rückgabekommissionen einzurichten. Bei den Rückgabekommissionen und Oberkommissionen ist jedoch je ein Beisitzer auf Grund von Vorschlägen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer zu bestellen. Die für fachmännische Laienrichter aus dem Handelsstande geltenden Bestimmungen finden auf diese Beisitzer sinngemäß Anwendung.

(5) Wenn auf ein Vermögen sowohl die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, als auch die eines Rückstellungsgesetzes Anwendung finden, geht der Rückgabeanspruch dem Rückstellungsanspruch vor. Unter mehreren Rückgabeansprüchen geht der des ersten geschädigten Eigentümers vor.

§ 7. Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Rechtsvorgänge, Amtshandlungen, amtlichen Ausfertigungen, Eingaben und Protokolle, Urkunden und Zeugnisse unterliegen keiner öffentlichen Abgabe.

§ 8. Ein besonderes Bundesgesetz wird die Geltendmachung derjenigen Ersatzansprüche regeln, die über die Rückgabe (§ 1) hinaus gestellt werden können.

§ 9. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Renner

Figl

Krausland

Der Jahresbezugspreis für das

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

beträgt für das Jahr 1947, vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten,

für die ständigen Bezieher im Inland S 30.—

für die ständigen Bezieher im Ausland S 40.—

Bezugsanmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, entgegengenommen. Die Überweisung der Bezugsgebühren kann auf das Postscheckkonto: Wien Nr. 178 erfolgen.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 3 g für den Bogen = 2 Seiten, jedoch mindestens 20 g für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg 12 a, und bei der Manz'schen Verlagsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, erhältlich.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1951 Ausgegeben am 10. November 1951 55. Stück

236. Verordnung: 1. Außenhandelsverkehrs-Verordnung.
 237. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Zweiten Rückgabegesetz.
 238. Verordnung: Invalidenfürsorgebeirat.
 239. Kundmachung: Wiederverlautbarung des Lebensmittelgesetzes.

236. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 18. September 1951 über die Durchführung des Außenhandelsverkehrsgesetzes 1951 (1. Außenhandelsverkehrs-Verordnung 1951).

Auf Grund der §§ 2 und 4 des Bundesgesetzes vom 4. April 1951, BGBl. Nr. 105, über die Regelung des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsverkehrs-Gesetz 1951) wird verordnet:

§ 1. Rechtsgeschäfte, welche die Ausfuhr von in der Anlage A oder die Einfuhr von in der Anlage B des Außenhandelsverkehrsgesetzes 1951 angeführten Waren oder den Austausch von Waren gegeneinander zum Gegenstande haben, sind vor ihrem Abschluß dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, Zentralstelle für Aus- und Einfuhr, Wien, III, Metternichgasse 4, unter Benützung der hiefür von dieser Stelle aufgelegten Formulare zu melden.

§ 2. Meldeformulare, die auf Grund des Außenhandelsverkehrsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 251, aufgelegt wurden, können bis auf weiteres benützt werden.

§ 3. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, Zentralstelle für Aus- und Einfuhr, teilt die Entscheidung über das angemeldete Rechtsgeschäft dem Bundesministerium für Finanzen mit, welches die Bewilligung ausfertigt und die Oesterreichische Nationalbank, etwaige andere beteiligte Stellen und den Antragsteller verständigt.

§ 4. (1) Anlässlich der Ausfuhr und Einfuhr von Waren sind dem Abfertigungszollamt außer einer Außenhandelsverkehrs-Beitragserklärung gemäß § 6 der Kostenbeitragsordnung vom 31. Dezember 1948, BGBl. Nr. 2/1949, in der Fassung der Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 7. Februar 1950, BGBl. Nr. 70, vorzulegen:

bei der Ausfuhr genehmigungspflichtiger Waren — Ausfuhrbewilligung und Exportvalutaerklärung,

bei der Einfuhr genehmigungspflichtiger Waren — Einfuhrbewilligung,

bei der Ausfuhr nicht genehmigungspflichtiger Waren (sogenannter Freiwaren) — Exportvalutaerklärung,

bei der Einfuhr nicht genehmigungspflichtiger Waren — devisenrechtliche Bewilligung.

(2) Die durch anderweitige Vorschriften verfügte Verpflichtung zur Vorlage weiterer Nachweise bleibt unberührt.

Kolb

237. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 6. Oktober 1951 über die Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Zweiten Rückgabegesetz.

Auf Grund des § 3 Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1949, BGBl. Nr. 165, über die Rückgabeansprüche aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen als Bestandnehmer (Zweites Rückgabegesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Geltendmachung der Ansprüche gemäß dem Zweiten Rückgabegesetz wird bis 31. Dezember 1952 verlängert.

Maissel

238. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 8. Oktober 1951 über den Invalidenfürsorgebeirat.

Auf Grund der §§ 4, 6 und 8 des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1946, BGBl. Nr. 144, über die Errichtung eines Invalidenfürsorgebeirates, wird im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien verordnet:

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1951 Ausgegeben am 15. Dezember 1951 61. Stück

- 255. Verordnung: Erhöhung der Mindestversicherungssummen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.
- 256. Verordnung: Durchführung des Wohnungsanforderungsgesetzes in Tirol.
- 257. Verordnung: Verlängerung der Fristen zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, dem Zweiten und dem Dritten Rückstellungsgesetz und der Fristen zur Geltendmachung der Rückstellungsansprüche nach dem Fünften Rückstellungsgesetz.
- 258. Verordnung: Änderung der Geschäftsgrundlagen in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.
- 259. Verordnung: Haftung der Gastwirte und anderer Unternehmer.
- 260. Verordnung: Erstreckung der Frist für die Anmeldung älterer Wasserrechte zur Eintragung im Wasserbuch.
- 261. Verordnung: Späterer Beginn der Rechtsfolgen unterlassener Wasserbucheintragungen.
- 262. Verordnung: Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen der Postordnung und der Postgebührenordnung.
- 263. Kundmachung: Feststellungen des Verfassungsgerichtshofes über die Zuständigkeit zur Gesetzgebung und Vollziehung in Angelegenheiten der Enteignung von Grundstücken zur Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen, sowie von städtischen Siedlungen.

255. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 13. September 1951 über eine Erhöhung der Mindestversicherungssummen für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

Auf Grund des § 3 des Kraftfahrgesetzes 1946, BGBl. Nr. 83/1947, wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen verordnet:

Artikel I.

§ 55 der Kraftfahrverordnung 1947, BGBl. Nr. 83/1947, hat zu lauten:

„Als Mindestversicherungssummen für die im § 3 des Kraftfahrgesetzes vorgeschriebene Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung gelten:

- a) Für Kraftstellwagen (Omnibusse) (§ 2 Abs. 2 lit. a):
hinsichtlich Personenschäden 75.000 S für die einzelne Person und 600.000 S für das einzelne Ereignis;
hinsichtlich Sachschäden 60.000 S;
sind mehr als 20 Plätze (Sitz- und Stehplätze) samt Führersitz vorhanden oder vorgesehen, so ist die Mindestversicherungssumme für je angefangene zehn Plätze hinsichtlich Personenschäden für das Ereignis um 300.000 S und hinsichtlich Sachschäden um 30.000 S zu erhöhen.

Wird ein zur Personenbeförderung bestimmter Anhänger mitgeführt, so sind die Mindestversicherungssummen für je angefangene zehn Plätze des Anhängers hinsichtlich Personenschäden für das Ereignis um 300.000 S und hinsichtlich Sachschäden um 30.000 S zu erhöhen.

Kraftwagen zur wahlweisen Verwendung als Personen- oder Lastkraftwagen, die zur

Beförderung von mehr als acht Personen (einschließlich Führer) eingerichtet sind, sind im Sinne dieser Bestimmung als Kraftstellwagen anzusehen. Das gleiche gilt für Lastkraftwagen, die zur Beförderung von mehr als acht Personen (einschließlich des Führers) verwendet werden;

- b) für sonstige Kraftwagen — gleichgültig ob mit oder ohne Anhänger — und für Krafräder (ausgenommen Kleinkrafräder): 75.000 S, beziehungsweise 300.000 S, beziehungsweise 30.000 S;
- c) für Kleinkrafräder: 37.500 S, beziehungsweise 150.000 S, beziehungsweise 15.000 S;
- d) insoweit nach den §§ 107 bis 110 die Versicherungspflicht für Zugmaschinen, Elektrokarren, (mittels Maschinenkraft fortbewegte) Arbeitsmaschinen oder Fahrstühle (Krankenfahrstühle) besteht: dieselben Beträge wie unter lit. c.“

Artikel II.

Diese Verordnung tritt an dem ihrer Verlautbarung folgenden Monatsersten in Kraft.

Kolb

256. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 8. November 1951, betreffend die Durchführung des Wohnungsanforderungsgesetzes in Tirol.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Wohnungsanforderungsgesetzes 1949, BGBl. Nr. 204/1949, wird auf Antrag des Landeshauptmannes von Tirol verordnet:

Die Bezirkshauptmannschaft Restec wird ermächtigt, in der Gemeinde Lermöds das Recht zur Wohnungsanforderung auszuüben.

Maisel

257. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 8. November 1951 über die Verlängerung der Fristen zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, dem Zweiten und dem Dritten Rückstellungsgesetz und der Fristen zur Geltendmachung der Rückstellungsansprüche nach dem Fünften Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Ersten Rückstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 156/1946, des § 2 Abs. 1 des Zweiten Rückstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 53/1947, des § 14 Abs. 1 des Dritten Rückstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1947, und des § 11 des Fünften Rückstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 164/1949, wird verordnet:

§ 1. Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem Ersten, dem Zweiten und dem Dritten Rückstellungsgesetz wird bis 30. Juni 1952 verlängert.

§ 2. Über den im § 1 genannten Zeitpunkt hinaus wird die Frist für die Anmeldung der vorbezeichneten Rückstellungsansprüche verlängert:

1. Für die Geltendmachung von Ansprüchen, die auf Grund des Ersten oder des Zweiten Rückstellungsgesetzes bei einer Finanzlandesdirektion spätestens am 30. Juni 1952 anhängig gemacht worden waren, jedoch nach dem 31. Mai 1952 aus dem Grunde abgewiesen worden sind, weil der Anspruch nach dem Dritten beziehungsweise dem Fünften Rückstellungsgesetz geltend zu machen gewesen wäre, sofern seit der Rechtskraft dieses Bescheides nicht mehr als ein Monat verstrichen ist und der Antrag nicht offenbar mutwillig nach einem anderen als dem Dritten oder dem Fünften Rückstellungsgesetz eingebracht worden ist.

2. Für die Geltendmachung von Ansprüchen, die auf Grund des Dritten Rückstellungsgesetzes bei einer Rückstellungskommission spätestens am 30. Juni 1952 anhängig gemacht worden waren, jedoch nach dem 31. Mai 1952 aus dem Grunde zurückgewiesen worden sind, weil der Anspruch nach dem Ersten, dem Zweiten oder dem Fünften Rückstellungsgesetz geltend zu machen gewesen wäre, sofern seit der Rechtskraft dieses Erkenntnisses nicht mehr als ein Monat verstrichen ist und der Antrag nicht offenbar mutwillig nach einem anderen als dem Ersten oder dem Zweiten Rückstellungsgesetz eingebracht worden ist.

3. Bis zum 31. Dezember 1952 für die Geltendmachung von Ansprüchen durch die auf Grund des § 27 Abs. 2 des Vereinsgesetzes in der Fassung der Vereinsgesetz-Novelle 1950 (BGBl. Nr. 166/1950) bestellten Liquidatoren.

4. Bis zum 31. Dezember 1952 für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Vermögen, die Stiftungen und Fonds entzogen worden sind.

5. Bis zum 31. Dezember 1953 für die Geltendmachung von Ansprüchen der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die erst nach dem 31. Dezember 1951 aus der Kriegsgefangenschaft (Internierung) entlassen worden sind.

6. Für die Geltendmachung von Ansprüchen gemäß den Bestimmungen des Ersten, des Zweiten und des Dritten Rückstellungsgesetzes, die erst nach Durchführung eines Verfahrens nach § 3 Abs. 2 beziehungsweise § 5 des Fünften Rückstellungsgesetzes gestellt werden, sofern seit der Rechtskraft des Erkenntnisses nach § 3 Abs. 2 beziehungsweise § 5 Abs. 2 des Fünften Rückstellungsgesetzes nicht mehr als drei Monate verstrichen sind und der Antrag nicht offenbar mutwillig eingebracht worden ist.

7. Bis zum 31. Dezember 1953 für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Vermögen, die im Zeitpunkte der Einbringung des Rückstellungsantrages unter öffentlicher Verwaltung stehen, sofern für diese Verwaltung die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 lit. e des Verwaltergesetzes, BGBl. Nr. 157/1946, in der Fassung der Verwaltergesetznovelle, BGBl. Nr. 163/1949, vorliegen.

Margarétha

258. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. November 1951, betreffend Änderung der Geschäftsgrundlagen in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

Auf Grund des § 81 a des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen in der Fassung des Bundesgesetzes vom 18. Mai 1949, BGBl. Nr. 124, wird mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates verordnet:

§ 1. Vom Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung an gilt der in der Anlage folgende Tarif für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

§ 2. Die Haftung aus der Personenbeförderung mit Güterfahrzeugen oder Anhängern wird in die Versicherung insoweit eingeschlossen, als die Personenbeförderung nach den Bestimmungen der Kraftfahrverordnung 1947 ohne besondere Bewilligung für zulässig erklärt wird. Verein-

COLUMBIA 1459
FEB 2 1952

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1951

Ausgegeben am 31. Dezember 1951

64. Stück

- 267.** Verordnung: Innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften und die Besorgung des staatsanwaltschaftlichen Dienstes bei den Bezirksgerichten (StaGeo.).
268. Verordnung: Abänderung der Verordnung über die Mietkommissionen.
269. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz.
270. Verordnung: Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung, betreffend die Regelung der Arzneipreise in Apotheken.

267. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 22. Oktober 1951, über die innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften und über die Besorgung des staatsanwaltschaftlichen Dienstes bei den Bezirksgerichten (StaGeo.).

Auf Grund des Art. IX des Einführungsgesetzes zur Österreichischen Strafprozeßordnung 1945, ASlg. Nr. 1, wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres verordnet:

I. TEIL.

Innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften.

1. Abschnitt.

Innere Einrichtung der Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften.

Besetzung der Dienstposten.

§ 1. (1) Jeder zu besetzende Dienstposten eines staatsanwaltschaftlichen Beamten ist in der Regel auszuschreiben, und zwar die Stelle des Oberstaatsanwaltes vom Bundesminister für Justiz, alle übrigen Stellen vom Oberstaatsanwalt. Der Bundesminister für Justiz kann verfügen, daß ausnahmsweise von der Ausschreibung abgesehen und die Bewerbungsaufforderung in anderer Weise bekanntgemacht wird.

(2) Für die Dienstposten der ihm unterstehenden staatsanwaltschaftlichen Beamten hat der Oberstaatsanwalt dem Bundesminister für Justiz einen Besetzungsvorschlag zu erstatten. Der Bundesminister für Justiz ist an den Besetzungsvorschlag nicht gebunden.

Hindernis der Verwandtschaft und Schwägerschaft.

§ 2. (1) Im Verhältnis der dienstlichen Über- und Unterordnung dürfen staatsanwaltschaftliche Beamte nicht stehen, die zueinander in gerader

Linie verwandt oder verschwägert, in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert oder die durch Adoption miteinander verbunden sind.

(2) Ein solches Verwandtschafts-, Schwägerschafts- oder Adoptionsverhältnis darf ferner nicht bestehen zwischen den Richtern des Gerichtshofes I. oder II. Instanz einerseits und den Beamten der Staatsanwaltschaft oder Oberstaatsanwaltschaft bei diesen Gerichtshöfen andererseits, ferner zwischen den Vorstehern und Richtern der mit Strafsachen befaßten Bezirksgerichte und den Beamten der Staatsanwaltschaft bei dem Gerichtshof I. Instanz, der über Rechtsmittel gegen die Erkenntnisse und Verfügungen dieser Bezirksgerichte zu entscheiden hat.

(3) Bewerber um den Posten eines staatsanwaltschaftlichen Beamten haben in ihrem Gesuch auf das Bestehen eines solchen Verhältnisses hinzuweisen. Ein nachträglich entstandenes Verhältnis dieser Art ist von dem staatsanwaltschaftlichen Beamten der vorgesetzten Behörde anzuzeigen.

Leitung der Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften.

§ 3. (1) An der Spitze der Oberstaatsanwaltschaft steht der Oberstaatsanwalt, an der Spitze der Staatsanwaltschaft der leitende Staatsanwalt. Sie vertreten das Amt nach außen.

(2) Der Oberstaatsanwalt und der leitende Staatsanwalt sind verpflichtet, die Tätigkeit der ihnen unmittelbar unterstehenden Beamten zu leiten und zu beaufsichtigen und ihnen erforderlichenfalls über die Behandlung einzelner Strafsachen Weisungen zu erteilen.

(3) Alle Befugnisse und Obliegenheiten, die nach den bestehenden Vorschriften dem Gerichtsvorsteher in Beziehung auf die Leitung und Überwachung der Gerichte I. und II. Instanz übertragen sind, kommen, sofern diese Vorschriften nicht ihrer Beschaffenheit nach nur auf

kehrungen erforderlich sind, sind dessen Weisungen abzuwarten.

(2) Der Staatsanwalt kann die staatsanwaltschaftlichen Organe verpflichten, ihm Anzeigen wegen bestimmter Übertretungen vorzulegen und seine Weisungen abzuwarten; er kann sich insbesondere die Entscheidung darüber vorbehalten, ob gegen einen Jugendlichen wegen einer strafbaren Handlung, die sonst nur auf Begehren eines Beteiligten verfolgt werden kann und deren Verfolgung durch den öffentlichen Ankläger vom Verletzten beantragt worden ist (§ 29 des Jugendgerichtsgesetzes 1949), Strafantrag zu stellen und ob von der Verfolgung eines Jugendlichen, der nur eine geringfügige strafbare Handlung begangen hat, abzusehen ist (§ 30 des Jugendgerichtsgesetzes 1949).

(3) Den staatsanwaltschaftlichen Organen ist es untersagt, in ihren mündlichen oder schriftlichen Anträgen oder Erklärungen auf eine ihnen vom Staatsanwalt erteilte Weisung Bezug zu nehmen.

§ 70. (1) Die staatsanwaltschaftlichen Organe haben zur Anmeldung der Berufung das StPO-Form. Nr. 307 zu verwenden und hierbei stets die Zustellung des Urteils und die Übersendung des Aktes an den Staatsanwalt zu verlangen, damit er die Gründe der Berufung selbst ausführen könne.

(2) Weisungen, die die staatsanwaltschaftlichen Organe verpflichten, bei bestimmten strafbaren Handlungen gegen jeden Freispruch, gegen die Anwendung des außerordentlichen Milderungsrechtes oder gegen den vorläufigen Aufschub der Strafe stets Rechtsmittel einzulegen, soll der Staatsanwalt nur ausnahmsweise erteilen.

Überwachung des Strafvollzuges und der Vollziehung der Unterbringung in einem Arbeitshaus; Verzeichnis der unvollstreckten Strafen.

§ 71. (1) Die Zustimmung zur Eintragung eines Falles in das Verzeichnis der unvollstreckten Strafen ist dem Staatsanwalt vorbehalten; die staatsanwaltschaftlichen Organe bei den Bezirksgerichten sind zur Abgabe einer Äußerung nach § 493 Abs. 2 und 3 Geo. oder nach § 497 Geo. nicht berechtigt.

(2) Der Staatsanwalt kann die staatsanwaltschaftlichen Organe verpflichten, ihm das ihnen vom Bezirksgericht zur Einsicht übermittelte Verzeichnis der unvollstreckten Strafen (§ 494 Abs. 4 Geo.) vorzulegen.

III. TEIL.

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 72. (1) Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1953 in Kraft.

(2) Gleichzeitig verlieren alle Vorschriften über Gegenstände, die in dieser Verordnung geregelt

sind, ihre Geltung; insbesondere tritt die Verordnung des Bundesministers für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler vom 26. Juni 1930, BGBl. Nr. 194, über die innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften und über die Besorgung des staatsanwaltschaftlichen Dienstes bei den Bezirksgerichten, außer Wirksamkeit.

§ 73. Insoweit in anderen Vorschriften auf Bestimmungen Bezug genommen wird, die nach § 72 aufgehoben sind, treten die Bestimmungen dieser Verordnung sinngemäß an deren Stelle.

Tschadek

268. Verordnung der Bundesministerien für Justiz und für soziale Verwaltung vom 2. November 1951, womit die Verordnung über die Mietkommissionen abgeändert wird.

Auf Grund der §§ 25 Abs. 1 und 52 Abs. 2 des Mietengesetzes, BGBl. Nr. 210/1929, in der geltenden Fassung, wird verordnet:

Die Verordnung der Bundesministerien für Justiz und für soziale Verwaltung vom 1. Februar 1951, BGBl. Nr. 44, über die Mietkommissionen wird wie folgt geändert:

1. Im § 6 hat der zweite Satz zu lauten:
„Ein von mindestens einem Drittel der Mieter eingebrachter Antrag gilt dann als zurückgezogen, wenn keiner dieser Mieter zur Verhandlung vor der Mietkommission erscheint.“

2. Im § 10 hat der zweite Satz zu lauten:
„Darüber, bis zu welchem Betrag und von wann an die Erhöhung der Hauptmietzinse tatsächlich zulässig ist (§ 7 Abs. 2 des Mietengesetzes), hat die Mietkommission auf Antrag des Vermieters, eines Mieters oder der Gemeinde erst zu entscheiden, wenn feststeht, daß die Erhaltungsarbeit wirklich vorgenommen wird.“

Tschadek

Maisel

269. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 12. November 1951 über die Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 16 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1949, BGBl. Nr. 199, über die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte (Sechstes Rückstellungsgesetz) wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen verordnet:

Die Frist zur Geltendmachung der Rückstellungsansprüche nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz wird bis zum 30. Juni 1952 verlängert.

Kolb

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

727
COLUMBIA LAW LIBRARY
1951

Jahrgang 1951

Ausgegeben am 11. September 1951

43. Stück

198. Bundesgesetz: 3. Lohnpfändungsanpassungsgesetz.
199. Verordnung: Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz.
200. Verordnung: Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz.
201. Verordnung: Bestimmung der Gegenstände für die eine Ausgleichsteuer nicht eingehoben wird (Freiliste 1).

198. Bundesgesetz vom 25. Juli 1951, betreffend Abänderung des Lohnpfändungsrechtes (3. Lohnpfändungsanpassungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Die Verordnung zur einheitlichen Regelung des Pfändungsschutzes für Arbeitseinkommen (Lohnpfändungsverordnung 1940) vom 20. Oktober 1940, Deutsches RGBl. I S. 1451, in der Fassung des Lohnpfändungsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 248/1947, und des 2. Lohnpfändungsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 247/1948, wird abgeändert wie folgt:

1. Im § 3 Z. 4 tritt an die Stelle des Betrages von 450 S der Betrag von 560 S.

2. § 5 hat zu lauten:

„§ 5. Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen.

(1) Arbeitseinkommen unterliegt nicht der Pfändung bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile von Monaten in Höhe von 500 S monatlich,

bei Auszahlung für Wochen in Höhe von 120 S wöchentlich,

bei Auszahlung für Tage in Höhe von 17 S täglich und, soweit es diese Beträge übersteigt, zu drei Zehntel des Mehrbetrages.

(2) Gewährt der Schuldner seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, einem Verwandten oder einem unehelichen Kind Unterhalt, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unterhalt gewährt wird, um ein weiteres Zehntel, mindestens um 60 S monatlich (14 S wöchentlich, 2 S täglich), höchstens um 200 S monatlich (45 S wöchentlich, 750 S täglich). Der hiernach unpfändbare Teil des Mehrbetrages darf jedoch neun Zehntel des Mehrbetrages bis zu 380 S monatlich (90 S wöchentlich, 13 S täglich) und acht Zehntel des weiteren Mehrbetrages nicht übersteigen.

§ 2. Die Vorschriften des § 12 der Lohnpfändungsverordnung sind mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der Worte „nach dem 30. November 1940“ die Worte „nach Inkrafttreten des 3. Lohnpfändungsanpassungsgesetzes“ zu treten haben.

§ 3. Dieses Bundesgesetz tritt nach Ablauf eines Monats nach der Kundmachung in Kraft.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz betraut.

Körner

Figl

Tschadek

199. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 4. August 1951, betreffend Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 14 des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 207, über die Geltendmachung entzogener oder nicht erfüllter Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privatwirtschaft (Siebentes Rückstellungsgesetz) wird verordnet:

§ 1. Die Frist für die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz wird bis 31. März 1952, für Berechtigte, die erst nach dem 31. Dezember 1951 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen werden, bis 31. Dezember 1953 erstreckt.

§ 2. Insoweit nach den Bestimmungen des § 14 des Siebenten Rückstellungsgesetzes die Frist für die gerichtliche Geltendmachung eines Anspruches erst nach dem im § 1 dieser Verordnung genannten Zeitpunkt endet, bleibt die gesetzliche Regelung unberührt.

Maisel

200. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 4. August 1951, betreffend Verlängerung der Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz.

Auf Grund des § 4 des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 208, über die Geltendmachung von in der Zeit zwischen März 1933 und März 1938 verlorengegangenen Ansprüchen aus Privatdienstverhältnissen (Drittes Rückgabegesetz), wird verordnet:

§ 1. Die Frist für die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückgabegesetz wird bis 31. März 1952, für Berechtigten, die erst nach dem 31. Dezember 1951 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen werden, bis 31. Dezember 1953 erstreckt.

§ 2. Insoweit nach den Bestimmungen des § 4 des Dritten Rückgabegesetzes die Frist für die gerichtliche Geltendmachung eines Anspruches erst nach dem im § 1 dieser Verordnung genannten Zeitpunkt endet, bleibt die gesetzliche Regelung unberührt.

Maisel

201. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 7. September 1951, womit die Gegenstände bestimmt werden, für die eine Ausgleichsteuer nicht eingehoben wird (Freiliste 1).

Auf Grund des § 4 Z. 1 lit. b des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung des Art. VIII Abs. 1 Z. 1 des Steueränderungsgesetzes 1951, BGBl. Nr. 191/1951, wird verordnet:

§ 1. Die Ausgleichsteuer wird nicht eingehoben, soweit die Gegenstände in der als Anlage A dieser Verordnung angeschlossenen Freiliste 1 enthalten sind.

§ 2. Die Anlage 1 zur Ausgleichsteuerordnung vom 23. März 1939, Deutsches RGBl. I S. 615, in der Fassung der Verordnungen des Bundesministeriums für Finanzen vom 17. März 1950, BGBl. Nr. 85, und vom 13. Jänner 1951, BGBl. Nr. 41, wird aufgehoben.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1951 in Kraft.

Margarétha

Freiliste 1

T. Nr.	Gegenstand
18 b	Anderer Rüben- und zucker *)
aus 23	Weizen
24	Roggen
25 Anm.	Gerste zu Futterzwecken
27	Mais
aus 31	Mehl aus Getreide
41	Olisaat, Ölfrüchte
42	Kleesaat
aus 44	Zuckerrüben- und Futter-samen
	Forstsaamen
aus 51	Reisstroh, Reiszurzel, Ma-hirsestroh
52 a	Schlachtvieh
aus 52 b	Zuchtvieh
aus 55	Schweine im Gewicht über 20 kg
64 a	Geflügeleier *)
aus 67	Haare aller Art (Pferde-, Vieh-, Schweine-, Dach-, Wildhaare u. dgl. mit Ausnahme der als Wolle zu handelnden Tierhaare und Ausnahme der Menschenhaare); roh oder gesotten
	Borsten
aus 71	Naturbutter, frisch oder gesalzen, auch geschmolzen (Rindschmalz)
72	Schweinefett, Schweinespeck, auch geschmolzen (Schweineschmalz)
aus 74 a	Speisetalg (Premier jus)
aus 74 b	Gehärtete Fette, Öle und Transe
aus 75 a	Speiseöle, zum unmittelbaren Genuß geeignet, in Fässern (Drums), auch beim Eingang in Fahrzeugen, die zum Versand von fetten Ölen ohne Umschließung eingerichtet sind (Waggonladungen, Zisternen)
76	Tran
77	Tierischer und pflanzlicher Talg, roh oder geschmolzen, Pre-talg, Palmöl, Palmkernöl und Kokosnußöl, festes; gehärtete Öle, Knochenfett und Fettemenge, alle diese mit Ausnahme der zum unmittelbaren Genuß geeigneten; Japantalg
79 a	Stearinsäure
79 b	Alle anderen Fettsäuren, bis 45°C festbleibend

212823

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1950

Ausgegeben am 9. Dezember 1950

59. Stück

- 221.** Bundesgesetz: Abänderung des Gehaltsüberleitungsgesetzes.
222. Verordnung: Hochschülerschafts-Wahlordnung.
223. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.
224. Verordnung: Verleihung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ an Absolventen höherer land- und forstwirtschaftlicher Lehranstalten.
225. Verordnung: Durchführung des § 12 des Gehaltsüberleitungsgesetzes.
226. Verordnung: 4. Prokuratorsverordnung.
227. Kundmachung: Abänderung der Kundmachung, betreffend die Besoldungsordnung für die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen (3. Teilnovelle) und Ergänzung der Kundmachung über die Anrechnung von Vordienstzeiten der Bundesbahnbeamten für die Bemessung des Ruhegenusses.

221. Bundesgesetz vom 25. Oktober 1950, womit das Gehaltsüberleitungsgesetz vom 22. Dezember 1946, BGBl. Nr. 22/1947, abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Gehaltsüberleitungsgesetz vom 22. Dezember 1946, BGBl. Nr. 22/1947, in der Fassung der Bundesgesetze vom 16. Dezember 1948, BGBl. Nr. 32/1949, vom 30. März 1949, BGBl. Nr. 94, und vom 18. Mai 1949, BGBl. Nr. 107, wird abgeändert wie folgt:

Im § 25 treten an die Stelle der Worte „2,5 vom Hundert des Gehaltes“ die Worte „4 vom Hundert des Gehaltes“.

Artikel II.

Dieses Bundesgesetz tritt mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1950 in Kraft.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

	Renner			
Figl	Schärf	Helmer	Tschadek	
Hurdes	Maisel	Margarétha	Kraus	
Kolb	Waldbrunner	Gruber		

222. Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 18. Oktober 1950 über die Wahlen der Organe der Österreichischen Hochschülerschaft (Hochschülerschafts-Wahlordnung).

Auf Grund des § 24 des Bundesgesetzes vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 174, über die Österreichische Hochschülerschaft (Hochschülerschaftsgesetz) wird verordnet:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Wahltermin.

Der Tag der Wahlen wird nach Anhörung der akademischen Behörden und des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft vom Bundesministerium für Unterricht durch Erlaß festgesetzt.

§ 2. Gesonderte Wahldurchführung, Wahllokal.

(1) Die Wahlen sind gesondert für jede Hochschule und Kunstakademie, an Hochschulen, die in mehrere Fakultäten (Abteilungen) gegliedert sind, gesondert für jede solche durchzuführen, und zwar in den Räumen der Hochschülerschaft oder in anderen hierzu geeigneten Räumen außerhalb, beziehungsweise im Einvernehmen mit den akademischen Behörden auch innerhalb der Hochschulgebäude.

(2) Am Tage der Wahl entfallen Vorlesungen, Übungen und Prüfungen.

§ 3. Unmittelbare Wahlen.

Unmittelbar werden gewählt:

- die Mitglieder der Fächsausschüsse an den in mehrere Fakultäten (Abteilungen) gegliederten Hochschulen;
- die Mitglieder der Hauptausschüsse an Hochschulen ohne Gliederung in Fakultäten (Abteilungen) und an Kunstakademien;
- die Zusatzmandatäre der Hauptausschüsse an den in mehrere Fakultäten (Abteilungen) gegliederten Hochschulen;
- die Zusatzmandatäre des Zentralausschusses.

223. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 25. Oktober 1950 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 21. Mai 1947, BGBl. Nr. 143, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen (Viertes Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der fortzuführenden Firmen zur Registrierung gemäß § 5 Abs. 1 des Vierten Rückstellungsgesetzes wird bis 31. Dezember 1952 verlängert.

Tschadek

224. Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 27. Oktober 1950, betreffend die Verleihung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ an Absolventen höherer land- und forstwirtschaftlicher Lehranstalten.

Auf Grund des § 2 Abs. 1 und 2, § 3 Abs. 3, § 4 und § 5 des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1949, BGBl. Nr. 176, über die Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ durch Absolventen höherer land- und forstwirtschaftlicher Lehranstalten wird verordnet:

§ 1. Das Recht zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ nach § 2 des Gesetzes wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft über Ansuchen durch Urkunde bescheinigt. Ansuchen um Ausstellung dieser Urkunde sind beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft einzureichen.

§ 2. (1) Höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten im Sinne des § 2 Abs. 1 und des § 4 des Gesetzes sind:

1. die höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco Josephinum, bis 1934 in Mödling, derzeit in Weinzierl, Post Wieselburg a. d. Erlauf, Niederösterreich;
2. die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Klosterneuburg;
3. die höhere Bundeslehranstalt für alpine Landwirtschaft, derzeit in Seefeld, Tirol;
4. die im Jahre 1926 aufgelassene landwirtschaftliche Mittelschule in Laa a. d. Thaya, Niederösterreich;
5. die im Jahre 1927 aufgelassene höhere Fachlehranstalt für Forstwirtschaft, Holzproduktion, Holzindustrie und Holzhandel in Königstetten, Niederösterreich;

6. die im Jahre 1935 aufgelassene höhere Forstlehranstalt in Bruck a. d. Mur, Steiermark;
7. die ehemaligen höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten aller ehemaligen im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder.

(2) Als praktische Betätigung im Sinne des § 2 Abs. 1 des Gesetzes gelten nachstehende oder ihnen gleichzuhaltende Betätigungen:

1. die fachlich selbständige Leitung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, von Weingütern, Rebschulen, Obstbaubetrieben, Baumschulen, Gemüse- und Blumengärtereien, insofern für die Führung dieser Betriebe (oder von Abteilungen derselben) höhere fachliche Kenntnisse erforderlich sind;

2. die fachlich leitende Tätigkeit

- a) in Molkereien, Brennereien, Kellereien und sonstigen Verwertungsbetrieben land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse und in Abteilungen solcher Betriebe,
- b) im land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaftswesen (ausgenommen die unter lit. a. erfaßten genossenschaftlichen Verwertungsbetriebe) und bei Zuchtverbänden;

3. die der Fachrichtung entsprechende Tätigkeit im gehobenen Fach- oder Verwaltungsdienst bei öffentlichen Dienststellen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, welche der wirtschaftlichen oder sozialen Förderung der Land- und Forstwirtschaft dienen, sowie eine gleichzuwertende Tätigkeit in einer sonstigen landwirtschaftlichen Organisation;

4. die der Fachrichtung entsprechende Lehrtätigkeit im land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen;

5. die besonders anerkannte und fachlich höher zu wertende praktische oder wissenschaftliche Versuchstätigkeit auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft sowie des Wein-, Obst- und Gartenbaues;

6. die fachlich höher zu wertende konsultative und technische Tätigkeit auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft sowie des Wein-, Obst- und Gartenbaues (Aufstellung und Durchführung von Wirtschaftsplänen, administrative Verwaltung von Betrieben, Verfassung und Prüfung von Entwürfen für Gartenanlagen und forsttechnische Bauten aller Art und deren Ausführung).

§ 3. Als praktische Betätigungen im Sinne des § 2 Abs. 2 lit. b des Gesetzes gelten die im § 2 Abs. 2 dieser Verordnung angeführten Betätigungen, sofern dieselben in Österreich ausgeführt wurden.

§ 4. (1) Das Ansuchen um Verleihung des Rechtes zur Führung der Standesbezeichnung

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1950

Ausgegeben am 30. Oktober 1950

54. Stück

196. Verordnung: Ärzte-Ausbildungsordnung.
 197. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Zweiten Rückgabegesetz.
 198. Verordnung: Wegentschädigung für Religionslehrer.
 199. Kundmachung: Teilweise Aufhebung der Verordnung des Bundesministers für Handel und Verkehr vom 29. März 1924, BGBl. Nr. 103, durch den Verfassungsgerichtshof.
 200. Kundmachung: Nichtanwendung des § 32 Abs. 3 des Markenschutzgesetzes hinsichtlich französischer Marken.

196. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 21. September 1950, betreffend die Ausbildung zum praktischen Arzt und zum Facharzt (Ärzte-Ausbildungsordnung).

Auf Grund des § 2 Abs. 6 des Bundesgesetzes vom 30. März 1949, BGBl. Nr. 92, über die Ausübung des ärztlichen Berufes und die Ständevertretung der Ärzte (Ärztegesetz), wird verordnet:

I Abschnitt

Ausbildung zum praktischen Arzt.

§ 1. (1) Die Berechtigung zur Ausübung des ärztlichen Berufes als praktischer Arzt im Sinne des § 2 Abs. 3 des Ärztegesetzes kann von Personen erworben werden, die die im § 2 Abs. 1 des Ärztegesetzes angeführten Voraussetzungen erfüllen und nachweisen, daß sie sich einer mindestens dreijährigen praktischen Tätigkeit in Ausbildungsstätten der im § 2 genannten Art mit Erfolg unterzogen haben.

(2) Die dreijährige praktische Tätigkeit im Sinne des Abs. 1 umfaßt eine Ausbildung in den nachstehenden Fächern in der für jedes dieser Fächer vorgesehenen Dauer:

- Innere Medizin mindestens neun Monate,
- Chirurgie mindestens sechs Monate,
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe mindestens sechs Monate,
- Kinderheilkunde mindestens sechs Monate,
- Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten mindestens drei Monate,
- Haut- und Geschlechtskrankheiten mindestens drei Monate.

(3) Eine auf die Gesamtausbildungszeit von drei Jahren fehlende Ausbildungszeit ist durch eine weitere praktische Tätigkeit in einem der in Abs. 2 angeführten Fächer zu ergänzen.

§ 2. (1) Als Ausbildungsstätten gelten Universitätskliniken und Abteilungen öffentlicher und sonstiger vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zugelassenen Krankenanstalten.

(2) Der Landeshauptmann kann Abteilungen für innere Medizin und für Chirurgie, die nach den Satzungen der öffentlichen oder der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zugelassenen Krankenanstalt auch zur Krankenbehandlung in anderen Fächern bestimmt sind, auf Vorschlag der Träger der Krankenanstalt als Ausbildungsstätten für eines oder für mehrere der im § 1 Abs. 2 genannten Fächer erklären. Vor Abgabe einer solchen Erklärung hat der Landeshauptmann ein Gutachten des Landes-sanitätsrates einzuholen. Der Landeshauptmann hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung von der getroffenen Regelung in Kenntnis zu setzen.

(3) Die Ausbildung in Abteilungen der im Abs. 2 genannten Art ist um die für das betreffende Ergänzungsfach vorgesehene Ausbildungszeit zu verlängern.

§ 3. (1) Eine Unterbrechung der praktischen Tätigkeit ist nur in begründeten Fällen zulässig und darf in der Regel sechs Monate nicht überschreiten. Eine längere Unterbrechung kann in berücksichtigungswürdigen Fällen auf Antrag des Landeshauptmanns durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung bewilligt werden.

(2) Als praktische Tätigkeit im Sinne des § 2 Abs. 3 des Ärztegesetzes darf unbeschadet einer im Laufe eines Jahres durch Gesetz oder Kollektivvertrag festgesetzten Urlaubszeit oder einer sechs Monate nicht überschreitenden, ärztlich nachgewiesenen Erkrankung nur die fortlaufende volle praktische Tätigkeit in einer der im § 2 genannten Ausbildungsstätten betrachtet und angerechnet werden.

§ 4. Der Erfolgsnachweis über die ordnungsmäßige Ausbildung in jedem einzelnen der im § 1 Abs. 2 genannten Fächer ist durch je ein vom Leiter der in Betracht kommenden Abteilung der Krankenanstalt ausgestelltes und unterzeichnetes Zeugnis zu erbringen, daß sich der Arzt in der datumsmäßig anzugebenden Zeitdauer der Ausbildung im betreffenden Fache

bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen und für den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung eine mindestens zweijährige Ausbildung im Hauptfache nachzuweisen in der Lage sind, können sich einer Ausbildung in Nebenfächern noch nach den bisher geltenden Vorschriften unterziehen. Ausbildungszeiten in solchen Nebenfächern, die vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung mit Erfolg abgeleistet worden sind, sind den in Betracht kommenden Ärzten als volle Ausbildung in den Nebenfächern im Sinne der Bestimmungen dieser Verordnung anzurechnen, wenn sie zusammen mindestens ein Jahr ergeben.

§ 16. (1) Ärzte, die die Anerkennung als Facharzt nach den vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Vorschriften oder auf Grund älterer Regelungen erworben haben, gelten auch weiterhin als Fachärzte. Sie dürfen die Berufsbezeichnung „Facharzt“ nur unter Beifügung eines der im § 7 genannten Sonderfächer führen.

(2) Das Bundesministerium für soziale Verwaltung kann auf Grund eines von der Österreichischen Ärztekammer einzuholenden Gutachtens Ärzten, die eine Facharztanerkennung im Auslande erworben haben, die Genehmigung zur Ausübung des ärztlichen Berufes als Facharzt in Österreich erteilen.

Maisel

197. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 21. September 1950 über die Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Zweiten Rückgabegesetze.

Auf Grund des § 3 Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1949, BGBl. Nr. 165, über die Rückgabeansprüche aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen als Bestandnehmer (Zweites Rückgabegesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Geltendmachung der Ansprüche gemäß dem Zweiten Rückgabegesetz wird bis 31. Dezember 1951 verlängert.

Maisel

198. Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 23. September 1950, betreffend die Wegentschädigung für Religionslehrer.

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1949, betreffend den Religionsunterricht in der Schule, BGBl. Nr. 190, wird verordnet:

§ 1. (1) Der Anspruch der gemäß § 3 Abs. 2 lit. b des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1949,

BGBl. Nr. 190, von den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften bestellten Religionslehrer auf die im § 6 Abs. 2 des genannten Bundesgesetzes vorgesehene Wegentschädigung und deren Höhe richten sich nach den für Bundesbeamte jeweils geltenden Reisegebührevorschriften.

(2) Unter Wegentschädigung sind die Reisekosten und Reisezulagen im Sinne der im Abs. 1 genannten Vorschriften zu verstehen.

§ 2. Diese Verordnung tritt in jedem Bundeslande im Zeitpunkte des Inkrafttretens des mit dem Bundesgesetz vom 13. Juli 1949, BGBl. Nr. 190, übereinstimmenden Landesgesetzes, frühestens jedoch mit 1. Jänner 1950, in Kraft.

Hurdus

Kraus

199. Kundmachung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 20. September 1950, betreffend die teilweise Aufhebung der Verordnung des Bundesministers für Handel und Verkehr vom 29. März 1924, BGBl. Nr. 103, durch den Verfassungsgerichtshof.

Gemäß Artikel 139 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und des § 60 Abs. 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1930, BGBl. Nr. 127, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 27. Juni 1950, Zl. V 11/50/9, den § 14 der Verordnung des Bundesministers für Handel und Verkehr vom 29. März 1924, BGBl. Nr. 103, über Wandergewerbe folgenden Wortlautes:

„Gegen Entscheidungen des Landeshauptmannes in Angelegenheiten dieser Verordnung steht ein weiterer Rekurs nicht offen“ als gesetzwidrig aufgehoben.

(2) Die Aufhebung tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

Kolb

200. Kundmachung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 25. September 1950, betreffend die Nichtanwendung des § 32 Abs. 3 des Markenschutzgesetzes hinsichtlich französischer Marken.

Auf Grund des § 32 Abs. 4 des Markenschutzgesetzes BGBl. Nr. 206/1947, wird kundgemacht, daß in Frankreich der Schutz österreichischer Marken vom Schutz in Österreich unabhängig ist. Bei der Anmeldung und bei der Erneuerung der Registrierung einer französischen Marke in Österreich ist demnach ein Nachweis, daß sie in Frankreich registriert ist, nicht zu erbringen.

Kolb

212827

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1950

Ausgegeben am 29. August 1950

41. Stück

164. Bundesgesetz: Arbeitsgerichtsgesetznovelle 1950 — ArbGerGNov. 1950.
 165. Bundesgesetz: 4. Börsfonds-Novelle.
 166. Bundesgesetz: Vereinsgesetz-Novelle 1950.
 167. Bundesgesetz: Milchwirtschaftsgesetz.
 168. Bundesgesetz: Getreidewirtschaftsgesetz.
 169. Bundesgesetz: Viehverkehrsgesetz.
 170. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz.
 171. Kundmachung: Ratifikation des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt durch Iran und den Beitritt der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien.

164. Bundesgesetz vom 5. Juli 1950, betreffend Abänderung des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 24. Juli 1946, BGBl. Nr. 170 (Arbeitsgerichtsgesetznovelle 1950 — ArbGerGNov. 1950).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz vom 24. Juli 1946 über die Arbeitsgerichte (Arbeitsgerichtsgesetz — ArbGerG.), BGBl. Nr. 170, wird abgeändert, wie folgt:

1. § 8 hat zu lauten:

„§ 8. (1) Das Arbeitsgericht besteht aus einem Vorsitzenden und nach Erfordernis aus einem oder mehreren Stellvertretern des Vorsitzenden sowie aus der erforderlichen Zahl von Beisitzern und ihren Stellvertretern, die aus dem Kreise der Unternehmer und der Beschäftigten unter Berücksichtigung der zu Berufsgruppen zusammengefaßten Berufszweige ernannt werden. Die näheren Vorschriften über die Berufszweige und Berufsgruppen werden durch Verordnung des Bundesministeriums für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien erlassen.“

(2) Soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt wird, gelten die Bestimmungen über den Vorsitzenden auch für seine Stellvertreter, die Bestimmungen für Beisitzer auch für ihre Stellvertreter.“

2. § 10 hat zu lauten:

„§ 10. (1) Die Beisitzer (§ 8) werden gemäß den Vorschlägen der zuständigen gesetzlichen oder, wenn solche nicht bestehen, der sonstigen Interessenvertretungen der Unternehmer einerseits und der Beschäftigten andererseits durch den Präsidenten des Landes- oder Kreisgerichtes, in dessen Sprengel das Arbeitsgericht seinen Sitz hat, ernannt.“

(2) Die Vorschläge haben so viele Personen zu umfassen, wie Stellen zu besetzen sind. Der Präsident des Landes- oder Kreisgerichtes kann die Ernennung eines Vorgeschlagenen nur ablehnen, wenn ein gesetzliches Hindernis (§ 11 Abs. 1) vorliegt.

(3) Wird das Vorschlagsrecht nicht binnen zwei Monaten ab Einholung des Vorschlages ausgeübt, so ist der Präsident des Landes- oder Kreisgerichtes bei der Ernennung an Vorschläge nicht gebunden.

(4) Die näheren Vorschriften über das Vorschlagsrecht, über die Erstattung der Vorschläge und die Ernennung der Beisitzer werden durch Verordnung des Bundesministeriums für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien erlassen.“

3. § 11 Abs. 1 erster bis dritter Satz haben zu lauten:

„Niemand darf gleichzeitig Beisitzer aus dem Kreise der Unternehmer und aus dem Kreise der Beschäftigten sein. Zum Beisitzer können nur österreichische Staatsbürger ernannt werden, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und eigenberechtigt sind. Ausgeschlossen vom Amte eines Beisitzers sind Personen, die nach § 2 des Schöffentestamentgesetzes vom 13. Juni 1946, BGBl. Nr. 135, wegen einer strafgerichtlichen Verurteilung zum Schöffenamte unfähig sind.“

4. § 11 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Ablehnung der Übernahme oder die Niederlegung des Amtes ist nur aus wichtigen Gründen zulässig. Die Entscheidung trifft der Präsident des Landes- oder Kreisgerichtes, in dessen Sprengel das Arbeitsgericht seinen Sitz hat.“

5. § 11 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Die Beisitzer werden für eine Amtsdauer von fünf Jahren ernannt. Das Amt von Bei-

getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird, sofern die Tat nicht einem strengeren Strafgesetz unterliegt, von der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde wegen Verwaltungsübertretung mit Geld bis zu 3000 S., im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arrest bis zu 14 Tagen bestraft.

(2) Wer den Bestimmungen des § 4 oder den auf Grund dieser Bestimmungen getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird, sofern die Tat nicht einem strengeren Strafgesetz unterliegt, von der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde wegen Verwaltungsübertretung mit Geld bis zu 30.000 S., im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft, auch wenn es nur beim Versuch geblieben ist. Auf den Verfall der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, kann auch selbständig erkannt werden, wenn keine bestimmte Person verfolgt oder bestraft werden kann.

§ 16. Wer vorsätzlich eine Tatsache, die ihm als Mitglied der Kommission oder als Angestellter oder Beauftragter des Fonds bekanntgeworden und deren Geheimhaltung im geschäftlichen Interesse des Betriebsinhabers geboten ist, unbefugt offenbart, oder zu seinem oder eines Dritten Vorteil verwertet, wird, wenn die Handlung nicht einem strengeren Strafgesetz unterliegt, wegen Vergehens mit Arrest in der Dauer von drei Monaten bis zu zwei Jahren bestraft.

IV. Übergangs- und Vollzugsbestimmungen.

§ 17. (1) Das Vermögen des Österreichischen Viehwirtschaftsverbandes (StGBI. Nr. 171/1945) und die von demselben nach den bisherigen Vorschriften für Ausgleichszwecke verwalteten Mittel gehen auf den Fonds über. Soweit Personal österreichischer Wirtschaftsverbände vom Fonds übernommen wird, gilt das bisherige Dienstverhältnis als nicht unterbrochen.

(2) Bis zur Festsetzung der Verwaltungskostenbeiträge nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes (§ 9), längstens bis 31. Dezember 1950, sind die in der Beitragsordnung des Österreichischen Viehwirtschaftsverbandes festgesetzten Verwaltungskostenbeiträge an den Fonds abzuführen.

§ 18. (1) Dieses Bundesgesetz, das am 1. September 1950 in Kraft tritt, verliert am 30. Juni 1953 seine Wirksamkeit.

(2) Mit seiner Vollziehung ist hinsichtlich des § 4 das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen, hinsichtlich des § 14 das Bundesministerium für Finanzen beziehungsweise das Bundesministerium für Justiz beziehungsweise das Bundeskanzleramt, hinsichtlich des § 16 das Bundesministerium für

Justiz und hinsichtlich der übrigen Bestimmungen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft betraut.

			Renner
Figl	Schärf	Helmer	Tschak
Hurdes	Maisel	Margarétha	Kranz
Kolb	Waldbrunner		Gruber

170. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 21. Juni 1950 über die Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Rückstellungsansprüchen nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 16 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1949, BGBl. Nr. 199, über die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte (Sechstes Rückstellungsgesetz) wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen angeordnet:

Die Frist zur Geltendmachung der Rückstellungsansprüche nach dem Sechsten Rückstellungsgesetz wird bis zum 31. Dezember 1951 verlängert.

Kolb

171. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 20. Juli 1950, betreffend die Ratifikation des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt durch Iran und das Beitritt der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien.

Nach einer Mitteilung des State Department der Vereinigten Staaten von Amerika ist die Ratifikationsurkunde Irans zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. Nr. 97/1949) am 19. April 1950 bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt worden.

Gemäß Artikel 91 (b) des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt ist dieses Abkommen für Iran am 19. Mai 1950 in Kraft getreten.

Nach einer weiteren Mitteilung des State Department der Vereinigten Staaten von Amerika ist die Beitrittsurkunde der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. Nr. 97/1949) am 27. April 1950 bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt worden.

Gemäß Artikel 92 (b) des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt ist dieses Abkommen für die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien am 27. Mai 1950 in Kraft getreten.

Figl

JUL 21 1950

591

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1950

Ausgegeben am 29. Juni 1950

31. Stück

121. Verordnung: Ausgabe von Scheidemünzen zu 2 Groschen.

122. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz.

121. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Mai 1950 über die Ausgabe von Scheidemünzen zu 2 Groschen.

Auf Grund des § 1 des Bundesgesetzes vom 23. Juli 1946, BGBl. Nr. 146, werden ab 15. Juli 1950 im Wege der Oesterreichischen Nationalbank Scheidemünzen zu 2 Groschen in folgender Ausstattung ausgegeben werden:

Das 2-Groschen-Stück wird aus Aluminium mit einem Magnesiumgehalt von 1,5 v. H. geprägt. Es hat ein Stückgewicht von 0,9 g und einen Durchmesser von 18 mm. Auf der Vorderseite zeigt es das Bundeswappen, auf der Rückseite in der Mitte die Wertziffer „2“, darunter das Wort „Groschen“, beide umgeben von einem kreisförmigen Perlenkranz. In dem ringförmigen Raum außerhalb des Perlenkranzes befindet sich die Umschrift „Republik Österreich“ und die Jahreszahl der Prägung. Die äußere Einfassung besteht auf beiden Seiten aus einem flachen Stäbchen. Der Rand der Münze ist glatt.



Die Münzen zu 2 Groschen werden bei allen Bundes- und den übrigen öffentlichen Kassen bis zum Betrag von 2 S zu ihrem Nennwert in Zahlung genommen. Ferner werden sie von den Bundeskassen nach Maßgabe der jeweils vorhan-

denen Kassenbestände in andere gesetzliche Zahlungsmittel umgewandelt; bei den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank werden die Scheidemünzen ohne Begrenzung in Zahlung und in Umwechslung gegen Banknoten angenommen.

Im Privatverkehr sind Scheidemünzen zu 2 Groschen bis zum Gesamtbetrag von 1 S zum Nennwert in Zahlung zu nehmen.

Margarétha

122. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 24. Mai 1950 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (Erstes Rückstellungsgesetz), des § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, BGBl. Nr. 53, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden (Zweites Rückstellungsgesetz) und des § 14 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, BGBl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz wird bis 31. Dezember 1951 verlängert.

Margarétha

212830 60

APR 17 1950³

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1950

Ausgegeben am 29. März 1950

15. Stück

70. Verordnung: Abänderung der Kostenbeitragsordnung.
 71. Verordnung: Einführung des österreichischen Schillings als Tarifwährung in dem Durchfuhrtarif.
 72. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz.

70. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 7. Februar 1950, betreffend die Abänderung der Kostenbeitragsordnung vom 31. Dezember 1948, BGBl. Nr. 2/1949.

Auf Grund des § 16 des Bundesgesetzes vom 24. November 1948, BGBl. Nr. 251, über die Regelung des Warenverkehrs mit dem Auslande (Außenhandelsverkehrsgesetz 1948) wird verordnet:

Der § 6 der Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 31. Dezember 1948, BGBl. Nr. 2/1949, betreffend die Einhebung von Beiträgen zur Deckung der Kosten der Außenhandelskommission und der Einrichtungen zur Außenhandelsförderung (Kostenbeitragsordnung), wird abgeändert und hat zu lauten wie folgt:

(1) Der Kostenbeitrag ist in Hinkunft gesondert von der handelsstatistischen Gebühr in der Regel mit den amtlichen Kostenbeitragsmarken zu entrichten. Diese sind jedoch nicht auf dem handelsstatistischen Anmeldeschein, sondern auf der vom Absender oder Empfänger (§ 2) beizubringenden „AHV-Beitragsklärung“ aufzukleben. Beträge unter 50 Groschen sind auf den vollen Schillingbetrag abzurunden und Beträge über 50 Groschen auf den vollen Schillingbetrag aufzurunden.

(2) Die Kostenbeiträge können in Ausnahmefällen in barem (auch mittels Erlagschein) erhoben werden.“

Kolb

71. Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 17. Februar 1950 über die Einführung des österreichischen Schillings als Tarifwährung in dem Durchfuhrtarif (VI. Hauptstück des Gütertarifs der Österreichischen Bundesbahnen, Teil II, Heft A, gültig vom 1. Jänner 1950).

Auf Grund des zustimmenden Beschlusses des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Fe-

bruar 1950 (Gesetz vom 13. April 1920, StGBL. Nr. 180) wird verordnet, wie folgt:

Die Frachten für die Durchfuhr von Gütern (auch Leichen und lebenden Tieren) sind in österreichischer Währung zu berechnen. Der Berechnung werden die in der „Frachtsatztafel des Durchfuhrtarifs“ in Groschen erstellten Frachtsätze, vervielfacht mit einer Umrechnungszahl, zugrundegelegt. Die Umrechnungszahl ist veränderlich und wird im „Anzeigeblatt für Verkehr“ veröffentlicht.

Durch diese Verordnung wird die Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr vom 27. Februar 1947, BGBl. Nr. 44, über die Einhebung von Durchfuhrfrachten in ausländischer Währung auf den Österreichischen Staatseisenbahnen, außer Kraft gesetzt.

Waldbrunner

72. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 21. Februar 1950 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (Erstes Rückstellungsgesetz), des § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, BGBl. Nr. 53, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden (Zweites Rückstellungsgesetz), und des § 14 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, BGBl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz wird bis 30. Juni 1950 verlängert.

Margarétha

212831 28

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 31. Dezember 1949

60. Stück

- 278.** Verordnung: Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.
279. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz.
280. Verordnung: Abänderung des Rechtsanwaltsarifs.
281. Verordnung: Abänderung des Notariatstarifs.
282. Verordnung: Abänderung des Tarifs für die Entlohnung der Notare als Beauftragte des Gerichtes.

278. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 17. November 1949 über die Verlängerung der Frist zur Firmenanmeldung nach dem Vierten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 5, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 21. Mai 1947, B. G. Bl. Nr. 143, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen (Viertes Rückstellungsgesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der fortzuführenden Firmen zur Registrierung gemäß § 5, Abs. (1), des Vierten Rückstellungsgesetzes wird bis 31. Dezember 1950 verlängert.

Tschadek

279. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 24. November 1949 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz.

Auf Grund des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 156, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden (Erstes Rückstellungsgesetz), des § 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 53, über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden (Zweites Rückstellungsgesetz), und des § 14, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche nach dem Ersten, Zweiten und Dritten Rückstellungsgesetz wird bis 31. März 1950 verlängert.

Figl

280. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 28. November 1949, betreffend die Abänderung des Rechtsanwaltsarifs.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1923, B. G. Bl. Nr. 305, wird verordnet:

1. Der Artikel II der Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 31. Oktober 1947, B. G. Bl. Nr. 259, über den Rechtsanwaltsarifs hat zu lauten:

„Artikel II.

Im Hinblick auf die derzeitigen Lohn- und Preisverhältnisse erhöht sich die nach den Bestimmungen des Tarifs dem Rechtsanwalte gebührende Verdienstsumme einschließlich des Einheitsatzes und ausschließlich der Reisekosten, Entfernungsgebühren und der sonstigen Barauslagen um 75 v. H.“

2. Diese Verordnung tritt am achten Tage nach ihrer Kundmachung in Kraft. Sie findet auf die Leistungen der Rechtsanwälte und ihrer Kanzleien Anwendung, die an oder nach diesem Tage bewirkt werden, es sei denn, daß der Vergütungsbetrag mit der Partei vereinbart worden ist.

Tschadek

281. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 28. November 1949, betreffend die Abänderung des Notariatstarifs.

Auf Grund des Artikels VIII des Gesetzes vom 1. Juli 1921, B. G. Bl. Nr. 375, wird verordnet:

1. Der Artikel II der Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 31. Oktober 1947, B. G. Bl. Nr. 260, über den Notariatstarifs hat zu lauten:

„Artikel II.

Im Hinblick auf die derzeitigen Lohn- und Preisverhältnisse erhöht sich die nach den Bestimmungen des Artikels I dem Notar gebührende

APR 24 1952

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 14. September 1949

45. Stück

- 210.** Bundesverfassungsgesetz: Geltendmachung entzogener, nicht erfüllter oder verlorengegangener Ansprüche aus Dienstverhältnissen von Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft.
- 211.** Verordnung: Errichtung einer österreichischen UNESCO-Kommission.
- 212.** Verordnung: Zuweisung von Orten, die nicht zum Bezirk eines bestehenden Arbeitsgerichtes gehören, an ein bestehendes Arbeitsgericht für die Entscheidung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz und nach dem Dritten Rückgabegesetz.

210. Bundesverfassungsgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung entzogener, nicht erfüllter oder verlorengegangener Ansprüche aus Dienstverhältnissen von Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Die Bestimmungen des Siebenten Rückstellungsgesetzes vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 207, und des Dritten Rückgabegesetzes vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 208, sind auf Dienstverhältnisse von Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft anzuwenden.

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Renner
 Figl Schürf Helmer Gerö Hurdas
 Maisel Zimmermann Kraus Kolb Sagmeister
 Krausland Ubeleis Migsch Gruber Alfenburger

211. Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 30. Juni 1949, womit eine österreichische UNESCO-Kommission errichtet wird.

Auf Grund des Artikels VII, Z. 1, der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), B. G. Bl. Nr. 49/1949, wird verordnet wie folgt:

§ 1. In Ausführung der Bestimmungen des Artikels VII der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), B. G. Bl. Nr. 49/1949, wird die österreichische UNESCO-Kommission (OUK) mit dem Sitze in Wien errichtet.

§ 2. Der österreichischen UNESCO-Kommission, im folgenden kurz „die Kommission“ genannt, obliegen die folgenden Aufgaben:

1. Die Verbindung zwischen der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, im folgenden kurz „die Organisation“ genannt, mit den beteiligten österreichischen Einrichtungen, Gruppen und Personen in allen Angelegenheiten, die für die Organisation von Interesse sind, zu vermitteln.

2. Die österreichischen Einrichtungen, Gruppen und Personen, die sich für die Probleme der Erziehung, Wissenschaft und Kultur interessieren, mit den Arbeiten der Organisation in Verbindung zu bringen.

3. Die Bundesregierung und die von ihr zu den Generalkonferenzen der Organisation entsendeten Delegationen in allen die Organisation betreffenden Angelegenheiten zu beraten.

§ 3. Die Kommission besteht aus dem Präsidenten, dessen beiden Stellvertretern und den sonstigen Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder darf nicht mehr als hundert betragen.

§ 4. (1) Der Präsident und seine Stellvertreter werden vom Bundesminister für Unterricht bestellt.

(2) Die sonstigen Mitglieder werden in die Kommission von den im folgenden genannten Stellen entsendet (§ 5) oder gehören ihr kraft ihres Amtes an (§ 6) oder werden vom Bundesministerium für Unterricht nach Einholung eines Vorschlages der im folgenden genannten Körperschaften und Stellen (§ 7) oder unmittelbar (§ 8) bestellt.

(3) Für jedes dieser Mitglieder [Abs. (2)] können Ersatzmänner bestellt werden.

§ 5. In die Kommission werden entsendet:

1. Drei Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht;

2. zwei Vertreter des Bundeskanzleramtes, von denen der eine mit der Bearbeitung von Auswärtigen Angelegenheiten, der andere mit der Bearbeitung von Angelegenheiten des Bundespressendienstes beschäftigt ist;

212. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 14. September 1949, betreffend die Zuweisung von Orten, die nicht zum Bezirk eines bestehenden Arbeitsgerichtes gehören, an ein bestehendes Arbeitsgericht für die Entscheidung von Ansprüchen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz und nach dem Dritten Rückgabegesetz.

Auf Grund des § 15, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 207 (Siebentes Rückstellungsgesetz), und des § 3, Abs. (2), des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 208 (Drittes Rückgabegesetz), wird verordnet:

Für die Entscheidung der Ansprüche aus dem Siebenten Rückstellungsgesetz vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 207, und der Ansprüche aus dem Dritten Rückgabegesetz vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 208, werden die Orte, die nicht zum Bezirk eines bestehenden Arbeitsgerichtes gehören, an bestehende Arbeitsgerichte zugewiesen wie folgt:

I. Im Burgenland:

- a) die Orte der Gerichtsbezirke Eisenstadt und Neusiedl am See dem Arbeitsgericht Wien,
- b) die Orte der Gerichtsbezirke Mattersburg, Oberpullendorf, Oberwart, Güssing und Jennersdorf dem Arbeitsgericht Wiener Neustadt;

II. in Kärnten alle Orte dem Arbeitsgericht Klagenfurt;

III. in Niederösterreich:

1. aus dem Kreisgerichtssprengel Korneuburg alle Orte dem Arbeitsgericht Wien;
2. aus dem Kreisgerichtssprengel Krems a. d. Donau
 - a) die Orte der Gerichtsbezirke Gföhl, Krems, Langenlois, Ottenschlag, Persenbeug, Pöggstall und Spitz dem Arbeitsgericht St. Pölten,
 - b) die Orte der Gerichtsbezirke Allentsteig, Eggenburg, Geras, Gmünd, Groß-Gerungs, Horn, Kirchberg a. W., Litschau, Raabs a. d. Thaya, Schrems, Waidhofen a. d. Thaya, Weitra und Zwettl dem Arbeitsgericht Wien;

3. aus dem Kreisgerichtssprengel St. Pölten
 - a) die Orte der Gerichtsbezirke Gaming und Haag dem Arbeitsgericht Amstetten,
 - b) die Orte der Gerichtsbezirke Neulengbach und Tulln dem Arbeitsgericht St. Pölten;

4. aus dem Landesgerichtssprengel Wien die Orte der Gerichtsbezirke Bruck a. d. Leitha und Hainburg dem Arbeitsgericht Wien;

5. aus dem Kreisgerichtssprengel Wiener Neustadt die Orte der Gerichtsbezirke Aspang, Baden, Ebreichsdorf und Kirchschlag dem Arbeitsgericht Wiener Neustadt;

IV. in Oberösterreich:

1. aus dem Landesgerichtssprengel Linz alle Orte dem Arbeitsgericht Linz;
2. aus dem Landesgerichtssprengel Linz-Nord alle Orte dem Arbeitsgericht Linz;
3. aus dem Kreisgerichtssprengel Ried i. I. alle Orte dem Arbeitsgericht Wels;
4. aus dem Kreisgerichtssprengel Steyr
 - a) die Orte des Gerichtsbezirkes Enns dem Arbeitsgericht Linz,
 - b) die Orte aller übrigen Gerichtsbezirke dieses Kreisgerichtssprengels dem Arbeitsgericht Steyr;
5. aus dem Kreisgerichtssprengel Wels alle Orte dem Arbeitsgericht Wels;

V. in Salzburg alle Orte dem Arbeitsgericht Salzburg;

VI. in Steiermark:

1. aus dem Landesgerichtssprengel Graz alle Orte dem Arbeitsgericht Graz;
2. aus dem Kreisgerichtssprengel Leoben
 - a) die Orte der Gerichtsbezirke Murau, Neumarkt, Oberzeiring und Oberwölz dem Arbeitsgericht Judenburg,
 - b) die Orte aller übrigen Gerichtsbezirke dieses Kreisgerichtssprengels dem Arbeitsgericht Leoben;

VII. in Tirol alle Orte dem Arbeitsgericht Innsbruck;

VIII. in Vorarlberg alle Orte dem Arbeitsgericht Dornbirn.

Gerö

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 13. September 1949

44. Stück

206. Bundesgesetz: Abänderung des Urheberrechtsgesetzes.

207. Bundesgesetz: Siebentes Rückstellungsgesetz.

208. Bundesgesetz: Drittes Rückgabegesetz.

209. Kundmachung: Beitritt Finnlands zum Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt.

206. Bundesgesetz vom 14. Juli 1949, betreffend Abänderung des Urheberrechtsgesetzes, B. G. Bl. Nr. 111/1936.

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Bundesgesetz über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Kunst und über verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz), B. G. Bl. Nr. 111/1936, wird abgeändert wie folgt:

§ 53, Abs. (1), Z. 5, hat zu lauten:

„5. wenn die Aufführung von einer nicht aus Berufsmusikern bestehenden Musikkapelle veranstaltet wird, deren Bestand nach einem von der zuständigen Landesregierung ausgestellten Zeugnis der Pflege vollstümlichen Brauchtums dient und deren Mitglieder nicht um des Erwerbes willen mitwirken; doch darf die Aufführung in Gemeinden mit mehr als 2500 Einwohnern nicht im Betriebe eines Erwerbsunternehmens, in Gemeinden bis zu 2500 Einwohnern nur dann im Betriebe eines Erwerbsunternehmens stattfinden, wenn andere passende Räume nicht zur Verfügung stehen und der Reingewinn nicht dem Erwerbsunternehmen zufließt.“

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind die Bundesministerien für Unterricht und für Justiz betraut:

Renner
Figl Hurdes Gerö

207. Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung entzogener oder nicht erfüllter Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privatwirtschaft (Siebentes Rückstellungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind Ansprüche aus Privatdienstverhältnissen, die während der deutschen Besetzung Österreichs im

Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entweder dem Berechtigten auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen entzogen oder nicht erfüllt worden sind.

(2) Die Entziehung oder Nichterfüllung eines Anspruches nach Abs. (1) ist insbesondere anzunehmen, wenn der Berechtigte im Zeitpunkt der Entziehung oder Nichterfüllung politischer Verfolgung unterworfen war und der Dienstgeber nicht nachweist, daß der behauptete Anspruch auch unabhängig von der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus erloschen oder nicht erfüllt worden wäre.

(3) Berechtigte im Sinne des Abs. (1) sind Personen, denen

- Gehalts(Lohn)- oder sonstige Entgeltansprüche bei Fortdauer des Dienstverhältnisses,
- Ansprüche aus dem Dienstverhältnis im Zusammenhang mit dessen Auflösung,
- auf Grund eines Dienstvertrages, einer Dienst- oder Pensionsordnung zustehende Ruhe- oder Versorgungsgenußansprüche ganz oder teilweise entzogen oder nicht erfüllt worden sind.

§ 2. (1) Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gelten nicht für Ansprüche der im § 1 bezeichneten Art, soweit auf diese

- die Vorschriften des § 12 des Beamten-Überleitungsgesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 134, in der im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Bundesgesetzes geltenden Fassung oder
- die Vorschriften der §§ 46 bis 48 des Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes vom 12. Juni 1947, B. G. Bl. Nr. 142, in der im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Bundesgesetzes geltenden Fassung

Anwendung finden,

(2) Ansprüche der im § 1 bezeichneten Art von Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft

werden durch ein besonderes Bundesgesetz geregelt.

§ 3. Entziehungen im Sinne des § 1 sind nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 4 bis 6 nichtig; mit der gleichen Maßgabe können auch nicht erfüllte Ansprüche (§ 1) geltend gemacht werden.

§ 4. (1) War das Dienstverhältnis auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, so stehen in den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. a, die Ansprüche auf das vertragsmäßige Entgelt bis zu dem Zeitpunkt zu, in dem das Dienstverhältnis geendet hätte, wenn es im Zeitpunkte, von dem an der Gehalts(Lohn)- oder sonstige Entgeltanspruch entzogen oder nicht erfüllt worden ist, durch den Dienstgeber unter Einhaltung der gesetzlichen oder günstigeren vertragsmäßigen Kündigungsfrist gekündigt worden wäre, höchstens jedoch für die Dauer von zwölf Monaten; hiebei bleibt jener Teil des monatlichen Entgeltes, der 1000 S im Sinne des Schillingrechnungsgesetzes vom 20. Dezember 1924, B. G. Bl. Nr. 461 (666.67 RM) überstiegen hat, außer Betracht.

(2) Ein auf unbestimmte Zeit abgeschlossenes Dienstverhältnis gilt in den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. b, als durch den Dienstgeber zu dem Zeitpunkt beendet, in dem es geendet hätte, wenn bei der seinerzeitigen Auflösung die für eine Kündigung durch den Dienstgeber geltenden gesetzlichen oder günstigeren vertragsmäßigen Kündigungsfristen eingehalten worden wären, jedenfalls aber mit Ablauf von zwölf Monaten, vom Zeitpunkt der Auflösung an gerechnet.

(3) Ein Anspruch auf Abfertigung, der dem Berechtigten im Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses [Abs. (2)] zugestanden wäre, steht in den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. b, im gesetzlichen oder günstigeren vertragsmäßigen Ausmaß höchstens jedoch im Ausmaß des vierundzwanzigfachen Monatsentgeltes zu; der Berechnung der Abfertigung ist der Anspruch auf das vertragsmäßige Entgelt mit der aus Abs. (1) sich ergebenden Einschränkung zugrunde zu legen. Ein Anspruch auf Abfertigung entfällt, wenn der Berechtigte gemäß den Bestimmungen des Wiedereinstellungsgesetzes vom 4. Juli 1947, B. G. Bl. Nr. 160, in einer der vor dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des vorliegenden Bundesgesetzes in Geltung gestandenen Fassungen wiederingestellt worden ist oder wenn ihm gemäß § 6, Abs. (1) und (2), ein Ruhegenußanspruch zusteht.

§ 5. (1) War das Dienstverhältnis auf bestimmte Zeit abgeschlossen, beschränkt kündbar oder unkündbar, so stehen in den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. a, die Ansprüche auf das vertragsmäßige Entgelt für die vertragsmäßige Dauer, höchstens jedoch für die Dauer von achtzehn Monaten zu; hiebei bleibt jener Teil des monatlichen Entgeltes,

der 1000 S im Sinne des Schillingrechnungsgesetzes vom 20. Dezember 1924, B. G. Bl. Nr. 461 (666.67 RM) überstiegen hat, außer Betracht.

(2) Auf bestimmte Zeit abgeschlossene, beschränkt kündbare und unkündbare Dienstverhältnisse gelten in den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. b, als vom Dienstgeber zu dem Zeitpunkt beendet, in dem das Dienstverhältnis durch Ablauf der Vertragsdauer geendet hätte, jedenfalls aber mit Ablauf von achtzehn Monaten, gerechnet vom Zeitpunkte der Auflösung an.

(3) Ein Anspruch auf Abfertigung, der dem Berechtigten im Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses [Abs. (2)] zugestanden wäre, steht in den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. b, im gesetzlichen oder günstigeren vertragsmäßigen Ausmaß, höchstens jedoch im Ausmaß des vierundzwanzigfachen Monatsentgeltes zu; der Berechnung der Abfertigung ist der Anspruch auf das vertragsmäßige Entgelt mit der aus Abs. (1) sich ergebenden Einschränkung zugrunde zu legen. Die Bestimmungen des § 4, Abs. (3), letzter Satz, finden Anwendung.

(4) Die Bestimmungen des Abs. (3) finden auf Dienstverhältnisse, die auf bestimmte Zeit abgeschlossen oder unkündbar waren, mit folgender Maßgabe Anwendung:

1. Bei Dienstverhältnissen auf bestimmte Zeit ist der Feststellung des Abfertigungsanspruches außer der aus Abs. (2) sich ergebenden Dienstzeit auch die Hälfte der restlichen, vereinbarten Dienstzeit zugrunde zu legen.

2. bei unkündbaren Dienstverhältnissen,

a) bei denen auf Grund des Dienstvertrages (Dienst- oder Pensionsordnung) der Ruhegenuß nach Erreichung eines bestimmten Dienstalters angefallen wäre, ist der Feststellung des Abfertigungsanspruches außer der aus Abs. (2) sich ergebenden Dienstzeit auch die Hälfte der Dienstzeit zugrunde zu legen, die vom Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses [Abs. (2)] bis zur Erreichung des Dienstalters verstrichen wäre, in dem der Dienstnehmer nach dem Dienstvertrag (Dienst- oder Pensionsordnung) in den Ruhestand versetzt hätte werden können,

b) bei denen auf Grund des Dienstvertrages (Dienst- oder Pensionsordnung) der Ruhegenuß nach Erreichung eines bestimmten Lebensalters angefallen wäre, gelten die Bestimmungen der lit. a mit der Maßgabe, daß die Hälfte der Dienstzeit zuzurechnen ist, die vom Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses [Abs. (2)] bis zur Erreichung dieses Lebensalters verstrichen wäre.

§ 6. (1) In den Fällen des § 1, Abs. (3), lit. c, steht dem Berechtigten der Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß vom Tage der Entziehung (Nichterfüllung) an zu.

(2) Berechtigte, die in dem aus der Anwendung der Bestimmungen der §§ 4, Abs. (2), oder 5, Abs. (2), sich ergebenden Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses gemäß Dienstvertrag (Dienst- oder Pensionsordnung) einen Ruhegenußanspruch erworben hätten, steht dieser Anspruch nach Maßgabe der Bestimmungen des Dienstvertrages (Dienst- oder Pensionsordnung) zu.

(3) Hätte ein Berechtigter gemäß Abs. (2) einen Ruhegenußanspruch erworben, so steht seinen Hinterbliebenen ein Versorgungsgenußanspruch nur nach Maßgabe des Dienstvertrages (Dienst- oder Pensionsordnung) zu.

(4) Abschlagzahlungen auf die gemäß Abs. (1) bis (3) zustehenden Ruhe(Versorgungs)genüsse oder Zahlungen, die dem Berechtigten an Stelle des Ruhe(Versorgungs)genusses nach dem Zeitpunkt geleistet wurden, von dem an der Anspruch nach Abs. (1), (2) oder (3) zusteht, sind auf den Anspruch nach Abs. (1) bis (3) anzurechnen.

§ 7. (1) Eine im Dienstvertrag (Dienst- oder Pensionsordnung) vorgesehene Anrechnung von Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf die nach § 6 zustehenden Ruhe- und Versorgungsgenußansprüche bleibt nach Maßgabe folgender Bestimmungen aufrecht:

1. Nicht anzurechnen sind Steigerungsbeträge für Dienstzeiten, die bei der Bemessung des Ruhe- oder Versorgungsgenußanspruches nicht berücksichtigt sind, ferner Steigerungsbeträge für Zeiten einer freiwilligen Versicherung, zu welcher der Versicherte die Beiträge zur Gänze aus eigenen Mitteln entrichtet hat; Kinder- und Hilflosenzuschüsse zu den gesetzlichen Leistungen sind nur auf entsprechende Zuschüsse (Erhöhungen) des Ruhe- oder Versorgungsgenußanspruches anzurechnen.

2. Die Leistung aus der gesetzlichen Rentenversicherung gilt für die Anrechnung auch dann als in vollem Maße angefallen, wenn sie ruht, wegen Verweigerung der Nachuntersuchung entzogen oder verwirkt wird. Im Falle einer Beitrags-erstattung aus der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Ausmaß der anzurechnenden Rente so bemessen, wie wenn die Erstattung nicht erfolgt wäre.

3. Die Berechtigten sind verpflichtet, den Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Rentenversicherung rechtzeitig geltend zu machen. Sie sind verpflichtet, dem Dienstgeber [Nachfolger, § 8, Abs. (1)], beziehungsweise der Pensionseinrichtung alle auf den gesetzlichen Leistungsanspruch bezüglichen Bescheide vorzulegen und die vom Dienstgeber [Nachfolger, § 8, Abs. (1)], be-

ziehungsweise der Pensionseinrichtung gewünschten Rechtsmittel und Schriftsätze einzubringen. Fallen durch schuldhafte Außerachtlassung dieser Vorschriften Leistungen aus der gesetzlichen Versicherung ganz oder teilweise aus, so werden sie trotzdem auf den Ruhe- oder Versorgungsgenußanspruch in voller Höhe angerechnet.

4. Versicherungsfreie Berechtigte haben auf Verlangen des Dienstgebers [Nachfolger, § 8, Abs. (1)], beziehungsweise der Pensionseinrichtung und auf deren Kosten die gesetzliche Rentenversicherung freiwillig fortzusetzen.

(2) Rentenleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden nach Maßgabe der Bestimmungen des Abs. (1) auf Ruhe- oder Versorgungsgenußansprüche nach § 6 nur insoweit angerechnet, als diese Erhöhungen oder Zuschüsse enthalten, die auf Grund des gleichen schädigenden Ereignisses gewährt werden.

§ 8. (1) Die Ansprüche der Berechtigten gemäß den Bestimmungen der §§ 4 und 5 richten sich gegen

1. den Dienstgeber,
2. die Personen, die das Unternehmen erworben [§ 2, Abs. (3), des Dritten Rückstellungsgesetzes] haben,
3. die Personen, die Eigentümer des Unternehmens sind oder nach der Entziehung (Nichterfüllung) des Anspruches waren.

Die unter Ziffer 2 und 3 genannten Personen werden in diesem Bundesgesetz als Nachfolger bezeichnet. Der Dienstgeber und die Nachfolger sind dem Berechtigten zu ungeteilter Hand verpflichtet; für Ersatzansprüche unter den nach den vorstehenden Bestimmungen verpflichteten Personen gelten die Bestimmungen des § 896 ABGB.

(2) Ansprüche nach § 6 richten sich gegen den Dienstgeber (Nachfolger), es wäre denn, daß die Ruhe- oder Versorgungsgenüsse nach Dienstvertrag (Dienst- oder Pensionsordnung) von selbständigen Pensionseinrichtungen zu leisten waren, die nicht auf den Dienstgeber oder Nachfolger übergegangen sind; bei entzogenen oder nicht erfüllten Ruhe- oder Versorgungsgenußansprüchen gilt als Dienstgeber die physische oder juristische Person, die im Zeitpunkt der Entziehung (Nichterfüllung) des Anspruches Erwerber oder Eigentümer des Unternehmens [Abs. (1), Z. 2 und 3] war; die Bestimmungen des Abs. (1) gelten sinngemäß. Ansprüche der vorbezeichneten Art richten sich, wenn die Ruhe- und Versorgungsgenüsse nicht vom Dienstgeber (Nachfolger), sondern von selbständigen Pensionseinrichtungen zu leisten sind, gegen die Pensionseinrichtung.

(3) Hat der Dienstgeber (Nachfolger) oder die Pensionseinrichtung Ansprüche nach den §§ 4, 5 und 6, Abs. (1), auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen bereits an Dritte erfüllt, so sind sie

zu neuerlicher Leistung nicht verpflichtet. Inwiefern Berechtigte im Sinne des § 1 derartige Ansprüche gegen den Fonds nach § 14, Abs. (5), des Dritten Rückstellungsgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, geltend machen können, wird durch besonderes Bundesgesetz geregelt; das gleiche gilt für Berechtigte, die ihre Ansprüche nach diesem Bundesgesetz deshalb nicht geltend machen können, weil ein Verpflichteter nach Abs. (1), beziehungsweise Abs. (2) nicht vorhanden ist.

§ 9. Soweit in diesem Bundesgesetz von „gesetzlichen Kündigungsfristen“ die Rede ist, sind darunter Kündigungsfristen zu verstehen, die nach dem am 13. März 1938 geltenden gesetzlichen Vorschriften einzuhalten waren.

§ 10. (1) Forderungen auf Grund dieses Bundesgesetzes sind, soweit sie den Betrag von 5000 S übersteigen, ohne Änderung der Fälligkeit mit der Maßgabe gestundet, daß die Zahlung in Monatsraten geleistet werden und die einzelne Monatsrate mindestens 500 S betragen muß.

(2) Die Bestimmungen des Abs. (1) gelten nicht für die Zahlung laufender Ruhe- oder Versorgungsgenüsse, die nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes fällig werden.

§ 11. Zinsen für Leistungen aus Ansprüchen nach diesem Bundesgesetz können für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes nicht gefordert werden.

§ 12. (1) Vergleiche über Verpflichtungen aus diesem Bundesgesetz sind gültig, wenn sie nach dem 27. April 1945 geschlossen worden sind.

(2) Die Bestimmungen des Abs. (1) finden auch auf Verzicht und Anerkenntnisse Anwendung.

§ 13. (1) Ansprüche nach diesem Bundesgesetz können durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden nicht übertragen werden.

(2) Von den gesetzlichen Erben sind nur Ehegatten, Vorfahren und Nachkommen des Verstorbenen sowie dessen Geschwister und deren Kinder, sonstige gesetzliche Erben nur dann zur Erhebung eines Anspruches nach diesem Bundesgesetz nach Maßgabe der Einantwortung berechtigt, wenn sie in Hausgemeinschaft mit dem Erblasser gelebt haben. Abfertigungsansprüche nach den §§ 4 und 5 stehen für den Fall, daß der Berechtigte vor Geltendmachung dieses Anspruches verstorben ist, nur den gesetzlichen Erben, zu deren Erhaltung der Verstorbene gesetzlich verpflichtet war, und nur im halben Ausmaß zu.

(3) Bevollmächtigte Vertreter können Ansprüche nach diesem Bundesgesetz nur auf Grund einer Vollmacht geltend machen, die nach dem 27. April 1945 ausgestellt worden ist. Die Echtheit der Unterschrift muß beglaubigt sein.

(4) Abwesenheitskuratoren sind zur Geltendmachung von Ansprüchen nach diesem Bundesgesetz nur dann berechtigt, wenn sie auf Antrag eines Testamentserben (Legatars) oder eines im Abs. (2) bezeichneten nahen Angehörigen oder eines Bevollmächtigten [Abs. (3)] einer solchen Person bestellt worden sind.

§ 14. Ansprüche aus diesem Bundesgesetz können, soweit sie bei Inkrafttreten desselben fällig sind, nur innerhalb zweier Jahre ab seinem Inkrafttreten, sonst nur innerhalb zweier Jahre ab Fälligkeit gerichtlich geltend gemacht werden. Diese Frist kann durch Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung verlängert werden.

§ 15. (1) Über Ansprüche aus diesem Bundesgesetz entscheiden ausschließlich die Arbeitsgerichte nach den für sie geltenden Verfahrensvorschriften. Orte, die nicht zum Bezirk eines bestehenden Arbeitsgerichtes (Nebenstelle) gehören, werden für die Entscheidung dieser Ansprüche den bestehenden Arbeitsgerichten (Nebenstellen) zugewiesen; die erforderlichen näheren Bestimmungen werden durch Verordnung des Bundesministeriums für Justiz getroffen.

(2) In den Fällen des Abs. (1) richtet sich die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes nach Wahl des Klägers nach den Bestimmungen des § 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes oder nach den Bestimmungen der Jurisdiktionsnorm.

§ 16. (1) Vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gefällte Urteile oder sonstige Entscheidungen stehen der Geltendmachung von Ansprüchen nach diesem Bundesgesetz nicht entgegen.

(2) Die Vorschriften dieses Bundesgesetzes finden auch auf Ansprüche Anwendung, die Gegenstand eines im Zeitpunkt seines Inkrafttretens noch nicht rechtskräftig beendeten Verfahrens sind.

(3) Bei den ordentlichen Gerichten anhängige Rechtsstreitigkeiten [Abs. (2)] sind nach den bisherigen Verfahrensvorschriften fortzuführen, wenn im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes die Verhandlung in erster Instanz bereits geschlossen ist. Andernfalls hat das Gericht auf einen binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom Kläger zu stellenden Antrag die Rechtssache an das vom Kläger zu bezeichnende Arbeitsgericht zu überweisen. Dieses Arbeitsgericht hat, wenn es seine Zuständigkeit nach diesem Bundesgesetz für gegeben findet, das Verfahren fortzusetzen; § 261, Abs. (6), ZPO. ist sinngemäß anzuwenden. Hat der Kläger binnen der oben bezeichneten Frist keinen Überweisungsantrag gestellt und das ordentliche Gericht seine Unzuständigkeit rechtskräftig festgestellt, so sind die Arbeitsgerichte an diese Entscheidung gebunden.

§ 17. Alle zur Erlangung und Verwirklichung eines Anspruches nach diesem Bundesgesetz er-

forderlichen Schriften, Amtshandlungen und Rechtsgeschäfte sind von den Stempel- und Rechtsgebühren, Bundesverwaltungsabgaben, Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren befreit.

§ 18. (1) Leistungen auf Grund dieses Bundesgesetzes, die mit seinem Inkrafttreten fällig sind, sind steuerfrei.

(2) Die Bestimmungen des Abs. (1) finden auch auf Leistungen Anwendung, die auf Grund von Vergleichen oder Anerkenntnissen im Sinne der Bestimmungen des § 12 gebühren, soweit diese Leistungen das in diesem Bundesgesetz vorgesehene Höchstausmaß nicht überschreiten.

§ 19. (1) Dieses Bundesgesetz tritt vierzehn Tage nach seiner Kundmachung in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist

- a) hinsichtlich der Bestimmungen der §§ 15 und 16 sowie des § 17, soweit es sich um Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren handelt, das Bundesministerium für Justiz,
- b) hinsichtlich der Bestimmungen des § 17, soweit es sich um Stempel- und Rechtsgebühren handelt, und des § 18 das Bundesministerium für Finanzen,
- c) hinsichtlich der Bestimmungen des § 17, soweit es sich um Bundesverwaltungsabgaben handelt, das Bundeskanzleramt und
- d) hinsichtlich aller übrigen Bestimmungen das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

(3) Verordnungen zu diesem Bundesgesetz können von dem der Kundmachung dieses Bundesgesetzes folgenden Tag an erlassen werden; sie treten jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Bundesgesetz in Kraft.

Renner

Figl Maisel Gerö Zimmermann

208. Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung von in der Zeit zwischen März 1933 und März 1938 verlorengegangenen Ansprüchen aus Privatdienstverhältnissen (Drittes Rückgabegesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind Ansprüche aus Privatdienstverhältnissen in Österreich, die die Berechtigten zwischen dem 5. März 1933 und dem 13. März 1938 auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen aus politischen Gründen — außer wegen nationalsozialistischer Betätigung — verloren haben; als ein solcher Verlust ist auch eine tatsächliche Beendigung des Dienstverhältnisses sowie die Nichterfüllung von Dienstnehmeransprüchen bei fort-

dauerndem Dienstverhältnis anzusehen, sofern sie durch politische Gründe bedingt waren.

(2) Der Verlust eines Anspruches nach Abs. (1) ist insbesondere anzunehmen, wenn der Berechtigte im Zeitpunkt des Verlustes politischer Verfolgung unterworfen war und der Dienstgeber nicht nachweist, daß der Anspruch aus anderen als politischen Gründen verlorengegangen ist.

(3) Berechtigte im Sinne des Abs. (1) sind Personen, die

- a) Gehalts(Lohn)- oder sonstige Entgeltansprüche bei Fortdauer des Dienstverhältnisses
- b) Ansprüche aus dem Dienstverhältnis im Zusammenhang mit dessen Auflösung
- c) auf Grund eines Dienstvertrages, einer Dienst- oder Pensionsordnung zustehende Ruhe- oder Versorgungsgenußansprüche ganz oder teilweise verloren haben.

§ 2. (1) Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gelten nicht für Ansprüche der im § 1 bezeichneten Art, soweit auf diese

- a) die Vorschriften des § 12 des Beamtenüberleitungsgesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 134, in der im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Bundesgesetzes geltenden Fassung oder
- b) die Vorschriften der §§ 46 bis 48 des Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes vom 12. Juni 1947, B. G. Bl. Nr. 142, in der im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Bundesgesetzes geltenden Fassung

Anwendung finden.

(2) Ansprüche der im § 1 bezeichneten Art von Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft werden durch ein besonderes Bundesgesetz geregelt.

§ 3. (1) Verlorene Ansprüche im Sinne des § 1 sind nach Maßgabe und in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der §§ 4 bis 7 des Siebenten Rückstellungsgesetzes vom 14. Juli 1949, B. G. Bl. Nr. 207, zu erfüllen.

(2) Für die Geltendmachung von Ansprüchen nach diesem Bundesgesetz gelten die Bestimmungen der §§ 8 bis 13 und 15 bis 18 des im Abs. (1) bezeichneten Bundesgesetzes sinngemäß mit folgenden Abweichungen:

1. Die Verpflichtung der unter § 8, Abs. (1), Z. 3, genannten Personen besteht, wenn sie zur Rückgabe des Unternehmens verpflichtet worden sind, unbeschadet der in § 8 des Rückgabegesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 55, vorgesehenen Regelung der Ersatzansprüche.

2. In den Fällen des § 8, Abs. (3), können die dort bezeichneten Ansprüche gegen den Bund geltend gemacht werden.



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1949, bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten beträgt S 50.— für Inlands- und S 70.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten.

Bezugsanmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, entgegengenommen. Die Überweisung der Bezugsgebühren kann auf das Postscheckkonto Wien Nr. 178 erfolgen.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 6 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens 40 g für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon U 26-0-69, sowie beim Verlag der

ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Wien III, Rennweg 12 a, Telephon U 18-5-85

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 3. September 1949

42. Stück

199. Bundesgesetz: Sechstes Rückstellungsgesetz.**200.** Verordnung: Abänderung der Ministerialverordnung mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, erlassen werden.**201.** Verordnung: Staatsprüfungs- und Rigorosenordnung an den Technischen Hochschulen.

199. Bundesgesetz vom 30. Juni 1949 über die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte (Sechstes Rückstellungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

I. Geltungsbereich des Gesetzes.

§ 1. (1) Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind Patent-, Marken- und Musterrechte, die dem Eigentümer (Berechtigten) entzogen oder an deren Ausübung er oder seine Erben (Legatäre) — im folgenden geschädigte Eigentümer genannt — verhindert worden sind, sofern die Entziehung oder die Behinderung während der deutschen Besetzung Österreichs, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder von anderen Anordnungen, insbesondere auch durch Rechtsgeschäfte oder sonstige Rechtshandlungen gegenüber dem Eigentümer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme erfolgt ist.

(2) Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind weiters die Erfindungen von Dienstnehmern, die auf Grund der Verordnung über die Behandlung von Erfindungen von Gefolgschaftsmitgliedern vom 12. Juli 1942, Deutsches R. G. Bl. I S. 466, und der hiezu ergangenen Durchführungsverordnung vom 20. März 1943, Deutsches R. G. Bl. I S. 257, von den Dienstgebern in Anspruch genommen und beim Deutschen Reichspatentamt angemeldet worden sind.

II. Allgemeine Bestimmungen.

§ 2. Soweit in diesem Bundesgesetz keine besonderen Bestimmungen getroffen sind, sind die Vorschriften des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz) in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß anzuwenden.

§ 3. Dingliche Rechte, die unter den Voraussetzungen der §§ 9 und 10 des Dritten Rückstellungsgesetzes zu löschen wären, sind in das neue österreichische Patentregister nicht einzutragen.

§ 4. Die Bestimmungen des § 15 Patentschutz-Überleitungsgesetz vom 9. Mai 1947, B. G. Bl. Nr. 123, können in Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Interessen und der persönlichen Verhältnisse der Parteien sinngemäß angewendet werden.

III. Behinderung.

§ 5. (1) Die vermögensrechtlichen Ansprüche aus der Behinderung des geschädigten Eigentümers [§ 1, Abs. (1)], richten sich gegen denjenigen, der aus der Behinderung Nutzen zog, im folgenden Benützer genannt.

(2) Die Bestimmungen des Dritten Rückstellungsgesetzes über den Erwerber finden auf den Benützer sinngemäß Anwendung.

(3) Der Benützer ist verpflichtet, dem geschädigten Eigentümer für die Benützung ein angemessenes Entgelt zu leisten, dessen Höhe von der Rückstellungskommission unter Bedachtnahme auf die tatsächliche Bereicherung nach freiem Ermessen zu bestimmen ist.

IV. Lizenzen und Fruchtnießung.

§ 6. (1) Auf Ansprüche aus der Entziehung von Lizenzrechten sowie aus der Behinderung der Ausnützung von Lizenzrechten haben die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes Anwendung zu finden.

(2) Lizenzverträge, die in der Zeit zwischen Entziehung und Rückstellung eines gewerblichen Schutzrechtes abgeschlossen worden sind, können vom geschädigten Eigentümer innerhalb eines Jahres nach Rückstellung des Schutzrechtes ohne Rücksicht auf entgegenstehende Bestimmungen des Lizenzvertrages aufgekündigt werden. Der Lizenznehmer kann binnen drei Monaten nach der Kündigung bei der Rückstellungskommission eine Entscheidung auf Unwirksamkeitserklärung der Kündigung beantragen. Die Rückstellungskommission entscheidet nach billigem Ermessen, ob und unter welchen Bedingungen der Lizenzvertrag aufrechterhalten oder aufgelöst wird.

(3) Die Bestimmungen der Abs. (1) und (2) finden auch auf die Bestellung der Fruchtnießung Anwendung.

V. Patent- und markenrechtliche Sonderbestimmungen.

§ 7. (1) Die Rückstellungskommission kann nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles dem geschädigten Eigentümer folgende Begünstigungen zuerkennen:

- a) Rechtskräftig beendete Nichtigkeitsverfahren [§ 28 Patentgesetz, B. G. Bl. Nr. 366 aus dem Jahre 1925, § 6, Abs. (2), lit. b, Patent-ÜG.], Verfahren über Abhängigerklärung (§ 30 Patentgesetz), Verfahren über den Anspruch auf Nennung als Erfinder (§ 5 o Patentgesetz), Verfahren über das Bestehen des Vorbenützerrechtes (§ 9 Patentgesetz), Verfahren über die Löschung einer registrierten Marke (§ 22 g Markenschutzgesetz, B. G. Bl. Nr. 206/1947), und über Feststellungsanträge (§ 111 Patentgesetz und § 30 Markenschutzgesetz) können wieder anhängig gemacht werden. Sie sind nach den Bestimmungen des österreichischen Patentgesetzes durchzuführen.
- b) Die Geltendmachung eines Anspruches auf Aberkennung sowie die Geltendmachung des Anspruches auf Nennung als Erfinder können ohne Rücksicht auf den bereits erfolgten Ablauf der Verjährungsfrist [§ 29, Abs. (3), beziehungsweise § 5 o, Abs. (5), Patentgesetz] zugelassen werden.
- c) Von der Anwendung der Bestimmungen des § 2, Abs. (2), des Unionsbeitrittsgesetzes, B. G. Bl. Nr. 119 vom Jahre 1928, kann Abstand genommen werden.
- d) Die Schutzdauer für Patente kann um einen Zeitraum verlängert werden, dessen Höchstdauer durch den Zeitraum der Entziehung oder der Behinderung begrenzt ist. Zeiträume bis zu sechs Monaten bleiben außer Betracht, Zeiträume über sechs Monate sind als volle Jahre zu rechnen.
- e) Bei der Berechnung der Jahresgebühren kann von der Anrechnung der Entziehungs- oder Behinderungszeiten abgesehen werden. Zeiträume bis zu sechs Monaten bleiben außer Betracht, Zeiträume über sechs Monate sind als volle Jahre zu rechnen. Zahlungen auf Grund des Patent-ÜG. sowie Zahlungen von Jahresgebühren sind zu verrechnen und Mehrbeträge zurückzuerstatten.
- f) Patentanmeldungen können im Sinne des § 8, Abs. (1), lit. a, des Patent-ÜG. auch dann wiederholt werden, wenn am 13. März 1938 die Frist zur Nachholung der Äußerung auf den Vorbescheid [§ 55, Abs. (4), Patentgesetz] noch nicht abgelaufen war.

g) Der Antrag auf Löschung einer Marke nach § 22 a Markenschutzgesetz kann auch für den Fall gestellt werden, daß die im § 22 a, Abs. (3), Markenschutzgesetz angeführte Frist zur Antragstellung im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes abgelaufen war.

(2) Die nach Abs. (1) zuerkannten Begünstigungen sind durch einen Antrag an das Patentamt innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung der Rückstellungskommission in Anspruch zu nehmen. Dem Antrag ist eine mit der Bestätigung der Rechtskraft versehene Ausfertigung der Entscheidung der Rückstellungskommission anzuschließen.

§ 8. (1) Wird ein Unternehmen auf Grund des § 3, Abs. (1), des Vierten Rückstellungsgesetzes vom 21. Mai 1947, B. G. Bl. Nr. 143, mit dem früheren Firmenwortlaut in das Handelsregister eingetragen, so ist nur dieses Unternehmen berechtigt, die im Markenschutz-Überleitungsgesetz (Marken-ÜG.) vom 9. Mai 1947, B. G. Bl. Nr. 125, vorgesehenen Anträge hinsichtlich der für die gelöschte Firma eingetragen gewesenen Marken (Warenzeichen) zu stellen.

(2) Registrierungen, die entgegen den Bestimmungen des Abs. (1) vorgenommen wurden, können binnen drei Jahren nach erfolgter Registrierung von Amts wegen oder auf Antrag gelöscht werden.

§ 9. (1) Die Frist zur Antragstellung auf Eintragung von Marken (Warenzeichen) in das neue österreichische Markenregister (§§ 6, 7 und 8, Abs. (2), Marken-ÜG.) kann auf Antrag erstreckt werden, falls der Erwerber eines Unternehmens die Antragstellung unterlassen hat und das Unternehmen zwei Monate vor Ablauf der Frist dem geschädigten Eigentümer noch nicht zurückgestellt war.

(2) Ein Antrag auf Fristerweiterung nach Abs. (1) kann nur bis zum Ablauf der gemäß § 8, Abs. (2), Marken-ÜG. festgesetzten Frist gestellt werden.

(3) Über die Zulässigkeit der Verlängerung der Frist [Abs. (1)] ist nach billigem Ermessen in Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalles zu entscheiden.

§ 10. Die Entscheidungen nach §§ 8 und 9 werden durch das Patentamt in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Markenschutzgesetzes getroffen.

VI. Dienstserfindungen.

§ 11. (1) Wurden Erfindungen vom Dienstgeber auf Grund der im § 1, Abs. (2), angeführten Bestimmungen beansprucht, so kann der Dienstnehmer begehren, daß mit ihm über die in Anspruch genommene Erfindung ein Vertrag im Sinne des § 5 b, Abs. (1), Patentgesetz, unter den in dem gleichen oder einem ähnlichen Wirt-

schaftszweig üblichen Bedingungen abgeschlossen wird.

(2) Zur Feststellung der Bestimmungen dieses Vertrages ist im Streitfall die Rückstellungskommission zuständig.

(3) Weigert sich der Dienstgeber, einen Vertrag im Sinne der Entscheidung der Rückstellungskommission abzuschließen, so hat die Rückstellungskommission über Antrag zu erkennen, daß die Erfindung auf den Dienstnehmer übertragen wird. Dieser Antrag kann innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung der Rückstellungskommission gestellt werden.

§ 12. Ist dem Dienstnehmer für die in § 1, Abs. (2), genannten Erfindungen keine im wesentlichen angemessene Vergütung gewährt worden, so kann er einen Antrag auf Änderung der Vergütung stellen. Die Bestimmungen der §§ 5 e, Abs. (1) und (2), und 5 m, Patentgesetz, finden Anwendung.

§ 13. (1) Wurde der Dienstnehmer durch die Inanspruchnahme seiner Erfindung auf Grund der in § 1, Abs. (2), angeführten Bestimmungen erheblich benachteiligt, ohne daß dieser Nachteil durch eine Änderung der Vergütung (§ 12) behoben werden kann, so kann er die Rückstellung der Erfindung begehren.

(2) Über die Forderung des Dienstgebers auf Ersatz der Aufwendungen für die Erfindung ist unter Bedachtnahme auf den dem Dienstgeber zugekommenen Nutzen nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles zu entscheiden.

§ 14. (1) Die Bestimmungen der §§ 11 bis 13 finden auch auf die Erben des Dienstnehmers Anwendung.

(2) Weitergehende Ansprüche, die einem Dienstnehmer wegen Entziehung oder Behinderung gegen den Dienstgeber im Sinne dieses Bundesgesetzes zustehen, werden durch die Bestimmungen des Abschnittes VI nicht berührt.

VII. Verfahren.

§ 15. Über Ansprüche nach diesem Bundesgesetz einschließlich der Rückgriffsansprüche zwischen mehreren Erwerbern mit Ausnahme der Ansprüche aus den §§ 8, 9 und 12 entscheidet die Rückstellungskommission beim Landesgericht für ZRS Wien.

§ 16. (1) Ansprüche nach diesem Bundesgesetz sind innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes geltend zu machen. Ein Verfahren vor der Rückstellungskommission kann nur innerhalb dieser Frist anhängig gemacht werden. Diese Frist kann durch Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau im Einvernehmen mit dem Bundesministe-

rium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung verlängert werden.

(2) Die Vorschriften des Abs. (1) gelten nur insoweit, als nicht in einzelnen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes eine gesonderte Regelung getroffen wurde.

§ 17. (1) Die Rückstellungskommission kann auf Antrag oder von Amts wegen in jedem Stadium des Verfahrens ein rechtskundiges Mitglied des Patentamtes als Beisitzer ohne Stimmrecht zuziehen.

(2) Diese Beisitzer werden durch den Präsidenten des Patentamtes bestellt.

§ 18. (1) Der Vorsitzende der Rückstellungskommission hat das Patentamt zu ersuchen, die Anmerkung der Einleitung des Rückstellungsverfahrens im Patentregister zu veranlassen.

(2) Diese Anmerkung hat zur Folge, daß die rechtskräftige Entscheidung der Kommission auch gegen diejenigen Personen, die erst nach dem Zeitpunkt, in dem das Ersuchen um Anmerkung an das Patentamt gelangt ist, bürgerliche Rechte erlangt haben, wirksam ist.

(3) Die Anmerkung ist nach rechtskräftiger Beendigung des Verfahrens auf Antrag des im Verfahren festgestellten Eigentümers zu löschen.

VIII. Vollzugsklausel.

§ 19. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau betraut.

Renner

Figl

Kolb

200. Verordnung der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft, für Unterricht und für soziale Verwaltung vom 2. Juli 1949, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 15. Oktober 1909, R. G. Bl. Nr. 178, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, erlassen werden.

Auf Grund des Gesetzes vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 26. Oktober 1934, B. G. Bl. II Nr. 348, des Bundesgesetzes, B. G. Bl. Nr. 441/1935, und des Bundesgesetzes vom 12. Mai 1949, B. G. Bl. Nr. 122, wird verordnet:

Die Ministerialverordnung vom 15. Oktober 1909, R. G. Bl. Nr. 178, in der Fassung der Ministerialverordnung vom 7. Dezember 1934, B. G. Bl. II Nr. 407, und der Ministerialverordnung,

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 13. August 1949

35. Stück

162. Bundesverfassungsgesetz: Streichung minderbelasteter Personen aus den Registrierungslisten.
 163. Bundesgesetz: Verwaltergesetznovelle.
 164. Bundesgesetz: Fünftes Rückstellungsgesetz.
 165. Bundesgesetz: Zweites Rückgabegesetz.
 166. Bundesgesetz: Preisregelungsgesetz 1949.
 167. Bundesgesetz: Neuerliche Abänderung des Bedarfsdeckungsstrafgesetzes.

162. Bundesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1949 über die Streichung minderbelasteter Personen aus den Registrierungslisten.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

§ 1. Personen, die gemäß § 4 des Verbots-gesetzes 1947 als Minderbelastete im Sinne des § 17, Abs. (3), des Verbots-gesetzes 1947 verzeichnet worden sind oder noch verzeichnet werden, sind nach Rechtskraft der Eintragung aus den Registrierungslisten zu streichen, wenn eine Sühneabgabeschuld nicht oder nicht mehr besteht.

§ 2. (1) Die Bestimmungen des § 1 dieses Bundesverfassungsgesetzes gelten nicht für Personen, die im Sinne der Bestimmungen des Abschnittes I des I. Hauptstückes des Nationalsozialistengesetzes, B. G. Bl. Nr. 25/1947, nach dem Zusammenbruch Deutschlands an irgendwelchen, auch geheimen nationalsozialistischen Organisationen teilgenommen oder mit einer geheimen nationalsozialistischen Bewegung Verbindung gehalten oder nationalsozialistische Tätigkeit betrieben haben.

(2) Sind solche Personen auf Grund des § 1 dieses Gesetzes aus der Registrierungsliste gestrichen worden, so sind sie von Amts wegen wieder zu verzeichnen.

§ 3. Die Bestimmungen des Artikels II des Bundesverfassungsgesetzes vom 21. April 1948, B. G. Bl. Nr. 99, über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen für minderbelastete Personen bleiben unberührt.

Artikel II.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Renner

Figl Schärf Helmer Gerö
 Maisel Zimmermann Kraus Kolb Sagmeister
 Krauland Uebeis Migsch Gruber Altenburger

163. Bundesgesetz vom 22. Juni 1949, womit das Bundesgesetz vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 157, über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen (Verwaltergesetz) abgeändert wird (Verwaltergesetznovelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Das Bundesgesetz vom 26. Juli 1946, B. G. Bl. Nr. 157, über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen (Verwaltergesetz) wird nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen abgeändert:

1. § 2 wird geändert wie folgt:

a) lit. a entfällt;

b) lit. c hat zu lauten:

„die flüchtig, unbekanntem Aufenthaltes oder aus anderen Gründen abwesend und nicht in der Lage sind, zurückzukehren oder ihre Rechte zu vertreten oder“;

c) lit. d hat zu lauten:

„die zur Anmeldung im Sinne des Gesetzes über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogener Vermögensschaften vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 10, in der derzeitigen Fassung verpflichtet sind, sofern keine Sicherung dafür gegeben ist, daß weder für das Vermögen noch für dessen Erträge die Gefahr der Verschleppung, Verschlechterung oder Verminderung besteht.“

2. Die bisherigen Bestimmungen des § 2 erhalten in der gemäß Punkt 1 geänderten Fassung die Bezeichnung Abs. (1). Nachstehende Bestimmungen werden dem § 2 als Abs. (2) hinzugefügt:

„Öffentliche Verwalter können auch bestellt werden, wenn an der Weiterführung eines Unternehmens wichtige öffentliche Interessen bestehen, mindestens die Hälfte der Anteilsrechte an dem Unternehmen Gebietskörperschaften zusteht, Or-

gane des Unternehmens fehlen und deren Bestellung trüftige Hindernisse entgegenstehen.“

3. § 3, Abs. (1), wird wie folgt geändert:

Das Wort „maßgebende“ wird durch „maßgebend“ ersetzt.

4. Im § 11 erhält Abs. (2) die Bezeichnung Abs. (6). Folgende Absätze werden neu eingeschaltet:

„(2) Öffentlichen Verwaltern, die ohne Unterbrechung ein Unternehmen mindestens ein Jahr lang geführt haben, ist aus Anlaß ihrer Abberufung, sofern diese nicht wegen mangelnder fachlicher oder moralischer Eignung (§ 17) erfolgt, eine einmalige Abfindung zu gewähren. Die Höhe dieser Abfindung bestimmt sich derart, daß für jedes abgeschlossene Halbjahr der durch die Abberufung beendeten Verwaltungstätigkeit die Hälfte der zuletzt bezogenen monatlichen Entlohnung in Rechnung gestellt wird.

(3) Durch die Bestellung von Dienstnehmern eines Unternehmens zum öffentlichen Verwalter des gleichen Unternehmens tritt — abgesehen von den allfällig geänderten Bezügen und dem geänderten Wirkungsbereich — keine Änderung des Dienstverhältnisses ein. Ist jedoch die Entlohnung [Abs. (1)] solcher öffentlicher Verwalter während ihrer Tätigkeit höher als das Entgelt aus dem Dienstvertrag, so ist der Berechnung aller jener Ansprüche, deren Ausmaß von der Dauer des Dienstverhältnisses abhängig ist, ein Betrag in der Höhe des sich jeweils aus dem Dienstvertrag ergebenden Entgeltes zugrunde zu legen. Die Höhe der im Abs. (2) vorgesehenen einmaligen Abfindung bestimmt sich bei solchen öffentlichen Verwaltern nach dem Betrag, um den ihre zuletzt bezogene monatliche Entlohnung [Abs. (1)] das jeweils sich aus dem Dienstvertrag ergebende monatliche Entgelt übersteigt.

(4) Zählte die Zeit der Tätigkeit als öffentlicher Verwalter nicht als Dienstzeit gemäß Abs. (3), so ist diese Zeit, sofern sie mindestens sechs Monate gedauert hat, für künftige Urlaubsansprüche gemäß § 17, Abs. (4), des Angestelltengesetzes und gemäß § 1, Abs. (4), des Gutsangestelltengesetzes wie eine im Inlande gebrachte Dienstzeit zu berücksichtigen.

(5) Für den Bereich des Abgaben- und Sozialversicherungsrechtes ist die Tätigkeit eines öffentlichen Verwalters als die eines unselbständigen Erwerbstätigen zu behandeln. Die Pflichten des Dienstgebers haben die Verwalter selbst zu erfüllen. Von der Kranken- oder Rentenversicherung sind jedoch — unbeschadet einer bestehenden Versicherung bei einer Meisterkrankenkasse — jene Verwalter ausgenommen, die unmittelbar vor ihrer Bestellung zu öffentlichen Verwaltern ausschließlich selbständig erwerbstätig

gewesen sind oder die bei der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten versichert sind.“

5. § 18, Abs. (3), hat zu lauten:

„(3) Vor Aufhebung der öffentlichen Verwaltung ist den nach § 14 anzuhörenden Berufsvertretungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Dies gilt jedoch nicht

- a) für den Fall der Verwalterbestellung nach § 2, lit. d, wenn die Rückstellung des entzogenen Vermögens bereits vollzogen oder ein Vergleich zwischen den an der Vermögensentziehung Beteiligten geschlossen worden ist oder die Beteiligten einvernehmlich die Aufhebung der öffentlichen Verwaltung beantragt haben,
- b) für Fälle nach § 2, lit. c, wenn das Unternehmen oder die Vermögensschaft vor dem 15. März 1938 gänzlich oder überwiegend im Eigentum des Bundes, der Bundesländer (Stadt Wien), der Bezirke und Gemeinden oder ihrer Betriebe oder von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder von Institutionen der sozialen Betreuung der Dienstnehmer derselben (Stiftungen, gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgesellschaften oder Genossenschaften, Wohltätigkeitsvereine usw.) stand und die Aufhebung der öffentlichen Verwaltung von der nach dem Behörden-Überleitungsgesetz zur Betreuung des betreffenden Vermögens berufenen Behörde beantragt wird.“

6. § 22 hat zu lauten:

„Die Vorschriften über öffentliche Verwalter finden auf öffentliche Aufsichtspersonen sinngemäß Anwendung, jedoch sind diese in die öffentlichen Bücher nur auf besonderen Antrag des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung einzutragen.“

§ 2. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung betraut.

Renner

Figl

Krauland

164. Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückstellung entzogenen Vermögens juristischer Personen des Wirtschaftslebens, die ihre Rechtspersönlichkeit unter nationalsozialistischem Zwang verloren haben (Fünftes Rückstellungsgesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Anwendungsbereich.

§ 1. (1) Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind Ansprüche auf Rückstellung der entzogenen

Vermögen der in Abs. (2) genannten juristischen Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit auf eine der im § 1 des Vermögensentziehungs-Erfassungsgesetzes, St. G. Bl. Nr. 10/1945, § 1 des Bundesgesetzes vom 15. Mai 1946, B. G. Bl. Nr. 106, oder § 1, Abs. (1), des Ersten, Zweiten oder Dritten Rückstellungsgesetzes, B. G. Bl. Nr. 156/1946, 53/1947 und 54/1947, genannten Arten verloren und im Zeitpunkt der Einleitung eines Verfahrens nach diesem Bundesgesetz nicht wiedererlangt haben.

(2) Diese juristischen Personen sind Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Gewerkschaften im Sinne des Berggesetzes.

(3) Eine Entziehung im Sinne des Abs. (1) liegt insbesondere vor, wenn dem Anteilberechtigten seine Anteile entzogen worden sind (§ 2 des Dritten Rückstellungsgesetzes) und der Verlust der Rechtspersönlichkeit der juristischen Person entweder durch eine vorangegangene Entziehung von Anteilsrechten ermöglicht oder durch Entziehung von Vermögen der juristischen Person veranlaßt worden ist, sofern nicht festgestellt wird, daß der Verlust der Rechtspersönlichkeit auch ohne Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme eingetreten wäre. Verlust der Rechtspersönlichkeit von im Abs. (2) genannten juristischen Personen ohne Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme ist dann anzunehmen, wenn die Auflösung oder Verschmelzung eines Kredit- oder Versicherungsunternehmens zum Zwecke der Rationalisierung im Bank-, Sparkassen- oder Versicherungswesen erfolgt ist.

(4) Geschädigte Anteilberechtigte im Sinne dieses Gesetzes sind sowohl der Anteilberechtigte, dem entzogen worden ist, als auch dessen Erben (Legatäre) nach Maßgabe des § 14, Abs. (2), des Dritten Rückstellungsgesetzes.

(5) Die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. November 1947 über die Geltendmachung der Rückstellungsansprüche der aufgelösten österreichischen Verbrauchergenossenschaften, B. G. Bl. Nr. 256, werden durch dieses Bundesgesetz nicht berührt.

Feststellung der Anteilberechtigung und sonstige vorbereitende Maßnahmen.

§ 2. (1) Auf Antrag eines Anteilberechtigten, der glaubhaft macht, daß ihm ein Anspruch auf Rückstellung eines Anteilsrechtes zustünde oder daß sonstige Voraussetzungen nach § 1, Abs. (1) oder Abs. (3), vorliegen, ist ein Sachwalter von der nach dem letzten inländischen Sitz der aufgelösten juristischen Person zuständigen Rückstellungskommission zu bestellen.

(2) Bestellung und Abberufung des Sachwalters sind in das Register, das für die aufgelöste juristische Person geführt worden war, einzutragen und bekanntzumachen.

(3) Die Rückstellungskommission kann die Bestellung und Belassung des Sachwalters vom Erlag des voraussichtlich zur Deckung der durch das Verfahren entstehenden Kosten erforderlichen Betrages, insbesondere der Kosten des Sachwalters [§ 12, Abs. (2)], abhängig machen.

§ 3. (1) Der Sachwalter hat die Anteilberechtigten und die Gläubiger der aufgelösten juristischen Person unverzüglich aufzufordern, ihm ihre Ansprüche binnen drei Monaten schriftlich oder telegraphisch zu melden und glaubhaft zu machen. Die Aufforderung ist in der „Wiener Zeitung“ bekanntzumachen. Die Rückstellungskommission kann eine längere Anmeldefrist und zusätzliche Arten der Bekanntmachung anordnen.

(2) Nach Ablauf der Anmeldefrist hat der Sachwalter unverzüglich einen Bericht über die Anmeldung an die Rückstellungskommission zu erstatten. Diese hat von Amts wegen festzustellen, wem im Zeitpunkt der Auflösung der juristischen Person unter Berücksichtigung der Nichtigkeit der Entziehung die angemeldeten Anteilsrechte zugestanden sind. Darüber hinaus ist im Erkenntnis, soweit dies ohne weitwendiges Beweisverfahren möglich ist, festzustellen, wem die übrigen Anteilsrechte zugestanden sind. Im Erkenntnis ist auch festzustellen, welche Anteilsrechte als entzogen den geschädigten Anteilberechtigten rückzustellen wären. Das Erkenntnis wirkt für und gegen jeden Anteilberechtigten.

§ 4. (1) Zur Vorbereitung der Geltendmachung des Anspruches auf Rückstellung des Vermögens der aufgelösten juristischen Person hat der Sachwalter unverzüglich die erforderlichen Erhebungen zu pflegen und auch hierüber der Rückstellungskommission zu berichten. Den Anteilberechtigten, die ihre Ansprüche glaubhaft machen, steht das Recht zu, in den Bericht des Sachwalters Einsicht zu nehmen.

(2) Die Rückstellungskommission hat das Verfahren einzustellen, wenn auf Grund des Berichtes des Sachwalters anzunehmen ist, daß das voraussichtlich rückzustellende Vermögen die Kosten des Verfahrens, insbesondere die Kosten des Sachwalters [§ 12, Abs. (2)], nicht decken würde.

Wiederherstellung der juristischen Person.

§ 5. (1) Geschädigte Anteilberechtigte [§ 1, Abs. (4)], die im Zeitpunkt der Auflösung der juristischen Person mindestens die einfache Mehr-

heit der Anteilsberechtigten vertreten haben, können binnen zwei Monaten nach Rechtskraft des Erkenntnisses gemäß § 3, Abs. (2), bei der Rückstellungskommission die Einleitung des Verfahrens zur Wiederherstellung der aufgelösten juristischen Person (§ 7) beantragen.

(2) Wenn die Voraussetzungen nach diesem Bundesgesetz vorliegen, hat die Rückstellungskommission dem Antrage stattzugeben, es sei denn, daß öffentliche Interessen entgegenstehen. Hierüber kann sie vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung eine Äußerung einholen, die im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien abzugeben ist. Langt sie binnen drei Monaten bei der Rückstellungskommission nicht ein, so hat diese anzunehmen, daß nach Ansicht des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

§ 6. Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen nach § 1 können nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geltend gemacht werden:

- a) von Personen, denen unter Berücksichtigung der Nichtigkeit der Entziehung die Gesamtheit der Anteilsrechte an der aufgelösten juristischen Person zugestanden ist,
- b) von einem Sachwalter,
- c) von der wiederhergestellten juristischen Person.

§ 7. (1) Die Rückstellungsansprüche der aufgelösten juristischen Person hat der Sachwalter geltend zu machen, falls nicht diese Ansprüche in die wiederherzustellende juristische Person als Sacheinlage eingebracht werden oder die Gesamtheit der Anteilsberechtigten die Ansprüche geltend macht. Kommt eine Einigung über die Rückstellung nicht zustande, so sind die Ansprüche bei der nach § 2, Abs. (1), zuständigen Rückstellungskommission geltend zu machen.

(2) Wenn nicht die Rückstellungsansprüche in die wiederherzustellende juristische Person eingebracht werden, ist das rückgestellte Vermögen als Sacheinlage in die wiederhergestellte juristische Person einzubringen. Sollen darüber hinaus Sach- oder Bareinlagen geleistet werden, so sind hierfür die gesetzlichen Bestimmungen über Kapitalserhöhungen anzuwenden.

(3) Schulden der aufgelösten juristischen Person, die zufolge einer Entziehung nicht befriedigt worden sind, gehen auf die wiederhergestellte juristische Person nur über, wenn diese im Zeitpunkt der Wiederherstellung die Schulden kennt oder kennen muß. Ein gemäß anderen gesetzlichen Bestimmungen nach der Auflösung

der juristischen Person durch Zeitablauf eingetretener Rechtsverlust ist nicht zu beachten.

(4) Bei der Wiederherstellung der aufgelösten juristischen Person sind im übrigen die gesetzlichen Gründungsbestimmungen einzuhalten; die gesetzlich notwendigen Änderungen der letzten Satzung können mit einfacher Mehrheit, sonstige Bestimmungen nur mit der nach den Bestimmungen über Satzungsänderungen erforderlichen Mehrheit beschlossen werden. Kommt ein Beschluß über die notwendigen Satzungsänderungen nicht zustande, so entscheidet darüber auf Antrag einer Mehrheit nach § 5, Abs. (1), die nach § 2, Abs. (1), zuständige Rückstellungskommission.

(5) Der rückstellungspflichtige Erwerber des Vermögens der aufgelösten juristischen Person kann die ihm gegen den geschädigten Anteilsberechtigten nach dem Dritten Rückstellungsgesetz zustehenden Rechte nur bei der nach § 2, Abs. (1), zuständigen Rückstellungskommission geltend machen.

Verwertung des Vermögens der nicht wiederhergestellten juristischen Person.

§ 8. (1) Wird ein Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Wiederherstellung der aufgelösten juristischen Person nicht fristgerecht gestellt (§ 5) oder abgewiesen, so ist durch den Sachwalter nach den folgenden Bestimmungen bei der nach § 2, Abs. (1), zuständigen Rückstellungskommission das Verfahren zur Verwertung und Verteilung des Vermögens der aufgelösten juristischen Person einzuleiten, falls nicht die Bestimmungen des § 10 entgegenstehen.

(2) In diesem Falle sind die Rückstellungsansprüche der aufgelösten juristischen Person vom Sachwalter geltend zu machen. Der rückstellungspflichtige Erwerber kann die ihm gegen den Anteilsberechtigten nach dem Dritten Rückstellungsgesetz zustehenden Rechte gegen die durch den Sachwalter vertretene Verwertungsmasse geltend machen.

(3) Falls die Rückstellungskommission nicht eine wirtschaftlich vorteilhaftere Verwertungsart bestimmt, hat der Sachwalter den Verkauf des rückzustellenden beweglichen Vermögens durch öffentliche Versteigerung im Sinne der handelsgerichtlichen Vorschriften über den Pfandverkauf und des unbeweglichen Vermögens durch gerichtliche Versteigerung nach den Bestimmungen der §§ 267 ff des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen zu veranlassen.

(4) Anteilsberechtigten, die mindestens die einfache Stimmenmehrheit besitzen, sowie den persönlich haftenden Gesellschaftern einer Kommanditgesellschaft auf Aktien ist auf ihr Ver-

langen das zu verwertende Vermögen um einen angemessenen Preis, der durch gerichtliche Schätzung nach den Bestimmungen des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen zu ermitteln ist, zu überlassen.

§ 9. (1) Aus dem Erlös sind vorerst die Barauslagen und die Entlohnung für die Mühewaltung des Sachwalters (§ 12, Abs. (2)) zu bezahlen. Sodann sind aus dem Erlös die Forderungen unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der Konkursordnung zu befriedigen.

(2) Der nach Befriedigung der Forderungen verbleibende Erlös ist an die Anteilsberechtigten nach Maßgabe ihrer Anteile zu verteilen. Eine Gegenleistung nach § 8, Abs. (2), ist dem Anteilsberechtigten anzurechnen. Beträge, die auf Anteilsberechtigten entfallen, die unbekannt oder unbekanntes Aufenthaltes sind, sind bei Gericht zu erlegen.

(3) Der Sachwalter hat der Rückstellungskommission einen Verteilungsplan vorzulegen. Sie hat den Verteilungsplan durch vier Wochen zur Einsicht für die zur Anmeldung nach § 3, Abs. (1), Berechtigten aufzulegen und in der „Wiener Zeitung“ den Tag kundzumachen, an dem er aufgelegt wurde; mit dem Tag der Verlautbarung beginnt der Lauf der genannten Frist.

(4) Innerhalb dieser Frist können die zur Einsicht Berechtigten [Abs. (3)] bei der Rückstellungskommission Einwendungen gegen den Verteilungsplan, insbesondere über den Bestand und die Höhe der angemeldeten Forderungen, erheben.

(5) Nach einer Verteilungstagsatzung, deren Anberaumung in der „Wiener Zeitung“ kundzumachen ist, faßt die Rückstellungskommission den Verteilungsbeschuß. Zur Anfechtung des Verteilungsbeschlusses sind nur die bei der Verteilungstagsatzung vertretenen zur Einsicht Berechtigten [Abs. (3)] befugt.

(6) Der Sachwalter darf bei sonstiger Nichtigkeit Auszahlungen nach dem Abs. (1) und (2) nur gemäß dem Verteilungsbeschuß der Rückstellungskommission vornehmen.

Entschädigung Anteilsberechtigter.

§ 10. (1) Wären nach dem Erkenntnis gemäß § 3, Abs. (2), nicht Anteilsrechte rückzustellen, die mindestens die in § 5, Abs. (1), bezeichnete Mehrheit darstellen, so hat die Rückstellungskommission an Stelle des Verfahrens nach § 8 auf Antrag des geschädigten Anteilsberechtigten eine angemessene Entschädigung zuzuerkennen.

(2) Wenn nur eine Entziehung von Anteilsrechten vorliegt, der Verlust der Rechtspersönlichkeit der juristischen Person aber auch ohne Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme eingetreten wäre [§ 1, Abs. (3)], so können geschädigte Anteilsberechtigte binnen zwei Monaten nach Rechtskraft des Erkenntnisses gemäß § 3, Abs. (2), bei der Rückstellungskommission Rückstellungsansprüche stellen. Die Bestimmungen des § 23, Abs. (3), des Dritten Rückstellungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden.

Fristen.

§ 11. Die Fristen zur Geltendmachung der Rückstellungsansprüche nach diesem Bundesgesetz können durch Verordnung verlängert werden.

Verfahrensbestimmungen.

§ 12. (1) Auf den Sachwalter sind die Bestimmungen des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Kuratel anzuwenden.

(2) Die Entlohnung des Sachwalters wird von der Rückstellungskommission in einer der Mühewaltung des Sachwalters angemessenen Höhe bestimmt; falls die Kosten des Sachwalters im Erlöse keine Deckung finden, sind sie nach billigem Ermessen auf die Antragsteller aufzuteilen.

§ 13. Soweit dieses Bundesgesetz nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Dritten Rückstellungsgesetzes.

Abgabenbefreiung.

§ 14. (1) Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Amtshandlungen, amtlichen Ausfertigungen, Eingaben und Protokolle, Urkunden und Zeugnisse sowie sonstigen Rechtsvorgänge unterliegen keiner öffentlichen Abgabe, deren Regelung in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Die gleiche Befreiung kommt auch den zwischen dem 27. April 1945 und dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zustande gekommenen Vergleichen, Verzichten und Anerkenntnissen und den mit diesen zusammenhängenden Rechtsvorgängen unter der Voraussetzung zu, daß auf sie die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes ansonsten anwendbar wären.

(2) Diese Befreiung bezieht sich nicht auf Rechtsvorgänge, Amtshandlungen, Eingaben und Protokolle im Verfahren nach § 8, sofern die Abgabenschuld nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht die Verwertungsmasse oder die nach § 8, Abs. (4), Aufgriffsberechtigten trifft.

Schlußbestimmungen.

§ 15. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Justiz und für Finanzen betraut.

Renner

Figl Krauland Gerö Zimmermann

165. Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückgabeanprüche aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen als Bestandnehmer (Zweites Rückgabegesetz)*).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Gegenstand dieses Bundesgesetzes sind Bestandrechte an Wohn- und Geschäftsräumen, bebauten und unbebauten Grundstücken, die demokratischen Organisationen auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiete zustanden. Der Inhaber des Bestandgegenstandes hat diesen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu räumen, wenn die genannten Organisationen in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 13. März 1938 in der Ausübung ihrer Rechte auf Grund von Maßnahmen behindert worden sind, die mit den am 5. März 1933 geltenden Rechtsvorschriften nicht vereinbar waren.

§ 2. Der Räumungsanspruch besteht jedoch nicht, wenn:

- a) die Ausübung des Bestandrechtes im Zeitpunkte des Eintrittes der Behinderung auch unabhängig von den im § 1 angeführten Maßnahmen geendet hätte oder
- b) der Bestandgegenstand im Zeitpunkte des Eintrittes der Behinderung zum überwiegenden Teil untervermietet war, es sei denn, daß eine demokratische Organisation (§ 1) der Untermieter war, oder
- c) der Bestandgegenstand am 1. Jänner 1949 und am Tage der Geltendmachung des Anspruches zum überwiegenden Teil Wohnzwecken gedient hat.

§ 3. (1) Zur Erhebung der Ansprüche sind die in den §§ 2 bis 5 des Ersten Rückgabegesetzes genannten Vermögensträger berechtigt.

*) Erstes Rückgabegesetz siehe Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückgabe des Vermögens aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen, B. G. Bl. Nr. 55.

(2) Die Bestimmungen des § 6, Abs. (1), (2) und (5), sowie der §§ 7 und 8 des Ersten Rückgabegesetzes sind anzuwenden.

(3) Der Anspruch ist jedoch innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes geltend zu machen. Diese Frist kann durch Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung verlängert werden.

§ 4. (1) Über den Antrag entscheidet die nach der Lage des Bestandgegenstandes zuständige Rückgabekommission (§ 6, Abs. (4), des Ersten Rückgabegesetzes).

(2) Die Rückgabekommission hat eine angemessene Räumungsfrist festzusetzen; ihre Verlängerung ist unzulässig.

(3) Das Bestandverhältnis des Vermögensträgers (§ 3, Abs. (1)), dessen Antrag stattgegeben wurde, regelt sich nach den Bedingungen, die bis zur Behinderung (§ 1) galten. Änderungen der Höhe des Mietzinses, die sich seit dem Zeitpunkte des Eintrittes der Behinderung auf Grund gesetzlicher Vorschriften ergeben haben, bleiben aufrecht. Der Vermögensträger (§ 3, Abs. (1)) kann sein Bestandrecht nur an jene Organisation übertragen, die die Aufgaben der aufgelösten oder verbotenen demokratischen Organisation (§ 1) übernimmt und fortführt. Der Bestandgeber hat die Fortsetzung der Ausübung des Bestandrechtes zu gestatten. In die Dauer von Bestandverhältnissen, die auf bestimmte Zeit abgeschlossen waren, ist die Zeit der Behinderung nicht einzurechnen.

(4) Der Bestandgegenstand ist in dem Zustand zu übergeben, in dem er sich am 1. Jänner 1949 befunden hat.

(5) Die Rückgabekommission ist berechtigt, Sicherstellungen anzuordnen.

§ 5. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

Renner

Figl

Maisel-

166. Bundesgesetz vom 30. Juni 1949 über die Regelung von Preisen und Entgelten (Preisregelungsgesetz 1949).

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Gegenstand der Regelung.

(1) Die Preise und Entgelte für die in der Anlage A zu diesem Bundesgesetze bezeichneten Sachgüter und Leistungen unterliegen der Regelung nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes.

(2) 1
Bunde
Bunde
mit d
berühr
der R
worfer
Bunde
Landw
Wien
schafts
schen
antrag
„Wien

(3) 1
Einver
vornel
hörung
schafte
dungst
machu
„Wien

(4) V
kann
Haupt
des Bu
Leistu
geführ
den I
werfer
vor A
neten
die in
hören.

§ 2.
Entg

(1) I
Einver
vornel
trag d
Leistu
schrif

(2)
seinen
Bunde
nach
neten
Vorp
rium,
den
Abs.
gutad

(3)
unter
Inner
eine

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 30. Juni 1949

27. Stück

- Bundesgesetz: Änderung des Aufbauschlages zur Biersteuer.
 Bundesgesetz: Abänderung des Bundesgesetzes über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte.
 Bundesgesetz: Steueränderungsgesetz 1949.
 Bundesgesetz: Besatzungskostendeckungsgesetz.
 Bundesgesetz: Investitionsbegünstigungsgesetz 1949.
 Bundesgesetz: Aufbauanleihegesetz.
 Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetz.

Bundesgesetz vom 18. Mai 1949, betreffend Änderung des Aufbauschlages zur Biersteuer.

Der Nationalrat hat beschlossen:

1. Der Aufbauschlag zur Biersteuer (§ 2 Bundesgesetzes vom 2. Juli 1947, B. G. Bl. Nr. 157, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 2. Dezember 1948, B. G. Bl. Nr. 27/1949) wird auf 30 S vom Hektoliter erhöht.

2. (1) Die am Wirksamkeitsbeginne dieses Gesetzes im freien Verkehr befindlichen Vorräte unterliegen einer Nachsteuer im Ausmaß von 30 S vom Hektoliter.

Im übrigen haben hinsichtlich der Nachverrechnung die Bestimmungen des § 3 des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1947, B. G. Bl. Nr. 157, sinngemäße Anwendung zu finden.

3. Dieses Bundesgesetz tritt acht Tage nach Kundmachung in Kraft.

4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes wird das Bundesministerium für Finanzen betraut. Die Durchführungsverordnung kann bereits vor der Kundmachung dieses Bundesgesetzes erlassen werden. Sie tritt gleichzeitig mit diesem Bundesgesetz in Kraft.

Figl Renner
Zimmermann

Bundesgesetz vom 19. Mai 1949, betreffend das Bundesgesetz vom 2. Juli 1947, B. G. Bl. Nr. 193, über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 2. Juni 1948, B. G. Bl. Nr. 129, abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. In den §§ 1 und 2, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1947, B. G. Bl.

Nr. 193, über die Zulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung verjährter Rechte, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 2. Juni 1948, B. G. Bl. Nr. 129, sind die Worte „30. Juni 1949“ durch die Worte „31. Jänner 1950“ zu ersetzen.

Artikel II. (1) Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Juli 1949 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz betraut.

Figl Renner Gerö

132. Bundesgesetz vom 19. Mai 1949 über Änderungen auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Umsatzsteuer (Steueränderungsgesetz 1949).

Der Nationalrat hat beschlossen:

ABSCHNITT A.

Einkommensteuer.

Artikel I.

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Einkommensteuernovelle 1947 vom 3. Juli 1947, B. G. Bl. Nr. 127, und in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Juni 1948, B. G. Bl. Nr. 127, wird in nachstehender Weise geändert:

1. § 2, Abs. (5), hat zu lauten:

„(5) Bei buchführenden Land- und Forstwirten und bei Gewerbetreibenden, deren Firma im Handelsregister eingetragen ist und die Bücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches ordnungsmäßig führen, ist der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft oder aus Gewerbebetrieb bei Ermittlung des Einkommens für das Kalenderjahr zu berücksichtigen, in dem das Wirtschaftsjahr endet. Wirtschaftsjahr ist der Zeitraum, für den regelmäßig Abschlüsse gemacht werden.“

betrag (Nennbetrag) ziffernmäßig nicht übersteigt (Strafamnestie).

2. Rechtskräftige Bescheide (Steuerbescheide, Steuermeßbescheide, Freistellungsbescheide, Feststellungsbescheide) dürfen zuungunsten des Steuerpflichtigen nur insoweit geändert werden, als das (der) nicht erklärte Einkommen (Gewinn) oder Vermögen den durch Zeichnung erworbenen Anleihebetrag (Nennbetrag) ziffernmäßig übersteigt. Solange das Ermittlungs-, Festsetzungs- oder Rechtsmittelverfahren noch nicht abgeschlossen ist, darf die Tatsache der Zeichnung der Anleihe nicht verwertet werden (Bemessungsamnestie).

(2) Die Bestimmungen des Abs. (1), Z. 1 und 2, gelten auch hinsichtlich der Umsatzsteuer für jene im Jahre 1947 oder in den Vorjahren erzielten und nicht erklärten Umsätze, aus denen das (der) nicht erklärte Einkommen (Gewinn) oder Vermögen herrührt.

(3) Wenn die Herkunft eines in Aufbauanleihe bestehenden neu hervorgekommenen Vermögens nicht zweifelsfrei aufgeklärt werden kann, ist bezüglich der im Abs. (1) genannten Steuern davon auszugehen, daß die zur Zeichnung der Anleihe aufgewendeten Mittel aus dem Jahre 1947 oder den Vorjahren herrühren.

(4) Zur Geltendmachung der Amnestie [Abs. (1)] hat der Steuerpflichtige die Anleihezeichnung durch eine auf seinen Namen (Firma) lautende, den Betrag und die Nummern der durch Zeichnung erworbenen Stücke ausweisende Bestätigung der Zeichnungsstelle nachzuweisen.

§ 6. Die erstmalige Übertragung von Stücken der Anleihe von den Zeichnungsstellen an die Zeichner (Erwerber) ist von der Kapitalverkehrssteuer befreit.

§ 7. Die Anleihe ist zur Eintragung im Bundes-schuldbuch gemäß § 2 der Bundesschuldbuchverordnung vom 13. Juli 1948, B. G. Bl. Nr. 162, geeignet.

§ 8. Die Begebungskosten der Anleihe sind, abweichend von der Bestimmung des Artikels 6, Punkt XXIII, des Verwaltungsentlastungsgesetzes, B. G. Bl. Nr. 277/1925, außerhalb des Bundeshaushalts zu verrechnen.

§ 9. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Renner

Figl

Zimmermann

136. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 21. Mai 1949 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetze.

Auf Grund des § 14, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche gemäß dem Dritten Rückstellungsgesetz wird bis 31. Dezember 1949 verlängert.

Krauland

3

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1949

Ausgegeben am 8. Jänner 1949

2. Stück

3. Bundesgesetz: Börsensale-Gesetz.
4. Bundesgesetz: 3. Börsfondsnovelle.
5. Verordnung: Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetze.

3. Bundesgesetz vom 13. Oktober 1948 über Börsensale (Börsensale-Gesetz).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Abschnitt I.

Tätigkeit und Befugnisse.

§ 1. (1) Börsensale sind die nach den Bestimmungen der §§ 15 bis 18 für eine Börse amtlich bestellten Handelsmäkler.

(2) Die Börsensale vermitteln für Auftraggeber Käufe und Verkäufe über Waren, Schiffe, Wechsel, Münzsorten, Staatspapiere, Aktien und andere Wertpapiere, ferner Verträge über die dem Warenverkehr dienenden Hilfsgeschäfte, wie Versicherungs-, Fracht-, Speditions- und Leihgeschäfte.

§ 2. (1) Durch die übertragene Geschäftsvermittlung ist ein Börsensal noch nicht als bevollmächtigt anzusehen, eine Zahlung oder eine andere im Verträge bedungene Leistung in Empfang zu nehmen.

(2) Er ist jedoch auch ohne besondere Vollmacht berechtigt, das Entgelt für Verkehrsgegenstände zu übernehmen, die den Gegenstand seiner Vermittlung gebildet haben, wenn diese von ihm ausgefolgt werden.

§ 3. Der Landeshauptmann kann den Börsensalen dort, wo ein Bedürfnis besteht, die Befugnis erteilen, öffentliche Versteigerungen von Waren und Wertpapieren abzuhalten, die den Gegenstand ihrer Vermittlungsgeschäfte bilden.

Abschnitt II.

Pflichten.

§ 4. (1) Die Börsensale sind verpflichtet, die ihnen anvertrauten Geschäfte mit Fleiß, Vorsicht, Genauigkeit, Treue und Redlichkeit zu besorgen und haben alles zu vermeiden, was das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit und in die Glaubwürdigkeit der von ihnen ausgehenden Urkunden schwächen könnte.

(2) Sie haben insbesondere folgende Pflichten:

1. Sie dürfen für eigene Rechnung keine im Börsenverkehr üblichen Geschäfte schließen, weder unmittelbar noch mittelbar, auch nicht als Kommissionäre, sie dürfen kein Handelsgewerbe betreiben und für die Erfüllung der Geschäfte, welche sie vermitteln, sich nicht verbindlich machen oder Bürgschaft leisten, alles dies unbeschadet der Gültigkeit der Geschäfte.

2. Sie dürfen zu keinem Kaufmann in dem Verhältnis eines Prokuristen, Handlungsbevollmächtigten oder Handlungsgehilfen stehen, noch auch Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien noch auch Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sein.

3. Sie dürfen sich nicht mit anderen Börsensalen oder Handelsmäklern zu einem gemeinschaftlichen Betriebe der Mäklergeschäfte oder eines Teiles derselben vereinigen; zur gemeinschaftlichen Vermittlung einzelner Geschäfte sind sie unter Zustimmung der Auftraggeber befugt.

4. Sie müssen die Vermittlungstätigkeit persönlich betreiben und dürfen sich zur Abschließung der Geschäfte eines Gehilfen nicht bedienen; es ist ihnen jedoch gestattet, zur Übernahme von Vermittlungsaufträgen Gehilfen zu verwenden, für deren Gebahren sie verantwortlich sind.

5. Sie sind zur Verschwiegenheit über die Aufträge, Verhandlungen und Abschlüsse verpflichtet, soweit nicht das Gegenteil durch die Parteien bewilligt oder durch die Natur des Geschäftes geboten ist.

6. Sie dürfen von Parteien, die sich außerhalb des Ortes befinden, für den sie bestellt sind, und die ihnen nicht persönlich bekannt sind, briefliche, telegraphische oder telephonische Aufträge nicht übernehmen, ohne sich vorher Überzeugung von ihrer Identität verschafft zu haben; für Personen, von deren Zahlungsunfähigkeit oder von deren Verpflichtungsunfähigkeit sie Kenntnis haben, dürfen sie keine Aufträge übernehmen.

(3) Ein von den Strafgerichten gefälltes freisprechendes Urteil hindert nicht die Durchführung des Disziplinarverfahrens.

§ 28. Die als Ordnungs- oder Disziplinarstrafen gegen Börsesensale verhängten Geldbeträge fließen dem Bund zu.

Abschnitt VIII.

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 29. Die Bestimmungen des § 1, Abs. (2), Z. 7, und die des 8. Abschnittes des I. Buches des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1897, Deutsches R. G. Bl. S. 219, finden auf Börsesensale keine Anwendung.

§ 30. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau betraut.

		Renner		
Figl	Zimmermann	Gerö	Kraus	Kolb

4. Bundesgesetz vom 13. Oktober 1948, womit die Börsenfondsnovelle vom 16. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 240, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 26. Oktober 1934, B. G. Bl. II Nr. 314, abgeändert wird (3. Börsenfondsnovelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 16. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 240, durch das die gemäß dem Gesetz vom 11. April 1876, R. G. Bl. Nr. 62, bestandene Beitragsleistung der Aktiengesellschaften und Kreditvereine zum Wiener Börsenfonds neu geregelt wurde (Börsenfondsnovelle), in der Fassung des Bundesgesetzes vom 26. Oktober 1934, B. G. Bl. II Nr. 314 (2. Börsenfondsnovelle), wird wie folgt abgeändert:

1. Im § 1, Abs. (1), treten an Stelle der Worte „für eine Unternehmung jedoch insgesamt nicht mehr als S 15.000 und nicht weniger als S 300“ die Worte „für eine Unternehmung jedoch insgesamt nicht mehr als S 20.000 und nicht weniger als S 400“.

2. Im § 2, Abs. (1), treten an Stelle der Worte „Der sich bei einer etwaigen Erhöhung ergebende Jahresbeitrag darf jedoch S 20.000 für die einzelne Unternehmung nicht übersteigen“ die Worte „Der sich bei einer etwaigen Erhöhung ergebende Jahresbeitrag darf jedoch S 30.000 für die einzelne Unternehmung nicht übersteigen“.

Artikel II.

Die Beitragspflicht für 1948 ist nach diesem Bundesgesetz zu regeln.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes wird das Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau betraut.

		Renner	
Figl	Zimmermann		Kolb

5. Verordnung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 1. Dezember 1948 über die Verlängerung der Frist zur Anmeldung von Rückstellungsansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetze.

Auf Grund des § 14, Abs. (1), des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947, B. G. Bl. Nr. 54, über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz) wird verordnet:

Die Frist für die Anmeldung der Rückstellungsansprüche gemäß dem Dritten Rückstellungsgesetze wird bis 30. Juni 1949 verlängert.

Krauland

10/18/76
APPROVED/NARA

